G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Frank Deppe
Fünfzehn Jahre EWG

Ulrich Albrecht
Rüstung und Inflation

Gerhard Stuby
Der Widerstand gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen

Elisabeth Boris und Hans Haustein
Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile

Ulrich Daniels
Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen

Dietfrid Krause-Vilmar und Hanno Schmitt
Gedanken zur politischen Arbeit in der Schule

Anatoli Melnikow und Sergej Zonow
Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse

1'73

Januar 1973 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1973

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1972 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Fünfzehn Jahre EWG . . . . . *Frank Deppe* 4

Paritätische Truppenverminderung in Europa . . . *Juri Kostko, Moskau* 9

Zur Stabilitätsdiskussion . . . . . *Dirk Ipsen* 13

HAUPTAUFSÄTZE

Rüstung und Inflation . . . . . *Ulrich Albrecht* 16

Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen . . . . . *Gerhard Stuby* 25

Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile . . . . . *Elisabeth Boris und Hans Haustein* 39

Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen . . . *Ulrich Daniels* 57

Gedanken zur politischen Arbeit in der Schule *Dietfrid Krause-Vilmar und Hanno Schmitt* 69

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus . . . . . *Anatoli Melnikow und Sergej Zonow* 78

BÜCHER

Hans See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie . . . . . *Michael Göbel* 91

Kurzrezensionen: Bücher von Ralph Miliband, Karl Carstens, György Széll, Alexander Uschakow, K. William Kapp/Fritz Vilmar, Manfred Glagow, Stanley Hoffmann, Manfred Clemenz, Dieter Boris . . . 93

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 97

FERNSEH-SPALTE

Kinderlust . . . . . *E. H. Wahl* 98

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, veröffentlicht am 3. Dezember 1972 in Brüssel (Wortlaut) 99

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der BRD im Jahre 1972 100

JAHRESREGISTER 1972 . . . . . I—XII

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Achtzehnter Jahrgang · Heft 1/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Dezember 1972

1. 12. — U n g a r n / U d S S R. Eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Generalsekretärs der KPdSU Leonid Breschnew beendet einen Besuch in Ungarn. In einem Kommuniqué weisen beide Seiten auf die fortschreitende Entspannung in Europa hin, begrüßen die bevorstehende Unterzeichnung des Vertrages zwischen BRD und DDR und befürworten die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Die „Regelung der Frage des Münchener Diktats, die wichtige staatliche Interessen der CSSR und aller sozialistischer Länder berührt", sei eine „dringende Aufgabe der europäischen Politik". Abschließend heißt es: „Eine natürliche Folge all dieser Schritte wäre die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und der BRD sowie die Überwindung der langen Periode der Feindschaft und des Mißtrauens, die durch die vergangene Politik Westdeutschlands hervorgerufen wurde."

4. 12. — U N O / D D R. Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim empfängt den ersten Beobachter der DDR im UN-Hauptquartier in New York, Botschafter Dr. Horst Grunert, zur Übergabe des Akkreditierungsschreibens. — Am 13. 12. wird die DDR durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) einstimmig in die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) aufgenommen.

— H o n d u r a s. Präsident Ramon Cruz wird durch das Militär gestürzt; die Nachfolge übernimmt der bisherige Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Oswaldo Lopez Arrellano. Cruz, der sein Amt am 7. Juni 1971 angetreten hatte, wird unter Hausarrest gestellt.

5. 12. — N A T O. Mit einer Zusammenkunft der Verteidigungsminister der „Eurogroup" unter Vorsitz von Bundesverteidigungsminister Georg Leber beginnt im NATO-Hauptquartier in Brüssel eine Serie von Konferenzen. Die Gruppe, der die europäischen Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation angehören, erörtert Maßnahmen für verstärkte militärische Anstrengungen und verabschiedet „Grundsätze der Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor". — Am 6. 12. kommen die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik zu einem Arbeitsessen zusammen. — Vom 7.—8. 12. findet die Herbsttagung des NATO-Ministerrats statt. In einem Kommuniqué werden der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen BRD und DDR begrüßt und die Ansichten über den Fortgang der west-östlichen Gespräche über Sicherheit und eine „beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung in Mitteleuropa" dargelegt.

7. 12. — D D R. Das Kaiserreich Iran und die Republik Burundi nehmen diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Es folgen: Finnland (8. 12.; ein entsprechendes Abkommen zwischen Finnland und der DDR tritt am 7. Januar 1973 in Kraft), Ghana (13. 12.), Tunesien (17. 12.), Zaire und Kuweit (18. 12.), die Schweiz und Nepal (20. 12.), Indonesien, Schweden, Österreich, Zypern, Tansania und die Jemenitische Arabische Republik (21. 12.), Australien und Sierra Leone (22. 12.), Uruguay und der Libanon (24. 12.), Belgien (27. 12.), Peru (28. 12.) und Marokko (29. 12.). — Am 31. Dezember 1972 unterhält die DDR diplomatische Beziehungen zu 55 Staaten.

10. 12. — J a p a n. Bei den allgemeinen Wahlen zum Unterhaus kann die regierende Liberaldemokratische Partei des Ministerpräsidenten Tanaka trotz Stimmenverlusten ihre absolute Mehrheit behaupten; sie erhält 271 der 491 Parlamentssitze. Stimmengewinne verzeichnen vor allem die Sozialisten (118, vorher 90 Sitze) und die Kommunisten (38, vorher 14 Sitze).

13. 12. — B u n d e s t a g. Der 7. Deutsche Bundestag tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Neuer Bundestagspräsident wird die Abgeordnete Annemarie Renger (SPD). Dem Bundestagspräsidium gehören als Vizepräsidenten an: Kai-Uwe von Hassel (CDU), Dr. Richard Jäger (CSU), Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) und Liselotte Funcke (FDP). Als Fraktionsvorsitzende amtieren wiederum Herbert Wehner (SPD), Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU) und Wolfgang Mischnick (FDP). — Am 14. 12. wählt das Parlament Willy Brandt erneut zum Bundeskanzler. Auf Brandt entfallen 269 Stimmen bei 223 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

14. 12. — A r g e n t i n i e n. Der ehemalige Präsident Juan Domingo Perón verläßt Buenos Aires und kehrt ins Exil nach Spanien zurück. Perón läßt in einer nach seiner Abreise veröffentlichten Botschaft erklären, er strebe keine Kandidatur für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen an. — Am 16. 12. nominiert die Partei Peróns (Frente Justicialista de Liberación) den Arzt Dr. Héctor J. Campora für das Präsidentenamt.

15. 12. — B u n d e s r e g i e r u n g. Bundeskanzler Willy Brandt gibt die Zusammensetzung seines Kabinetts bekannt, dem 12 Minister der Sozialdemokraten und 5 Minister der Freien Demokraten angehören: Außenminister und Vizekanzler: Walter Scheel (FDP); Inneres: Hans-Dietrich Genscher (FDP); Justiz: Gerhard Jahn (SPD); Finanzen: Helmut Schmidt (SPD); Wirtschaft: Hans Friderichs (FDP); Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Josef Ertl (FDP); Arbeit und Sozialordnung: Walter Arendt (SPD); Verteidigung: Georg Leber (SPD); Jugend, Familie und Gesundheit: Katharina Focke (SPD); Verkehr: Lauritz Lauritzen (SPD); Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Hans-Jochen Vogel (SPD); Innerdeutsche Beziehungen: Egon Franke (SPD); Forschung und Technologie/ Post und Fernmeldewesen: Horst Ehmke (SPD); Bildung und Wissenschaft: Klaus von Dohnanyi (SPD); Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Erhard Eppler (SPD); Bundesminister für besondere Aufgaben: Egon Bahr (SPD) und Werner Maihofer (FDP).

— V i e t n a m. Nach Beendigung einer weiteren Serie von Gesprächen mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Henry Kissinger reist der nordvietnamesische Unterhändler Le Duc Tho von Paris nach Hanoi. Le Duc Tho lehnt auf dem Flughafen jeden Kommentar zum Stand der am Vortag unterbrochenen Verhandlungen ab und verweist auf eine entsprechende Vereinbarung mit Kissinger. — Am 16. 12. gibt Kissinger vor der Presse in Washington eine Darstellung der Verhandlungen, die

am 17. 12. von der nordvietnamesischen Delegation in Paris als „völlig unwahr" zurückgewiesen wird. — Am 18. 12. bestätigt das US-Verteidigungsministerium Meldungen aus Hanoi über die Wiederaufnahme der im Oktober eingestellten Luftangriffe auf Ziele in Nordvietnam nördlich des 20. Breitengrades. In Washington verlautet, es handele sich um die schwerste Luftoffensive auf das Gebiet um Hanoi und die Hafenstadt Haiphong seit Beginn des Vietnamkrieges. Das Oberkommando in Saigon verhängt eine Nachrichtensperre über die genauen Angriffsziele und die Zahl der Einsätze. UN-Generalsekretär Waldheim äußert seine Besorgnis über das amerikanische Vorgehen; zahlreiche Regierungen veröffentlichen Protesterklärungen. — Am 28. 12. erklärt ein Vertreter der nordvietnamesischen Delegation in Paris nach einer Unterredung im französischen Außenministerium, seine Regierung sei zu neuen Verhandlungen mit den USA bereit. Zuvor müßten jedoch die Bombardements nördlich des 20. Breitengrades eingestellt werden. — Am 31. 12. ordnet Präsident Nixon einen vorübergehenden Bombardierungsstopp für bestimmte Gebiet Nordvietnams an. Gleichzeitig werden neue Verhandlungen zwischen Le Duc Tho und Kissinger angekündigt.

— K S Z E. Die vorbereitenden Konsultationen für die geplante Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki werden für einen Monat unterbrochen. Nach Abschluß der Generaldebatte (28. 11. — 5. 12.) hatten sich die 34 Botschafter vor allem mit Einzelheiten der Organisation, der Tagesordnung sowie Zeitpunkt und Ort der Hauptkonferenz beschäftigt.

19. 12. — U N O. Die 27. Generalversammlung geht mit einer Ansprache des polnischen Sessionspräsidenten Stanislaw Trepczynski zu Ende. Die Versammlung hatte in den letzten drei Monaten mehr als 150 Resolutionen ausgearbeitet.

— C D U / C S U. Die Bundestagsfraktion lehnt den am 8. 11. paraphierten „Grundvertrag" der Bundesrepublik mit der DDR ab. Ein entsprechender Beschluß wird mit vier Gegenstimmen gefaßt.

21. 12. — D D R / B R D. Staatssekretär Dr. Michael Kohl und Bundesminister Egon Bahr unterzeichnen den am 8. 11. paraphierten „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" (Text in „Blätter", Heft 12/1972, S. 1346 f.). Vor der Unterzeichnung, die im Hause des Ministerrats der DDR in Berlin stattfindet, läßt die Bundesregierung einen von Bundesminister Bahr gezeichneten und an Staatssekretär Kohl gerichteten „Brief zur deutschen Einheit" überreichen. Nach der Unterzeichnung geben Kohl und Bahr getrennte Erklärungen ab. Bahr wird in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Carl-Werner Sanne aus dem Bundeskanzleramt vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED Paul Verner empfangen. An dem Gespräch nehmen auch DDR-Außenminister Winzer und Staatssekretär Kohl teil.

— S A L T. Die zweite Phase der „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT II) in Genf wird vorläufig beendet und bis zum 27. Februar 1973 vertagt. In einem gemeinsamen Kommuniqué der beiden Delegationen heißt es: „Im Verlaufe der Verhandlungen wurde ein Memorandum über die erzielte Übereinstimmung ausgearbeitet und unterzeichnet, das die Einsetzung einer ständigen beratenden Kommission gemäß Artikel 13 des Vertrages zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung der ABM-Systeme (Text in „Blätter", Heft 6/1972, S. 655 ff.) vorsieht. Diese Kommission solle in Genf oder auch an anderen vereinbarten Orten zusammentreten.

28. 12. — Ä g y p t e n. Vor dem Parlament und dem Zentralkomitee der Arabischen Sozialistischen Union erklärt Staatspräsident Sadat, Ägypten werde für die Wiedergewinnung der von Israel besetzten Gebiete kämpfen müssen. Die Regierung sei gegenwärtig dabei, zusammen mit Syrien und Libyen einen entsprechenden Aktionsplan zu formulieren.

30. 12. — U d S S R. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begeht den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Parteisekretär Breschnew hatte auf einer Festveranstaltung am 21. 12. aus diesem Anlaß einen umfangreichen Bericht vorgelegt und darin die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das Land angekündigt. Ein Entwurf solle noch vor dem nächsten Parteitag der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Kommentare und Berichte

Fünfzehn Jahre EWG

„Die Europäer" feierten den 1. Januar 1973 als ein Datum von besonderer geschichtlicher Bedeutung. Mit der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark ist der Schritt vom Europa der Sechs zum Europa der Neun vollzogen. Die Vision eines vereinten kapitalistischen Westeuropa, die seit Winston Churchills Züricher Rede vom 19. September 1946 als das Leitmotiv insbesondere der BRD-Außenpolitik begriffen worden war, scheint ihrer Verwirklichung ein gutes Stück näher gerückt.

Zugleich markiert der Jahreswechsel 1972/73 eine wichtige Etappe in der Konstruktion der westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die als ein Zwischenglied die Anfangsphase der Zollunion und das Ziel der politischen Union miteinander verketten soll. Die währungspolitischen Beschlüsse vom März 1972 und die Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 haben nach jahrelangem Tauziehen, nach schweren Krisen, die immer wieder die Existenz des Römischen Vertragswerks in Frage zu stellen drohten, der Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion einen neuen Impuls gegeben. Die nach dem Werner-Plan konzipierten Schritte zur stufenweisen Verwirklichung der Währungs- und Wirtschaftsunion gingen zunächst einmal im Strudel der internationalen Währungskrise des Jahres 1971 unter, als vor allem die BRD durch die vorläufige Freigabe ihrer Wechselkurse autonom ihre nationalen Interessen durchzusetzen versuchte. Erst im Frühjahr 1972 — nachdem im Dezember 1971 in Washington ein Realignment der Wechselkurse ausgehandelt worden war — konnte der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften wieder an die Entschließung zur stufenweisen Verwirklichung der Währungs- und Wirtschaftsunion vom März 1971 anknüpfen und mit der Verengung der Bandbreiten zwischen den Gemeinschaftswährungen ein Instrument erster gemeinschaftlicher Koordination der Währungspolitik sanktionieren, das inzwischen freilich schon wieder durch nationale Sonderregelungen für das schwache britische Pfund und die italienische Lira sowie durch einen westdeutschen Alleingang in der Kontrolle des Kapitalverkehrs mit dem Ausland durchbrochen worden ist.

Auch die Übereinkunft der neun Regierungschefs in Paris, zum 1. April 1973 einen Währungsfonds zu installieren, der unter der Verwaltung des Ausschusses der Notenbankgouverneure hauptsächlich die Bandbreitenverengung durch Poolung von Währungsreserven und kurzfristigem „Währungsbeistand" absichern soll, gehört zu den „währungspolitischen Vorgaben" des Jahres 1972. Die Regierungen der BRD hatten bislang — in hartnäckigem Widerstand gegen französische Forderungen — solche währungspolitischen Vorgaben blockiert und dagegen auf einer Parallelisierung von wirtschafts- und währungspolitischen Integrationsschritten beharrt. Offenbar haben aber der Druck der internationalen Währungskrise und das Tempo der Inflation in der EWG ebenso wie die französische Kompromißbereitschaft bei der Formulierung des Schlußkommuniqués der Pariser Konferenz — in bezug auf die bloß verbalen und weitgehend unverbindlichen Aussagen zur Verwirklichung der politischen Union, zur „Sozialunion" (Willy Brandt) sowie zur Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen — diese Korrektur westdeutscher Positionen herbeigeführt.

„Europa ist wirtschaftlich ein Riese — politisch ein Zwerg!" Dieser Satz charakterisiert die eigenartige Konkordanz von anmaßendem Übermut und skeptischer Distanz, das zwiespältige Bewußtsein der Westeuropa-Architekten, das

angesichts der Erweiterung der EWG die Bewertung ihrer Entwicklungsperspektiven bestimmt. Schon vor der Erweiterung zur Neuner-Gemeinschaft hat sich die EWG die Position des führenden Welthandelszentrums erobert. 1970 betrug der Anteil der sechs EWG-Staaten an der Weltausfuhr — ausschließlich des innergemeinschaftlichen Handels — 19 %, der der USA nur noch 18 %. Japan hielt einen Anteil von ca. 8 %. Bei Gründung der EWG (1957) war die Vorherrschaft der USA im Weltaußenhandel noch eindeutig. Inzwischen sind sie gegenüber der erweiterten EWG noch weiter zurückgefallen, als die Zahlen für 1970 anzeigen.

So sehr aber die wachsende Verflechtung der Länder der EWG durch den innergemeinschaftlichen Handel, der noch schneller gewachsen ist als der Handel mit Drittländern, als die Basis einer erfolgreichen und stabilen kapitalistischen Integration erscheinen mag, so wenig kann darüber hinweg gesehen werden, daß der Integrationsprozeß die Qualität einer tatsächlichen Verschmelzung der nationalen Volkswirtschaften und der Nationalstaaten nicht erreicht hat. Eine kritische Erfolgsbilanz, die die Ergebnisse der westeuropäischen Integration an der Programmatik der Römischen Verträge oder z. B. an dem „Aktionsprogramm der Gemeinschaft", das die Kommission unter ihrem ersten Präsidenten Hallstein im Jahre 1962 entwarf, mißt, kommt in der Tat zu einem schmalen Ergebnis, das eher durch die permanente EWG-Krise der sechziger Jahre als durch den Erfolgsrummel, der anläßlich des britischen Beitritts inszeniert wird, gezeichnet ist. Die frühe Verwirklichung der Zollunion hat den Warenverkehr in der Gemeinschaft intensiviert — aber sie hat noch keinen wirklichen Binnenmarkt geschaffen. Nach wie vor behindern steuerliche, rechtliche und administrative Barrieren die freie Kapitalbewegung, die neben der unumschränkten Warenbewegung und der bereits realisierten „Freizügigkeit der Arbeitskräfte" konstitutives Element eines Marktes überhaupt ist. Der gemeinsame Agrarmarkt erweist sich im Feilschen um die Agrarmarktordnungen und in seinem bürokratischen Protektionismus immer mehr als eine Fessel denn als eine „Klammer der Integration". Die hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten, die die europäische Agrarpolitik verursacht, verdeutlichen ebenso wie die Unruhe und die Kampfbereitschaft in der Bauernschaft die Widersprüche dieser Politik. Auf der Ebene einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik sind nun wieder erste Schritte unternommen worden. Aber bei genauer Betrachtung fallen sie noch hinter den Kompromiß zurück, der 1970/71 mit dem modifizierten Werner-Plan schon einmal erreicht wurde. Die gemeinsame Konjunktur-, Wirtschafts-, Währungs-, Energie- und Regionalpolitik ist bisher kaum über das Stadium von Proklamationen bzw. von nicht zur Kenntnis genommenen Memoranden der Kommission an den Ministerrat hinausgekommen. Eine wesentliche Bedingung dieses Integrationsrückstandes bzw. -zerfalls ist zweifellos die politisch subordinierte und hilflose Rolle, in die die Kommission — von den „Europäern" ursprünglich als die Keimzelle einer künftigen europäischen Exekutive vorgestellt — seit den frühen sechziger Jahren abgedrängt wurde. Seitdem die französische Regierung 1965 durch ihre „Politik des leeren Stuhls" das Prinzip der de-facto-Einstimmigkeit von Entscheidungen des Ministerrates erzwang, hat die Kommission ihre potentielle Funktion als initiatives Zentrum supranationaler Politik weitgehend an den Ministerrat abgeben müssen, der im klassisch diplomatischen Stil, d. h. im Rahmen von Kompromissen zwischen nationalen Regierungen — demnach auch mit ungeheueren Reibungsverlusten — alle relevanten Entscheidungen erringen muß.

So ergibt sich bei der Einschätzung der bisherigen „Vorgeschichte" der Europäischen Gemeinschaft anläßlich ihrer Er-

weiterung eine scheinbar paradoxe Schlußfolgerung: Die Vertiefung und Erweiterung der Integration hat sich als ein Rahmen für die Stärkung des nationalstaatlichen Prinzips erwiesen. Die sechziger Jahre sind ohne Zweifel auch in Westeuropa eine Periode der Renaissance des Anspruchs nationalstaatlicher Autonomie — augenfällig in der Außenpolitik de Gaulles und der „neuen Ostpolitik" der BRD-Regierungen seit 1967. „Die Supranationalität ist tot!" — kommentierten zum Entsetzen der „Europäer" noch vor wenigen Monaten gleichlautend der Erzgaullist Michel Debré und der westdeutsche Sozialdemokrat Egon Bahr. Die Sachwalter der „Europäer der ersten Stunde", der klerikal-konservativen Antikommunisten Adenauer, Schumann, De Gasperi und des belgischen Rechtssozialdemokraten Spaak, sind daher reichlich desorientiert. Die politisch-ideologischen Triebkräfte des Integrationsprozesses der fünfziger Jahre sind offensichtlich erlahmt; denn die Konzeption eines nach innen wie nach außen aggressiv antikommunistischen westeuropäischen Blocks, über die NATO fest in die Funktion des weltpolitischen „Juniorpartners" der USA eingebunden, ist ein anachronistisches Produkt der Kalten-Kriegs-Periode. Sowohl die Veränderungen der weltpolitischen Konstellation der sechziger Jahre, d. h. die Schwächung imperialistischer Positionen im Weltmaßstab, die in dem Zwang zum Ausdruck kommt, sich den Prinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den antagonistischen Gesellschaftssystemen anzupassen, als auch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den führenden imperialistischen Staaten, d. h. das wachsende weltwirtschaftliche und weltpolitische Gewicht Westeuropas sind Elemente einer neuen Situation. Besonders deutlich zeigt sich diese Verwirrung bei den westdeutschen „Gaullisten" der frühen sechziger Jahre, bei den Barzel und Strauß: Hilflos schwanken sie zwischen der abstrakten Forderung, die Verwirklichung der politischen Union zu beschleunigen, und der offenen, nationalistischen Ablehnung der „Inflationsgemeinschaft", die der Expansion der bundesdeutschen Interessen, insbesondere ihrer militärischen Stärkung abträglich sein müsse.

Der scheidende Präsident der Europäischen Kommission, der niederländische Sozialdemokrat Sicco Mansholt, hat gerade mit bemerkenswerter Offenheit kritisiert, daß bisher nur Industrielle und Geschäftsleute die Chancen der Gemeinschaft gesehen und genutzt hätten. Gleichwohl verschleiert diese Offenheit das Grundgesetz des Integrationsprozesses, wenn sie suggeriert, es sei lediglich eine Frage des politischen Wollens, nunmehr auch die „soziale Komponente" der Gemeinschaft deutlicher zu akzeptieren. Die Herstellung binnenmarktähnlicher Produktions- und Zirkulationsbedingungen war und ist nach wie vor eine Notwendigkeit für das westeuropäische Kapital, wenn es in der Konkurrenz mit dem bislang überlegenen US-Kapital und der wiedererstarkten japanischen Wirtschaftsmacht, aber auch in der Konkurrenz mit den politisch konsolidierten und ökonomisch stark expandierenden sozialistischen Staaten überlebensfähig bleiben will. Die nationalen Binnenmärkte Europas setzen — im Gegensatz zu dem riesigen US-amerikanischen Markt — der Akkumulationskraft des Kapitals enge Grenzen, die weder die Anwendung der neuesten Technologie, noch jene Steigerung der Produktionskapazitäten zulassen, die heute eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhöhung der Profitmasse darstellen. Aber die Form der Integration resultiert nicht nur aus den veränderten Anforderungen des kapitalistischen Weltmarktes und der Systemkonkurrenz, sondern auch und vor allem aus den besonderen Konkurrenzverhältnissen der nationalen Kapitale innerhalb des Gemeinsamen Marktes selbst. Regionale kapitalistische Integration kann niemals ein Prozeß der planmäßigen

supranationalen Entwicklung der Produktivkräfte und einer harmonischen internationalen Arbeitsteilung sein. Sie muß sich vielmehr an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals orientieren — und dies konstituiert den spezifischen Widerspruch der kapitalistischen Integration: daß sie durch die Erweiterung der Zirkulationssphäre (Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse durch Zollabbau) die Akkumulationskraft der nationalen Kapitale erhöht, die Konkurrenz zwischen den unterschiedlich produktiven nationalen Kapitalen verschärft und als notwendiges Resultat dieses Prozesses, der sich oberflächlich durchaus in einer erfolgreichen Wachstumsbilanz darstellen kann, Widersprüche produziert, die das Fortschreiten der Integration immer wieder in Frage stellen. In diesem widersprüchlichen Grundgesetz der Akkumulation muß vorab die Erklärung für das — weltgeschichtlich betrachtet — durchaus neuartige Phänomen der westeuropäischen Integration und ihrer relativen Stabilität, aber auch für jene Desintegrationstendenzen gesucht werden, die mit dem Scheitern des Konzeptes der Supranationalität und der Renaissance des Nationalstaatsprinzips im Rahmen der Gemeinschaft manifest geworden sind.

Eine genauere Analyse des bisherigen Integrationsprozesses und seiner Perspektiven hätten dessen konkrete Inhalte und Formen im Zusammenhang der komplexen Beziehungen zu bestimmen, die sich aus dem gesellschaftlichen Charakter des Kapitalverhältnisses, aus dem Weltmarktzusammenhang der nationalen Kapitale sowie aus dem politischen und ökonomischen Wirkungsmechanismus der Systemkonkurrenz ergeben. Dennoch lassen sich einige Strukturmerkmale deutlich erkennen: Die ökonomische Integration hat vor allem eine tendenzielle Nivellierung der nationalen Produktivitätsdifferenzen und eine Angleichung der Reproduktionsbedingungen des westeuropäischen Kapitalismus gefördert. So ist die erste Phase der EWG bestimmt durch den Konflikt zwischen dem dominierenden Einfluß des westdeutschen Industriepotentials und den Interessen der anderen Länder. Auf der Ebene der supranationalen Institutionen wurde daher die BRD — etwa in der Agrarpolitik, bei der Finanzierung des Sozialfonds und bei der Regionalpolitik — immer wieder zu Kompromissen und Vorleistungen gezwungen. Auf der nationalstaatlichen Ebene ist dies die Phase der forcierten — staatlich organisierten — Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Namentlich in Frankreich und in Italien hat sich die ökonomische Aktivität des Staates während der vergangenen zehn Jahre darauf konzentriert, Bedingungen für die Entstehung von Monopolen zu schaffen, die durch die Erhöhung ihrer Produktivität und ihres internationalen Marktanteils sowohl gegenüber den US-amerikanischen als auch gegenüber den westdeutschen Monopolen konkurrenzfähig werden. Hier liegt zunächst die materielle Basis für die Konservierung des innergemeinschaftlichen, nationalen Protektionismus — insbesondere in bezug auf die Einschränkung der freien Kapitalbewegung — als auch für die wachsende Bedeutung der Nationalstaaten, die die anfänglichen Hoffnungen auf schnelle Durchsetzung der Supranationalität zerstören mußte.

Der „spill-over-effect", d. h. der unausweichliche Sachzwang, der von der Zollunion über die Wirtschaftsunion zwangsläufig zur politischen Union führen müßte, den die Protagonisten der Integration bis in die Mitte der sechziger Jahre als ein gleichsam hinter den Kulissen wirkendes Naturgesetz, als „invisible hand" der Integration mystifizierten, zerbrach eben an der Logik der zunehmenden Verschmelzung nationaler Monopolisierung und staatlicher Aktivität, die ihrerseits durch das Bemühen, den Produktivitätsvorsprung des westdeutschen Kapitals auszugleichen, produziert wurde.

Zugleich führen diese gewaltigen Anstrengungen Westeuropas um Steigerung der industriellen Produktivität und Kapazität zum Verständnis des tiefen Gegensatzes, der inzwischen immer offener die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA belastet. Zweifellos ist es dem westeuropäischen Kapital in den letzten Jahren gelungen, den großen Produktivitätsvorsprung des US-Kapitals zu verringern und ihm wichtige Weltmarktpositionen zu entreißen. So ist z. B. allein der Anteil der chemischen Industrie der USA an den Exporten der kapitalistischen Welt von 30 % im Jahre 1966 auf weniger als 17 % im zweiten Quartal 1972 gefallen. Die Auseinandersetzungen um die Dollar-Krise und die Reform des Weltwährungssystems, um die Vorbereitung der GATT-Konferenz des Jahres 1973 und um die neue Mittelmeer-Präferenz-Politik der EWG weisen unmißverständlich darauf hin, daß sich dieser Konflikt erst in einem Frühstadium befindet; denn die USA drohen immer häufiger mit protektionistischen „Vergeltungsschlägen" und der Einschränkung ihres militärischen Engagements in Westeuropa, während das westeuropäische Kapital in dieser Auseinandersetzung die Europäische Gemeinschaft als ein Instrument des kollektiven Protektionismus einzusetzen bereit ist.

Die bisherigen Resultate des Integrationsprozesses beeinflussen das Verhältnis zwischen den Monopolgruppen und den Nationalstaaten in der Gemeinschaft aber noch in einer anderen Richtung. Die tendenzielle Angleichung der Wirtschaftsstruktur, der Produktivität und des Wachstums hat — zumindest für die Periode 1967—1971 — den Gleichlauf der nationalen Konjunkturzyklen gefördert. Die Beschleunigung des Inflationstempos in den Ländern der Gemeinschaft ist nur ein Indikator dieses „konjunkturellen Gleichschritts". Obwohl besonders in Phasen des Konjunkturabschwungs und der Depression die nationalen Kapitale versuchen werden, die Verluste auf die Konkurrenten abzuwälzen und in den Schutz des Nationalstaates zu flüchten, erschwert die Angleichung der Konjunkturzyklen zumindest die Möglichkeit, den Rückgang der Binnennachfrage durch die Erhöhung der Exporte zu kompensieren. Zweifelsohne gehen von dieser Tendenz neue Impulse der Integration bzw. der zwischenstaatlichen Koordinierung aus. Die „währungspolitischen Vorgaben" des Jahres 1972 sind Beispiele solcher Maßnahmen, die durch die Parallelisierung von Krisenerscheinungen der Wirtschaftsentwicklung erzwungen wurden. Die seit einiger Zeit in Gang gekommene Diskussion über die Notwendigkeit eines Investitionskartells in der chemischen Industrie Westeuropas, das unter Aufsicht der Europäischen Kommission Investitionsabsprachen zum Zwecke der Einschränkung bestehender und der Verhinderung neuer Überkapazitäten begründet werden soll, zeugt ebenso von neuen Tendenzen supranationaler Kooperation. Freilich ist nicht zu übersehen, daß auch hier durch Krisenerscheinungen, die aus dem forcierten Akkumulationsprozeß der sechziger Jahre resultieren, die westeuropäischen Monopole zur kollektiven Organisation der Brachlegung und Entwertung von überakkumuliertem Kapital gezwungen werden.

Schließlich ist als das wichtigste Ergebnis des Integrationsprozesses festzuhalten, daß dieser in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft die sozialen Gegensätze, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital vertieft und verschärft hat. Insbesondere in Frankreich und Italien ist die Expansion der Produktion nur durch die rigorose Steigerung der Profite und der Investitionen auf Kosten der privaten und gesellschaftlichen Konsumtion der Arbeiterklasse ermöglicht worden. Das britische Kapital hofft, nunmehr im Rahmen der erweiterten Gemeinschaft durch die gleiche Strategie seine Dauerkrise überwinden zu können. In diesen Ländern wird daher der Widerstand gegen das kapitalistische Europa von breiten

Teilen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen getragen. Aber die Auswirkungen der kapitalistischen Integration belasten heute schon fast alle Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion. So hat sich — um nur ein Beispiel herauszugreifen — infolge der Konzentration der Kapitalbewegung auf die industrialisierten Ballungsräume das Gefälle der Regionalstruktur weiter verschärft. Außerhalb des Vierecks Mailand—Frankfurt—London—Paris drohen ganze Regionen zu verarmen und zu veröden. Die Maßnahmen der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen, die dieser Polarisierung entgegenwirken sollen, bestätigen nur die Unmöglichkeit, die Widersprüche kapitalistischer Entwicklung mit systemkonformen Mitteln überwinden zu wollen.

So zeigt sich, daß die Perspektive der Europäischen Gemeinschaft durch die Verschärfung der internationalen kapitalistischen Konkurrenz und der Klassenauseinandersetzungen vorgezeichnet ist. Natürlich ist es unwahrscheinlich, daß die Gemeinschaft in den nächsten Jahren auseinanderbrechen wird. Allerdings ist es ebenso unwahrscheinlich, daß in dieser Zeit die Integration durch die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, der politischen Union und schließlich durch die Bildung von autonomen legislativen und exekutiven europäischen Staatsorganen fortschreitet. Schon heute sind es hauptsächlich die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus, die kurzfristige supranationale Kompromisse erzwingen, ohne dabei die Labilität solcher Vereinbarungen zu modifizieren. Die Aufhebung dieser Widersprüche liegt nicht in der Perspektive der kapitalistischen Integration, sondern im Kampf der Arbeiterbewegung um die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals, in der Perspektive eines demokratischen und sozialistischen Europa, das auf der Solidarität der werktätigen Bevölkerung und nicht auf dem Kampf des Monopolkapitals um Surplus-Profite begründet ist. Insofern sind in der nahen Zukunft die Wahlen zur französischen Nationalversammlung im März 1973 ein entscheidendes Datum europäischer Politik; denn dann wird sich entscheiden, ob durch die Verwirklichung des gemeinsamen Regierungsprogramms von Kommunisten, Sozialisten und radikaldemokratischen Kräften eine Wende in Richtung auf das demokratische und sozialistische Europa eingeleitet werden kann. Frank Deppe

Paritätische Truppenverminderung in Europa

Die Schaffung eines stabilen Systems des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt die Verminderung der militärischen Konfrontation voraus. Die Lösung dieses Problems ist direkt abhängig von der Entwicklung der politischen Wechselbeziehungen der Staaten beider Systeme, die einander auf dem europäischen Kontinent gegenüberstehen. Gegenwärtig bilden sich in Europa die Bedingungen für die praktische Verwirklichung der Aufgaben heraus, die zur Schaffung eines Sicherheitssystems bewältigt werden müssen.

Die Ratifizierung der Verträge der UdSSR und der BRD sowie Polens und der BRD festigte die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung Europas. Die Verhandlungen der Sowjetregierung mit dem US-Präsidenten Nixon in Moskau, die mit der Unterzeichnung wichtiger Dokumente endeten, eröffnen ein neues Kapitel nicht nur in den sowjetisch-amerikanischen, sondern auch in den internationalen Beziehungen, vor allem in Europa.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder schon bald und wiederholt Vorschläge zur Verringerung der militärischen Spannung in Europa gemacht. Da diese Vorschläge jedoch die von den westlichen Ländern seinerzeit betriebene „Politik der Stärke" untergruben, lehnten sie sie unter verschiedenen Vorwänden ab.

Bekanntlich wurde im Juni 1966 in Bukarest auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages eine „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa" angenommen und darin ein umfassendes Programm zur Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems dargelegt. Was die Probleme der Verringerung der militärischen Spannung betrifft, schlugen die Beratungsteilnehmer einen Komplex von Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung vor, um ihre schon früher erklärte Bereitschaft zur gleichzeitigen Auflösung der Militärbündnisse oder — als ersten Schritt — zur Liquidierung der militärischen Organisationen der NATO und des Warschauer Vertrages zu bekräftigen. Dieser Komplex sah vor: Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte; Rückführung aller ausländischen Truppen; Einschränkung der Zahl der Streitkräfte beider deutscher Staaten; Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges.

Bei der Erörterung der militärischen Aspekte der Sicherheit betonten die sozialistischen Länder stets, daß man, um eine wirkliche militärische Entspannung zu erreichen, vor allem Maßnahmen zur Verringerung der politischen Spannung ergreifen muß. Mit anderen Worten, es müssen praktische Schritte zur Beseitigung jener Ursachen unternommen werden, die das Wettrüsten hervorrufen und zur Anwendung militärischer Gewalt führen können.

Einer der Hauptvorschläge der westlichen Länder als Antwort auf das Programm der sozialistischen Länder für die europäische Sicherheit war der Vorschlag einer sogenannten „gegenseitigen und ausgewogenen Reduzierung der Streitkräfte". Die westliche bürgerliche Presse pries diesen Vorschlag weit und breit als eine „friedliche Initiative" der NATO, als „wesentlichen Beitrag zur Milderung der Spannung und Verringerung des Risikos eines neuen Krieges" an [1]). Erstmalig wurde der Vorschlag der NATO über Reduzierung der Streitkräfte im Juni 1968 auf der Tagung des Blocks in Reykjavik gemacht.

Wie bekannt, setzten die atlantischen Strategen in dieser Periode ihre Hoffnung unverhüllt in eine „Aufweichung" der sozialistischen Länder, in deren „friedliche Einbeziehung" in den Bannkreis der kapitalistischen Politik. Wie der amerikanische Publizist W. Griffith, einer der Autoren der „Neuen Konzeption", hervorhob, verfolgte „die Politik der friedlichen Einbeziehung" das Ziel, durch zielbewußte Ausnützung aller Instrumente der Entspannung Änderungen in der kommunistischen Welt anzuregen ... Wir dürfen niemals vergessen, daß unser Interesse an der Entspannung darin besteht, den Status quo in Europa zu ändern ..." [2]). Deutlicher kann man es nicht sagen! Bei einer solchen Einstellung ist klar, daß bestimmte Kreise im Westen über Entspannung redeten und damit Zersetzung der sozialistischen Länder meinten.

Indessen wurde das von den sozialistischen Ländern vorgeschlagene umfassende Programm der europäischen Sicherheit immer mehr anerkannt und von breiten Kreisen der Öffentlichkeit des Westens unterstützt, die von ihren Regierungen konkrete Antworten verlangten. Jene ausweichenden und rein deklarativen Formulierungen, die auf den NATO-Tagungen in den Jahren

[1]) „Reykjavik Declaration on Mutual Balanced Force Reductions". „OTAN Documentation", OTAN Service de L information, Bruxelles 1969, S. 365—366.
[2]) W. Griffith, Moscow, Bonn and European Security. Center for International Studies, Cambridge 1970, S. 17, 21.

1966—1967 angenommen wurden, vermochten niemanden zu befriedigen. In Anbetracht der im ganzen negativen Einstellung der NATO zum Programm der sozialistischen Länder und der Furcht vor einer Entspannung gab der Vorschlag über ein „ausgewogenes" Herangehen dem Block die Möglichkeit, diesen Vorschlag einerseits als eine konkrete Antwort auf das Entspannungsprogramm auszugeben und andererseits die Initiative in die eigenen Hände zu nehmen und das ganze Programm der europäischen Sicherheit auf einen verhältnismäßig engen und beschränkten Fragekreis zu reduzieren.

Aber die Ausarbeitung einer einheitlichen Plattform, die man der Linie der sozialistischen Staaten hätte entgegensetzen können, erwies sich für den kapitalistischen Block als eine äußerst komplizierte Angelegenheit. Unter dem Einfluß der Entspannung spitzten sich die Gegensätze innerhalb der NATO selbst zu, in erster Linie zwischen den USA und deren westeuropäischen Verbündeten. Eine der Streitfragen war das Problem der Stationierung der US-Truppen in Europa. Ungeachtet der sich verstärkenden Forderung unter der amerikanischen Öffentlichkeit und sogar unter den Kongreßmitgliedern nach Reduzierung der Truppenkontingente der USA auf dem europäischen Kontinent äußert Washington keine reale Absicht, die amerikanische militärische Präsenz in Europa zu verringern. Aus diesen oder jenen Gründen sind auch einige NATO-Verbündete der USA an dieser Präsenz interessiert. Insbesondere befürchten sie, daß der Abzug der Amerikaner aus Europa von ihnen selbst gesteigerte Anstrengungen auf militärischem Gebiet verlangen würde. Es erschreckt sie, daß die Wiederherstellung des Militärpotentials der BRD, die die hauptsächliche militärische Kraft der NATO nach den USA geworden ist, die Frage der Wiedergeburt der „deutschen Gefahr" aktuell machen würde. Im Hinblick auf derartige Befürchtungen möchten bestimmte Kreise in den USA die Reduzierung ihrer Truppen in Europa als Erpressungsmittel benützen, um die Verbündeten zu zwingen, ihre Ausgaben für den Unterhalt der amerikanischen Truppen zu erhöhen.

Die Einstellung der westlichen Länder zur Frage der Einschränkung der Streitkräfte in Europa ist schwierig und widerspruchsvoll. Einerseits sind einige in gewissem Grad an einer solchen Einschränkung interessiert — insbesondere aus ökonomischen Motiven. „Viele behaupten", gibt der von uns bereits zitierte W. Griffith zu, „die Entspannung untergrabe die NATO. Das ist in gewissem Maße richtig: Die Entspannung schwächt wirklich den Wunsch der Völker und Gesetzgeber Westeuropas und der USA, Geld für die Verteidigung zu bewilligen" [3]).

Andererseits sind Militarismus und Militarisierung der Wirtschaft unvermeidliche Weggefährten des modernen Kapitalismus. Indem der Militarismus mit dem Staatsapparat verwächst, wird er zur politisch bestimmenden Kraft. Wettrüsten ist die natürliche Folge. Die Politik der imperialistischen Staaten beruht auf Stärke, jeder Schritt in Richtung Abrüstung oder auch schon Truppenverminderung droht die Grundlage zu untergraben, auf der diese Politik aufgebaut ist.

Angst vor der Entspannung ist besonders typisch für jene Kreise in Washington, die befürchten, daß jeder Schritt in Richtung europäische Sicherheit die amerikanischen Positionen und deren Einfluß in Westeuropa verringern würde, da die militärische Präsenz der USA in Westeuropa als wichtigstes Element dieses Einflusses betrachtet wird.

Wie die „New York Times" schrieb, ist man nach monatelangem Studium des Problems der „ausgewogenen Reduzierung" in maßgeblichen militärisch-poli-

[3]) W. Griffith, Moscow, Bonn an European Security, S. 18.

tischen Kreisen zu dem Schluß gelangt, daß jede mögliche Form der Einschränkung der Streitkräfte in Europa nicht zugunsten der NATO geht. „Wir brauchten zwei Jahre und Gott weiß wieviel Geld", unterstreicht die Zeitung, „um zu der vernünftigen Schlußfolgerung zu gelangen, daß die Stabilität in Europa am besten gewahrt werden kann, wenn man nichts unternimmt".

In der westlichen Presse erschienen viele verschiedene Betrachtungen über die möglichen Varianten einer Einschränkung der Streitkräfte in Europa. In einigen von ihnen wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Streitkräfte disproportional einzuschränken. Es wurde eine ganze Reihe von Modellen veröffentlicht (sogenannte „NATO-Modelle", „BRD-Modelle" usw.), die zum größten Teil auf dem Grundsatz der sogenannten Asymmetrie beruhen. Die einen Varianten sehen die Einschränkung der Streitkräfte der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages im Verhältnis 1:3 oder 1:4 vor, die anderen sogar 1:6. In diesem Zusammenhang wurde ein großer Propagandarummel über die „Ungleichheit" der militärischen Lage der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages erhoben.

Über das wahre Ziel des Geredes von der „Überlegenheit" der Länder des Warschauer Vertrages gibt es keinen Zweifel: Es besteht vor allem darin, die europäischen Partner der USA zu einer Steigerung der Militärausgaben anzustacheln. Daran sind auch die militaristischen Kreise der westeuropäischen Länder interessiert, denen es unter den Verhältnissen der anhaltenden Entspannung in Europa immer schwerer fällt, das Anwachsen der Militärausgaben zu rechtfertigen. „Wenn die Verteidigungsminister mehr Geld wollen", unterstreicht die englische „Times", „übertreiben sie häufig die Macht irgendeines möglichen militärischen Gegners" [4]). Es ist nicht verwunderlich, daß die NATO-Länder auf ihrer Tagung im Dezember 1970 den Bericht „Die Verteidigung des Bündnisses in den 70er Jahren" annahmen, der eine bedeutende Steigerung des nichtnuklearen Potentials der NATO vorsieht. Damals übernahmen auch die europäischen Partner der USA in der NATO die Verpflichtung, über dieses Programm hinaus 1 Mrd. Dollar für „das europäische Programm zur Vervollkommnung der Verteidigung" zu verausgaben, und im Dezember 1971 erklärten sie sich einverstanden, zusätzlich für militärische Zwecke im Jahre 1972 eine weitere Milliarde bereitzustellen.

Da die Variante der asymmetrischen Truppenverminderung nichts anderes bedeutet als die Bestrebung, einen einseitigen militärischen Vorteil zu erreichen, und daher für die Länder des Warschauer Vertrags offensichtlich unannehmbar ist, entsteht die logische Frage: Sind die NATO-Mitglieder bereit, in eine gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte einzuwilligen, oder wollen sie nur durch ihre Kampagne die Öffentlichkeit im vorhinein auf ein Fiasko der Verhandlungen vorbereiten, um dann die ganze Schuld auf die „Unnachgiebigkeit" oder die „Unlust" der sozialistischen Länder zu schieben? Eine Truppenverminderung auf paritätischer Grundlage würde der Hauptbedingung entsprechen: den Ländern, die an dieser Einschränkung teilnehmen, keinen Schaden zuzufügen. Die Völker der Welt wollen nicht unter der Drohung eines neuen Krieges leben. Sie verlangen von ihren Regierungen konkrete Beiträge zur Entspannung, Verringerung der militärischen Konfrontation und Schaffung eines Systems des dauerhaften Friedens, der Sicherheit und wahren Zusammenarbeit in Europa.

Juri Kostko, Moskau

---

4) „The Times", 16. 2. 1972.

Zur Stabilitätsdiskussion

Wer den seit Monaten anhaltenden wortreichen Kampf um Stabilität in der BRD verfolgt, der weiß, daß die Forderung nach Stabilität gegenwärtig mit dem Kampf gegen steigende Inflationsraten gleichgesetzt wird. Vergessen scheint, daß es noch nicht allzu lange her ist, als die Stabilitätsprobleme in Form der internationalen Währungskrise auftraten oder mit der Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze verbunden waren.

Man darf den Effekt dieser Art der Diskussionsführung nicht unterschätzen: Die jeweilige und ausschließliche Konzentration auf die aktuell brennende Form von Instabilität läßt die Frage gar nicht erst aufkommen, ob die verschiedenen Formen der Instabilität nicht vielleicht in einem inneren Zusammenhang stehen und ob nicht das eine Problem lediglich auf Kosten eines neuen „gelöst" wird. Isoliert man die verschiedenen Erscheinungsformen der Instabilität fein säuberlich voneinander, so kann viel leichter das beruhigende Bild einer im Grunde heilen Welt entstehen, in der es nun einmal den einen oder anderen Schönheitsfehler gibt.

Im Augenblick besteht der Schönheitsfehler ausschließlich in der Form von Inflationsraten um 6,4 % (gemessen am gängisten Preisindex für die Lebenshaltung) in der BRD für das vergangene Jahr. Für die CDU/CSU-Opposition und einen nennenswerten Teil der Presse gilt es als ausgemacht, daß die schleichende Inflation ein Problem ist, das auf das Schuldkonto der Regierung zu schreiben ist; unversehens werden die „Inflationsmentalität" oder der mangelnde „Mut" von Politikern für die gegenwärtige Form der Instabilität verantwortlich gemacht.

Dagegen hatten die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bereits vier Wochen vor der Bundestagswahl darauf aufmerksam gemacht, daß die Inflation in den kapitalistischen Ländern weltweit auftritt und sich neuerdings im EWG-Raum einem einheitlichen Entwicklungstrend annähert:

„Der Auftrieb der Verbraucherpreise in Westeuropa verstärkt sich, wobei sich die nationalen Teuerungsraten einander etwas annähern. Bei starken Unterschieden in der Auslastung der Ressourcen in den einzelnen Ländern waren die Preise für die Lebenshaltung im Sommer um 5,5 bis 7,5 % höher als vor Jahresfrist. Der in den letzten Monaten nicht nur bei den Nahrungsmitteln wieder beschleunigte Preisauftrieb ist insbesondere vor dem Hintergrund der konjunkturellen Erholung in Westeuropa enttäuschend, wären doch für diese Phase Stabilisierungseffekte durch einen höheren Produktivitätszuwachs zu erwarten gewesen. Selbst bei den Halb- und Fertigwaren der Industrie verlangsamte sich die Teuerung nur noch geringfügig" (DIW-Wochenbericht 44/72 vom 26. Oktober 1972, S. 374).

In sehr zurückhaltender Weise wird im gleichen Gutachten auch angedeutet, welche Ursachen das gegenwärtige Inflationstempo beeinflussen: „Der Preisanstieg dürfte auch deshalb so stark gewesen sein, weil Produzenten und Händler ihre Gewinnmargen auszuweiten suchten, und dies auch in Ländern mit preisdirigistischen Maßnahmen."

Hier scheint der Schritt zur Einsicht nahezuliegen, daß die Inflation ursächlich mit der marktbeherrschenden Stellung hochkonzentrierter Unternehmen verbunden ist, die es sich leisten können, in einer Phase annähernder Stagnation des Produktionsvolumens „ihre Gewinnmargen auszuweiten". Die Forschungsinstitute sehen jedoch die Gefahr nicht bei der monopolistischen Marktmacht, sondern darin, „daß die Geldentwertung zur Gefahr für die

Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus werden kann; den Forderungen nach ‚systemüberwindenden' Veränderungen wird neuer Auftrieb gegeben" (Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute 1972, S. 384). Konsequenterweise empfehlen auch drei der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute eine Politik der Drohung mit der Arbeitslosigkeit für den Fall, daß die Tarifpartner sich nicht stabilitätskonform verhalten. „Das freilich schließt das uneingeschränkte Versprechen auf Vollbeschäftigung aus" (Gemeinschaftsgutachten, a. a. O.).

Dem massiven Druck wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen versuchten die Regierungen der EWG-Staaten zunächst durch ein gemeinsames Programm zur Inflationsbekämpfung zu begegnen. Auf der EWG-Gipfelkonferenz beschlossen die Staats- und Regierungschefs, „dem Kampf gegen die Inflation und für die Wiedererlangung der Preisstabilität Vorrang" einzuräumen; sie beauftragten die Finanzminister, Vorschläge „für eine wirksame und realistische kurzfristige Aktion zur Erreichung dieser Ziele" auszuarbeiten.

Man kann jedoch mit Sicherheit davon ausgehen, daß die EWG-Beschlüsse Papier bleiben werden; politische und ökonomische Interessenkonflikte verhindern jedes wirkungsvolle Programm: England lehnt angesichts von 880 000 Arbeitslosen eine restriktive Haushaltsplanung ab. Italien hat bei nur 2%igem Produktionswachstum im letzten Jahr alles Interesse an einer expansiven Haushaltspolitik. Frankreich sperrt sich mit Blick auf die Konkurrenz der USA gegen zu einseitige Zollsenkungen der EWG. Damit ist die Inflationsbekämpfung wiederum in den Aufgabenbereich der Einzelstaaten zurückverwiesen, wobei sich die Interessenkonflikte an der Kernfrage entzünden, welche Gruppe die „Opfer der Stabilität" zu tragen hat.

Angesichts dieser Situation heischt die Aufforderung Otto Wolf v. Amerongens (DIHT) an Gewerkschaften und Staat, einen „Stabilitätspakt" mit den Unternehmern einzugehen, besondere Aufmerksamkeit. Unter dem Motto „Stabilitätsverweigerung ist reaktionär" entwickelt v. Amerongen die Elemente eines solchen Paktes: Künftige Rationalisierungsgewinne sollen nicht durch Lohnsteigerungen „aufgezehrt" werden; „dafür könnten wir die deutschen Unternehmer verpflichten, solche Einsparungen in den Preisen durchschlagen zu lassen"; gegenüber einer staatlichen Lohn- und Preiskontrolle wäre eher ein befristeter, jedoch nicht rückzahlbarer Konjunkturzuschlag zu befürworten; der Staat solle den Haushalt auf ein „gesamtwirtschaftlich vertretbares Maß" reduzieren, dabei jedoch gleichzeitig zu einer „Verstetigung des Ausgabenstromes" gelangen unter Beseitigung des „deutlichen Mißverhältnisses zwischen den hohen Personalaufwendungen und den verhältnismäßig geringen Ausgaben für öffentliche Investitionen" („Süddeutsche Zeitung" vom 8. November 1972).

Der Kampf geht also um die Reduktion der Lohnquote. Damit die relativ sinkenden Lohneinkommen sich jedoch nicht in einen Nachfragerückgang auf den Warenmärkten auswirken, muß konsequenterweise zugleich die Forderung nach verstärkten Aufträgen der öffentlichen Hand gestellt werden. Zum Ausgleich bietet v. Amerongen eine Selbstverpflichtung der deutschen Unternehmer an, auf Gewinne zu verzichten — ein Versprechen, das angesichts der Tatsache, daß die Unternehmen seit Monaten dabei sind, ihre Gewinnmargen zu erhöhen, nicht gerade vertrauenerweckend wirkt.

Die Reaktion der Gewerkschaften war deutlich: „Eine Stabilisierung der Wirtschaftslage auf dem Rücken der Arbeitnehmer lehnen wir ab" (Loderer, IG Metall, in „Süddeutsche Zeitung" vom 15. November 1972). Gleichwohl zeigen

die von Gewerkschaftsseite bislang erhobenen Forderungen nach einer rund 11%igen Lohnerhöhung, daß die Gewerkschaften bemüht sind, gerade noch den Status quo in der Verteilung von Lohn und Gewinneinkommen zu behaupten. MdB Katzer (CDU) hatte den Arbeitern bereits vorgerechnet, daß sie im Jahre 1973 selbst bei 11%iger Steigerung des Nominallohnes angesichts der voraussehbaren Preissteigerungen, der progressiv wachsenden Steuersätze und Sozialbeiträge „nur wenig für eine Verbesserung ihres Lebensstandards übrig behielten" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 27. Oktober 1972).

In dieser Situation scheinen selbst die Unternehmer an der Wirksamkeit einer Strategie, die die Arbeiterschaft zum Vertrauen in die Selbstverpflichtung deutscher Unternehmer aufruft, zu zweifeln. Sie fordern den Staat auf, unter Einsatz politischen Drucks und öffentlicher Orientierungsdaten auf die Gewerkschaften einzuwirken. Lohnkontrolle wird befürwortet, Preiskontrolle ist „dirigistisch".

„Nun, die Obrigkeit kontrolliert tatsächlich, aber nicht die Höhe der Preise — diese ist eine Sache der freien Kalkulation des Einzelhandels — sondern die Preisauszeichnung" („Handelsblatt" vom 3. Dezember 1972).

Trotz aller Ablehnung eines „dirigistischen Preis- und Lohnstopps" wird der Staat bei der „Zähmung der Sozialpartner" zu Hilfe gerufen: Spanien geht am 17. November 1972 in einen 6monatigen Lohn- und Preisstopp über, England folgt am 3. Dezember 1972.

Auf der Suche nach den Gründen, die für diese Art der Problemlösung sprechen, sollte man auf die Erfahrungen der USA mit einer einjährigen Lohn- und Preiskontrolle zurückgreifen: „... in der Zeit von Januar bis August 1971, also vor der Einführung der Kontrollen, (stieg) der Index für alle Verbrauchsgüter um 3,8 %, während er in den vergangenen 10 Monaten einen Zuwachs von 3,5 % zeigte" („Süddeutsche Zeitung" vom 31. Oktober 1972).

Die USA haben mit 5 Millionen Arbeitslosen eine Arbeitslosigkeit von 5,5 %. Im letzten Quartal konnte dagegen die Produktivitätsrate (1971 = 2,9 %) verdoppelt werden („Süddeutsche Zeitung" vom 15. November 1972, „Nixons New Policy geht weiter").

Unter dem Titel „Nixon verspricht Frieden und Stabilität" weiß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. November 1972 von großen Erwartungen in eine „welfare Reform, eine Durchforstung der aufgeblähten Sozialleistungen ..." zu berichten.

Diese Beobachtungen hinsichtlich der Auswirkungen eines Lohn- und Preisstopps in den USA berechtigen uns, zu prognostizieren, daß der Widerstand der deutschen Unternehmerschaft gegen einen „Lohn- und Preisstopp" schwinden wird. Die US-Erfahrungen zeigen überdies, daß die von Unternehmerkreisen, CDU-Vertretern und Wissenschaftlern im Verein geforderte „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos" in den USA bereits verwirklicht ist. Damit stünden alle Signale grün für eine positive Entwicklung in Richtung stabiler Gewinnerwartungen, wenn nicht das Ifo-Institut zugleich auf eine mögliche Form einer neuen „Instabilität" verwiese: „Die Nichteinhaltung dirigistischer Maßnahmen auf lohnpolitischem Gebiet ist in aller Regel nicht mangelnde ‚Vertragstreue' der zentralen Gewerkschaftsorganisation. An der Basis ist jedoch offensichtlich nicht zu realisieren, was die Spitze ausgehandelt hat. Es steht nicht in der Macht ‚konzertierender' Spitzenorganisationen, die einvernehmlich ausgehandelte Lohnentwicklung bindend zu garantieren." „Aus Angst vor Sozialkonflikten sind die Unternehmer vielfach zu programmwidriger Nachgiebigkeit gegenüber Lohnforderungen bereit" („Handelsblatt" vom 14. November 1972).

Dirk Ipsen

Rüstung und Inflation

Von Ulrich Albrecht

Die Kosten der Rüstung steigen ebenso wie die Rate der Inflation mit scharfem Tempo. Obgleich beide Tatbestände hinlänglich bekannt sind, werden sie kaum aufeinander bezogen. Das Bundesverteidigungsministerium gibt sich in Weißbüchern zwar alarmiert über „Kostenexplosionen" [1]) in der Rüstung (ein Begriff, der nur zu gut verdeutlicht, wie verständnislos man dem Phänomen gegenübersteht). Die Rüstungsstrategen betrachten sich aber eher als Opfer der Inflation, als daß sie der Tatsache gewahr sind, daß Militärausgaben eine Schlüsselrolle bei der Verminderung des Geldwertes spielen. Rüstungsausgaben erzeugen gewaltige Inflationsschübe, und mit der allgemeinen Entwertung des Geldes wird nicht zuletzt die Rüstungsinflation finanziert. Diese Thesen sollen im folgenden erhärtet werden.

Typen von Rüstungsinflation

Es scheint mindestens vier verschiedene Arten von Inflation durch Rüstungsausgaben zu geben. Sie überlappen sich zwar in der Wirkung, können jedoch ihrer Herkunft nach klar unterschieden werden. Erstens haben Rüstungsausgaben im Gegensatz zu anderen Staatsausgaben einen Inflationseffekt, weil sie nichtproduktiven Zwecken dienen. Die traditionelle ökonomische Analyse vergleicht Rüstungsausgaben mit dem Konsum von Luxusgütern. Obwohl dieser Vergleich schwerwiegende Verkürzungen beinhaltet, ist diese Annahme insofern korrekt, als die Ausgaben für Beschaffungen in der Rüstung Gütern gelten, die aus dem ökonomischen Kreislauf definitiv ausscheiden und keinen Mehrwert erzeugen, im Gegensatz zu anderen Staatsausgaben. Diese Blickweise scheint allgemein akzeptiert zu sein, in den Worten des früheren Verteidigungsministers Strauß: „Ich weiß, daß Rüstungskosten, rein rational betrachtet, natürlich unproduktive Kosten sind" [2]). Wenn regelmäßig ein so großer Anteil der nationalen Ausgaben, wie ihn die Rüstungskäufe darstellen, aus dem Wirtschaftskreislauf herausgenommen wird, so beeinflußt dies ganz natürlich den Geldwert in negativer Weise. Ernest Mandel hält diesen Aspekt der Rüstungsinflation für die Wurzel des Inflationsphänomens schlechthin („Die Schaffung eines ständigen und wachsenden Rüstungssektors in der kapitalistischen Wirtschaft erklärt ... die permanente Tendenz zur Geldinflation") und argumentiert:

„Die Rüstungsproduktion hat, monetär betrachtet, ein besonderes Merkmal; sie verzehrt die zirkulierende Kaufkraft, ohne einen zusätzlichen Zustrom an Waren als Gegenwert hervorzubringen. Selbst wenn diese gestiegene Kaufkraft zur Anschaffung von Maschinen und zur Einstellung von Leuten führt, die vorher arbeitslos waren, entsteht eine zeitweilige Inflation. Die Einkommen der Arbeiter und die Gewinne der Gesellschaften erscheinen auf dem Markt als Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsgütern, ohne daß die Produktion dieser Güter gesteigert worden ist" [3]).

Neben der Minderung des Geldwertes hat das Ausscheiden der Rüstungsgüter aus dem Prozeß der Reproduktion weitere negative Folgen; Mandel etwa spricht

1) Weißbuch 1970 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 165.
2) Rede auf der 12. Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, „NATO und unsere Sicherheit", Mitteilungen des BDI Nr. 7/1961, S. 8.
3) E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1970, S. 555.

„von einer absoluten Verminderung des Vorrates an konstantem Kapital und von einem sehr steilen Absinken der Arbeitsproduktivität" [4]). Wir wollen uns jedoch auf die Inflationseffekte beschränken.

Charakteristisch für die kritische linke Untersuchung der Beziehungen zwischen Rüstung und Inflation ist, daß jeweils nur ein bestimmter Typ von Inflation thematisiert wird.

Ein Autorenkollektiv aus der DDR hat vor allem die Ausweitung der Geldmenge durch Rüstungsausgaben vor Augen, wenn es einen zweiten Typus von Rüstungsinflation bestimmt. „Zeitweilig stimulierend wirkt die inflationistische Art und Weise, durch die der Staat seine Rüstungskäufe finanziert. Real wird dadurch keine Kaufkraft geschaffen, aber es entsteht eine fiktive Kaufkraft, die zu einem Steigen der Preise führt. Das reizt die Kapitalisten an, ihre Mittel zur Ausdehnung der Produktion anzulegen, das heißt, sich in erster Linie mit Produktionsmitteln einzudecken" [5]). Mit ihrer These, daß die zeitweilige Erhöhung der Geldmenge durch Rüstungskäufe Inflationen in allen Wirtschaftsbereichen induziert, obwohl diese durch unabhängige Unternehmerentscheidungen vermittelt werden, schreibt auch diese Studie der Rüstungsinflation die Schlüsselrolle im Prozeß der Geldentwertung zu.

Elmar Altvater hat den als „Stagflation" bekannten Zustand ökonomischer Stagnation und gleichzeitiger hoher Preissteigerungsraten in einem dritten Ansatz zur Theorie der Rüstungsinflation in besondere Beziehung zur zunehmenden Verschuldung des Staates infolge von Militärausgaben gebracht. Kategorischer als die vorgenannte Studie stellt Altvater zunächst fest, daß „auch eine Stagnation oder gar Senkung der Rüstungsausgaben ... mit jeder verausgabten Geldeinheit die Staatsschuld absolut (erhöht)" [6]). Ursache der durch Rüstungsausgaben bewirkten gesamtwirtschaftlichen Inflationsentwicklung ist vor allem die steigende Staatsschuld. Infolge der Ausdehnung des Rüstungssektors und diesem strukturell vergleichbarer Bereiche wie der Raumfahrt nimmt der Geldbedarf des Staates zu. Derjenige Teil dieses Bedarfes, der durch Anleihen gedeckt wird, hat nach Altvater besonders fatale Wirkungen auf den Zirkulationsprozeß. Er bedingt „eine wachsende Geldmenge ..., die in Richtung einer Aufblähung des Geldausdruckes der Werte tendiert" [7]).

Schließlich läßt sich ein vierter Typus rüstungsbedingter Inflation ausmachen, der näher an den üblichen Definitionen ökonomischer Lehrbücher liegt. Diesen Darstellungen zufolge veranlaßt eine Übersteigerung der Nachfrage die Anbieter, ihre Preise zu erhöhen, um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wieder herzustellen. Diese Vorstellung mag einige Erklärungskraft für Volkswirtschaften haben, die sich in einem starken Boom befinden, und in denen die Hauptwurzel der Inflation in mangelnder Fähigkeit liegen mag, die Fertigungskapazitäten der rasch ansteigenden Nachfrage anzupassen. Alle westeuropäischen Volkswirtschaften sind jedoch eher in einer Phase der Stagflation als in Aufschwüngen zu beschreiben, so daß das herkömmliche Übernachfrageschema keine praktische Bedeutung hat.

---

4) Ebd., S. 351.
5) H. Hemberger u. a. (Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei), Rüstungswirtschaft in Westdeutschland, Berlin 1963, S. 64.
6) E. Altvater, „Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus". In: „Probleme des Klassenkampfes", Nr. 3/1972, S. 35 ff. A. hat auch den erstgenannten Inflationstyp vor Augen: „Wird aber so der akkumulationsfähige Teil des Mehrwertes beschnitten, wird er permanent dazu verwendet, Waren aus dem Markt zu ziehen, Geld in die Kapitalzirkulation zu pumpen und Löhne für Arbeiter und vor allem Nicht-Arbeiter (Soldaten) zu zahlen, so ist klar, daß ... eine permanente Aufblähung des Preisniveaus erfolgen muß" (ebd., S. 35).
7) Ebd., S. 36.

Dennoch existiert in gewissen „bottle-necks" der Wirtschaft eine durch Übernachfrage stimulierte Inflation, die in einer eng gefaßten konventionellen Blickweise als „Kosteninflation" beschrieben wird. Besonders in Westdeutschland haben die Anforderungen der Aufrüstung an den Arbeitskräftemarkt zur Kostensteigerung beigetragen [8]). Weiter ist die plötzlich auftretende militärische Nachfrage nach Forschungs- und Entwicklungskapazitäten als ähnliche Belastung einer knappen gesellschaftlichen Ressource zu werten, welche in einem Anstieg der Preise für diesen Produktionsfaktor resultierte.

Die verschiedenen Typen der Rüstungsinflation kumulieren in den expansiven Strategien des militärisch-industriellen Gefüges, welches in der Bilanz den mutmaßlich dominanten Vermittler von Inflationskeimen in die Gesamtwirtschaft stellt. Neben anderen Akteuren nutzen vor allem die Hersteller von Rüstungsgütern ihre durch Sicherheitsideologien abgeschirmten Machtpositionen in einer Weise, die sich mit dem amerikanischen Ökonomen A. P. Lerner als „Angebotsinflation" charakterisieren läßt: „Versuchen alle Anbieter ... ihre Preise im Verhandlungswege so zu bestimmen, daß sie zusammen mehr als 100 Prozent des volkswirtschaftlichen Gesamtproduktes erhalten, so ist ein unheilvoller Anstieg des Preisniveaus unvermeidlich" [9]).

Die vorgestellten Varianten von Rüstungsinflation sind nun analytisch schwer voneinander separierbar. Ihr quantiativer Beitrag zur Rüstungsinflation insgesamt ist mutmaßlich unterschiedlich, auch werden diese Anteile von Land zu Land variieren. Wegen der Unmöglichkeit, Rüstungsinflation in ihre Elemente zu zerlegen, sind schon aus diesem Grunde Maßnahmen technokratischer Natur zur Steuerung der Rüstungsinflation nicht vorstellbar — ganz abgesehen von den institutionellen Arrangements im kapitalistischen Wirtschaftssystem, die ein solches Vorhaben vereiteln würden.

Expansionsmuster der Rüstungsinflation

Außer den Inflationswurzeln, die in den Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Wirtschaftssysteme angelegt sind, wirken im Reproduktionsprozeß des militärisch-industriellen Komplexes tendenziell zusätzliche Kräfte, die zur Eskalierung der Rüstungsinflation beitragen. Sowohl in den Analysen der Rüstungsplaner als auch bei der Kritik stehen die Preissteigerungen im Manpowersektor und bei den Beschaffungsausgaben im Vordergrund.

Erster Ansatzpunkt sind die steigenden Lohnkosten für militärisches Personal. Das englische „Institut für Soziale und Wirtschaftliche Forschung", den westdeutschen Konjunkturforschungsinstituten vergleichbar, stellte fest: „Bedingt durch starke Steigerungen in den Personalkosten der Streitkräfte ist der Wert des Geldes, welches für die Verteidigung ausgegeben wird, rascher gesunken als der Geldwert im allgemeinen" [10]).

Dieser Stellungnahme ist zunächst der Hinweis zu entnehmen, daß die Inflation innerhalb des Verteidigungsbudgets rascher voranschreitet als sonst in der Gesellschaft, d. h. daß die Rüstungsinflationsrate die durchschnittliche Rate der Geldentwertung nach oben treibt. Als Hypothese formuliert: mit der allgemeinen Inflation wird die Rüstungsinflation finanziert. Gelingt es, weitere Hinweise für die überdurchschnittliche Inflationsrate bei Rüstungsausgaben zu erbringen, so erhält die Hypothese den Rang einer empirisch erhärteten Theorie.

8) Vgl. dazu H. Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970, bes. S. 189.
9) P. A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Köln 1964, Bd. II, S. 452, der in dieser Weise die Position Lerners zusammenfaßt.
10) D. C. Paige, Defence Expenditure, in: „National Institute Economic Review", Nr. 10 (July) 1960, S. 28.

Der expansive Kern der Lohnkosteninflation bei Soldaten läßt sich am einfachsten anhand des Versuches fassen, sein quantitatives Maß zu bestimmen. Lohnsteigerungen werden allgemein damit begründet, daß Produktivitätssteigerungen eine bessere Vergütung menschlicher Arbeit gestatten. Im Falle von Armeen enthüllt die Verbindung von Lohnsteigerungen mit „Produktivitätsverbesserungen" wichtige Aspekte des expansiven Grundmusters des Rüstungswesens.

Zumindest für den zivilen Bereich staatlicher Betätigung wird allgemein angenommen, daß die Produktivität der Staatsbediensteten im Laufe der Zeit steigt. Eine solche Annahme erscheint vernünftig, wenn man in Rechnung stellt, daß sich die Arbeitsteilung innerhalb der Regierungsapparate verstärkt, und daß ein größeres Maß an Spezialisierung die Produktivität der Staatsdiener erhöht. Ferner gibt es Verbesserungen in der Technologie und der Organisation der Bürokratie, die zusammen mit einer verbesserten Ausbildung der Staatsdiener zur Steigerung ihrer Produktivität beitragen. Da nun Produktivität im Bereich öffentlicher Dienstleistungen schwierig zu messen ist, gilt die Konvention, daß der output der im Staatsdienst befindlichen Personen ihrem Verdienst gleichwertig ist. Lohnsteigerungen reflektieren dieser Konvention zufolge Produktivitätsverbesserungen im Staatsdienst.

Es wäre absurd, analoge Überlegungen auf den öffentlichen Dienst im militärischen Bereich auszudehnen. Niemand wird z. B. behaupten wollen, die militärische Effektivität eines Berufssoldaten stünde in einem gleichen Verhältnis zu der eines Wehrpflichtigen wie die Einkommen beider, oder die höchst unterschiedlichen Einkommenssteigerungen würden ungleiche „Effizienzsteigerungen" widerspiegeln. Jeder Versuch, Lohnsteigerungen von Soldaten mit einer Hebung von „Produktivität" zu begründen, würde in der Öffentlichkeit als pervers empfunden, und lebhafte Proteste auslösen. Die Regierungsapparate begnügen sich daher mit anderen Begründungen und setzen die „Produktivitätssteigerungen" ihrer zivilen und militärischen Bediensteten stillschweigend als Aktivposten gegen die steigenden Ausgaben für Gehälter. Jene Regierungen in westeuropäischen Ländern, die sich in neurerer Zeit mehrfach gezwungen sahen, die Entlohnung der Soldaten spürbar anzuheben, führten zur Begründung vor allem an, daß die Soldatenlaufbahn unpopulärer werde und daher finanziell attraktiv gestaltet werden müsse. Die Unterstellung, man müsse zusätzlich den Soldaten Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten gewähren, und daher den Personalkostentat erhöhen, erweist sich allerdings als eine permanent zunehmende Unterschätzung sowohl des Umfanges als auch der angemessenen Kosten der Militärapparate.

Zunächst muß festgehalten werden, daß auch nach den Selbstauskünften der Rüstungsplaner die Verteidigung eines Landes gegen äußere oder innere Bedrohungen ein in seinem quantitativen Aspekt von der Geldentwertung unabhängiges Problem mit eigenen Suffizienzkriterien ist. Wenn die Armee nun zur Steigerung ihrer militärischen Schlagkraft — eben doch zur Erhöhung ihrer eigentümlichen „Produktivität" in einem furchtbaren Sinne — neue, kostspieligere Waffen erhält, dann ist nicht einzusehen, warum zur Erfüllung der gleichgebliebenen „Sicherungsaufgabe" nicht weniger Soldaten genügen. Wird trotz einer Steigerung der militärischen Schlagkraft die Zahl der Soldaten nicht reduziert, so liegt in der Konsequenz eine zusätzliche Steigerung der Rüstung vor. Das Ausmaß dieser Rüstungssteigerung läßt sich unter anderem an der Entwicklung des Personalkostenetats ablesen. Für jeden Bundeswehrsoldaten gibt die westdeutsche Gesellschaft heute nominell doppelt soviel Geld aus wie zehn Jahre zuvor. Wenn die Gesellschaft diese Kostensteigerung für gerechtfertigt hält, weil die Soldaten über

wirksamere Kriegsmittel als zuvor verfügen, so sollte sie auch vor Augen haben, daß diese Verdoppelung mit ebenfalls verzweifachter Wirkung an ihrem Gelde zehrt.

Der weitverbreitete Hinweis, die steigenden Preise der Rüstungsgüter seien wie in anderen Produktionsbereichen vor allem durch wachsende Lohnkosten der in der Rüstung tätigen Arbeiter bedingt, läßt sich schon durch einen einfachen Hinweis auf die Kalkulationsgrundlagen der Rüstungsindustrie widerlegen. Zur Berechnung gleitender Preise, die dem staatlichen Abnehmer in Rechnung gestellt werden, benutzt man einfache Formeln, die empirisch ermittelte Kostensteigerungen in der Form von Koeffizienten enthalten. Die englische Firma Rolls-Royce berechnete zum Beispiel die Inflationspreise für Düsentriebwerke nach folgendem Muster [11]):

$$P = P_o \left(0{,}55\frac{L}{L_o} + 0{,}35\frac{M}{M_o} + 0{,}0388\right)$$

Der Verkaufspreis „P" zu einem beliebigen Zeitpunkt ist für die Triebwerke demnach ein Produkt aus dem Kontraktpreis P_0 (zu dem die Motoren verkauft wurden) und einer Klammer, die Kostensteigerungen reflektiert. Die Quotienten L/L_0 und M/M_0 repräsentieren die Kostenverhältnisse für Arbeitslöhne und für Materialien, jeweils zum Kontraktdatum (Index „o") und zum Lieferdatum. Interessant ist nun die Bemessung der den Einfluß der verschiedenen Kostensteigerungen wiedergebenden Koeffizienten. Der letzte Summand in der Klammer gibt eine automatische Preissteigerung wieder — unabhängig davon, ob sich die Kosten für Materialien oder die Lohnkosten erhöht haben. Steigerungen der Lohnkosten bilden andererseits nur 55 % des erhöhten Lieferpreises. Wenn sich — wie im Fall Rolls-Royce tatsächlich geschehen — der Preis der Düsenmotoren verdoppelt, so hätten (wären allein Lohnerhöhungen die Ursache der Preisbewegung) sich die Löhne der Arbeiter fast vervierfachen müssen. Die tatsächlichen Lohnerhöhungen der Arbeiter stehen allerdings in einem so krassen Mißverhältnis zur Entwicklung der Preise von Rüstungsgütern, daß das Argument von der Lohn-Preis-Spirale aus jeder weiteren Erörterung herausgenommen werden kann.

Der tatsächliche Anstieg der Preise für Rüstungsgüter wird vom Verteidigungsministerium heute unumwunden eingestanden. „Auch für die Bundeswehr gilt der internationale Erfahrungssatz, daß sich die Beschaffungskosten moderner Waffensysteme im Durchschnitt alle zehn Jahre verdoppeln. Bei Forschungs- und Entwicklungsausgaben und bei den Aufwendungen für Materialerhaltung und Betrieb ist es nicht anders", heißt es im Verteidigungsweißbuch 1970 [12]). Hinzuzufügen ist, daß auch die Preise für Waffensysteme während des Produktionszyklus für diese Systeme weitaus stärker als etwa durchschnittliche Inflationsindices klettern. Als Durchschnittserfahrung gilt, daß in der Bundesrepublik wie in anderen westeuropäischen Ländern die Preise für ein bestimmtes Produkt der Rüstungsindustrie ebenfalls um 100 % steigen [13]). Nach Angaben des CSU-Abgeordneten Zimmermann, bisher Vorsitzender im Verteidigungsausschuß des Bundestages, weisen diese Preissteigerungsraten in neuerer Zeit noch größere Dimensionen auf: „Die Materialkosten stiegen in drei Jahren enorm, etwa beim Kampfpanzer Leopard um 43 %, bei den U-Booten um 57 %, bei den Lkws bis zu 75 %" [14]).

11) Quelle: Mitteilung der Fa. Rolls-Royce Ltd.
12) Weißbuch 1970 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 165.
13) Der ausführliche empirische Nachweis ist in einem längeren Manuskript zu finden, welches demnächst im Verlag Carl Hanser, München, als Buch erscheinen soll.
14) Interview in: „Wehr und Wirtschaft", Heft 11/1972, S. 489.

Der Effekt dieser Preissteigerungen wird vordergründig gemindert durch den Umstand, daß die Bundeswehr jedes neue Gerät in reduzierten Stückzahlen erhält.

Die Luftwaffe bekommt gegenüber 600 „Starfightern" nur 320 Flugzeuge des neuen Musters „Panavia 200", wie schon die Zahl der Starfighter gegenüber der Ausstattung mit dem Vorgängermuster verringert war. Ein solches Verhalten ist schon aus dem Grunde notwendig, weil der Rüstungsetat nicht im gleichen Tempo wie die Rüstungspreise gesteigert werden kann. Die Gesellschaft sollte sich dennoch dem Tatbestand nicht verschließen, daß für ein neues Flugzeug oder ein anderes Rüstungsgut der doppelte Geldwert wie ein Jahrzehnt zuvor zu entrichten ist. Es dürfte unabweisbar sein, daß die Preisentwicklung im Rüstungswesen exorbitante Ansprüche an die Stabilität des Geldwertes stellt — die in der Regel die Belastungsfähigkeit der Währung überstrapazieren.

Mit der Feststellung, daß die Preisverdoppelung die Rüstungsinflation reflektiere, ist freilich der Gesamtumfang der Preissteigerung noch nicht vollständig erfaßt. Dem bisherigen Argumentationsgang zufolge ist von inflationären Effekten nicht zu reden, wenn Rüstungsgüter permanent zu konstanten Preisen hergestellt werden. Es läßt sich nun ohne besondere Mühe nachweisen, daß gemäß den Kostenstrukturen der Rüstungsproduktion die Preise von Waffen nach Einsetzen einer Fertigung kontinuierlich sinken müßten. Besonders die kostspieligeren Kapitalgüter der Rüstung werden in der Serienproduktion mit markant sinkenden Selbstkosten ausgestoßen [15]). Für Militärflugzeuge gilt etwa der Erfahrungssatz, daß bei Verdoppelung des Ausstoßes die Durchschnittskosten um 20 % gegenüber dem Aufwand sinken, der erforderlich wäre, wenn die produzierte Menge Flugzeuge nicht verdoppelt wird. Diese Kostenminderungen werden in sogenannten „Lernkostenkurven" wiedergegeben. Sie illustrieren, daß durch die Wiederholung des Fertigungsprozesses Arbeiter und Management Kosten sparen lernen.

Wenn die Rüstungspreise für laufend aus der Fertigung kommende Waffen nicht sinken, sondern vielleicht sich auf ein konstantes Niveau einpendeln, dann muß schon dieser Tatbestand als Preissteigerung behandelt werden. Gilt aber der Erfahrungssatz, daß über die Produktionsperiode sogar eine Verdoppelung des Preises eines Waffensystems eintritt, so ist festzuhalten, daß die Steigerungsrate mehr als 100 % beträgt.

Um diese modellhafte Skizze der Rüstungsinflation an einem Beispiel zu verdeutlichen, sei auf die Preisentwicklung bei einem bestimmten englischen Kriegsschifftyp eingegangen. Die Wahl von Schiffen hat den Vorteil, daß kontinuierliche Preisdaten benutzt werden können, weil derartige Großgeräte einzeln mit dem staatlichen Käufer abgerechnet werden. Um ein genügend großes Sample zu diskutieren, sei auf Fregatten der englischen „Leander"-Klasse zurückgegriffen, die ohne signifikante Änderung der Baupläne über sieben Jahre hinweg in 26 Einheiten gefertigt wurden [16]). Der Preis der Schiffe stieg im Vergleichszeitraum von März 1963 bis Februar 1970 um insgesamt 46,8 %. Diese Quote läßt sich aufgliedern in einen Anteil von 20,8 %, der die allgemeine Inflation im Schiffsbausektor widerspiegelt (d. h. die Geldentwertung betrug in dieser Branche im Durchschnitt 3,5 % pro Jahr, verglichen mit einem Durchschnittswert von 4,4 % in der Steigerung der englischen Lebenshaltungskosten), und in einen Anteil von 26 % (im Jahresdurchschnitt 4,3 %), der als reine Rüstungsinflation zu bezeichnen wäre.

15) Zur Diskussion dieses Effektes sei auf die Darstellung z. B. in SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute), The Arms Trade with the Third World, Stockholm u. a. 1971, S. 379 ff., verwiesen. Eine Illustration aus der Panzerherstellung findet sich in „Wehrkunde", Nr. 2/1971, S. 84.

16) Die einzelnen Preisangaben ebenso wie die anderen angeführten Daten sind den jährlich veröffentlichten „Defence Accounts" entnommen, zum ausführlichen Nachweis vgl. Fußnote 13.

Der Preisanstieg der Fregatten ist somit zum kleineren Teil von 45 % der allgemeinen Inflation anzulasten, während der Löwenanteil von 55 % rüstungsspezifische Gründe hat. Der tatsächliche Umfang der Rüstungsinflation liegt allerdings höher, weil mögliche Kostensenkungen im Vergleich mit dem Preis des ersten Schiffes von den Herstellern von vornherein nicht weitergegeben wurden. Ähnliche Beispiele aus anderen Bereichen der militärischen Produktion lassen sich mit geringem empirischen Fleiß erheben.

Der Umfang der Rüstungsinflation

Jeder Versuch, makroökonomisch das Rüstungselement in der allgemeinen Inflation zu isolieren und seine quantitative Bedeutung zu analysieren, ist schon dadurch fast unmöglich gemacht, daß es keine verbindlichen Maßstäbe für Inflation gibt. Die Entwicklung des Geldwertes wird allgemein mit Indexzahlen gemessen. Es gibt jedoch keine Übereinstimmung darüber, welche Kennziffern als Standardindex zur angemessenen Bewertung von Geld zu verwenden sind. Das ist kein Zufall.

Der am breitesten bekannte Index zur Messung von Inflation ist der Index der Verbraucherpreise. Für den Mann auf der Straße ist diese Zahl möglicherweise der naheliegendste Vergleichsmaßstab. Der dem Verbraucherpreisindex zugrundeliegende Warenkorb repräsentiert allerdings nur einen Bruchteil aller Ausgaben in einer Volkswirtschaft. Gravierender ist, daß er auch nicht annähernd die durchschnittliche Preisentwicklung in der Wirtschaft wiedergibt, die eigentlich die Geldentwertung bestimmt. Ludwig Erhard faßte die Untauglichkeit des Verbraucherpreisindex einmal bündig zusammen: „Die Preise einer Volkswirtschaft werden nicht nur in Wurst und Käse gemessen" [17]). Erhard unterließ allerdings einen Hinweis darauf, warum Regierungen, werden sie nach der Inflationsrate gefragt, bevorzugt mit dem Index der Lebenshaltungskosten antworten. Diese Kennziffer steigt im Bezug auf andere Preisindices relativ langsam. Die Fachleute sind sich zwar einig, daß die Entwicklung des Geldwertes nicht an einem willkürlich herausgegriffenen Wirtschaftssektor, sondern an der Entwicklung der Gesamtheit aller Preise in einer Volkswirtschaft zu messen ist, daß heißt die Preisbewegung des Sozialproduktes als Standardindex zugrunde gelegt werden muß. Diese Kennziffer weist jedoch im groben Durchschnitt eine etwa doppelt so große Steigerungsrate wie die Lebenshaltungskosten auf. Wenn z. B. Gewerkschaften ihre Lohnforderungen mit gestiegenen Verbraucherpreisen begründen, so übersehen sie vollständig, daß die Möglichkeit der arbeitenden Bevölkerung, mit ihrem Geld andere Güter als die des täglichen Bedarfs zu erwerben, über die noch größere Entwertung des Geldes bei anderen Gütern in raschem Tempo beschnitten wird. Es wird verständlich, daß man in den herrschenden Klassen beim Thema Inflation Preisindices aus Bereichen bevorzugt, in denen die Geldentwertung unterdurchschnittlich langsam voranschreitet.

Zum Vergleich der Preisentwicklung im Rüstungsbereich ist folglich die Inflationsrate des Sozialproduktes zu verwenden. Um diese Gegenüberstellung plastischer zu gestalten, sei zusätzlich auf den Index der Verbraucherpreise zurückgegriffen. Die Hauptschwierigkeit eines systematischen Vergleiches dieser Art ist die Beschaffung von Rüstungspreisindices. Auch die Kostenkontrolleure in den Beschaffungsabteilungen der Rüstungsbürokratien sind mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, daß es eine besonders große Inflationsrate bei militärischen Gütern gibt, die von der allgemeinen Preisentwicklung deutlich unterschieden werden kann.

17) Rede vor dem Börsenklub in Hannover am 25. 10. 1970, zit. nach W. Slotosch, Das Geld mit dem wir leben müssen, München 1971, S. 60.

Die genauere empirische Bestimmung dieser Rüstungsinflation ist nun deswegen nicht einfach möglich, weil es keinerlei Übereinkünfte methodischer Art über ihre Quantifizierung gibt. Die Aufgabe, einen „Rüstungsinflator" zu definieren, ist höchst unterschiedlich gelöst worden. In einigen Verteidigungsministerien ist es üblich, der Einfachheit halber die Preisindices für schwere maschinelle Ausrüstungen aus der Zivilwirtschaft als Indikatoren für die Rüstungskostensteigerung zu benutzen. Ein solches Vorgehen ist zwar weniger naiv als der Rückgriff auf den Lebenshaltungskostenindex, die reale Bedeutung der Rüstungsinflation wird man mit einem solchen Hilfsverfahren aber nie ermitteln können. Auch die Verwendung von gemischten Indices aus sowohl zivil wie militärisch produzierenden Branchen wirkt verschleiernd (so wurde in England die Preisentwicklung im gesamten Flugzeugsektor, welche von 1963 bis 1969 um 38,9 % nach oben ging, in bezug zur Kostensteigerung bei zivilen Kapitalgütern gesetzt, welche im Vergleichszeitraum lediglich 20,1 % betrug). In neuerer Zeit hat das englische Verteidigungsministerium direkte Vergleichszahlen über die Geldentwertung im Rüstungsetat und über die Preisentwicklung im Sozialprodukt berechnet [18]):

$$\frac{\text{BSP-Inflator}}{\text{Rüstungsinflator}} = 1{,}025$$

Demnach war die Rüstungsinflation im Berechnungszeitraum 1963 bis 1969 um 2,5 % größer als die allgemeine Inflation. Ein vergleichbarer Index zur Quantifizierung der Rüstungsinflation (der sog. „Försvarsindex") wurde in Schweden gebildet. Auch dort übersteigt die Rüstungsinflation die Geldentwertung in anderen Sektoren:

Rüstungsinflation in Schweden

	1963	*1964*	*1965*	*1966*	*1967*	*1968*	*1969*
Försvarsindex	*100*	*106,3*	*114,7*	*124,1*	*128,0*	*131,3*	*134,9*
Verbraucherpreisindex	*100*	*103*	*109*	*115*	*121*	*123*	*126*
Preisindex für Metallhalbfabrikate	*100*	*106*	*107*	*107*	*107*	*109*	*118*

Quellen: Försvarsindex — Mitteilung der schwedischen Botschaft, andere International Monetary Fund, International Financial Statistics, vol. XXIII, Nr. 11.

Im Jahre 1969 entschieden sich die verantwortlichen Dienststellen in Schweden, den rasant steigenden Rüstungsinflationsindex künftig lieber nicht mehr zu berechnen.

Die angeführten englischen und schwedischen Beispiele sind nach Lage der Dinge nicht nachprüfbar. Angesichts der bisherigen Verschleierungspraxis der Rüstungsbürokratien ist zu vermuten, daß die ziffernmäßigen Ergebnisse der Indexberechnungen die tatsächlichen Preisentwicklungen im Rüstungsbereich eher verharmlosen. Immerhin erscheint jedoch bemerkenswert, daß die These von der überproportionalen Rüstungsinflation sich auch an Hand offizieller Daten bestätigen läßt.

Anzeichen weniger systematischer Art über den Tatbestand, daß außerordentlich heftige Inflationsschübe aus dem Rüstungssektor kommen, gibt es in einigen anderen westeuropäischen Ländern. Ende 1971 wurde gemeldet, daß die Fünfjahresplanung der französischen Rüstung revidiert werden müßte, weil der Preis-

[18]) Quelle: Mitteilungen des Ministry of Defence.

index für militärische Beschaffungen in einem Jahr um mehr als 5 % gestiegen war [19]). In der Bundesrepublik stiegen 1970 auf 1971 die Preise für die Materialerhaltung der Bundeswehr um 15 %, der Index der Rüstungsgüterpreise nahm um 12 bis 15 % zu — während die Steigerung der Lebenshaltungskosten die Rekordmarke von 6 % überschritt [20]). Ein Grund für die Kürzungen im dänischen Rüstungswesen ist „der Kaufkraftschwund im Etat der Streitkräfte ..., weil die Kosten der Streitkräfte schneller wachsen als der allgemeine Index" [21]).

Spiegeln diese wenigen Belege die Realität angemessen wider, so ist die These bestätigt, daß die Militärausgaben überdurchschnittliche Inflationsraten zeitigen, und daß die Inflation der Rüstungspreise durch die allgemeine Entwertung des Geldes finanziert wird. Auf der Erscheinungsebene der Inflation verstärken sich die Fingerzeige auf die expansiven Grundmuster des militärisch-industriellen Gefüges.

Die Analytiker der Geldentwertung werden allgemein sehr pessimistisch, wenn man sie nach ihren Ratschlägen zur Minderung der Inflation fragt. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß nicht detailliertere Kenntnisse von Einzelzügen des Inflationsphänomens oder eine zielwirksamere Steuerung der Geldpolitik, sondern radikale Änderungen in den Strukturen der westlichen kapitalistischen Gesellschaften erforderlich sind, um die Inflation zu beseitigen. Es ist tatsächlich kaum abzusehen, wie Verbesserungen auf technokratischer Ebene (etwa genauere Kenntnis und damit bessere Steuerungsmöglichkeit über die verschiedenen Beiträge der Varianten von Rüstungsinflation) zu Lösungsmöglichkeiten führen könnten. Das analytische Ergebnis dieser kurzen Skizze ist augenscheinlich, daß die Lösung des Problems der Rüstungsinflation außerhalb des Manipulationsbereiches staatlicher Administratoren liegt. Unter anderen hat der Labour-Lord Thomas Balogh, einer der prominentesten Inflationsanalytiker, einflußreicher Wirtschaftsberater des Wilson-Kabinetts, nach radikalen Schritten gerufen, um das „wichtigste von allen unseren Problemen" zu lösen: „Die Rückkehr zu ‚altmodischen', ‚althergebrachten' sozialistischen Prinzipien erscheint unumgänglich, weil die monetäre oder fiskalische Manipulation angemessenen binnenwirtschaftlichen Fortschritt und ausgeglichene internationale Bilanzen nicht sichern kann und wird. Noch können diese Stabilität und Gleichheit der Einkommensverteilung garantieren."

19) „Neue Zürcher Zeitung", 6. 11. 1971.
20) „Wehrdienst", 27. 12. 1971, S. 2.
21) „Frankfurter Algemeine Zeitung", 20. 12. 1972.

Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen

Von Gerhard Stuby

I. Die Ausgangssituation

1) Am 28. 1. 1973 jährt sich die Ministerpräsidentenkonferenz, auf der die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" beschlossen und die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder zur gleichen Frage abgegeben wurden.

Dieser Jahrestag gibt hinreichenden Anlaß, Bilanz zu ziehen, sowohl was das Ausmaß der Repressionen als auch der hiergegen gerichteten demokratischen Abwehr anlangt.

Vergegenwärtigt man sich die außen- und innenpolitische Situation der BRD zum Zeitpunkt der Verkündigung der Ministerpräsidentenbeschlüsse, so standen zwei Problemkomplexe im Vordergrund der Diskussion: die von der sozialliberalen Koalition gegenüber den sozialistischen Staaten eingeleitete Entspannungspolitik und die Problematik der sogenannten „inneren" Reformen, die von Stabilitätserhaltungsversuchen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik über verschiedene Anläufe zur Neuorganisation der Produktivkraft Wissenschaft (z. B. Hochschulrahmengesetzentwurf) bis hin zum weiteren Ausbau des Polizeistaatsinstrumentariums unter Ausnutzung und Schürung des Anarchistenschocks in der Bevölkerung mit an Notstandsübungen grenzenden Höhepunkten, reichten.

Die staatlichen Maßnahmen im Bereich dieser beiden Problemkomplexe sind Ausdruck der wachsenden inneren ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten aller kapitalistischen Länder, denen die BRD zunehmend ebenso ausgesetzt ist. Daß die Systemauseinandersetzung von diesem Wachsen der inneren antagonistischen Widersprüche nicht getrennt werden kann, sondern zunehmend eine Resultante des Erstarkens des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen ist, braucht hier nicht mehr dargelegt zu werden.

Den zur Erhaltung des kapitalistischen Gesamtsystems unter den erschwerten Bedingungen notwendigen „Modernisierungsschub" glaubten 1969 die wichtigsten Wirtschaftskreise durch eine sozialliberale Koalition, in der die Sozialdemokraten den Hauptton angaben, besser erreichen zu können als durch eine vor allem auf ideologischem Gebiet unflexible und daher abgenutzte CDU/CSU-Regierung. Das Ambivalenzrisiko einer sozialdemokratisch geführten Regierung, die sich nur bis zu einem gewissen Grad von den objektiven Interessen ihrer Mitgliedschaft entfernen kann, glaubte das Großkapital angesichts der Stärke des rechten Flügels der SPD gering veranschlagen zu können. Auf der gleichen Linie lag die noch unter der Großen Koalition mehr oder weniger offizielle Aufforderung an die Kommunisten in der BRD, sich in einer Partei neu zu konstituieren. Angesichts der Schwäche der demokratischen Bewegung glaubte man, das durch diese „generöse Liberalität" verursachte innere Risiko gering veranschlagen und mehrfach durch außenpolitische Vorteile wettmachen zu können.

Ende 1971 — Anfang 1972 hatte sich vor allem die innere Situation, wenn auch nicht grundlegend, so doch in ihrer offenbaren tendenziellen Entwicklung geändert. Die seit Ende der sechziger Jahre immer deutlicher werdenden Kapitalverwertungsschwierigkeiten in der BRD hatten sich auch in ihren Erscheinungsformen zunehmend anderen kapitalistischen Ländern angeglichen. Insofern war weniger die Rezessionskrise von 1966/67 die typische Erscheinungsform als die bis dato in der BRD kaum bemerkbare, aber für alle staatsmonopolistischen Systeme typische, schleichende Inflation.

Ähnliches gilt für die Verschärfung der Klassenwidersprüche und ihrer im Gefolge der zunehmenden ökonomischen Konzentration und der wissenschaftlich-technischen Revolution auftretenden Differenzierungsprozesse innerhalb der beiden Hauptklassen.

Durch die numerische Verkleinerung der herrschenden Klasse zugunsten der Vergrößerung des Proletariats wird die Herrschaftsausübung immer komplizierter. Der soziale Strukturwandel führt auch zu Bewußtseinsveränderungen in Schichten, die bislang ihrer Stellung im Produktionsprozeß nach zur herrschenden Klasse gehörten, vor allem im Klein- und Mittelbürgertum. Ihre Bewußtseinsstruktur hatte bislang ein Großteil der Intelligenz, aber auch Teile der Arbeiterklasse bestimmt. Auch Verschiebungen innerhalb der Bewußtseinsstruktur der Intelligenz, die in den letzten Jahren in der BRD zu verzeichnen sind, liegen diese sozialen Ursachen zugrunde. Von hier aus versteht sich die Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung. Denn das Großkapital muß alle Anstrengungen unternehmen, einem möglichst großen Teil der ausgebeuteten Klasse die Einsicht in ihre objektive gesellschaftliche Stellung zu verstellen und bedarf zu dieser Auseinandersetzung zumindest eines Teiles der Intelligenz. Gerade hier zeichnete sich aber für das Großkapital in den letzten zwei Jahren eine beunruhigende Tendenzlinie ab. Soweit sich in der BRD bislang die Intelligenz überhaupt gesellschaftskritisch verhielt, bewegte sie sich auf einer ideologischen Bandbreite wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wurde. Das bedeutete, daß nur ein verschwindend kleiner Teil eine prinzipielle Systemgegnerschaft zum Ausdruck brachte. Die Ausschaltung der KPD hat dazu geführt, daß selbst noch vereinzelt marxistische Positionen sich expressiv verbis antikommunistisch, d. h. ablehnend gegenüber den grundsätzlichen Entwicklungen in den sozialistischen Ländern verhielten. Cum grano salis gilt das auch für die während und nach der Studentenbewegung systemoppositionellen Kräfte.

Erst durch das legale Erscheinen der DKP kam, wenn auch zögernd, eine Entwicklungslinie zum Durchbruch, die für die demokratischen Bewegungen in anderen kapitalistischen Ländern, vornehmlich Frankreich und Italien, kennzeichnend ist: die sowohl theoretische als auch praktische Einbeziehung des realen Sozialismus in den Kampf um die Eindämmung der ökonomischen und sozialen Machtposition der Monopole.

Die DKP war durch ihren starken Mitgliederzuwachs und ihre zunehmende Anziehungskraft vor allem auf die junge Intelligenz im Bildungs- und Wissenschaftssektor, sowie ihre wachsende gewerkschaftliche Verankerung eine ernstzunehmende politische Kraft geworden, wenn sich auch aus verschiedenen Gründen (5%-Klausel, administrative Repression, ideologische Vorbehalte gegenüber Kommunisten auch bei solchen Wählern, die im gewerkschaftlichen Bereich bereit sind, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten usw.) bei politischen Wahlen (außer Kommunalwahlen) kaum Veränderungen zeigten.

Parallel zum Erstarken der DKP vollzog sich eine Neuformierung solcher Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die sich ideologisch auf die marxistische Tradition in der SPD besannen und damit zunehmend erste Versuche unternahmen, eine Programmalternative gegenüber der herrschenden systemverteidigenden Linie zu formulieren, indem sie sich stärker an den Interessen der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer zu orientieren suchten und die Bündnispolitik der Führungsspitze mit dem Großkapital in wesentlichen Fragen scharf kritisierten. Zwar war diese Tendenz ideologisch am deutlichsten bei solchen Gruppen ausgeprägt, die ihre entscheidenden politischen Impulse in der Studentenbewegung erhalten hatten, also im besonderen beim SHB. Durch Juso-Gruppen, deren Mitglieder z. T. gleichzeitig im SHB tätig waren, wurde diese Diskussion auch in die Parteigliederungen getragen. Wichtiger für den angedeuteten Wandel war jedoch der Einfluß, der auf betrieblicher Ebene mit Kommunisten und anderen sozialistischen Kräften zusammenarbeitenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder, die aus dem konkreten Kampf um die Durchsetzung der materiellen Interessen der Lohnabhängigen die Schädlichkeit der auf Gemeinsamkeit mit dem Klassengegner steuernden rechten sozialdemokratischen Politik erfuhren.

Im Gegensatz zur vorhergehenden Periode des Kalten Krieges, in der es auf dieser Ebene lediglich ein diffuses Unbehagen gab, das mit Zugeständnissen auf der Lohnebene jeweils schnell aufgefangen war, konnte mit dem Erscheinen der ökonomischen Widersprüche auf der politischen Ebene und dem Wiedererstarken der marxistischen Theorie der Gegensatz auch zunehmend programmatisch formuliert werden. Die bislang zumindest in ihrer Grundposition fast unangefochtene SPD-Führung sah sich zunehmend der Kritik aus den eigenen Reihen von unten ausgesetzt.

Mit diesen Umschichtungen erhöhte sich, wenn auch nur sehr langsam, das Ambivalenzrisiko einer sozialdemokratisch geführten Regierung für das Großkapital. Die Reaktion ließ daher auch nicht auf sich warten. Schrittweise erfolgte ein Abrücken von den 1969 eingenommenen Positionen, die während des vorgezogenen Wahlkampfes im Jahre 1972 bis zur offenen, materiellen Unterstützung der CDU/CSU durch das Großkapital ging und innerhalb der CDU/CSU selbst, vor allem derjenigen Kräfte, die eine Politik der Gemeinsamkeit mit der rechten Sozialdemokratie zugunsten einer rechten Sammlungsbewegung mit faschistoiden Zügen ablehnen. Die erste offensichtliche Umorientierung erfolgte auf dem Gebiet der Entspannungspolitik, die von bestimmten CDU-Kreisen ja zunächst sogar mitgetragen und mitinitiiert wurde. Hier war man zunehmend bereit, wegen der Rückwirkungen im Inneren — „es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der außenpolitischen Öffnung zum Kommunistischen Osten nicht auch die innere politische folgt" (Rainer Barzel) — trotz möglicher handelspolitischer Rückschläge gegenüber westlichen Konkurrenten eine vorläufige Stagnation der Entspannungspolitik und ein Wiederaufleben des Kalten Krieges zumindest bis zur Rückkehr der CDU/CSU zur politischen Macht in Kauf zu nehmen.

Auch auf innenpolitischem Gebiet, sei es in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht mit Forderungen nach einem staatlich dekretierten Preis- und Lohnstopp und Einschränkung der Tarifvertragsfreiheit oder auf dem Gebiet der sogenannten inneren Sicherheit (Forderungen nach Effektivierung des Polizeistaatsinstrumentariums oder ein schärferes Durchgreifen gegen sogenannte Verfassungsfeinde) versuchte man die sozial-liberale Koalition unter Druck zu setzen. Obwohl diese sich auf allen Gebieten beeilte, den Wünschen der Reaktion nachzukommen — und zwar nicht nur im Bereich der inneren Sicherheit, wo sie teilweise ein Übersoll ableistete, sondern sogar im Bereich der Ostpolitik, wo sie Verzögerungen

und Rückschritte in Kauf nahm —, versuchte die CDU/CSU zunächst unter Vermeidung einer Neuwahl, deren Ausgang sie zu Recht fürchtete, durch Abgeordnetenkauf die politische Macht wieder zu erlangen. Erst als das Scheitern des Mißtrauensvotums die Gefahr einer völligen parlamentarischen Desillusionierung weiter Teile der Bevölkerung deutlich machte, wählte man den Weg der Neuwahl als das kleinere Übel.

Deutlicher konnte eigentlich der Unterschied zu der Situation der sechziger Jahre nicht offenbar werden, wo Wahlen weder für das Großkapital noch für seine politischen Repräsentanten eine Gefahr darstellten. Auch in der Disziplinierung der demokratischen Kräfte zeigten sich deutliche Grenzen.

2) Weder die außenpolitische Situation der BRD, die den Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis durch ihre Entspannungspolitik Rechnung tragen mußte, noch die unter dem Einfluß der ökonomischen Konzentration und der wissenschaftlich-technischen Revolution inzwischen erfolgten inneren sozialen Entwicklungen, ließen es zu, einfach auf das Instrumentarium der späten fünfziger Jahre zurückzugreifen.

Ein offenes DKP-Verbot mit den beamtenrechtlichen und tarifrechtlichen Konsequenzen war nicht möglich. Eine in einem offenen DKP-Verbot sich manifestierende Kalte-Krieg-Position wäre nicht nur gegenüber den sozialistischen Ländern, sondern auch gegenüber westlichen Ländern mit starken legalen kommunistischen Parteien kaum haltbar gewesen. Zudem mußte man im Fall eines Verbotes mit einer starken Mobilisierung weiter Bevölkerungsschichten rechnen, ganz davon abgesehen, ob das Bundesverfassungsgericht trotz seiner personellen Umbesetzung nach den Erfahrungen des KPD-Verbotes ein DKP-Verbot ausgesprochen hätte.

Da andererseits rechtliche Handhaben in erster Linie gegen politisch unliebsame Beamtenanwärter erforderlich waren, versuchte man auf einer unterverfassungsrechtlichen Ebene durch den Rückgriff auf einen von der Staatslehre zur Zeit der Weimarer Republik entwickelten sogenannten „Sonderstatus" [1]) der Beamten, der Vorrang vor dem allgemeinen Grundrecht des Bürgers haben sollte, einen Ausweg zu finden. Vorbild war die Praxis der Behörden im Anschluß an den Adenauer-Erlaß von 1950. Aber hier türmten sich ebenfalls verschiedene Schwierigkeiten auf, die die veränderte Situation widerspiegelten.

Als mit der Gründung der BRD die Maßnahmen zur Reinerhaltung des Staatsapparates vor sogenannten systemgefährdenden Kräften begannen, war das Institut des Parteienprivilegs in der Praxis eine unbekannte Größe. Das Bundesverfassungsgericht bestand noch nicht. Zudem wäre ein Parteiverbotsurteil zu dieser Zeit allenfalls nach rechts denkbar gewesen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde führte man diese Waffe in der Praxis durch das SRP-Verbotsurteil ein.

Die Argumentation [2]), durch Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz sei lediglich die spezifische Funktion einer Partei als mitwirkender Faktor der politischen Willensbildung geschützt, die aber nicht berührt werde, wenn es um die Frage geht, ob ihre Mitglieder dem öffentlichen Dienst angehören können, fand daher kaum Widerspruch.

---

1) Ein von Carl Schmidt, Verfassungslehre 1928, S. 181 f. geprägter Begriff.
2) Vgl. Grewe, Die politische Treuepflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in: Politische Treuepflicht im öffentlichen Dienst. Hrsg. vom Deutschen Bund für Bürgerrechte. Frankfurt a. M. o. J., S. 35 ff. (61).

Mit dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, zunächst in Alibi-Funktion gegen die SRP, dann gegen den eigentlich gemeinten Gegner, gegen die KPD, änderte sich die Rechtslage insofern, als jetzt die Auseinanderreißung von politischer Tätigkeit des Beamten und Parteiorganisation als Faktor der politischen Willensbildung nicht mehr notwendig war. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Inhalt von freiheitlich-demokratischer Grundordnung im Ergebnis so bestimmt hatte, wie zuvor die auf „Reinerhaltung" des Staatsapparates erpichten Behörden, konnte man eine Interpretation des Parteienprivileges im ursprünglich gemeinten Sinne des Verfassungsgebers wieder zulassen. In ständiger Rechtsprechung entwickelte daher das Bundesverfassungsgericht den Rechtssatz, daß niemand die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei bis zu deren verfassungsgerichtlicher Auflösung rechtswirksam geltend machen könne [3]). Ausdrücklich wurden frühere abweichende Ansichten in Rechtsprechung (vor allem des Bundesverwaltungsgerichtes [4]) und Lehre abgelehnt.

Die inzwischen verabschiedeten Beamtengesetze der Länder nahmen wie das Beamtenrechtsrahmengesetz in § 35 Abs. 1 Satz 2 und das Bundesbeamtengesetz in § 52 Abs. 2 den Begriff „freiheitlich-demokratische Grundordnung" auf, der gegenüber sie eine besondere Beamtenverpflichtung begründeten. Damit war klargestellt, daß es einen neben der Verfassung liegenden „Sonderstatus" des Beamten, wie man es vielleicht noch für den Geltungsbereich der Weimarer Reichsverfassung annehmen konnte, nicht geben sollte. Einhellig wurde daher auch die Ansicht vertreten, daß dem Begriff freiheitlich-demokratische Grundordnung im Beamtenrecht die gleiche Wortbedeutung zukomme wie in Art. 21 Abs. 2 GG, damit auch hier die gleichen Maßstäbe des Geltendmachens gelten sollten [5]).

Damit ist auch das Recht des Beamten, sich politisch zu organisieren, durch die beamtenrechtliche Treuepflicht nicht eingeschränkt, solange die Organisation selbst legal ist, d. h. solange sie nicht vom Bundesverfassungsgericht bzw. bei einer Vereinigung nicht von der Behörde verboten ist.

Nun muß hier nochmals betont werden, daß diese Rechtsentwicklung zunächst weniger auf einer Liberalisierung der politischen Auseinandersetzung mit der Linken in der BRD beruhte, als vielmehr auf der schon erwähnten Arbeitsteilung zwischen Bundesverfassungsgericht und Behörden. Mit dem Verbortsurteil gegen die KPD hatte es eine inhaltliche Bestimmung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorgenommen, die von der ursprünglich noch 1949 angenommenen im Sinne einer Demokratierestriktion abwich, so daß die Behörden sich getrost auf Vollzugstätigkeiten — in demselben Sinne wie vorher — beschränken konnten. Die Identität im Inhalt der Arbeitsteilung ging jedoch mit der Veränderung der außen- und innenpolitischen Kräfteverhältnisse in die Brüche. Der Zwang, 1968 wieder eine legale kommunistische Partei zuzulassen, machte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1956 weitgehend obsolet. Andererseits war seine Monopolkompetenz in allen Fragen der sogenannten streitbaren Demokratie so unangefochten, daß man nicht auf den Stand von vor 1956 zurückgreifen konnte, ohne einen „gefährlichen" Mobilisierungseffekt demokratisch-rechtsstaatlicher Kräfte zu provozieren.

Die Ministerpräsidentenbeschlüsse versuchten in dieser Situation einen Ausweg zu schaffen, indem sie der nach wie vor unveränderten Vollzugstätigkeit der Behörde, die jedoch durch die Zunahme der Quantität zum Problem wurde, ihre

[3]) BVerfGE 12, 296 (304 ff.); 13, 46 (52); 17, 155 (166).
[4]) BVerwGE 10, 213 ff. (216); vgl. im Einzelnen Hans-Peter Schneider, Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse. Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, Köln 1972, S. 71 ff., insbes. S. 75 ff, mit weiteren Nachweisen.
[5]) Vgl. Hans-Peter Schneider, a. a. O. S. 75.

verlorengegangene Legitimität zurückgeben wollten. Unter Aussparung der inzwischen unumstrittenen Kompetenzfrage und unter Benutzung der Verfassung fremder Begriffe (z. B. Verfassungsfeind) wurde ein Klima von Rechtsunsicherheit erzeugt, das die an sich eindeutige Rechtslage wieder aufheben und einen status quo ante herbeiführen sollte [6]). In das so geschaffene Kompetenzvakuum sollten die Behörden eintreten und bestimmen, wer als Verfassungsfeind anzusehen ist und wer nicht. „Rechtsstaatliche Verhältnisse werden auf den Kopf gestellt, wenn die Beamtengesetze und der durch sie ausgefüllte Art. 33 GG statt im Lichte des GG interpretiert, durch interne Absprachen der Exekutive für innenpolitische Auseinandersetzungen zugerichtet werden" [7]).

Bei den Ministerpräsidentenbeschlüssen handelt es sich daher um Nebelwerfer gegen die Rechtssicherheit, wie es von Theo Schiller treffend formuliert wurde [8]).

II. Der demokratische Kampf gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse und ihre Auswirkungen

Die Reaktion gegen diese Beschlüsse hat jedoch gezeigt, daß die ihnen zugedachte politische Funktion nur zum Teil verwirklicht werden konnte. Um von vornherein kein Mißverständnis bzw. keine Illusionen aufkommen zu lassen: nicht, weil weniger Berufsverbote ausgesprochen worden wären, oder weil in dem einen oder anderen Fall der Kampf erfolgreich war, sondern deswegen, weil die Abwehrfront im Gegensatz zu den frühen 50er Jahren breiter und sogar im ständigen Wachsen begriffen ist, und zwar gerade in Kreisen, die bislang in der deutschen Geschichte für derartige Probleme kaum ansprechbar waren. Das soll im folgenden an einigen konkreten Fällen belegt werden.

1) Eine der ersten Reaktionen auf die Ministerpräsidentenbeschlüsse waren die in den Heften 2 und 3/1972 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Stellungnahmen, vorwiegend von Juristen. Ihre Resonanz, gerade im Lager der Demokratiefeinde, kam nicht von ungefähr. Legte doch die sorgfältige Klärung der verfassungs- und beamtenrechtlichen Situation sowie die entschiedene Verteidigung der verbliebenen demokratischen Substanz unserer Verfassung, wodurch sich die meisten Beiträge auszeichneten, eine der wesentlichsten Stoßrichtungen der Ministerpräsidentenbeschlüsse lahm, nämlich den Behördenmaßnahmen eine neue scheinkonstitutionelle Legitimität zurückzugeben.

Den wenigsten der Verfasser wird man einen politischen Standort zuweisen können, der als sozialistisch oder gar kommunistisch bezeichnet werden kann.

Alle lehnten sie die Ministerpräsidentenbeschlüsse in erster Linie deswegen ab, weil diese „die geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsstaatsgebote (Kompetenzvorschriften, Tatbestandsbestimmtheit und Normenklarheit, Verhältnismäßigkeit im Sinne der Geeignetheit, Erforderlichkeit und einer angemessenen Zweck-Mittel-Relation der fraglichen Maßnahmen, Rückwirkungsverbot usw.)" vor allem die „rechtsstaatliche Unschuldsvermutung" mit ihren Auswirkungen auf das Beamtenrecht gröblich verletzen [9]).

Aber die meisten Beiträge blieben auf dieser „rein juristischen" Ebene nicht stehen, sondern arbeiteten die soziale Funktion der rechtsstaatlichen Prinzipien in der gegenwärtigen Situation heraus. Das Grundgesetz wird als eine „Gegen-

6) So heißt es in dem von Stoltenberg verfaßten Vorwort der in der Schriftenreihe der Landesregierung Schleswig-Holstein herausgegebenen Broschüre: Verfassungsfeinde im Staatsdienst?, daß die Ministerpräsidentenbeschlüsse „kein neues Recht schaffen, sondern eine Verdeutlichunng der Bestimmungen unserer Verfassung und des öffentlichen Dienstrechtes" sind.
7) Baltis Ulrich, Zum Ausschluß „verfassungsfeindlicher" Bewerber im öffentlichen Dienst, JZ 1972, S. 384 ff. (386).
8) Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse, S. 61.
9) Friedrich Müller, Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse, S. 45.

verfassung gegen die nationalsozialistische Willkürschaft" begriffen, die gegenüber „faschistischen Aktivitäten keineswegs farbenblind ist, demokratisch-sozialistischen Alternativen" — was immer im einzelnen darunter zu verstehen sein mag, Eingriffe in die gegenwärtige Eigentumsordnung werden nicht zu umgehen sein — jedoch die Legitimität nicht abspricht [10]). Das ist ein Aspekt, der aus den gängigen verfassungsrechtlichen Darstellungen ganz herausgefallen ist, in Zukunft aber durch die Zunahme der ideologischen Verschärfung auch in der juristischen Auseinandersetzung Gewicht gewinnen wird [11]).

Die antifaschistische Stoßrichtung unserer Verfassung wie die hieraus abzuleitenden Konsequenzen sind für alle Demokraten in unserem Lande der Anknüpfungspunkt ihrer Zusammenarbeit. Nicht von ungefähr war das Aufkommen reaktionärer Verfassungslehren während der Restaurationsperiode begleitet von einem Verschweigen bzw. Hinweginterpretieren dieses wesentlichen Verfassungsgehaltes. Denn erst ohne ihn ist ein abstrakter Freiheitsbegriff möglich, der rot und braun gleichsetzt, um hinter dieser Gleichsetzung ungeniert den Abbau demokratischer Rechte betreiben zu können. Deswegen ist umgekehrt die Herausarbeitung dieser antifaschistisch-demokratischen Substanz unserer Verfassung, wie sie in einigen Beiträgen erfolgt ist, so wichtig [12]). Ein Verzicht auf diesen Argumentationskern durch ein rein instrumentelles Verhältnis zur Verfassung bzw. zum Recht schlechthin, wie es gerade bei jüngeren Juristen verbreitet ist, die eine sozialistische Perspektive ansteuern [13]), verkennt nicht nur die Funktion von Verfassung und Recht in den konkreten Klassenauseinandersetzungen, sondern geht am Rechtsbewußtsein gerade der werktätigen Bevölkerung vorbei, das an materiellen Gerechtigkeitsvorstellungen ausgerichtet ist. Objektiv entsteht die Gefahr, daß die Ausweitung der Basis der demokratischen Kräfte verhindert wird.

Trotz aller ideologischen Verschiedenheiten zeichnet sich in dem skizzierten Argumentationsspektrum ansatzweise ein Bündnis der Kräfte ab, die allein imstande wären, nicht nur die freiheitlich-demokratische Grundordnung (also Rechtsstaatlichkeit und Demokratie) zu verteidigen, sondern auch für die Zukunft Voraussetzungen zu schaffen, die Angriffe in dieser Richtung ausschließen. Daß ein solcher Block im Bereich des Möglichen liegt, haben die weiteren Auseinandersetzungen um die Ministerpräsidentenbeschlüsse und ihre Auswirkungen im letzten Jahr gezeigt.

2) Es wurde nicht nur eine breite Front der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Schüler und Studenten mobilisiert, sondern zunehmend erkennen Teile der werktätigen Bevölkerung, vor allem der in den Gewerkschaften und Parteien organi-

10) Vgl. Rinken, Alfred, Wortlaut und Kritik, a. a. O., S. 56.

11) Daß der ideologische Klassengegner bei der Begründung der streitbaren Demokratie auch vor Geschichtsklitterung nicht zurückschrecken wird, weil die übliche formale Begründungsweise — gegen jeden Totalitarismus gerichtet — nicht mehr ausreichen wird, ergibt sich aus den Entscheidungsgründen des Verwaltungsgerichtes Bremen in der Verwaltungsrechtssache Holzer gegen den Senat der Freien Hansestadt Bremen.
Die Aufgabe der Klausel, daß die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbindet (Art. 5, Abs. 3, Satz 2 GG) sieht das Gericht unter Berufung auf Äußerungen im parlamentarischen Rat darin, Versuche zu unterbinden, die „Demokratie zu unterlaufen"; die Bestimmung solle politisierende Wissenschaftler treffen, die unter dem Schutz der Lehrfreiheit und unter dem Deckmantel einer wissenschaftlichen Kritik eine „hinterhältige Politik" unternehmen.
Macht man sich die Mühe, die Materialien des parlamentarischen Rates nachzulesen, so wird man den ausgesprochen antifaschistischen Charakter, der dieser Norm im parlamentarischen Rat zugemessen wurde, kaum übersehen können. Wörtlich führte Carlo Schmidt aus, der die Aufnahme der Treueklausel beantragt hatte: „Man könnte sagen, daß das Selbstverständlichkeiten sind; warum brauche man dann einen solchen Satz? Meine Damen und Herren, es sind vor 1933 in deutschen Hörsälen Dinge geschehen, für deren Auswirkungen wir heute bezahlen, die vielleicht unterblieben wären, wenn man die Herrschaften nachdrücklich genug auf eine feierliche Verpflichtung hätte hinweisen können." (Vgl. Stenographischer Bericht des Parlamentarischen Rates, S. 176.)
Das Verwaltungsgericht erwähnt diese Stoßrichtung der Treueklausel mit keinem Wort, sondern erweckt den Anschein, als seien schon damals Kommunisten als „Verfassungsfeinde" gemeint gewesen.

12) Insbesondere von Hans E. Schmitt-Hermann, Wortlaut und Kritik, S. 63 ff.

13) Vgl. vor allem Reiner Geulen, Kann man mit einer bürgerlichen Verfassung eine soziale Praxis legitimieren, in: G. Stuby, Disziplinierung der Wissenschaft, Frankfurt 1970, S. 192.

sierten Werktätigen, daß das Berufsverbot sie in ihren eigenen Interessen trifft. Innerhalb der Gewerkschaften ist zu vermerken, daß nicht nur die GEW, in der die meisten Lehrer und spurenweise auch Hochschullehrer organisiert sind, entschieden Stellung gegen die Beschlüsse bezogen, sondern daß auch andere Gewerkschaftssparten (z. B. der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV in Berlin-West und zahlreiche andere Gewerkschaften auf unteren Ebenen, vor allem die Gewerkschaftsjugend) sich gegen die Maßnahmen und ihre Auswirkungen wandten. Eine solche Parteinahme von relevanten Teilen der Arbeiterschaft für eine Problematik, die scheinbar weit von ihren Interessen entfernt ist, spiegelt die oben erwähnten Strukturveränderungen wider. Die Solidarisierung mit vom Berufsverbot betroffenen Vertretern der Intelligenz erfolgt weniger aus der Einsicht, daß sowohl im Betrieb als auch in den gewerkschaftlichen Organisationen Kommunisten und Sozialisten in erster Linie betroffen sind und hier der Ministerpräsidentenbeschluß Beispielswirkung haben kann, wie die Forderung des nordrheinwestfälischen Ministers Weyer an den Deutschen Gewerkschaftsbund, sich von seinen kommunistischen Mitgliedern zu trennen, zeigt [14]), als aus der wachsenden Einsicht in die immer wichtiger werdende Funktion von Wissenschaft und Ausbildung und die Wichtigkeit der demokratischen Kontrolle dieser Bereiche in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Je mehr Wissenschaft und Ausbildung innerhalb gewerkschaftlicher Aktivitäten an Bedeutung gewinnen und demokratische Lehrinhalte und ihre institutionellen Voraussetzungen Bestandteile materieller Sicherung für die Arbeiterschaft werden, um so weniger können derartige Maßnahmen, wie sie die Ministerpräsidentenbeschlüsse intendieren, von den Gewerkschaften vernachlässigt werden, selbst wenn die Gewerkschaftsspitzen zum Teil zu einer ausklammernden Tolerierungspolitik neigen(bzw. die Tendenz der Beschlüsse offen unterstützen.

Auch die zunehmende Polarisierung innerhalb der SPD, gerade in der Auseinandersetzung um die Ministerpräsidentenbeschlüsse, spiegelt die skizzierte tendenzielle Entwicklung wider. Kaum eine andere politische Frage hat den Gegensatz zwischen der rechten SPD-Führung, die in den entscheidenden Fragen Gemeinsamkeit mit den systemerhaltenden reaktionären Kräften anstrebt — aus welchen Motiven immer bleibe hier dahingestellt —, und den auf demokratische Reform drängenden Kräften offenbarer werden lassen. Daß hierzu nicht nur Jungsozialisten gehören, sondern daß die Basis viel breiter ist, haben z. B. Protestbeschlüsse gegen das Berufsverbot von SPD-Landesvorständen, von Kreisparteitagen, Unterbezirkskonferenzen usw. gezeigt. Selbst die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, die ansonsten stärker zu den systemstabilisierenden Kräften innerhalb der SPD neigt, hat am 8. Mai 1972 scharfe Kritik an den Ministerpräsidentenbeschlüssen geübt. Sie sieht darin eine Gefahr, Bewerber zum öffentlichen Dienst über das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinaus auf die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung festzulegen [15]). Es gibt kaum eine Versammlung, auf welcher Stufe der Parteiorganisation auch immer, die sich nicht mit diesem Problem kontrovers beschäftigt. Wach-

14) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 11. 1972. Nicht uninteressant sind in diesem Zusammenhang auch die Forderungen des Bundesvorstandsmitglieds der IG Druck und Papier, Stotz, gemäß der Forderung von Weyer zu verfahren und nach dem Ausschluß der Journalisten-Funktionäre Jörg Mettke und Stefan Reisner aus der Deutschen Journalisten-Union (dju) auf andere „Extremisten" ein Auge zu haben. Ein „linientreuer" Kommunist könne nicht auf dem Boden des DGB-Grundsatzprogrammes stehen. Vgl. „Berliner Extra-Dienst" v. 29. 12. 1972.
Auch in der IG Chemie spielen sich laut „Berliner Extra-Dienst" v. 6. 1. 1973 ähnliche Vorgänge ab. Bei den letzten Betriebsratswahlen bei Merck und Röhm war eine sogenannte „freie" Liste mit der Begründung aufgetreten, die offizielle Gewerkschaftsliste sei durch Linksextreme unterwandert. Es stand ein DKP-Mitglied auf der Liste. Der Vertrauensleuteausschuß hatte darauf die Gewerkschaftsmitglieder der „Spalterliste" ausgeschlossen. Der Beschwerdeausschuß hingegen machte den Ausschluß mit der Begründung rückgängig, es gäbe ein „Widerstandsrecht gegen ungewerkschaftliche Entwicklungen".
15) ppa-Meldung v. 8. Mai 1972. Vgl. auch die in der „die tat", Nr. 25, v. 17. Juni 1972, S. 16 aufgeführten Organisationen, die gegen das Berufsverbot protestiert haben.

sende Minderheiten dort, wo noch keine Mehrheiten vorhanden sind, zeigen, daß die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist und daß es die Parteispitze immer schwerer hat, ihren Kurs ohne Abstriche durchzusetzen [16]).

Selbst die FDP, früher eindeutig die Partei des Mittelbürgertums und von Teilen des Großbürgertums, ist weder von dem sozialen Strukturwandel noch von dem sie begleitenden Mentalitätswechsel verschont geblieben.

Während Teile ihrer Spitze (Innenminister Genscher oder der nordrheinwestfälische Innenminister Weyer) als Protagonisten der Ministerpräsidentenbeschlüsse auftreten, wenden sich eine Anzahl von Untergliederungen der Partei und nicht nur der Jungdemokraten dagegen und schließen sich mit anderen Kräften in Aktionskomitees zusammen.

Das Phänomen der DKP angehörender Pfarrer und Theologen wie die Diskussion in den evangelischen Landeskirchen über die mögliche Anwendung der Ministerpräsidentenbeschlüsse auf kirchliche Amtsträger signalisieren einen tiefen Wandlungsprozeß auch in den Kirchen, in denen in den letzten Jahren immer stärker gesellschaftskritische Töne laut werden [17]). Für viele Christen ist die Inhumanität des monopolkapitalistischen Systems nicht mehr zu übersehen. Die affirmative gesellschaftliche Funktion, die die Kirchen in der BRD bislang erfüllt haben, ist daher mit ihren Vorstellungen über die christliche Botschaft nicht mehr vereinbar. Wenn dieser Umbruchprozeß in erster Linie in den protestantischen Kirchen zu verzeichnen ist, so ist er, wenn auch in verhaltenerer Form, in der katholischen Kirche ebenso zu bemerken.

Alle diese Vorgänge machen deutlich, daß die Verwirklichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse wegen des wachsenden demokratischen Potentials erheblich schwieriger geworden ist, obwohl sich dies unmittelbar noch nicht auswirken mag.

III. Befindet sich die Reaktion auf der Rückzugslinie?

Noch vor einem Jahr konnte man bei einem großen Teil der Presse (vor allem des Springer-Konzerns, aber z. B. auch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung") den Eindruck gewinnen, als wäre alles, was in den Verdacht kommt links zu sein, in einen Topf mit Terroristen zu werfen. Die täglichen Meldungen über die Baader-Meinhof-Gruppe grenzten zum Teil auch in der Art ihrer Darstellung an die Schürung einer Pogromstimmung. Diese Undifferenziertheit war aber nur für das „einfache" Volk bestimmt. In Wirklichkeit wurde sehr wohl unterschieden.

Mit der „Zerschlagung" des sogenannten „harten Kerns" der Baader-Meinhof-Gruppe kann man inzwischen auch zugeben, daß es „dabei . . . um Wichtigeres als um die vorübergehende Gefahr, die eine kleine Gruppe von Terroristen verbreitet, geht, oder um die unsinnigen Versuche eines Teiles der Presse, alle Arten von ‚Linksintellektuellen' als geistige Urheber oder Helfershelfer mit jenen Terrorakten zu assoziieren" [18]).

Betrachtet man einzelne Gruppen von Fällen des Berufsverbotes im vergangenen Jahr etwas näher, so lassen sich die skizzierten Tendenzen auch in der Taktik der Reaktion verfolgen.

---

16) So brachte die letzte Unterbezirksdelegiertenkonferenz in Bremen am 18. 12. 1972 nur noch eine knappe Mehrheit für die Ablehnung eines Antrages, der den Senat aufforderte, Holzer und Griese sofort in den Hochschul- bzw. Schuldienst einzustellen.
17) Vgl. Rüdiger Reitz, Sie taufen und kämpfen für die Arbeiterklasse. „Frankfurter Rundschau" v. 24. Juni 1972, Nr. 143, S. 3.
18) Vgl. Richard Löwenthal, Wo ist ein Verfassungsfeind? „Die Zeit" v. 23. 6. 1972, Nr. 25, S. 3.

1) Nach wie vor stehen diejenigen Fälle im Vordergrund, in denen Bewerber abgelehnt werden, weil sie der DKP angehören. In den meisten Fällen sprechen die Ablehnungsbescheide diesen Grund auch offen aus. Diese Praxis ist inzwischen durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Bremen im Verwaltungsstreit Holzer gegen die Freie Hansestadt Bremen gerichtlich bestätigt worden. Gegenüber den Ministerpräsidentenbeschlüssen ist hier sogar eine gewisse Verschärfung zu verzeichnen. Während die „Grundsätze" an die Mitgliedschaft in Organisation mit „verfassungsfeindlicher" Zielsetzung lediglich Zweifel an dem jederzeitigen Eintreten des Bewerbers für die freiheitlich-demokratische Grundordnung knüpften, die in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages rechtfertigen, wird in diesem Fall aus der Mitgliedschaft in der DKP die Gewißheit verfassungsfeindlicher Einstellung gefolgert. Nur scheinbar stellt das Gericht in seiner Begründung nicht auf die bloße Mitgliedschaft zur DKP ab, indem es darauf hinweist, daß sich Holzer ausdrücklich zu den Zielen, den wissenschaftlichen Analysen und den programmatischen Erklärungen der DKP bekannt hatte; denn die Mitgliedschaft schließt doch wohl ein solches Bekenntnis zu den Zielsetzungen einer Partei ein, sofern nicht widersprüchliche Zielsetzungen bzw. scharf unterschiedene Gruppierungen in einer Partei — das könnte z. B. bei der SPD der Fall sein — noch eine besondere Äußerung verlangen.

In gekonnter Rabulistik, die den Fußstapfen reaktionärer Verfassungsrechtler wie z. B. Forsthoff [19]) folgt, und die an den beamtenrechtlichen Unterlaufungsversuch des GG von 1956 anknüpft, wird das Parteienprivileg umgangen. Dieser Schutz gelte nur für die Partei, nicht jedoch für ihre Mitglieder. Allenfalls zum Schutz der Parteiorganisation wirke sich das Privileg auch auf die Mitglieder aus. Für die Organisation einer Partei sei es aber nicht erforderlich, daß ihre Mitglieder in das Beamtenverhältnis übernommen würden. Beamtenrechtlich verhindere das Parteienprivileg auch nicht die Befugnis der einstellenden Behörde, die Verfassungswidrigkeit einer bestimmten Partei festzustellen.

Damit ist auch der Weg für das Gericht frei, mit den Argumenten des Bundesverfassungsgerichtes von 1956 in seinem Verbotsurteil gegen die KPD die Verfassungswidrigkeit der DKP zu unterstellen.

Das Urteil im Holzer-Prozeß ist insofern bedeutsam, als es in der SPD, aber auch in anderen Organisationen wie z. B. den Gewerkschaften, den auf Gemeinsamkeit mit der Reaktion bedachten Kräften, die sich bedrängt sehen, Schützenhilfe gegen links leistet. Diese können sich unter Berufung auf das rechtstaatliche Prinzip der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Gerichte hinter diesem Urteil verschanzen, selbst wenn sie nach außen dessen Begründung nicht teilen.

Ist mit einer solchen Rechtsprechung zwar die ramponierte Legitimitätsfunktion der Ministerpräsidentenbeschlüsse zum Teil wieder repariert, so ist sie gleich wieder in Frage gestellt, wenn ein anderes Gericht entgegengesetzt entscheidet. Im besonderem Maße gilt dies für die Entscheidung des hanseatischen Oberlandesgerichtes, das Mitglied des NPD-Landesvorstandes und Vorsitzenden eines NPD-Schiedsgerichtes Dr. Wilhelm Staeglich nicht, wie es der Senat der Freien Hansestadt Hamburg durch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens anstrebte, aus dem Richterdienst zu entfernen, und zwar mit der Begründung, die Betätigung von Beamten in verfassungsfeindlichen Parteien sei statthaft, solange diese Parteien nicht verboten seien [20]). Denn damit wurde auch auf der gerichtlichen Entscheidungsebene offenbar, daß sich die Stoßrichtung der Januarbeschlüsse gegen die Linke, nicht gegen die Rechte wendet.

[19]) Vgl. z. B. Forsthoff, Herbert Wehners Auffassung ist falsch . . . in: „Die Welt" v. 27. 1. 1972.
[20]) Vgl. „Berliner Extra-Dienst" v. 20. 12. 1972.

Die Ankündigung des Hamburger Senates, das Problem des Berufsverbotes wegen der divergierenden Rechtsprechung vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen, kann man nur mit zwiespältigen Gefühlen zur Kenntnis nehmen. Denn wie 1952 das SRP-Urteil das rechtsstaatliche Alibi für die Verfolgung der Kommunisten wurde, könnte die Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes, Mitglieder rechtsextremer Parteien müsse der Beamtenstatus verwehrt werden, die höchstrichterliche Legitimation der verfassungswidrigen Praxis der Behörden gegen DKP-Mitglieder und andere demokratischen Kräfte darstellen.

Zwar ist die Legitimierungsmacht des Bundesverfassungsgerichtes größer als die einer Ministerpräsidentenkonferenz oder die einer Landesregierung, weil der Rechtstaatsschein richterlicher Tätigkeit kraft bürgerlicher Tradition tief im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist. Allerdings läßt sich ein solcher Schein auf die Dauer nur aufrecht erhalten, wenn wenigstens teilweise die Entscheidungen der Gerichte die Rechtsstaatsprinzipien wirklich respektieren. Durch die sozialen Veränderungen und die dadurch bedingten Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis, das auch in der Aktivität der demokratischen Kräfte gegen das Berufsverbot zum Ausdruck gekommen ist, dürfte die Legitimierungsfunktion des Bundesverfassungsgerichtes, wenn es diese Linie einschlägt, langfristig jedoch nicht weiter reichen als die der Ministerpräsidentenbeschlüsse. Alles hängt von der weiteren Entfaltung demokratischer Gegenmacht ab. Wie z. B. der Fall Ilse Jacob in Hamburg zeigt, kann die politische Hauptstoßrichtung, DKP-Mitgliedern keine Chance im öffentlichen Dienst zu geben, aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn „Gefahr" besteht, daß sich eine breite Solidarisierungswelle, vor allem in den Gewerkschaften, herausbildet, der sich eine sozialdemokratische Administration auf die Dauer nicht entziehen kann. Ähnliches gilt auch für die Lehrerin Anne Lenhart, die in Rheinland-Pfalz unter Hinweis auf ihre DKP-Mitgliedschaft nicht, in Hessen dann schließlich doch in den Schuldienst übernommen wurde [21]).

Das Ansteigen der Ablehnungsfälle wegen DKP-Mitgliedschaft, von denen Holzer und Meyer-Ingwersen sozusagen die Paradebeispiele sind, hinter denen sich eine Anzahl gleichgelagerter Fälle verbergen, die nur im Rahmen einer größeren Dokumentation dargestellt werden könnten, zeigt, daß man bemüht ist, möglichst perfekt durchzugreifen. Diese Perfektion besteht weniger darin, unter allen Umständen jeden DKP-Bewerber vom öffentlichen Dienst auszuschließen — das wird zunehmend schwieriger, zudem gibt es die schon genannten Ausnahmen — als vielmehr genügend Exempel zu statuieren, um die nicht zu übersehende Anziehungskraft der DKP auf bestimmte Schichten der jungen Intelligenz zumindest nicht bis zum Parteieintritt gedeihen zu lassen.

2) Es ist auch dabei geblieben, daß nicht nur DKP-Mitglieder vom Berufsverbot betroffen sind, sondern im Grunde alle fortschrittlichen Kräfte, die potentiell ein Bündnis gegen die Großkonzerne und ihre politischen Repräsentanten eingehen können. In erster Linie sind hier wiederum marxistisch orientierte Lehrer und Hochschullehrer betroffen. Durch die Perhorreszierung der politischen Zielsetzungen der DKP als verfassungsfeindlich, ist in dieser Richtung schon genügend Vorarbeit geleistet, wenn auch in diesen Fällen eine offen politische Argumentation wegen des Normtextes des Grundgesetzes (z. B. Art. 15 GG) nicht ganz unproblematisch ist. Betrachtet man die einschlägigen Fälle näher, so sind meist solche Lehrer und Hochschullehrer betroffen, die ihre Bereitschaft erklärt oder in die Praxis umgesetzt haben, auch mit Kommunisten in einem demokratischen Bündnis zusammenzuarbeiten, sei es im Rahmen der Gewerkschaften oder in Organisationen wie dem Bund demokratischer Wissenschaftler z. B.

[21]) Vgl. ppa-Meldung v. 26. 10. 1972, wonach der rheinland-pfälzische Kultusminister Dr. Bernhard Vogel gegenüber seinem Amtskollegen in Hessen Bedenken gegen die Beschäftigung von Anne Lenhart geltend macht.

In größerem Umfang als bei den DKP-Fällen hat es sich hier herausgestellt, daß ein die Gewerkschaften und den fortschrittlichen Teil der Sozialdemokratie erfassender Kampf erfolgreich sein kann. Das zeigte sich z. B. in Marburg bei der Berufung von Frank Deppe, der einen starken Rückhalt in Gewerkschaftskreisen hatte, dessen Berufung aber wegen seines historisch-materialistischen Ansatzes in seiner Lehre und Forschung lange hinausgezögert wurde. Ähnlich erging es dem ehemaligen Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten und Pressesprecher der IG Metall, Eberhard Schmidt, der letztlich doch berufen werden mußte.

In diesem Bereich deutet sich allerdings auch eine argumentative Rückzugslinie der Kultusbehörden an, die es ihnen erlaubt, Ablehnungen von Bewerbern scheinbar unpolitisch zu kaschieren. Besonders die Hessische Kultusbehörde hatte bislang diese Strategie verfolgt. Klarstes Beispiel war das DKP-Mitglied Meyer-Ingwersen, dessen Berufung auf eine Hochschullehrerstelle an der Gesamthochschule Kassel deswegen abgelehnt wurde, weil er angeblich nicht den Kriterien der ausgeschriebenen Stelle entsprach. Bremen hat sich nunmehr dieser Argumentation angeschlossen. Obwohl eine Berufungskommission der Universität ihn auf den ersten Platz einer Liste gesetzt hatte, berief der Bildungssenator den Zweitplazierten als den angeblich Qualifizierteren. Als dieser ausfiel, weil er einen Ruf an eine andere Universität angenommen hatte, wurde die Universität Bremen aufgefordert, eine neue Liste aufzustellen. Auch zwei weitere Fälle (Bennhold und Mezger) lehnte der Bremer Senat wegen angeblich mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation ab bzw. berief den Nachplazierten.

Diese Fälle mögen genügen, um zu zeigen, daß sich die Kultusbehörden offensichtlich auf die Dauer stärker fühlen, eine politische Auseinandersetzung um die verfassungsrechtlich garantierte Hochschulautonomie durchzustehen als eine Diskussion um die angebliche Verfassungsfeindlichkeit eines Bewerbers.

Die in den Ministerpräsidentenbeschlüssen festgelegte politische Stoßrichtung hat sich also nicht geändert. Getroffen werden sollen in erster Linie die Kommunisten und diejenigen, die davon ausgehen, daß sie als Liberale oder Sozialdemokraten mit den Kommunisten mehr gemeinsam haben als mit den mit der Reaktion paktierenden sogenannten „demokratischen Linkssozialisten oder sozialistenfeindlichen konservativen Demokraten" [22]).

Geändert hat sich jedoch die Begründung der Ablehnungen. Zudem zeichnet sich eine Arbeitsteilung in den Begründungen zwischen Behörden und Rechtsprechung ab, die zunehmend die Last der politischen Begründungen übernimmt, während die Behörden sich auf Vollzug beschränken oder ihre Ablehnungen scheinwissenschaftlich drapieren. Beide Phänomene signalisieren den Verlust der Legitimierungsfunktion der Ministerpräsidentenbeschlüsse.

IV. Die Situation nach den Wahlen vom 19. November 1972

1) Auf dem Hintergrund der skizzierten Entwicklung hat das Wahlergebnis vom 19. November 1972 keine grundsätzlich neue Situation geschaffen, sondern lediglich den schon vorher vorhandenen politischen Gesamttrend verstärkt. Die Rückkehr der CDU/CSU an die politische Macht konnte verhindert und damit die Chancen für weitere demokratische Entwicklungen im Inneren erhöht und die Fortsetzung der Entspannungspolitik nach außen gesichert werden.

[22]) So Richard Löwenthal, a. a. O. S. 3.

Erstaunlich ist allerdings, daß die sozialen Verschiebungen der letzten Jahre in der BRD einen so starken Bewußtseinswandel herbeigeführt haben, wie er Voraussetzung für ein solches Wahlergebnis ist. Großen Bevölkerungsteilen ist das sogenannte marktwirtschaftliche System zumindest so fraglich geworden, daß sie Systemkorrekturen zur Abschaffung der größten Mängel, die ihnen jeden Tag auf den Nägeln brennen (Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung etc.), für nötig halten. Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, daß nur ein geringer Teil der objektiv zum Proletariat zählenden Bevölkerung in grundsätzlicher Gegnerschaft zum marktwirtschaftlichen, sprich kapitalistischen System steht, wenn auch der Anteil der Systemgegner höher liegt, als er im Votum für die einzige in ihrem Programm als Systemgegner auftretende Partei, der DKP, zum Ausdruck kommt. Die Reformerwartungen insgesamt sind jedenfalls aus objektiven Bedingungen heraus hoch und werden aus den gleichen Gründen in den nächsten Jahren noch steigen. Das Monopolkapital und seine politischen Repräsentanten werden nicht umhinkönnen, unter Verzicht auf bestimmte optimale Kapitalverwertungsinteressen diese Anforderungen zum Teil zu befriedigen, wenn sie ihre Machtposition insgesamt nicht gefährden wollen. Eine derartige Befriedungs- und Integrationspolitik kann nur gelingen, wenn in bestimmten für die Machtposition der herrschenden Kräfte relativ ungefährlichen Bereichen Reformen so durchgeführt werden, daß in der Bevölkerung der Eindruck von der Funktions- und Reformfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems erhalten bleibt.

Da trotz aller Bemühungen der Großindustrie, der massivsten seit Bestehen der BRD — und darin liegt die historische Bedeutung dieser Wahl —, die CDU/CSU nicht die politische Macht erringen konnte, bleibt die SPD trotz allem Ambivalenzrisiko stärker als je zurvor der einzige relevante Faktor, der diese integrierende Funktion erfüllen kann. Die Bemühungen der Großindustrie werden sich daher in den nächsten Jahren darauf richten, diejenigen Kräfte in der SPD zu stärken, die zum Bündnis in den „wesentlichen Fragen der Nation" mit ihr bereit sind. Die Unterstützung der ihr grundsätzlich näher stehenden Kräfte der CDU/CSU wird selbstverständlich nicht eingestellt werden. Sie bleiben das Reservoir für die Exekution der härteren Linie, falls die Integrationspolitik scheitern sollte. Über eine mögliche Steigerung der Aggressivität des Disziplinierungsinstrumentariums gegenüber den demokratischen Kräften sollte man sich daher keine Illusionen machen.

Die grundsätzlich ein Bündnis mit dem Großkapital anstrebende SPD-Spitze steht nach dem hohen Wahlsieg vor einer prekären Situation. Auf der einen Seite sieht sie sich dem Druck der Industrie ausgesetzt, die jederzeit mit dem CDU-Knüppel drohen kann. Auf der anderen Seite stehen die Reformerwartungen der Wählermassen. Diese Reformerwartungen können nur zum Teil mit Scheinreformen aufgefangen werden, die entweder nicht systemgefährdend oder sogar systemsanierend wirken, wie das Programm der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die Fusionskontrolle, die Wettbewerbsverstärkung etc., und die daher auch die Unterstützung des Großkapitals finden. Die Verbesserung oder auch nur die Erhaltung der materiellen Lage der wachsenden Zahl der Werktätigen setzt jedoch zunehmend Veränderungen im Bildungssektor, im Sektor der Gesundheitsversorgung, des Verkehrs, des Städtebaus etc. voraus, die ohne einschneidende, systemverändernde, d. h. die Macht der Großindustrie einschränkende Reformen nicht möglich sind. Die SPD-Führung wird diese Reformbereiche angehen müssen, in denen ihr nur geringer Spielraum für lediglich systemsanierende Maßnahmen bleibt. So stellt sie hinsichtlich der Finanzierung schon die Verwirklichung von bildungspolitischen Zielen, die für sich genommen

systemverstärkend erscheinen mögen, vor unlösbare Probleme. Sie muß diese Reformbereiche angehen, wenn sie ihren sowieso schon prekären Rückhalt in der Mitgliedschaft nicht noch mehr gefährden will. Damit gerät sie aber notwendigerweise in einen stärkeren Interessenkonflikt mit ihrem Bündnispartner, dem Großkapital, das je mehr die SPD-Führung gezwungen ist, den Reformwünschen nachzugeben, um so eher geneigt ist, die integrative zugunsten der disziplinierenden Linie mit Hilfe der zuverlässigeren Kräfte der CDU/CSU aufzugeben, falls die SPD-Spitze diesem Kurs nicht folgen will oder kann. Das wiederum würde bei größeren Bevölkerungsteilen die Einsicht in die Notwendigkeit der systemverändernden Qualität ihrer Reformerwartungen wachsen lassen, wenn sie verwirklicht werden sollen, und damit die Bereitschaft vergrößern, sowohl eine gegenüber dem Großkapital und seinen politischen Repräsentanten offensivere Politik zu fordern als auch zu tragen.

In diesem sich abzeichnenden sozialen und politischen Polarisierungsprozeß steht also die SPD-Führung zwischen Scylla und Charybdis. Es liegt weitgehend an ihrem Verhalten, welche Formen die kommenden Auseinandersetzungen annehmen werden. Hält sie an ihrer bisherigen Bündnis- und Gemeinsamkeitspolitik mit dem Klassengegner fest, wird sie sich von ihrer Mitgliedschaft und damit von den Wählermassen zunehmend isolieren und so nicht nur einen Spaltungsprozeß innerhalb der SPD selbst forcieren, sondern die sozialen Auseinandersetzungen außerhalb der SPD verschärfen. Für ihren bisherigen Bündnispartner wird sie wegen des Verlustes ihrer integrativen Funktion weitgehend uninteressant, der sich deshalb eher auf die ihm näher stehenden Kräfte der rechten Sammlungsbewegung von Barzel über Strauß bis hin zum „nationalen Widerstand" stützen wird, was bestimmte faschistoide Herrschaftsformen impliziert. Die einzige Möglichkeit, den Prozeß sozialer Umwälzung von dieser gefährlichen Bahn abzuhalten und seine verfassungsmäßige, weitgehend friedliche Form zu sichern, wäre eine Aufkündigung der Bündnis- und Gemeinschaftspolitik zugunsten einer offensiven Politik der Monopolmachteinschränkung im Zuge der Durchsetzung realer Reformen mit der Unterstützung aller demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD. Hierzu gehören nicht nur Sozialisten, sondern ebenso Liberale, die die Bedrohung der Freiheit (auch die des Kleinkapitals) durch die Monopolherrschaft sehen, Christen, die aus den Erfahrungen des Faschismus und des Neokolonialismus in der Dritten Welt die Inhumanität des kapitalistischen Systems erkannt haben, linke Gewerkschaftler, Jungsozialisten und andere fortschrittliche Sozialdemokraten. Keiner von ihnen wird an der Tatsache vorbeigehen können, daß die Kommunisten ungeachtet aller politischen und ideologischen Differenzen in diesem Bündnis der demokratischen Kräfte und was die Abwehr der demokratiefeindlichen Kräfte angeht, eine Kraft sind, auf die man, ob man will oder nicht, nicht verzichten kann.

Die Wahl dieser oder jener Alternative ist sicherlich nicht das Ergebnis eines abstrakten Denkprozesses oder eines inneren moralischen Vorganges des guten oder schlechten Willens dieses oder jenes sozialdemokratischen Parteiführers. Das Verhalten der SPD-Spitze ist vielmehr die Resultante von politischem Druck und Gegendruck. Je mehr die bezeichneten demokratischen Kräfte sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können, um so größer werden ihre Möglichkeiten sein, das Verhalten der SPD-Führung zu bestimmen. Ein nicht unwesentlicher Teil des Erfolges hängt davon ab, ob es gelingt, auch in der Öffentlichkeit, d. h. vor den Wählermassen die Alternative so klar zu machen, daß einer sozialdemokratisch geführten Regierung nur unter dem Vorzeichen des Verrates die

Möglichkeit bleibt, den Selbstmordweg der Bündnispolitik mit dem Großkapital zu wählen.

2) Auf diesem Hintergrund ist auch die kommende Auseinandersetzung mit dem Berufsverbot für demokratische Kräfte im öffentlichen Dienst, insbesondere für marxistisch orientierte Lehrer und Hochschullehrer zu sehen.

Gerade diejenigen Kräfte in der SPD, die die Gemeinsamkeitspolitik mit den politischen Repräsentanten des Großkapitals fortsetzen wollen, haben ein vitales Interesse, die sich abzeichnende demokratische Entwicklung im öffentlichen Bewußtsein, die mit einem Abbau des Antikommunismus Hand in Hand geht, und die damit verbundene Zurückdrängung einer konzernorientierten Meinung abzublocken. Sie sind daher bestrebt, an Schulen und Hochschulen keine anderen als dem Großkapital genehme Lehrinhalte zuzulassen und die Formulierung von demokratischen Alternativprogrammen (z. B. Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang der späteren beruflichen Praxis und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Orientierung und Organisierung) zu unterbinden. Für den Bereich der Massenmedien (Fernsehen, Funk, Presse) gilt gleiches. Die Alternativmöglichkeiten zu den bestehenden Verhältnissen soll erst gar nicht bewußt werden. In diesen Vorbereichen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden sie daher die administrative Linie ihrer Politik fortsetzen, solange die Basis der demokratischen Abwehrkräfte auf diese Vorbereiche beschränkt bleibt. Erst, wenn es gelingt, demokratische Kräfte auch außerhalb dieser Bereiche zu mobilisieren — daß dies möglich ist, hat der Abwehrkampf des vergangenen Jahres gezeigt — und vor allem in Organisationen, in die die herrschenden Kräfte der SPD eingebunden sind, wird ein durchschlagender Erfolg im Kampf gegen das Berufsverbot zu verzeichnen sein.

Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile

Von Elisabeth Boris und Hans Haustein

I

Nach den spektakulären Anfangserfolgen der Regierung der Unidad Popular in Chile im ersten Regierungsjahr mußten die Chilenen hart zu spüren bekommen, was es bedeutet, im traditionellen Hinterhof des Dollar-Imperiums Lateinamerika sich durch ein Programm radikaler Reformen vom US-Riesen zu lösen. Nachdem unter der Präsidentschaft von Salvador Allende die Hauptgruppen der Industrie, wie Eisen-, Salpeter- und Steinkohlewerke, das Hüttenwesen, Zement- und Textilfabriken, Fischereiunternehmen und Banken, vor allem aber die von us-ame-

rikanischen Monopolgruppen beherrschte Kupferindustrie verstaatlicht wurden, nahm das US-Monopolkapital die Herausforderung im Verein mit der chilenischen Reaktion in aller Schärfe und Konsequenz an. Mit allen nur möglichen Obstruktionen im wirtschaftlichen und monetären Bereich versuchen die Vereinigten Staaten, die in bürgerlich-demokratischen Wahlen an die Macht gelangte sozialistische Regierung auszutrocknen und damit zu Fall zu bringen; an Instrumentarien fehlt es dabei nicht. Es kam zu einer Flucht von Fachkräften, wertvolle technische Einrichtungen wurden durch Sabotage zerstört; die USA lieferten keine Ersatzteile mehr und verhängten ein Embargo über bereits bezahlte chilenische Ankäufe. US-Kredite, die der Frei-Regierung noch reichlich zugeflossen waren, wurden eingefroren oder stark reduziert (von 80 Mio. Dollar 1970 auf voraussichtlich 22 Mio. 1972) [1]. Auch die herkömmlichen Importkreditquellen der internationalen Institutionen wurden auf Druck der USA systematisch eingeschränkt. Während Chile Ende 1970 insgesamt 220 Mio. Dollar Kredite zur Verfügung standen, waren es 1972 nur mehr 25 Mio.[2]). Mit Recht wies Alfonso Inostroza, der Präsident der chilenischen Zentralbank, im letzten September auf der Tagung des internationalen Währungsfonds und der Weltbank darauf hin, daß die Weltbank ein einseitiges Instrument der Vereinigten Staaten sei. Seit 22 Monaten waren keine Weltbankkredite mehr für Chile genehmigt worden [3]). Es erfolgte lediglich die Auszahlung alter Darlehen. 1971 verweigerte die Export-Import-Bank der chilenischen Fluggesellschaft LAN die nötigen Kredite zur Anschaffung zweier Düsenmaschinen für den zivilen Luftverkehr [4]). Die „Braden Copper Company" verlangte für die Enteignung der Kupfermine „El Teniente" die Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 92,9 Mio. Dollar. Sie gewann ihren Prozeß vor nordamerikanischen Gerichten und erreichte damit die Beschlagnahme von 7 staatlichen chilenischen Konten in den USA, unter anderen die der staatlichen Planungsbehörde CORFO und der LAN.

Kurz darauf kündigte auch die „Andes Copper Mining" einen Prozeß nach dem gleichen Muster um 171,3 Mio. Dollar an [5]). Eine neuerliche Variante imperialistischer Taktik stellt der im letzten Oktober unternommene Versuch der „Kennecott Corporation" dar, mit der Begründung unrechtmäßiger Enteignung Lieferungen chilenischen Kupfers in andere Länder beschlagnahmen zu lassen (zuerst in Frankreich) [6]). Doch drohten sofort die kupferexportierenden Länder (CIPEC), Chile, Sambia, Zaire und Peru, mit einem Embargo für die Nationen, die sich auf einen Kuhhandel mit dem US-Konzern einlassen sollten [7]).

Am härtesten traf Chile jedoch das Absinken des Kupferpreises auf dem Weltmarkt, das, wenn auch nicht in vollem Umfang, so doch zum Teil durch heftige Spekulationen verursacht wurde. Der Preis für das Kupfer, das mehr als 70 % des chilenischen Exports ausmacht, sank von 68 (und mehr) auf 48 Cents je Pfund. Die Senkung um einen einzigen Cent bedeutet schon den Verlust von 12 Mio. jährlich, d. h. Chile büßte im Jahr 240 Mio. Dollar ein. Dieses Leck könnte nur durch eine 40%ige Produktionssteigerung kompensiert werden [8]). Damit wurde die wichtigste Devisenquelle Chiles um ein Viertel reduziert. Der Anstieg von Weltmarktpreisen und die Abwertung des Dollars verteuerten gleichzeitig die wichtigsten Importe Chiles, vor allem Nahrungsmittel, deren Konsum sich

1) Arno Münster, Chile — friedlicher Weg? Historischer Bericht und politische Analyse. Berlin 1972. S. 190.
2) Wolfgang Ehrhardt, Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus. In: „Sozialistische Politik", 20, S. 75.
3) „Stuttgarter Nachrichten", 30. 9. 1972.
4) Arno Münster, a. a. O.
5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13. 3. 1972.
6) „Frankfurter Rundschau", 6. 10. 1972.
7) „Latin America", 20. 10. 1972.
8) Interview mit Luis Corvalán. In: „horizont", 46/1972, S. 11.

um 13 % gesteigert hatte, und Erdöl, so daß ein tiefes Loch in die chilenischen Devisenvorräte gerissen wurde; von 340 Mio. Dollar Ende 1970 blieben Ende 1971 nur mehr 30 Mio. übrig [9]). Zudem lastet auf Chile, als Hypothek der Frei-Regierung, eine enorm hohe Auslandsverschuldung. Sie wird auf rund 4 Mrd. Dollar beziffert und würde einer jährlichen Abzahlungsrate von 400 Mio. Dollar entsprechen; allein die Hälfte davon entfallen auf die USA [10]). Unter diesem das Wirtschaftsprogramm der Unidad Popular erheblich gefährdenden Umstand mußte Präsident Allende die im sogenannten „Pariser Klub" versammelten 14 Gläubigerländer um Aufschub bitten. Allende ließ keinen Zweifel daran, daß Chile zu seinen Auslandsverpflichtungen steht. Indes machte er den Gläubigerländern auch klar, daß die Interessen des Landes stets vor dem der Gläubiger stünden und ein Schuldendienst, der über ein Drittel der jährlichen Deviseneinnahmen verschlingt, für das Land nicht tragbar sei [11]). Die USA schlugen nun vor, Chile kurzfristige, in die Wirtschaftspolitik stark eingreifende stand-by-Kredite aus dem internationalen Währungsfonds zu gewähren; doch Allende lehnte unter Hinweis auf die Souveränität des Landes schroff ab. Am 19. April 1972 nahmen die Auseinandersetzungen ihr vorläufiges Ende. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1) Chile wird die Refinanzierung von 70 % seiner Schuldendienste, die im Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 1972 fällig geworden wären, gewährt.
2) Der Betrag wird in 13 halbjährigen Quoten ab 1. Januar 1975 gezahlt (die letzte Rate wird am 1. Januar 1981 fällig).

3) Die Höhe der Zinsen der Refinanzierungskredite wird zwischen Chile und den Gläubigerländern bilateral ausgehandelt.

4) Ende 1972 werden die Gläubigerländer über die für 1973 fällige Auslandsschuld erneut verhandeln [12]).

Der chilenische Vorschlag, die Schuldendienste bis Ende 1974 zu suspendieren, wurde abgelehnt, so daß zu Anfang dieses Jahres wieder über einen Aufschub (von zusammen 600 Mio. Dollar) verhandelt werden muß. Dies ist nur der Rahmen, der in Paris abgesteckt wurde; die Einzelverhandlungen mit den meisten der Vierzehn wurden bis Juli 1972 abgeschlossen. Diejenigen mit den USA über die Hälfte des chilenischen Schuldenbergs werden noch beträchtliche Schwierigkeiten bringen. Eine Sonderstellung unter den Industrienationen im „Pariser Klub" nahm u. a.[13]) Japan ein, dessen Wirtschaftsinteressen freilich durch den Regierungswechsel in Chile kaum berührt worden waren. Nach einer Reise des Zentralbankpräsidenten Inostroza nach Tokio zeigte sich Wirtschaftsminister Fukuda an einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Chile interessiert und setzte sich für die Erfüllung der chilenischen Konsolidierungswünsche in Paris ein [14]).

Wie auch die bundesdeutsche Diplomatie sich vor den Karren von Großgrundbesitzern und der mit 260 Mio. in Chile engagierten Industrie spannen läßt, sei nur an zwei Exempeln demonstriert. Als bei der Durchführung der Agrarreform nach dem unter der Frei-Regierung entstandenen Gesetz der westdeutsche Latifundienbesitzer Georg Ritter enteignet wurde, glaubte dieser, sein Land mit-

9) Wolfgang Ehrhardt, a. a. O.
10) Deutsche überseeische Bank, Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder, sowie Spanien und Portugal. Juni 1972. S. 72.
11) „Neue Zürcher Zeitung", 5. 2. 1972.
12) Wolfgang Ehrhardt, a. a. O., S. 76.
13) Auch Spanien und Peru unterstützten die chilenischen Vorschläge.
14) „Blick durch die Wirtschaft", 1. 4. 1972.

tels diplomatischer Intervention retten zu können. Er wandte sich an den BRD-Botschafter in Santiago, Dr. Lotar Lahn, der es im März 1972, zu Zeiten härtester Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, für nötig hielt, beim chilenischen Außenministerium zu intervenieren, um die Regierung „höflich" aufzufordern, die Räumung des Ritterschen Großgrundbesitzes von chilenischen Bauern vornehmen zu lassen, die das Land kurz zuvor besetzt hatten [15]). Dies kam der direkten politischen Intervention einer fremden Macht in die von der UP gerade beschleunigt vorangetriebene Agrarreform gleich und wurde in der rechten Presse, vor allem in „El Mercurio", dem Hauptorgan der reaktionären Kampagne, entsprechend hochgespielt. Im zweiten Fall handelt es sich um die zum Preussag-Konzern gehörige Lackfabrik Ceresita S.A. In diesem Betrieb wurden die niedrigsten Löhne der Branche gezahlt: Arbeiter mit 34 Dienstjahren und mehr verdienten nicht mehr als umgerechnet 350 DM monatlich, während die Geschäftsführer ein Monatsgehalt von 35 000 Escudos (1000 Dollar) und darüber bezogen. Für die deutschen Aktionäre war dieser Betrieb äußerst rentabel, denn er warf einen jährlichen Reingewinn von 4 Mio. Escudos, das sind 300 000 DM, ab. Im Frühjahr 1972, nachdem die Arbeiter des Betriebes mehrmals in Kampfstreiks gegen zu niedrige Löhne, zu lange Arbeitszeit und miserable Arbeitsbedingungen protestiert und die Verstaatlichung gefordert hatten, intervenierte die Regierung Allende. Der staatliche Interventor vereinbarte eine 100%ige Lohnerhöhung und diskutierte in Betriebsversammlungen mit Arbeitern ihre Situation. Auch hier schritten die Betroffenen über Botschafter Lahn ein. Da zu diesem Zeitpunkt die Umschuldungsverhandlungen in Paris in ein entscheidendes Stadium getreten waren und Chile eine gemeinsame harte Frontstellung der BRD mit den USA vermeiden mußte, war es in diesem gravierenden Fall leicht, die Regierung der Volkseinheit unter Druck zu setzen. Es spielte zugleich eine Rolle, daß die Bundesrepublik Hauptabnehmer des chilenischen Kupfers ist (30 %). Dies, wie auch die Notwendigkeit, den Rückgang der us-amerikanischen Kredite in den europäischen kapitalistischen Ländern, u. a. der BRD, zu kompensieren, veranlaßte die Regierung in Santiago zur Reprivatisierung. So mußten in dieser Situation die Interessen der Arbeiter den außerökonomischen Notwendigkeiten geopfert werden. Es handelt sich hier praktisch um eine Erpressung durch das westdeutsche Kapital, das die Abhängigkeit Chiles nutzte, um die den Arbeitern verhaßte Unternehmensleitung wieder einzusetzen [16]).

Ähnlich Kuba kann Chile im Kampf gegen die imperialistischen Weltmächte sicher nur auf die solidarische Hilfe der sozialistischen Staaten rechnen. Im Juli 1972 konnte eine chilenische Wirtschaftsdelegation unter der Führung des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei, Altamirano, ein Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion abschließen. Obwohl die UdSSR selbst über Kupferaufkommen verfügt, verpflichtete sie sich, innerhalb von 3 Jahren 130 000 t Kupfer und Kupferfertigwaren im Werte von 87 Mio. Dollar abzukaufen. Die Sowjetunion will das chilenische Kupfer über dem derzeitigen Weltmarktpreis bezahlen. Außerdem gewährte sie einen Kredit von 260 Mio. Dollar mit 12 Jahren Laufzeit für 2,5 % Jahreszinsen [17]). In China vereinbarte der chilenische Planungsminister Gonzalo Martner ein Abkommen, nach dem Chile künftig 65 000 t Kupfer pro Jahr liefern wird. China wird danach drittgrößter Kupferabnehmer Chiles (Jahresproduktion 730 000 t) [18]). Außerdem gewährte China einen zinslosen Kredit von 65 Mio. Dollar über eine Laufzeit von 20 Jahren. Diese Anleihe soll zum Ankauf

15) „express international", 142, 31. 3. 1972.
16) Zum Ceresita-Fall vgl. Arno Münster, a. a. O., S. 186 ff.
17) „Deutsche Volkszeitung", 27. 7. 1972.
18) „Süddeutsche Zeitung", 10./11. 6. 1972.

ganzer Industrieanlagen und technischer „know-hows" in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie dienen [19]). Nach einem Interview mit dem Generalsekretär der kommunistischen Partei Corvalán vom September 1972 beliefen sich die Kredite aus sozialistischen Ländern bis dahin auf insgesamt 463 Mio. Dollar, davon 259 Mio. aus der Sowjetunion [20]). Hatte sich das kapitalistische Ausland nach der Revolution auf Kuba noch einheitlich und konsequent verhalten, so verstand es Allende, durch eine geschickte Außenpolitik verschiedene Interessen im imperialistischen Lager auszunutzen. Dies gelang ihm nicht zuletzt um den Preis, daß er bereit war, die Hypotheken seiner Vorgänger auf sich zu nehmen und in der Enteignungspolitik streng nach der Legalität zu verfahren.

II

Nicht zuletzt die massiven außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen die UP-Regierung und mit ihr die Mehrzahl des chilenischen Volkes ausgesetzt ist, führten eine binnenwirtschaftliche Situation herbei, die von der bürgerlichen Presse in breiten und detailreichen Berichten „gewürdigt" und immer wieder scheinheilig als „ernst und besorgniserregend" bezeichnet wird. Äußeres Zeichen dieser Lage sind: hohe Inflationsraten, Versorgungsengpässe, stellenweise sogar Produktionsrückgänge und ein immenses Anschwellen des Schwarzmarktes. Der Honeymoon der Unidad Popular ist vorbei, so jubeln manche Beobachter, die hoffen, daß ihr Tod nicht mehr fern ist. Und die Erwartung, daß die UP an diesen Krisen scheitern wird, schien sich 1972 zu bestätigen. Dies, obwohl die Unidad Popular im ersten Jahr ihrer Regierung wichtige ökonomische Erfolge erzielen konnte: Das Bruttosozialprodukt wuchs 1971 um etwa 9 %, die Industrieproduktion stieg um etwa 13 %, die Arbeitslosigkeit war von 8,3 auf 3,8 % gesunken, und das Realeinkommen der Werktätigen stieg um 20, ihr Konsum um 13 %. Damit stieg der Anteil der Werktätigeneinkommen am BSP von 51 % 1970 auf 60 % 1971. Eine für Chile bislang unvorstellbare Entwicklung. Dies, obwohl selbst im von vielen Beobachtern proklamierten „Krisenjahr" 1972 die Industrieproduktion weiter kräftig anstieg. Im Juni 1972 um 14 % gegenüber den ersten 5 Monaten des Vorjahres [21]).

Jedoch trotz aller Produktionssteigerungen, die zu einem nicht geringen Teil auf den verstärkten Einsatz der Werktätigen im Rahmen der von der Unidad Popular proklamierten Produktionsschlacht zurückgehen, konnte die Produktion mit den vermehrten Konsummöglichkeiten der Bevölkerung nicht Schritt halten. Bei Steigerungen der Geldeinkünfte der arbeitenden Bevölkerung bis zu 50 % 1971 (für 1972 werden noch einmal weitere Steigerungen um 35—40 % erwartet) [22]), wurden besonders kurzfristige Konsumgüter und Lebensmittel knapp, die aufgrund des zunehmenden Devisenschwunds z. T. nicht mehr durch Importe ersetzt werden konnten. So sah sich die Regierung im August 1972 gezwungen, die offiziell festgelegten Preise für eine ganze Reihe von Gütern den Schwarzmarktpreisen anzugleichen (das machte z. T. bis zu 100 % aus). Und konnte zu Beginn des Jahres 1972 nur vereinzelt — und besonders bei Luxusgütern — die Rede von Versorgungslücken sein, so berichten im Dezember 1972 auch der Regierung nahestehende Beobachter von ernsthaften Schwierigkeiten [23]). So sind z. B. zur Zeit in Santiago Wolle, Bettlaken und Wein rare Luxusgüter, die nur noch auf dem Schwarzen Markt zu bekommen sind.

19) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. 6. 1972.
20) A. a. O.
21) Vgl. „horizont", 10/1972, S. 26.
22) Vgl. Eberhard Hackethal, PC Chiles: Geeint gegen Rechtsgefahr. In: „horizont", 39/1972, S. 11.
23) Vgl. Heike Kühlwein, Denen, die haben, soll genommen werden . . ., unveröffentlichtes Manuskript. Santiago 1972.

All diese Schwierigkeiten jedoch ausschließlich der UP anzulasten, wie das die Mehrzahl der chilenischen und ausländischen Presseorgane tut, ist bewußte Irreführung. Schon im März 1972 erklärte ein Autohändler einem deutschen Journalisten ganz offen: „Ich habe praktisch noch alles auf Lager. Aber ich verkaufe nur gegen doppelten Preis. Und je mehr man die Sachen zurückhält, desto besser werden die Preise" [24]). Nachdem die Bourgeoisie sich vom Schlag des 4. September 1970 (Wahlsieg Allendes) erholt hat und in konzertierter Aktion (Monopole der Industrie, Handel und reaktionäre Presse) zum Angriff übergegangen ist, werden am laufenden Band Versorgungskrisen produziert. Das Rezept dafür ist einfach: „Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird ... durchschlagender Erfolg: alles stürzt in den nächstgelegenen Laden, um so viel wie möglich von der betreffenden Ware zu erstehen, und der Versorgungsengpaß tritt wie ‚angekündigt' ein. Gleichzeitig dienen Kleinanzeigen in den Rechtsblättern als Schaltstelle für den Schwarzmarkt ..." [25]). Jedoch beschränkt sich diese Tätigkeit des aus der Untergangslethargie geweckten Rechtskartells keineswegs auf die Produktion künstlicher Versorgungskrisen. Sabotage, Boykott und Vernichtung der Produktion, Hortung von Waren, Schmuggel von raren Gütern ins Ausland und „Investition" von Industrieprofiten auf dem Schwarzmarkt sind weitere Mittel der Obstruktion. So stellt sich das Problem der ökonomischen Krise in Chile vor allem als ein politisches und nur politisch lösbares dar.

Aber nicht nur die Offensive der vereinigten Rechten, sondern auch Schwierigkeiten bei der UP selbst sind für die schlechte ökonomische Lage verantwortlich. Die dreigleisige UP-Wirtschaftsplanung — Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage der Massen, strukturelle ökonomische Veränderung und eine Neuorientierung des gesamten Wirtschaftssystems — reussierte nicht überall. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Massenversorgung, die mit massiven Einkommenserhöhungen auf der einen und raschen Produktionssteigerungen durch Ausschöpfung brachliegender Kapazitäten auf der anderen Seite arbeitete, führte schon im ersten Regierungsjahr zu einem überraschenden Erfolg [26]), der sich 1972 fortsetzte. Neben den schon erwähnten Einkommens- und Konsumsteigerungen konnten weitere 50 000 neue Wohnungen erstellt werden, die dem dringenden Problem der Wohnungsnot abhelfen sollen. Auf der Ebene der strukturellen Veränderungen, besonders im Agrarbereich, im Kupferbau und im Bereich der Großindustrie, deren 91 marktbeherrschende Unternehmen in die „Area de propiedad social" (abgekürzt: „area social", Bereich des vergesellschafteten Eigentums) überführt werden sollen, tauchten jedoch die ersten Schwierigkeiten auf.

1) Im Agrarbereich konnten zwar die Zielvorstellungen einer möglichst raschen Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes über 80 ha (je nach Bewässerungsmöglichkeit und Güte des Bodens, variiert die Bemessungsgrundlage) erreicht werden. Im August 1972 feierte die UP das Ende der Latifundienherrschaft. Jedoch vollzog sich dieser unter großer Beteiligung der Massen beschleunigte Prozeß — wie jede Agrarrevolution — bei großen Produktionseinbußen und einer erheblichen Steigerung des agrarproletarischen Einkommens. Daß Enteignung von 6 Mio. ha Landbesitz von September 1970 bis Juli 1972 (in den sechs Jahren der Frei'schen Regierungsperiode wurden nur etwas mehr als die Hälfte dieser

24) Peter Grubbe, Chile — Bericht aus der Dritten Welt. Westdeutscher Rundfunk, 1. 6. 1972.
25) Heike Kühlwein, a. a. O.
26) Vgl. Dieter Boris, Elisabeth Boris, Wolfgang Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus. Köln 1971, S. 256—265.

Menge erreicht)[27]) nicht zu einer wesentlichen Steigerung der bebauten Fläche beitrug — es werden auf den meisten ehemaligen fundos nach wie vor nur etwa 50 % des Bodens bebaut —, trug ebenso zu mageren Produktionsergebnissen bei wie die Sabotage der Großgrundbesitzer und der ungeheure Fehlbestand an agrarischen Produktionsmitteln. (Die Frei'sche Agrarreform, in deren Grenzen sich die UP wegen ihrer parlamentarischen Schwäche bewegen muß, sieht nur die Enteignung des Bodens, nicht die der Gebäude oder der Produktionsmittel vor.) Hinzu kommt, daß der soziale Träger der Agrarreform, das Agrarproletariat, kaum Kampftradition besitzt und in sich stark differenziert ist. Es gliedert sich im wesentlichen auf in: „freie" Lohnarbeiter mit individuellem Arbeitsvertrag, die meist als Saisonarbeiter auf den Latifundien oder beim Kleinbesitzer arbeiteten; abhängige Landarbeiter, die an den Grundbesitzer in quasifeudaler Abhängigkeit gebunden waren, für ihre Arbeit mit Produkten und Geld entlohnt wurden und meist einen kleinen Garten mit Hütte besaßen. Letztere stellen mit 26 % den größten Anteil an der auf dem Lande arbeitenden Bevölkerung. Dazu kommen Pächter und Kleinbauern[28]). Die Agrarreformansätze der PDC schufen neue soziale Gruppen durch die Einrichtung agrarischer Kooperativen („asentamientos"), in die die durch die Agrarreform mit Land versehenen Bauern und andere Kleinbauern ihr Land einbringen sollten. Diese „asentamientos" wurden nicht nur sehr bald ein ökonomischer Mißerfolg — sie waren nicht zur Durchführung von Direktiven der Zentrale verpflichtet und handelten deshalb dem Allgemeintrend zuwider —, sie erfüllten auch nicht die sozialen Vorstellungen der PDC-Basis. Innerhalb des „asentamiento" stellte sich bald eine Differenzierung her, die der generellen im wesentlichen entsprach. Dem Modell der „asentamientos" setzte die UP deshalb das der CERAS (Centros de Reforma Agraria)[28a]) entgegen; es basiert auf der Vergesellschaftung des enteigneten Landes. CERA-Mitglieder sind alle einander gleichgestellte Landarbeiter, dazu gehören außerdem ihre Frauen und Kinder. Zweiter wichtiger Grundsatz des UP-Modells ist die „participacion" (Beteiligung der Arbeiter). So ist die Leitung eines CERA durch die Arbeitervollversammlung gewählt. Sie wird kontrolliert von einem ebenfalls gewählten Kontrollkomitee, durch die Vollversammlung und durch die sieben Arbeiter umfassenden Produktionsbrigaden, von denen je 10 bis 15 zu einem CERA gehören. Außerdem wird noch ein Sozialkomitee gewählt, das für die Bildungsarbeit — Alphabetisierung und technische Qualifikation — und die politische Agitation zuständig ist. Die CERAs unterstehen den Planungsbehörden und haben die ihnen zugeteilten Produktionsaufgaben zu übernehmen. Allerdings nehmen sie auch Einfluß auf die staatliche Planung. — Für die zahlreichen noch nicht in vergesellschafteten Großbetrieben beschäftigten Bauern richtete die UP provinziale und regionale Bauernräte ein, die ebenfalls auf die Planungszentralen Einfluß nehmen und die Agrarreform bei der Landbevölkerung vertreten sollen. Diese Institution geht auf spontane Organisationsformen während der großen Enteignungskampagne zurück.

Die Intention der Verwirklichung der participacion auf dem Lande ist allerdings — besonders was die CERAs anbetrifft — in den meisten Fällen bis heute nur unvollkommen realisiert. Das hängt einerseits mit der durch jahrhundertelange Unterdrückung entstandenen sprichwörtlichen Lethargie des chilenischen Landarbeiters zusammen, andererseits ist es Resultat der — selbst in einfachen Fragen der Agrarplanung — feststellbaren Unkenntnis und des mangelnden Bildungsgrads. Da aber linke Agrarkader nicht in genügender Zahl vorhanden sind,

27) Vgl. Francisco Gover Neira, Die Zeit des Latifundiums ist vorbei. In: „horizont", 31/1972, S. 5.
28) Vgl. Boris, Boris, Ehrhadt, a. a. O., S. 92.
28a) Vgl. Arno Münster, a. a. O., S. 102 ff.

sind viele Bauern und selbst viele CERAs zunächst auf sich allein angewiesen. Denn wegen der Kompetenzüberschneidungen zwischen den zahlreichen miteinander konkurrierenden Einrichtungen der Agrarplanung haben bisher nicht alle Anweisungen der Planungsbehörden die Chance, den Produzenten zu Ohren zu kommen.

Daß trotz dieser Zustände im Agrarbereich, die die PC und die PS schon zu heftiger Kritik an der bisherigen Agrarpolitik der UP herausforderten, noch eine Steigerung der Gesamtproduktion von 6 % für das Landwirtschaftsjahr 1971/72 (es beginnt am 1. Mai jeden Jahres) erzielt werden konnte, ist erstaunlich [29]). Dabei waren jedoch Produktionsrückgänge bei dem chilenischen Grundnahrungsmittel Weizen zu verzeichnen. Die Steigerungsraten bei Hülsenfrüchten um bis zu 19 % zeigen allerdings an, daß die UP-Intention, langfristig auf arbeitsintensivere Produktion wie z. B. alle Gemüsesorten und Kleintierzucht (auch das Hühnchenaufkommen verbesserte sich) umzusteigen, in die Tat umgesetzt wird. Ebenso sind die ersten Ansätze agro-industrieller Zentren, in denen Zucht und Verarbeitung zusammengefaßt sind, ein großer Erfolg.

2) Ähnliche Schwierigkeiten stellten sich der UP im industriellen Sektor. Die wichtigste antiimperialistische Maßnahme, die Überführung des in den Händen us-amerikanischer Monopolisten befindlichen Kupfers in den Besitz des chilenischen Volkes, war zwar 1971 perfekt, aber um den Preis starker innenpolitischer Auseinandersetzungen und ökonomischer Schwierigkeiten. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen konzentrierten sich zunächst um die Frage, welche und ob überhaupt Entschädigung an die bisherigen Kupfereigner gezahlt werden sollte. Die Regierung löste diese Frage geschickt, indem sie die nach dem Steueraufkommen der Firmen berechnete Entschädigungssumme gegen in den Unternehmensbilanzen nachgewiesenen Superprofite aufrechnete. (Zur Bestimmung dessen, was als übertriebener Profit zu bezeichnen sei, verglich man die in anderen Ländern von denselben Firmen getätigten Investitionen mit den Gewinnen seit 1955. Dabei ergab sich, daß die Profite in Chile extrem höher lagen als in anderen Ländern.) Von der Entschädigungssumme blieb dabei nichts mehr übrig. Nun wurden die nordamerikanischen Unternehmen aktiv; sie mobilisierten eine Wirtschaftsblockade und versuchten — nicht ganz erfolglos — die privilegierten Kupferarbeiter gegen den neuen Eigner zu Streiks aufzuhetzen. Das gelang zum Teil deshalb, weil das erklärte Ziel der UP-Politik: Aufhebung der Lohndifferenzierung als auch massive ökonomische Interessen — die Kupferproduktion als wichtigstes chilenisches Exportgut sollte zum Import von Massenkonsumgütern und Maschinen zum Aufbau neuer industrieller Zweige und zum Ausbau vorhandener Möglichkeiten genutzt werden — die UP-Regierung daran hinderte, auf die überhöhten Lohnforderungen der ohnehin das Vielfache des Normallohns verdienenden Kupferarbeiter einzugehen. Bevor ein Kompromiß zustandekam, verlor die chilenische Wirtschaft ungefähr 14 Mio. Dollar durch den Streik der Kupferarbeiter in Chuquicamata [30]). Darauf und auf die großen Fehlinvestitionen während der Frei-Periode sowie auf die Notwendigkeit des Abbaus großer Schutthalden, die die US-Unternehmen in Chile hinterlassen hatten, ist das Sinken der Produktionssteigerungsraten 1971 zurückzuführen. Große Neuinvestitionen wurden nötig, während die chilenischen Devisenreserven dahinschmolzen.

---

29) Vgl. Francisco Gover Neira, a. a. O.
30) Salvador Allende gibt im Juni 1972 diese Summe an. Vgl. „Herald Tribune", 25. 6. 1972.

3) Ähnlich erging es der Regierung mit einem weiteren wichtigen Programmpunkt ihrer Wirtschaftspolitik, der „area social". War sie von der ursprünglichen Absicht, 240 Unternehmen zu vergesellschaften, auf Druck der Rechten schon bald abgerückt, so machte bald auch die Durchführung des verminderten Programms Schwierigkeiten, da die Opposition durch parlamentarisches Vorgehen den Aktionsspielraum der UP entscheidend einengte. Nichtsdestoweniger konnte sich der Anteil des Staates an der gesamten industriellen Produktion von etwa 10 % 1970 auf fast 40 % 1972 erhöhen; dabei gliedern sich diese 40 % wie folgt: Betriebe, die bis zum 31. Dezember 1970 vergesellschaftet waren: 10,4 %; Kupfer- und Salpeterabbau: 14,7 %; Betriebe, die 1971 und in den ersten fünf Monaten 1972 vergesellschaftet oder unter staatliche Aufsicht gestellt wurden (aufgrund eines alten Volksfrontgesetzes von 1930 hat der Staat die Möglichkeit, Betriebe, die ihre Kapazitäten nicht auslasten oder ihre Arbeiter unterprivilegieren, unter staatliche Kontrolle zu stellen, zu „intervenieren"): 14,6 % [31]). In den intervenierten und vergesellschafteten Betrieben will die Regierung Allende ein Mitbestimmungsmodell [32]) einführen, das ähnlich dem der CERAs die Arbeitervollversammlung zum obersten innerbetrieblichen Entscheidungsgremium macht; diese wählt ein Leitungskomitee, das den Planungsbehörden CORFO und ODEPLAN und dem koordinierenden „Consejo Nacional de Desarollo", einer von der UP neugebildeten Behörde aus Ministern, Planungsbeamten und Arbeitervertretern, unterstellt ist. — Die Schwierigkeiten der gesamten Planung der UP liegen vor allem in der Tatsache begründet, daß sie überall nur über geringe Möglichkeiten verfügt. So sind beispielsweise 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels [33]) in den Händen der Privatwirtschaft, wo Planung allenfalls mit dem indirekten Mittel der Kreditvergabe möglich ist. Dies versuchte die UP-Regierung gegenüber der kleinen und mittleren Industrie auch anzuwenden. Die Kredite wurden auch ausgiebig genutzt, aber offensichtlich nicht zu Investitionszwecken.

Die Wirtschaftspolitik der UP litt im wesentlichen unter dem heftigen Widerstand der Reaktion auf allen ökonomischen Ebenen. Trotzdem konnten einige wichtige wirtschaftspolitische Erfolge erzielt werden, nämlich Produktionssteigerungen und Strukturveränderungen, die sich aber dank der starken Stellung des privaten Eigentums in der Distribution nur zum Teil zur Verbesserung der Bevölkerung auswirkten.

III

Die massive Offensive der Hauptkräfte der chilenischen Reaktion, Großbourgeoisie, Finanzoligarchie und Großgrundbesitzer, beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Einsatz ökonomischer Mittel, sondern bezog ebenso politische Instrumente ein. Um aber politische Aktionen machtvoll durchführen zu können, bedurfte es einer Massenbasis, als die sich die „capas medias" (Zwischenschichten) anboten. Diese schließen im wesentlichen drei Gruppen ein: die kleine und mittlere Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die Beamten- und Angestelltenschichten des „neuen Mittelstands". Diese drei Gruppen repräsentieren — im Gegensatz zu vielen anderen lateinamerikanischen Ländern — in Chile eine starke politische und ökonomische Macht. Klein- und Mittelunternehmer in Industrie, Handel und Handwerk beschäftigen ca. 56 % der arbeitenden Bevölke-

31) Vgl. Universidad de Chile, Facultad de Ciecias economicas (Hrsg.), Comentario sobre la situation economica, I. semestre 1972. S. 17, Tabelle 1, S. 21 und S. 161.
32) Vgl. Arno Münster, a. a. O., S. 85—95.
33) Vgl. Arno Münster, a. a. O., S. 90.

rung [34]); auf eigene Rechnung arbeitende Kleinbürger, die in der Regel nur Familienangehörige beschäftigten, stellten 675 000 der insgesamt 3 182 200 aktiven Erwerbspersonen [35]) und haben vor allem im Handwerk und in der Distribution starke Positionen; die Beamten und Angestellten im tertiären Sektor, die zwar objektiv als abhängig Arbeitende der Arbeiterklasse zuzurechnen wären, jedoch aufgrund ihrer Position als surplusverzehrende Schicht und wegen ihrer häufig kleinbürgerlichen Bewußtseinslage den Zwischenschichten subsumiert werden, sind in Chile aufgrund einer starken Ausweitung des Verwaltungs-, Justiz- und Bildungsapparates zahlenmäßig stark. Während für die oberen Schichten der mittleren Bourgeoisie noch immer z. T. objektive Interessenidentitäten mit der Großbourgeoisie bestehen, sind diese für die Mehrzahl aller Gruppen der „capas medias" nicht existent. Kleine und mittlere Unternehmen haben in der Regel ein Interesse an der Aufhebung ihrer Abhängigkeit von den Monopolen; die Kleinbourgeoisie — z. T. einkommensmäßig dem Proletariat gleichgestellt — muß langfristig um die Erhaltung ihrer Positionen fürchten (innere Expansion des Kapitalismus) und ist — da in der Regel im Handel und Handwerk tätig — an der Beseitigung monopolistischer Preisdiktatur interessiert. Ebenso sind die Interessen des objektiv proletarisierten „neuen Mittelstands" mit denen der Arbeiterklasse auch langfristig identisch. Da jedoch diese Schichten aufgrund ihrer heterogenen Klassenlage und ihres falschen Bewußtseins nicht in der Lage sind, eigene einheitliche politische und ökonomische Vorstellungen zu entwickeln, bedürfen sie zur Durchsetzung ihrer Interessen stets der Führung durch eine andere soziale Gruppe. Dafür kommen in Frage: die Monopolbourgeoisie und die Arbeiterklasse. Tritt die erstere energisch genug auf, so ist sie meist in der Lage, die „capas medias" für sich zu organisieren.

Politische Mobilisationsfunktion für eine solche Politik übernahmen die Parteien der Rechten, im wesentlichen die Partido Nacional (PN) und die PDC (Partido Democrata Cristiano). Die mitgliederschwache PN ist traditionell die direkte Vertretung in reaktionären Interessen. So propagierte sie etwa lange Zeit die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Lande und die totale Tolerierung der Ausbeutung durch den US-Imperialismus. Die politischen Methoden der PN entsprechen ihren Zielen: direkt und offen reaktionär, scheute sie bis zu den Präsidentschaftswahlen im September 1970 vor Stimmkäufen in den Armenvierteln nicht zurück und demonstriert unter anderem damit ihre gänzliche Verachtung parlamentarischer Normen und bürgerlich-demokratischer Gepflogenheiten. So steht sie auch heute in gutem Kontakt mit faschistischen paramilitärischen Organisationen und der CIA, mit denen sie viele ihrer Aktionen zur Herbeiführung des Sturzes der UP-Regierung durch einen Staatsstreich („golpe") gemeinsam organisiert und durchführt. — Die PDC dagegen ist schon durch ihre Funktion als bürgerlich-reformistische Massenpartei (sie organisiert vor allem „capas medias", aber auch Teile des Agrar- und Industrieproletariats) zur wenigstens formalen Einhaltung bürgerlich-demokratischer Normen verpflichtet. Als Vertreter „moderner" kapitalistischer Interessen ist sie bereit, überkommene Strukturen — wo sie die kapitalistische Expansion behindern — zu bekämpfen. Das zeigen ihre Ansätze zur Agrarreform und ihre Kupferpolitik in der Regierungsperiode Eduardo Freis [36]). Andererseits ist sie immer wieder vor das Dilemma gestellt, die von ihr gerufenen Geister nicht wieder loszuwerden, d. h. von ihrer eigenen Massenbasis überrollt zu werden oder eigene Reformprojekte nur unter Antastung wichtiger kapitalistischer Prinzipien durch-

[34]) Vgl. Boris, Boris, Ehrhardt, a. a. O., S. 125.
[35]) Vgl. Maximo Gedda, La Cut, una eleccion con sabor a Choclan, in: „Punto Final" 163/1972, S. 30.
[36]) Vgl. Boris, Boris, Ehrhardt, a. a. O., S. 193—199.

führen zu können. Folgerichtig ergeben sich in der PDC zwei starke Fraktionen: eine fortschrittlichere, die einem Bündnis mit der UP eher zugeneigt ist als einem mit der Rechten (hierzu gehören vor allem Funktionäre der PDC-Basisorganisationen und Mitglieder im Agrar- und Industrieproletariat, die häufig bei „tomas" von Land und Fabriken oder bei der Bekämpfung reaktionärer Sabotage zusammenarbeiten), und eine zweite — vor allem in den Spitzengremien vertretene, meist in innerparteilichen Auseinandersetzungen siegreiche — die mit der Rechten um jeden Preis paktiert, auch um den der Aufgabe wichtiger demokratischer Prinzipien. D. h.: auch die PDC schreckt nicht davor zurück, beim Sturz der UP-Regierung Mittel anzuwenden, die ihrer demokratischen Demagogie Hohn sprechen. Allerdings sind die PDC-Gremien eher an einem „golpe legal" (legalen Sturz) interessiert, der — resultierend aus einer chaotischen Krisensituation im Land — die PDC als Phönix aus der Asche erstehen und als Wahrer demokratischer und chilenisch-nationaler Traditionen wieder an die Regierung kommen läßt. Um diese chaotische Situation herbeizuführen, ist die PDC auf ein vorübergehendes Bündnis mit der PN angewiesen, wobei sie aber ängstlich darauf achtet, von dieser nicht an die Wand gespielt zu werden.

Nach den Prinzipien dieser Art der Arbeitsteilung agierend, richtet die PN ihre Hauptaktivität auf die Anzettelung illegaler Staatsstreichpläne [37]) und die Planung und Durchführung bewaffneter Auseinandersetzungen. Schwerpunkte der letzteren Aktivität sind die Organisation des bewaffneten Terrors gegen das Agrarproletariat [38]), d. h. Zusammenschießen von Bauerndemonstrationen und die Ermordung linker Agrarkader sowie an „tomas" beteiligter Bauern, und bewaffnete Überfälle auf Parteizentralen und UP-Mitglieder in den Städten [39]). Hierbei konzentriert sich die Tätigkeit der Reaktion auf die chilenischen Südprovinzen, wo die Regierungsautorität Santiagos fern und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Justiz ausgezeichnet sind. — Da jedoch solche Angriffe allein die UP nicht aus dem Sattel heben können, wandten sich die reaktionären Presseorgane wieder vergeblich an Polizei und Armee mit der Bitte, dem linken Spuk ein Ende zu machen. Als die Armee diese Aufforderungen immer wieder zurückwies und ihre Treue zur Legalität und damit zur Regierung Allende beteuerte, sahen die PN und die mit ihr zusammenarbeitenden Gruppen nur noch eine Möglichkeit in einer die ökonomische Offensive konsequent begleitenden Massenkampagne. Hier aber waren sie auf das Bündnis mit der ihnen sonst als „zimperlich" und „unzuverlässig" nicht sehr sympathischen PDC angewiesen, die über eine breite Basis in der Bevölkerung und in wichtigen Massen- und Basisorganisationen (z. B. den Gewerkschaften) verfügt. Das Ergebnis des gemeinsamen Auftretens der Rechtskräfte war eine Offensivkampagne, in der Massendemonstrationen, Streiks der „capas medias", eine gezielte Falschmeldungspolitik der meisten chilenischen Massenkommunikationsorgane (die Mehrheit befindet sich noch immer in der Hand der Reaktion), der Einsatz rechter Schlägertrupps und die Propagierung massenverwirrender demagogisch-reformistischer Losungen (wie etwa die der „empresas de trabajadores", Arbeiterfabriken, nach jugoslawischem Vorbild als Alternative zur Vergesellschaftungspolitik der UP) sich wirksam ergänzten. Höhepunkt dieser das ganze Land überziehenden Kampagne waren die Demonstrationen wohlgenährter PN- und PDC-Damen und ihres Hauspersonals gegen die von der Reaktion provozierten Ver-

37) So wurde im März 1972 eine gemeinsame Konspiration von PN, Patria y Libertad und rechten Ex-Militärs aufgedeckt, die die Ermordung Allendes plante. Vgl. „Latin America" (London), 24. 3. 1972. Ähnliches geschah im August, September und Oktober 1972.
38) So wurden am 21. 11. 1971 2 mapuches ermordet. Vgl. „Le Monde", 23. 11. 1971.
39) Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Parteibüro der PC in Puerto Montt verbrannten 3 Jugendliche. Vgl. „Le Monde", 25. 7. 1972.

sorgungskrisen, die der UP angelastet werden sollten, Ende 1971 und im März/April 1972 während der UNCTAD-Konferenz in Santiago; die „Freiheitsmärsche" der Rechten im Mai/Juni/Juli 1972, die unter maßgeblicher Beteiligung rechter Terrortrupps gegen die angebliche „Einschränkung der Freiheit" durch die UP-Regierung protestierten; schließlich die von Demonstrationen begleiteten Streiks des Einzelhandels, der Transportunternehmen, der Ärzte, Beamten, Angestellten, Schüler und Studenten im August und Oktober 1972, die inzwischen ganz offen und ausschließlich der Demonstration der Stärke und des Terrorismus der Rechten dienten. So wurden etwa Händler, die sich an den von der Rechten organisierten Streiks in der Distribution nicht beteiligen wollten, durch Drohungen, Demolieren ihres Ladens und z. T. lebensgefährliche Verletzungen zur Teilnahme gezwungen.

Der institutionellen Absicherung dieser Politik dienten zahlreiche parlamentarische Störmanöver. Da die Rechte im Kongreß die Mehrheit besitzt, ist es ihr möglich, jede Gesetzesinitiative der UP im Keim zu ersticken und bestehende legale Möglichkeiten zu beschneiden. So brachte die Rechte Gesetze durch, die die Möglichkeiten der staatlichen Intervention und Vergesellschaftung von Betrieben durch die Bestimmung einschränkten, jede einzelne Regierungsaktion müsse vom Parlament bestätigt werden. Zwar nutzte Allende hier sein Vetorecht und machte so die Parlamentsbeschlüsse unwirksam, jedoch schufen diese Beschlüsse eine Atmosphäre der Rechtsunsicherheit, die durch die reaktionäre Haltung der Justiz, die viele Interventionen der Regierung aufhob, staatliche Interventoren unter dem Vorwurf des Rechts- und Verfassungsbruchs zu Freiheitsstrafen verurteilte und an „tomas" beteiligte Arbeiter und Bauern ins Gefängnis steckte, noch verschärft wurde. Das wichtige UP-Projekt einer „area de propiedad social" (eines Bereichs des vergesellschafteten Eigentums) wurde so vorläufig gestoppt. Als die UP in dieser Frage mit Verhandlungsangeboten an die PDC herantrat, war diese auf Druck ihrer fortschrittlichen Fraktion zunächst bereit, darauf einzugehen, um den Bestand bürgerlich-demokratischer Institutionen durch die Wiederherstellung eines vernünftigen Verhältnisses von Legislative und Exekutive zu sichern. Jedoch wurden die Verhandlungen kurz vor ihrer Vollendung im Juli 1972 [40]) von der PDC auf Weisung Eduardo Freis wieder abgebrochen, da diese die Konkurrenz der PN als hauptinitiativer Oppositionspartei fürchtete. — Ein beliebtes parlamentarisches Spielchen der Rechten wurde es, durch ständige Mißtrauensanträge gegen Minister eine geregelte Kabinettsarbeit unmöglich zu machen und das Vertrauen der Massen in die Legalität ihrer Regierung zu untergraben. Zwar behielt Allende durch Tausch der Ressorts oder Unterbringung seiner Minister in den Spitzen alter und neuer staatlicher Institutionen die meisten seiner Minister im Kabinett, aber das Ziel, Verwirrung zu stiften und die UP zu behindern, wurde meist erreicht, nicht zuletzt durch persönliche Terrorisierung der betreffenden Minister.

Die Rechte erreichte durch diese massive Offensive zunächst scheinbar ihr wichtigstes Ziel: die UP in eine Krise zu stürzen und eine allgemeine Atmosphäre der Unsicherheit zu schaffen, obwohl ihr die Mobilisierung der Armee nicht gelang.

Die Linke sah sich durch den Angriff der geeinten Rechten zunächst in die Defensive gedrängt. Die Stagnation und Unterbrechung des bisherigen relativ schnellen Vorwärtsschreitens ließ die Gegensätze verschärft wieder aufbrechen,

40) Nach den Worten des Mitglieds der PCD-Delegation Leighton waren 85 % der Probleme schon gelöst. „Latin America", 29. 9. 1972.

die in unterschiedlichen Vorstellungen über Taktik und Strategie der chilenischen Revolution bestanden. Dies führte zu einer vorübergehenden Verunsicherung — trotz der relativen Stärke des chilenischen Proletariats, ihrer wichtigsten sozialen Basis, das mit ca. 50 % der aktiven Bevölkerung zu den größten Lateinamerikas gehört. Eine besondere Rolle spielt hier als Kern und Vorhut das Industrieproletariat mit 20 % der arbeitenden Bevölkerung. Doch auch diese Vorhut ist aufgrund ihrer spezifischen historischen Entwicklung innerlich stark differenziert. Die Differenzen resultieren zum einen aus den großen Lohnunterschieden, die zwischen einzelnen industriellen Branchen und Betrieben unterschiedlicher gewerkschaftlicher Organisationsstärke bestehen, zum anderen aus den durch die kapitalistische Sozial- und Gewerkschaftsgesetzgebung gesetzten Schranken. Diese beinhalten eine Teilung der Arbeiterklasse in „empleados" (ungefähr entsprechend unseren Angestellten) und „obreros" (Arbeiter), die z. T. mit den Lohngruppen übereinstimmen. — Die „empleados" stellen noch immer ein großes zentristisches Potential dar — ein Problem, dem im ersten Jahr der Allende-Regierung nicht immer das nötige Gewicht zugemessen wurde. Doch auch innerhalb des UP-Potentials haben sich unterschiedliche Bewußtseinslagen herausgebildet: in traditionell stärker organisierten Bereichen — etwa im Kupfer- und Salpeterabbau —, in denen aufgrund des gewerkschaftlichen Kampfes eine bessere soziale Lage der Arbeitenden als in anderen Industriezweigen erzielt werden konnte, ist ein stark an ökonomischen Forderungen orientiertes Bewußtsein anzutreffen, das nur schwer den neuen Realitäten angepaßt werden kann (extremstes Beispiel: Chuquicamata). In den erst seit UP-Regierungsantritt organisierten niedrigeren Einkommensschichten hingegen, die vor allem in der ersten Euphorie der „tomas" und ungestörten Interventionen in die Bewegung integriert wurden, sind zuweilen Aktivitäten spürbar, die über die realen Möglichkeiten in der heutigen Situation hinaus gehen.

Hinzu kommt, daß ein Großteil des städtischen Proletariats in Kleinstbetrieben beschäftigt ist, in denen ein gut-patriarchalisches Verhältnis zum Unternehmer besteht, das verstärkt abzubauen die Bündnispflichten der UP verletzten würde. — Das trotz all dieser Schwierigkeiten starke Auftreten der Arbeiterklasse in Krisensituationen geht auf ihre lange Kampftradition zurück. Ergebnis und Promoter dieser Tradition ist die Einheitsgewerkschaft CUT (Central Unica de Trabajadores de Chile), deren Einzelgewerkschaften (aufgrund der Gewerkschaftsgesetzgebung unterschiedlich organisiert und unterschiedlich stark: es gibt in der CUT Betriebsgewerkschaften, Berufsgewerkschaften, Industriegewerkschaften und andere Organisationsformen) etwa ein Drittel des Industrieproletariats organisieren [41]). In den Kampfaktionen kann die CUT jedoch einen erheblich höheren Prozentsatz der Arbeiterklasse aktivieren. In der CUT sind die verschiedensten politischen Parteien ein Bündnis eingegangen (Partido Comunista, Partido Socialista, Movimiento de Accion Popular Unitaria, Organizacion de Izquierda Cristiana, PDC und die vom MIR organisierte Frente de Trabajadores Revolusionarios), was aber nicht den Verzicht auf den politischen Kampf bedeutet. Bei den Wahlen zur CUT-Zentrale kandidierten die Parteien auf Einzellisten. Ein Viertel der Stimmen ging an die PDC, den Rest erhielten die Parteien der Unidad Popular und die FTR. Die PC und die PS konnten ihre traditionelle Führungsrolle in der CUT in den Wahlen bestätigen. Die CUT bildet so die wichtigste Basisorganisation der UP.

41) Vgl. Manuel Cabieses Donoso, Primero hay que ganarse a la clase trabajadora, in: „Punto Final", Februar 1972, S. 6.

Die unterschiedlichen Strategiekonzepte innerhalb der UP, auf die die oben angedeuteten Spannungen wesentlich zurückzuführen sind, wurden vor allem von der PC auf der einen und von der linken PS-Mehrheit auf der anderen Seite entwickelt [42]). Die Kontrahenten gehen beide von drei wichtigen Grundvoraussetzungen der Situationseinschätzung aus:

1) Die chilenische Revolution ist gegenwärtig noch nicht in die Phase des Kampfes für den Sozialismus eingetreten. Sie bereitet diesen vielmehr erst vor, indem sie wichtige antimonopolistische, antioligarische und antiimperialistische Reformen durchführt. 2) Die konsequente Durchführung dieser Reformen trägt zur Stärkung der Arbeiterklasse bei, die die führende Kraft der Revolution ist. Diese führende Rolle gilt es zu betonen. 3) Allerdings kann das Proletariat diese Revolution nicht allein vorbereiten und durchführen. Es bedarf dazu — zumindest in der gegenwärtigen Situation — des Bündnisses mit den „capas medias", die z. T. mit denen des Proletariats identische Interessen haben. Die „capas medias" von ihrem objektiven Standort zu überzeugen und in der Phase des Abbaus überkommener Strukturen richtig einzusetzen, ist eine wichtige Aufgabe der UP.

Ausgehend von dieser relativ identischen Situationseinschätzung konzentrierten sich die Diskussionen darum, welche strategischen Punkte zur Vorbereitung der nächsten Etappe des revolutionären Kampfes die entscheidenden seien.

1) Die erste entscheidende Frage ist die nach dem Weg zu einem Bündnis mit den „capas medias". Während die PC davon überzeugt ist, daß die bisherige Politik der ökonomischen Zugeständnisse richtig gewesen sei, erklären MAPU und PS diese Politik für gescheitert. Die „capas medias" würden sich in jedem Fall den stärkeren Bataillonen anschließen. Deshalb sei es ein Zeichen von Schwäche, ihnen große Konzessionen zu machen. Vielmehr gehe es darum, die Arbeiterklasse zu stärken und so den Weg für eine Bewußtseinsveränderung der Zwischenschichten zu ebnen.

2) Die Arbeiterklasse stärken bedeute aber — so die PS-MAPU-Position weiter — nicht nur die Inangriffnahme des ideologischen Kampfes, um den noch geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen und christdemokratische Vernebelungen — in den Köpfen der Werktätigen noch recht zahlreich vorhanden — aufzulösen. Gleichzeitig sei es nötig, nicht wie bisher aus Rücksichtnahme auf mittelständische Interessen Arbeiterinitiativen zu stoppen, sondern — soweit nur irgend möglich — zu fördern. Dazu gehörten auch und vor allem „tomas" und Intervention von Betrieben im industriellen Sektor. Die PC hält dem entgegen, daß eine hier implizierte weitere Ausdehnung der „area de propiedad social" nicht nur aus juristischen und parlamentarischen Gründen nicht vertretbar sei. Sie trage auch in keiner Weise zur Konsolidierung und Stärkung der Arbeiterklasse bei. Es müsse vielmehr darum gehen, zunächst die im Agrar- und Industriebereich erkämpften Positionen abzusichern. Die vergesellschafteten und intervenierten Betriebe und fundos arbeiteten noch nicht so zufriedenstellend, und die participacion der Arbeiterklasse sei bisher weder auf betrieblicher noch auf zentraler Planungsebene so weit abgesichert, daß man hier schon von einem irreversiblen Faktor sprechen könne. Habe man das aber erreicht, sei der Arbeiterklasse mehr geholfen als durch viele „tomas" und Interventionen, die die linken Kader nur noch mehr aufsplitterten und vom klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse kaum noch zu bewältigen seien. Wichtig sei zur Durchführung einer solchen Politik vor allem die Erarbeitung eines einheitlichen Konzepts,

42) Die Auseinandersetzung wurde im theoretischen Organ der PC (principios) und in „Punto Final" (MAPU/PS/MIR-Organ) von wichtigen Funktionären der UP geführt.

seine konsequente Durchführung und die Disziplinierung der UP. Aktionen, die außerhalb der Grenzen einer gemeinsamen Linie sich bewegten, könnten nicht mehr geduldet werden.

Obwohl diese Diskussion schon seit Beginn 1972 geführt wurde, konnte sie bis jetzt noch nicht entschieden und zur Erarbeitung eines einheitlichen und verbindlichen Konzepts genutzt werden. Auch die Diskussionen der internen UP-Gespräche im Juli 1972 (das sogenannte „conclave") brachten noch kein sichtbares Ergebnis. — Empirisch läßt sich allerdings feststellen, daß die Mehrheit der Regierungsentscheidungen vor dem Hintergrund des PC-Konzepts gefällt wird. — So lassen sich den beiden strategischen Konzepten auch verschiedene taktische Schritte zuordnen.

1) Der PC-Position, die von der Mehrheit der Regierungsmitglieder aus allen Parteien geteilt wird, entspricht das wichtigste taktische Ziel, mit dem die UP ursprünglich angetreten war: die möglichste Einhaltung der Grenzen bürgerlicher Legalität, um der Armee und der Rechten keinen Vorwand für illegale Interventionen zu liefern. Schwierigkeiten, die durch dieses Prinzip ausgelöst werden, müssen durch Verhandlungen beseitigt werden. So appellierten die PC und die UP-Regierung oft an das demokratische Gewissen der PDC und erreichten dadurch, daß sich diese schließlich zu Verhandlungen über die „area social" bereitfänden, welche freilich scheiterten. Korrespondierend zu dieser Politik des Lavierens im Rahmen parlamentarisch-demokratischer Rechtsnormen betrieb die PC zeitweise eine scharfe Abgrenzung gegen die Kader der PS-Mehrheit, der MAPU und des MIR. Resultat dieses Vorgehens waren die Auseinandersetzungen in Concepcion Anfang Juli 1972, die fast zu einer Spaltung der UP geführt hätten [43]).

2) Der Position des „avanzar sin cesar" („Vorwärts ohne zu zögern") der PS-, MAPU- und MIR-Kader entspricht die zunächst zweifellos massenmobilisierende Politik der „tomas", die im ersten Jahr der Amtszeit Allendes entscheidend zur Durchsetzung wichtiger UP-Programmpunkte beitrug. (Ob sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch vertretbar ist, läßt sich allerdings entschieden bezweifeln.) Andererseits begreift dieses Konzept die zahlreichen Basisaktivitäten in den „Juntas de Vecinos" (Nachbarschaftsräten — noch aus der Frei-Periode — in proletarischen Vierteln), den „Centros de madres" (Mütterzentren), den „Juntas de Abastesimiento y Control de Precios" (Räten für Versorgung und Preiskontrolle, die von der Unidad Popular als Antwort auf die Obstruktion in der Distribution in den proletarischen Vierteln gebildet wurden), die Betriebsbrigaden usw., die von allen UP-Parteien vorangetrieben und organisiert werden, als mögliche Ansätze einer Doppelherrschaft, die den Übergang in eine neue, sozialistische Demokratie und Legalität vorbereiten helfen. Allerdings werden diese Möglichkeiten in ihrer zeitlichen Perspektive manchmal so stark überschätzt, daß sie zur Begründung spalterischer Vorpresch-Aktionen dienen [44]).

43) In der proletarischen Provinz hatte die Rechte zu einem „Freiheitsmarsch" aufgerufen. Trotz heftiger Proteste der UP-Parteien — mit Ausnahme der PC — erlaubte der kommunistische Intendente die Demonstration. Als darauf MAPU, MIC, Partido Radical und PS sowie die Studentenorganisationen und CUT-Gewerkschaften eine Gegendemonstration ankündigten, wurde diese verboten und erst nach Intervention dieser Gruppen bei der Regierung in Santiago erlaubt. Allende persönlich verbot beide Demonstrationen kurz vor ihrem Beginn. Der Gang der Dinge war nicht mehr aufzuhalten. Rechte Schlägertrupps prügelten gemeinsam mit der Polizei auf die Linke ein. Ein Schüler wurde dabei ermordet. Die PC ging daraufhin an die Öffentlichkeit. Es kam zu einer schweren Krise in der UP. Daraufhin gingen die UP-Parteien in die „conclave", um ihr Verhältnis zum MIR zu diskutieren. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

44) Als Folge der Ereignisse Anfang Juli hatte sich in Concepcion ein Bündnis aller UP-Kräfte (außer der PC) und dem MIR gebildet. Ende Juli trat dieses Bündnis an die Öffentlichkeit mit der Installierung einer „asamblea del Pueblo" (Volksversammlung). Zwar wurden dort nur Strategieansätze diskutiert, und die Sache verlief bald im Sand, doch faßten alle UP-Parteien diesen Akt zu Recht als Affront auf. 1) implizierte die Installierung einer Volksversammlung — traditionelles Instrument der Doppelherrschaft — zu diesem Zeitpunkt die Meinung, die UP-Regierung habe nicht mehr den Kontakt zum Volke, 2) wurden spätere Bildungen wirklicher „asambleas" durch die notwendig schlechten Erfahrungen mit dieser behindert.

Über die Stärkung und den weiteren Ausbau der Basisorganisationen hinaus haben beide Positionen ein weiteres gemeinsames Ziel: den Kampf gegen die Ultrarechte zu verstärken. Der Versicherung Luis Corvaláns (Generalsekretär der PC) im Januar 1972, einen Sieg des Faschismus werde die Arbeiterklasse durch geeintes Auftreten zu verhindern wissen, entsprechen die Aktivitäten betrieblicher Komitees zur Verhinderung von Sabotageakten und linker Gruppen, die immer wieder Verschwörungen der Reaktion aufdecken.

An diesen gemeinsamen Grundlagen ihrer Politik orientierten sich die Kontrahenten jedoch erst, als die Arbeitermassen selbst am 4. September 1972, dem zweiten Jahrestag der UP-Regierung, im ganzen Land mit machtvollen Demonstrationen zeigten, daß sie der Rechten geeint gegenübertreten können. Die ungeheuere Überraschung, die dieser Aufbruch bei manchen UP-Parteien hervorrief, zeigt, wie weit sich letztere schon von der so oft beschworenen Basis entfernt hatten. Folge dieser Erziehung der politischen Führung durch die Massen war ein „Waffenstillstandsabkommen" zwischen MIR, PC und PS.

Die nachfolgenden schweren Versorgungskrisen und rechten Terrorakte im Zusammenhang mit den Streiks der „capas medias", die das Land fast an den Rand des Bürgerkrieges brachten, trugen unter diesen Vorzeichen erheblich zur Einigung der UP und zur Aktivierung ihrer Basis bei. Trotz wiederholter und heftiger Streikaufrufe der Kapitalisten an „ihre Mitarbeiter", die Mehrwertproduktion doch für einige Tage einzustellen, führten in fast allen Betrieben die Arbeiter die Produktion weiter. Dabei kam es in einer ganzen Anzahl von Betrieben zur Bildung von „consejos" (Rätekomitees), die anstelle eines staatlichen Interventors die Produktion selbständig organisierten und Sabotageakte verhinderten. Obwohl die Regierung nach den Streiks durch Gerichtsbeschluß gezwungen wurde, die meisten Betriebe wieder unter die Aufsicht des Privateigners zu stellen (nur 29 konnten der „area social" erhalten bleiben), bestehen die „consejos" heute weiter. In manchen Städten, Gemeinden und Regionen gibt es schon überbetriebliche Zusammenschlüsse, in die auch die „consejos", die sich in der Distribution bildeten, integriert sind. Letztere sind nach Wohnbezirken organisiert und regelten vor allem in proletarischen Vierteln und Slums die Versorgung, indem sie direkten Kontakt zu landwirtschaftlichen und Industriebetrieben aufnahmen.

Die Versorgung der Bevölkerung war während des Streiks in den meisten proletarischen und subproletarischen Vierteln übrigens wesentlich besser als in „normalen" Zeiten. Jedoch nicht nur das Proletariat erlebte im Oktober 1972 eine Politisierungswelle, auch in den „capas medias" selbst traten endlich die langersehnten Differenzierungsprozesse ein. In vielen Fällen weigerten sich Angestellte, Händler, Lastwagenfahrer und Ärzte, sich an den Streiks ihrer Kollegen zu beteiligen, obwohl sie starkem Terror von rechts ausgesetzt waren, und stellten sich der UP zur Verfügung. Von den mehreren tausend Menschen, die sich während des Streiks der Lastwagenbesitzer zur Verfügung stellten, um die von der Regierung requirierten Lastwagen zu fahren, waren viele Studenten. So erwies sich für die Reaktion ihr größter Coup als Bumerang. Da die Wahlen ins Haus standen, schien es nun an der Zeit, von der Taktik der PN auf die der PDC umzuschwenken. Die rechte Einheitsliste (ihr gehören PN, PDC und eine Abspaltung der Partido Radical an) präsentierte Eduardo Frei als ihren Spitzenkandidaten und leitete mit Presseschermützeln ihren Wahlkampf ein.

Auch die Linke, die den Märzwahlen schon seit Anfang 1971 eine entscheidende Funktion zuweist, war zunächst an einer Konsolidierung der Lage interessiert. Zur sicheren Abwicklung der Wahlen wurden drei populäre demokratische Militärs ins Kabinett berufen. Nicht zuletzt durch die Aktivierung der Massen und die neuen Basisorganisationen während der rechten Streiks ist die UP nun in die Lage versetzt, einen wirksamen Wahlkampf zu führen und das erklärte Ziel der Rechten: die Zweidrittelmehrheit in beiden parlamentarischen Kammern zu verhindern. Zwar wird das — in der Euphorie der Aprilwahlen 1971 formulierte — Ziel, die absolute Mehrheit im Kongreß zu erreichen, sich nicht realisieren lassen, jedoch rechnet die UP wieder mit Stimmengewinnen.

IV

Hatten sich bis zum Frühjahr 1972 die Schwierigkeiten der Allende-Regierung zugespitzt, so vermochte sie sich durch die Veröffentlichung der ITT-Dokumente [45]) durch den amerikanischen Publizisten Jack Anderson vor allem politisch zu konsolidieren. Nach der Veröffentlichung der Pentagon-Papers war dies in jüngster Zeit der zweite Skandal, wo dem „freien Amerika", dem „Hort der Demokratie", die Maske vom Gesicht gerissen und sein imperialistischer Charakter anhand von Dokumenten authentisch bloßgelegt wurde.

Die „International Telephone and Telegraph Corporation" gilt heute als einer der 10 größten Konzerne des kapitalistischen Teils der Welt. ITT hat über 400 000 Beschäftigte in 67 Ländern aller Kontinente, verfügt über Vermögenswerte von mehr als 6 Mrd. Dollar und beziffert den Jahresumsatz auf 23,6 Mrd. Dollar. Auch in Chile verfügte ITT über beträchtliche wirtschaftliche Positionen im Wert von mehreren 100 Mio. Dollar, u. a. 60 % des Aktienkapitals der chilenischen Telefongesellschaft [46]). Nach Andersons Dokumenten waren Manager und Beauftragte der ITT im Herbst 1970 im Komplott mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA, dem amerikanischen Botschafter in Santiago, Edward Korry, und chilenischen Rechtsextremisten um General Viaux aktiv an einem Umsturzplan in Chile beteiligt, der den Regierungsantritt des bereits gewählten Präsidenten Allende verhindern sollte. Die „Schützer der amerikanischen Interessen in Chile" (am 13. September 1970 meldete die der UP nahestehende Zeitung „Puro Chile" die Einreise von 85 CIA-Agenten) verfolgten nach dem 4. September 1970 (Wahl Allendes) drei Hauptziele:

1) Die Durchsetzung der „Alessandri-Formel". — 2) Die Sondierung einer militärischen Lösung. — 3) Die Ausarbeitung ökonomischer Sanktionen, falls der Regierungsantritt Allendes nicht zu verhindern sein sollte [47]).

Die „Alessandri-Formel" bedeutete, bei den Wahlen im Kongreß mit Hilfe der Christdemokraten, die dort zusammen mit der reaktionären Nationalpartei die Mehrheit besitzt, den Kandidaten der Nationalen, Alessandri, zum Präsidenten zu küren, der in den Septemberwahlen Allende knapp unterlegen war. Alessandri würde dann zurücktreten, binnen 60 Tagen würden Neuwahlen ausgeschrieben und einer erneuten Kandidatur Freis als gemeinsamer Kandidat der Rechten würde nichts mehr im Wege stehen [48]). Für Frei wäre es aller Wahrscheinlichkeit nach dann leicht gewesen, Allende zu besiegen. Mit diesem Plan versuchten die

45) In deutscher Übersetzung abgedruckt in: „horizont", 20—25/1072.
46) „horizont", 20/1972, S. 28.
47) Arno Münster, a. a. O., S. 28.
48) Zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden derselben Person im Präsidentenamt sind nach der chilenischen Verfassung nicht möglich; Alessandri hätte als Brücke für eine Kandidatur Freis gedient.

US-Strategen zunächst, „zu verhindern, daß Chile ein kommunistischer Staat wird", wie es aus einem Brief der ITT-Agenten H. Hendrix und R. Berrellez vom 17. September 1970 an ITT-Vizepräsident E. J. Gerrity hervorgeht. Weiter heißt es: „Am späten Abend des Dienstags (15. September) erhielt der Botschafter Edward Korry abschließend eine Nachricht des State Departement, in der im Namen von Präsident Nixon grünes Licht zum Handeln gegeben wurde. Die Botschaft gab ihm die Vollmacht, alles nur Mögliche zu unternehmen — ausgenommen eine Aktion vom Typ der Dominikanischen Republik —, um zu verhindern, daß Allende die Macht übernimmt ... Die Zeitungen von El Mercurio sind ein ... Schlüsselfaktor ... Sie sind die einzige offen antikommunistische Stimme, die Chile verbleibt ... Das kann zur Achillesferse für Allendes Leute werden" [49]). Aus einem anderen Brief an ITT-Präsident Gerrity geht hervor, daß der Konzern bereit war, diese Kampagne „wirtschaftlich mit Summen bis zu sieben Ziffern" zu unterstützen [50]). Daß sich die „Alessandri-Formel" dennoch nicht verwirklichen ließ, lag daran, daß der rechte Flügel der Christdemokraten um Frei die Parteilinke um Tomic nicht auf seine Seite ziehen und sie damit nicht von ihrer Unterstützung Allendes abhalten konnte. Gleichzeitig sondierten ITT, CIA und Korry bereits die Möglichkeiten einer militärischen Intervention der chilenischen Streitkräfte. Da der später durch Rechtsextremisten (nicht ohne Beteiligung des CIA und Viaux') ermordete Oberkommandierende der chilenischen Streitkräfte, René Schneider, strikt an der Loyalität gegenüber der Verfassung festhielt, operierten die Dunkelmänner aus den USA mit Ex-General Viaux, der ein sofortiges Eingreifen der Streitkräfte befürwortete [51]). Doch die Einschätzung der chilenischen Armee als zugleich staatsloyal und nationalbewußt sowie die Furcht vor dem Risiko einer Niederlage in einer imperialistischen Aktion wie etwa in der Schweinebucht 1962 hielten Washington davon ab, sich auf eine militärische Aggression einzulassen.

So blieb den USA nur noch übrig, die Regierung der Volkseinheit wirtschaftlichen Repressalien auszusetzen. Die Veröffentlichung der ITT-Dokumente löste in Chile einen Proteststurm aus. Der Sonderdruck, in dem die ITT-Korrespondenz veröffentlicht wurde, fand reißenden Absatz. Präsident Allende setzte eine Sonderkommission aus Mitgliedern der Regierung, Parlamentariern und Militärs ein, die die ITT-Machenschaften untersuchte. Am 18. April 1972 verkündete Allende auf einer gigantischen Demonstration vor knapp 1 Mio. Chilenen, die Ergebnisse der Kommission hätten klar bewiesen, daß ITT und der CIA für das Komplott gegen Chile verantwortlich seien. Die Regierung habe daher beschlossen, die ITT in Chile zu verstaatlichen. Selbst die Nationale Partei, die an diesem Anschlag ja auch mitbeteiligt war, konnte unter diesem Druck dem Verstaatlichungsgesetz für die chilenische ITT ihre Zustimmung nicht entziehen. Chile erlebte internationale Solidaritätsbeweise wie kaum zuvor, besonders in Lateinamerika.

Aber auch schon früher hatte der Sieg der Unidad Popular gerade in der Bevölkerung des lateinamerikanischen Kontinents emphatische Zustimmung erfahren. Als Salvador Allende 1971 die Länder Argentinien, Peru, Ekuador und Kolumbien besuchte, stand meist der begeisterte Empfang durch die Massen neben betretener Reaktion der Herrschenden, und in der Dezemberreise letzten Jahres schien Allendes Besuch in Mexiko geradezu als stimulus der in Korruption und Bürokratismus versunkenen mexikanischen Revolution zu wirken.

[49]) ITT-Dokument Nr. 2. In: „horizont", 21/1972, S. 28.
[50]) ITT-Dokument Nr. 1. In: „horizont", 20/1972, S. 29.
[51]) Vgl. Boris, Boris, Ehrhardt, a. a. O., S. 242 f.

Nicht zuletzt das chilenische Experiment hatte Mexikos Präsident Luis Echeverría Alvarez ermutigt, die enge wirtschaftliche Verknüpfung mit den benachbarten USA behutsam zu lösen [52]).

Die antiimperialistischen Strömungen Lateinamerikas haben sich in den letzten Jahren verstärkt institutionelle Geltung verschafft, wenn auch vorläufig wichtige Bastionen der USA in Brasilien, Argentinien und Bolivien erhalten blieben bzw. restauriert werden konnten. Salvador Allende und die chilenische Regierung der Volkseinheit sind mit dem prekären Experiment des Wegs zum Sozialismus durch bürgerlich-demokratische Wahlen und strikte Einhaltung der Legalität zu einem Schlüsselfaktor der unterdrückten Völker nicht allein in Amerika geworden. So wenig der chilenische Weg Modellcharakter annehmen kann, so entlarvt er doch am radikalsten die Widersprüche vom demokratischen Gebaren in der sogenannten „freien Welt" und ihrem aggressiven, imperialistischen Charakter. Gerade deswegen fiel Allende die Aufgabe zu, am 4. Dezember letzten Jahres als Anwalt der unterdrückten Völker vor den Vereinten Nationen zu sprechen. Seine leidenschaftliche Anklage gegen die multinationalen Konzerne und für das Recht der unterentwickelten Völker auf ihre natürlichen Reichtümer wurde von den Delegierten mit Ovationen aufgenommen. Allende nannte Chile ein „stummes Vietnam" und brachte damit das Prinzip des Imperialismus auf den Begriff.

Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen

Von Ulrich Daniels

I

Im Herbst 1960 gab die Verwaltung der Bertelsmann-Verlagsgruppe aus Anlaß des 125jährigen Firmenjubiläums eine Broschüre heraus [1]), in welcher die Unternehmensgeschichte ab 1835 geschildert und ein Überblick über Arbeit und Organisation der Bertelsmann-Verlagsgruppe gegeben wurde. Bereits 1960 bestand das Unternehmen aus „zahlreichen selbständig arbeitenden Firmen mit festumrissenen Aufgabengebieten" [2]), von denen als wichtigste der 1959 neu gegründete Bertelsmann-Lesering, der 1959 gegründete Sigbert Mohn Verlag, das Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn sowie der C. Bertelsmann Verlag zu nennen sind [3]). Alle Firmen unterstanden, obwohl formal selbständig, einer gemeinsamen Verwaltung, die vom Eigentümer des Konzerns, Reinhard Mohn, und seinem

1) 125 Jahre Bertelsmann. Erschienen zum einhundertfünfundzwanzigsten Jubiläum des Hauses Bertelsmann. Gütersloh 1960.
2) Ebd., S. 9.
3) Eine ausführliche vertikale Gliederung der Bertelsmann-Gruppe findet sich ebd., S. 8 f.: Neben den bereits aufgeführten Verlagen, zu denen durch Kauf noch der Verlag Marion von Schröder und der Rütten & Loening Verlag hinzuerworben wurden, betrieb Bertelsmann noch die Ariola GmbH sowie mit dem Leseauch einen Schallplattenring. Bertelsmann verfügte bereits damals über eigene Druckereien und Schallplattenpresse, Mohn & Co. GmbH und Sonopress GmbH sowie über das Kommissionshaus Buch und Ton.
52) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 51/1972, 11. 12. 1972.

Generalbevollmächtigten, Dr. Köhnlechner, geleitet wurde. Diese Institution hatte neben Verwaltungsfunktionen vor allem Koordinations- und Planungsfunktionen, um eine Überschneidung der einzelnen Verlagsproduktionen zu vermeiden.

Wenn es die Situation im Jahr 1960 auch noch nicht erlaubt, von einer umfassenden Konzentration im Bereich der Bertelsmann-Gruppe zu sprechen, so zeigt doch der Vergleich zur damaligen Konzentrationsentwicklung im westdeutschen Verlagswesen, daß sich schon eine Vormacht- und Führungsposition der Bertelsmann-Gruppe herausgebildet hatte. Sowohl vom Unternehmensumfang wie vom Umsatz her hatte sich Bertelsmann einen entscheidenden Vorsprung verschaffen können, denn die „Konzentrationsbewegung im bundesdeutschen Buchverlagswesen begann [erst] in der ersten Hälfte der 60er Jahre" [4]), zu einem Zeitpunkt also, als Bertelsmann die erste Konzentrationsetappe bereits hinter sich hatte. In den 50er Jahren hatte es allenfalls Formen der Zusammenarbeit von Verlagen an bestimmten Projekten gegeben, so etwa „Bücher der Neunzehn", „das moderne sachbuch" oder die Gründung des Deutschen Taschenbuch Verlags [5]). In den 60er Jahren sind dann neben Bertelsmann die ersten Konzentrations- bzw. Fusionsbewegungen zu registrieren, es werden u. a. folgende Verlage zusammengelegt oder aufgekauft: Herbig und Langen-Müller, Ehrenwirth und Schneekluth, Suhrkamp und Insel, Econ und Claassen, Goverts und Steingrüben, Nannen und Christian Wegner [6]).

Bertelsmann war zu diesem Zeitpunkt über dieses Stadium der Fusion bzw. Zusammenlegung von Verlagen zum Zweck der Rationalisierung bereits hinaus. Nach der Neugliederung des Hauses Bertelsmann im Jahre 1959, die eine klare Arbeitsteilung der vorhandenen Firmen und damit die Grundlage für die Intensivierung der Produktion und zukünftige Expansion gebracht hatte [7]), begann der Aufstieg des „größten europäischen Konzerns für Unterhaltungsmedien" [8]). Von 1960 bis 1965 verdoppelten sich die Konzerneinnahmen und stiegen allein im Jahr 1965 um 24,6 %; die Zahl der Beschäftigten stieg von ca. 5000 (1960) auf über 8000 (1965). Diese Entwicklung ist „nicht zuletzt durch das immer stärker werdende Engagement in der Filmbranche" [9]) zustandegekommen, zu welchem der 1956 in die Firma C. Bertelsmann eingetretene Dr. Köhnlechner „den Konzerninhaber ermuntert" [10]) hatte. Im Jahr 1966 gehörten zu Bertelsmann (z. T. durch Mehrheitsbeteiligungen): Universum Film GmbH, Constantin Filmverleih GmbH, Pallas Filmverleih GmbH, der Münchner Nora-Film sowie 60 namhafte Uraufführungskinos. „Damit hat der Gütersloher Gigant den größten Teil der namhaften westdeutschen Filmunternehmungen unter seinem Konzerndach vereinigt" [11]), so beurteilte damals der „Spiegel" die Situation.

Der Bertelsmann-Konzern hatte sich hier die Krise einer ganzen Branche zunutze gemacht und hatte mit relativ geringem Kapitaleinsatz große Unternehmen aufkaufen können, die dann anschließend innerhalb des Konzerns verwaltungsmäßig zusammengelegt, rationalisiert und wieder rentabel gemacht wurden.

---

4) Heinz Brüdigam, Verlagskonzentration und Literaturproduzenten. In: „Blätter", Heft 12/1969, S. 1335—1342, hier S. 1338.
5) DTV ist Ende der 50er Jahre von elf deutschen Verlagen gegründet worden.
6) Vgl. Brüdigam, Verlagskonzentration, a. a. O., S. 1338.
7) Zur Neugliederung vgl. 125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 15.
8) „Der Spiegel", Nr. 17/1966, S. 72.
9) Ebd.
10) Ebd.
11) Ebd.

Der Kreditbedarf für diese expansive Konzernstrategie wurde gedeckt durch eine „raffinierte Selbstfinanzierung: Die [. . .] Belegschaft wurde buchmäßig am Gewinn beteiligt. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger trat aber seinen Anteil zum geringen Zins von zwei Prozent an die Firma ab. Auf diese Weise konnte Mohn in knapp fünf Jahren etwa 9,5 Mio. Mark, die er sonst dem Finanzamt hätte zahlen müssen, im Betrieb zurückhalten" [12]).

Zudem wurde der gesamte Konzern nach den vorteilhaftesten Steuergesichtspunkten umstrukturiert. Das verschachtelte Firmengebäude wurde mehrmals umkonstruiert und es wurden „immer neue Tricks ersonnen, die Mohn viele Millionen Mark sparen halfen" [13]).

Durch die Gründung einer spanischen Tochtergesellschaft, die Circulo de Lectores in Barcelona, war das Haus Bertelsmann mit seinen Buch- und Phonogemeinschaften (1966 insgesamt 3 Millionen Mitglieder) Mitte der 60er Jahre auch auf dem internationalen Buch- und Schallplattenmarkt vertreten. Im Jahre 1966 verließen bereits täglich über 100 000 Bände — meist Bestseller-Neuauflagen — die Graphischen Betriebe Mohn & Co. in Gütersloh.

1967 bestand die Bertelsmann-Gruppe aus rund 50 Tochterfirmen mit 9800 Beschäftigten, die einen Jahresumsatz von 600 Mio. DM erwirtschafteten. 1968 war der Bertelsmann-Lesering mit über 3,5 Millionen Mitgliedern der „größte Buchklub der Welt" [14]). Jedoch war die Freude über diesen Aufstieg nicht ungetrübt: „Der literarische Ruf des Verlagskonzerns blieb hinter seinem wirtschaftlichen Aufstieg zurück. Und im Sortimentsbuchhandel stieß Bertelsmann immer wieder auf Animosität, die aus der Gründerzeit des ‚Leserings' herrührte: viele Buchhändler konnten den Güterslohern nicht vergessen, mit welchen hemdsärmeligen Methoden der Buchklub ins Geschäft eingebrochen war" [15]).

Der Versuch, die Widerstände gegen den Namen Bertelsmann ab 1959 durch Gründung und Angliederung der Verlage S. Mohn, Rütten & Loening und Marion v. Schröder zu unterlaufen, schlug fehl. Zudem kam es, „wie das Haus Bertelsmann jetzt erklärt, zu unrationellen ‚Überschneidungen in den Programmen' der selbständig arbeitenden Tochter-Verlage, und ‚im Vertrieb, in der Werbung und in der Herstellung entstanden unnötige Mehrbelastungen' " [16]). So kam es im Januar 1968 zu einer weiteren „Neuordnung": Die Verlagsnamen S. Mohn und Marion v. Schröder wurden getilgt, Rütten & Loening wurde an den Scherz-Verlag verkauft. Alle Firmen der Bertelsmann-Verlagsgruppe sollten sich künftig noch stärker thematisch spezialisieren und trugen ab sofort den Namen „Bertelsmann": C. Bertelsmann Verlag, Bertelsmann Jugendbuch Verlag, Bertelsmann Kunstverlag, Berstelsmann Sachbuch Verlag, Bertelsmann Lexikon Verlag, Bertelsmann Ratgeber Verlag und Bertelsmann Fachverlag. Die Rationalisierung wurde noch perfekter: Vertrieb, Werbung und Herstellung wurden in eigenen Konzernabteilungen zusammengefaßt.

So konsolidiert, konnte der Bertelsmann-Konzern eine weitere Etappe der Konzentration in Angriff nehmen: Nach dem Einstieg ins Filmgeschäft erfolgte der

---

12) Ebd., S. 73.
13) Ebd. Unter dem Stichwort „Eigentum verpflichtet" findet sich in der Grundsatzordnung für das Haus Bertelsmann vom 1. 9. 1960 folgender Satz: „Der Eigentümer des Kapitals muß sich seiner sozialen Verpflichtung bewußt sein und im Sinne des Unternehmens handeln" (125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 6).
14) „Der Spiegel", Nr. 9/1968, S. 114. In diesem Jahr wurde auch die Bertelsmann-Hühnerfarm gegründet: „In Süddeutschland legen 500 000 Hennen für Bertelsmann" (ebd.).
15) Ebd. Nach verlagseigener Aussage galt es damals, „mit anderen Verkaufsmethoden nach neuen Absatzwegen zu suchen, um dem guten Buch einen neuen Leserkreis zu erschließen. Das war unorthodox gedacht, erwies sich aber als richtig: [. . .] unter Einsatz aller werblichen Mittel Bedarfsweckung zu betreiben." (125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 15) 1968 veröffentlichte der „Spiegel" die nüchterne Aussage eines „Bertels-Manns": „Das waren tatsächlich unschöne Sachen damals" („Der Spiegel", Nr. 9/1968, S. 114).
16) Ebd.

Einbruch in den Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt. Nach dem relativ unbeachteten Erwerb eines Viertels der Anteile vom Zeitschriftenverlag Gruner & Jahr [17]) im Jahr 1969 für 80 Mio. DM hatte der Riese aus Gütersloh in Geheimverhandlungen mit der Springer AG [18]) den Erwerb eines Aktien-Drittels zum Kaufpreis von 300 Mio. DM vereinbart. Diese bislang größte Verlagstransaktion, die treffend als „Hochzeit zweier Elephanten" bezeichnet wurde [19]), wurde durch verschiedene Indiskretionen der Öffentlichkeit bekannt und rief lautstarken Protest hervor [20]). Ein Alptraum schien Wirklichkeit zu werden: Die Totalverflechtung zwischen Springer, Bertelsmann und Gruner & Jahr, ein „Superding" [21]), das ein Konglomerat darstellt „aus Springers Massenblättern, Gruners Illustrierten, Bertelsmanns Buch- und Schallplattenringen, aus Filmtheatern und Fernsehproduktionen, aus Großdruckereien in Ahrensburg, Itzehoe und Gütersloh, aus Plattenpressen, Reisebüros und einer Hühnerfarm" [22]).

Schon im Herbst des davorliegenden Jahres hatte Klaus Wagenbach die Gefahren derartiger Verflechtung heraufbeschworen: „Das Ende [...] wird dann so aussehen: Den kleinen und mittleren Verlagen, zu Buchgemeinschaftslieferanten degeneriert, wird die Publikation risikoreicher Titel abgewöhnt. Dem Leser werden in den Spalten der konzerneigenen Zeitungen nur Bücher der konzerneigenen Verlage vorgestellt. Der Buchhändler, der sich weigert, seinen Beruf zu verraten, wird von Buchladenketten niederkonkurriert. Es eröffnet sich die freundliche Perspektive eines Staatsverlages für alles Progressive, Experimentelle und wissenschaftlich Neue" [23]).

Am Dienstag, dem 3. März 1970, wurde zunächst der Betrag von 300 Mio. DM dem Konto Axel C. Springers gutgeschrieben [24]). Zwischen Bertelsmann und Springer wurde des weiteren vereinbart, daß sich die Anteile des Bertelsmann-Konzerns an der Springer AG in den kommenden Jahren bis auf 74 % erhöhen würden.

Der neue Großverband kennzeichnete den Zustand der Marktwirtschaft im Mediengeschäft: Künftig würde, wenn Springer etwa Schadenersatz vom „Stern" erstreiten würde, Bertelsmann zugleich Geber und Empfänger der Schmerzensgelder sein. Der „freie Wettbewerb" hätte bei einer irreversiblen Verflechtung zwischen den drei Konzernen nahezu ein Ende gefunden. In politischen Kommentaren zu diesem Geschehen wurde intensiv die Gefahr einer „totalen" Manipulierung beschrieben, es wurde deutlich gemacht, in welchem Ausmaß die Informationskonzerne mit dem Ziel des Medien-Verbunds Einfluß auf die Gesellschaft nehmen würden. Von der Regierung wurden wiederholt und energisch gesetzgeberische Maßnahmen zur zukünftigen Kontrolle der Informationsfabriken gefordert [25]).

Jedoch zerschlug sich das Geschäft, da Bertelsmann-Manager Köhnlechner Geschäftsfreunden und Politikern gegenüber zu leichtfertig von seinen Zielen im

---

17) Gruner & Jahr besaß damals: „stern", „Brigitte", „Jasmin", „Schöner Wohnen", „Capital", „Eltern", „Twen" und „Gong".
18) Die Springer AG gab damals unter anderem heraus: „Bild", „BamS", „Die Welt", „WamS", „Hamburger Abendblatt", „BZ", „Berliner Morgenpost" und „Hör Zu".
19) „Der Spiegel", Nr. 10/1970, S. 91.
20) Vor allem der „Spiegel" und der „stern" brachten große Enthüllungsberichte („Spiegel": „Die totale Information"; „stern": „Ausverkauf bei Springer").
21) „Der Spiegel", Nr. 10/1970, S. 92.
22) Ebd.
23) Klaus Wagenbach, Perspektive: Staatsverlag. In: „Frankfurter Rundschau", Nr. 226 v. 30. 9. 1969.
24) Nach Abschluß des Geschäfts zog sich Springer in seine Berghütte zurück und äußerte telefonisch dem „Spiegel" gegenüber: „Ich möchte nun meine Ruhe haben, ich habe sie verdient" („Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 99). Springers Ruhe hat ihren Preis: 25 000 Jahre lang hätte einer seiner „Bild"-Leser mit einem Monatseinkommen von 1000 DM arbeiten müssen, um den Kaufpreis für ein Drittel des Springer-Imperiums zu verdienen, es sei denn, er hätte 600mal sechs Richtige im Lotto getippt.
25) Vgl. etwa Günter Gaus, Bonn und Bertelsmann. In: „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 100.

Hinblick auf den Springer-Konzern erzählt hatte: Er hatte geplant, „im Hause Springer — wenn er erst an der Macht sei — kräftig aufzuräumen." Vor allem wollte Köhnlechner die Springer-Blätter von ihrem Rechtskurs abbringen, eine Absicht, mit der er sich das Wohlwollen der SPD/FDP-Regierung für seine Konzentrationspläne errungen hatte [26]).

Daraufhin erzwang Springer die Rückgabe seines bereits abgetretenen Anteils vom Bertelsmann-Konzern. Das Scheitern dieses „Superdings" war unter anderem ein Grund für Köhnlechners Entlassung im März 1971, die er allerdings dank einer „stattlichen Abfindung" [27]) leicht verschmerzen konnte.

Für einige Zeit scheint die Gefahr einer Superverflechtung gebannt, obwohl nach dem Ausscheiden Köhnlechners die Möglichkeit neuer Geheimverhandlungen zwischen Springer und Bertelsmann — mit anderen Vorzeichen — nicht auszuschließen ist.

II

Die Verhandlungen zwischen Bertelsmann und Springer hatten den zweifellos nicht beabsichtigten Nebeneffekt, daß die Öffentlichkeit auf Aktivitäten im Bereich eines neuen Mediums aufmerksam wurde: die aus Anlaß der Gespräche zwischen beiden Konzernen neu erarbeiteten Analysen der Unternehmen und ihrer Tochterfirmen legten dar, inwieweit die Vorbereitungen für den Markt des Kassettenfernsehens fortgeschritten waren. Bereits 1960 existierte im Haus Bertelsmann eine eigene Fernsehproduktion, denn schon damals hatte man erkannt, daß „dieses Medium der optisch-akustischen Vermittlung in Zukunft die bisher bekannten Formen der Publizistik an Reichweite und Intensität übertreffen wird" [28]).

Der Bertelsmann-Konzern wandte sich schon früh „in sinnvoller Ergänzung seiner verlegerischen Zielsetzung" [29]) dem Fernsehen zu [30]). Bekanntermaßen versuchte auch Springer mehrmals, ins Fernsehgeschäft einzusteigen [31]).

Die 60er Jahre dienten vor allem der Forschung und Entwicklung des Kassettenfernsehens: es wurden jedoch verschiedene Kassetten-Verfahren entwickelt, von denen auch heute noch nicht gesagt werden kann, welche Technik sich durchsetzen wird [32]). Noch 1970 sagte Bertelsmann-Manager Köhnlechner: „Wir prüfen zur Zeit die Möglichkeiten der Kassette, aber ich kann jetzt schon sagen; Das gibt erst mal magere Jahre, wer hier glaubt, schnell Geld verdienen zu können, liegt sicherlich falsch" [33]).

Obwohl diese Perspektive vor allem zur Beruhigung der Fernsehbranche geäußert wurde, waren die Fachleute aufgeschreckt worden durch die immensen Möglichkeiten des neuen Mediums in bezug auf Manipulations- und Profitchancen. „Krimi-Serien, exklusiv in Kassetten gespeichert, werden ebenso ihre Abnehmer finden wie Schlager- und Opernshows in Starbesetzung: Schallplatten in bewegten Bildern. Kochkurse auf der Spule wären ebenso marktfähig

26) Nach „Der Spiegel", Nr. 15/1971, S. 76.
27) Ebd.
28) 125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 52.
29) Ebd.
30) Dies wurde natürlich durch Zusammenarbeit mit den später erworbenen Filmfabriken entscheidend intensiviert.
31) Springer entwickelte vor allem Initiativen zur Gründung von privaten Fernsehstationen nach US-Muster.
32) Vgl. die Übersicht über die technischen Systeme in: Massenkommunikationsforschung. 1: Produktion. Hrsg. v. Dieter Prokop, Frankfurt a. M. 1972.
33) „Spiegel"-Interview mit dem Bertelsmann-Generalbevollmächtigten Dr. Manfred Köhnlechner. In: „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 109.

wie Unterweisung in Schwangerschaftsgymnastik oder Blumenpflege; Ballett-Freunde könnten ‚Schwanensee' fürs Heimkino konserviert kaufen oder mit einem ‚Video-Recorder' aufzeichnen und wieder und wieder in das Abspielgerät schieben. Endlich hätten auch Pornofreunde, befreit von der Prüderie der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, Freude an ihrem Bildschirm. Daß die Kassette nicht nur den traditionellen Lehrfilm verdränge, sondern vermutlich in Großauflage auf breiter Front für die verschiedensten Interessenten Bildung übermitteln werde, prophezeien die Experten einhellig: ärztliche Fortbildung und Kurse für Programmierer, Physik-Nachhilfe für den Vierzehnjährigen und Lesespiele für das Vorschulalter, Volkshochschule in bewegten Bildern und wirtschaftswissenschaftliche Repetitorien für Examens-Kandidaten. Folgerichtig räumte Professor Hoimar von Ditfurt, vom ZDF beauftragt, ein bundesweites Universitäts-Fernsehen vorzubereiten, [...] ein, daß diese Art Fernstudium wohl doch nicht den etablierten Fernsehanstalten überlassen bleiben werde: ‚Die Kassette bietet Bildungsprogramme optimal.' "[34]).

Der perfekte Vertriebsapparat und die Finanzkraft machten es dem Bertelsmann-Konzern möglich, auf diesem neuen Markt seine zukünftigen Anteile zu sichern: Mit der Gründung der Videophon-Gesellschaft für audiovisuelle Kommunikationsmittel mbH, die anteilig zum Bertelsmann-Konzern (40 %) und dem Verlagshaus Gruner & Jahr (60 %) gehört, war der Anfang gemacht. Gleichzeitig verhandelten die Elektro-Konzerne Philips und Grundig mit dem japanischen Konzern Sony über eine weltweite Norm für TV-Recorder und Kassetten. „Die Stuttgarter Robert Bosch GmbH besorgte sich von der Londoner EVR-Partnership die Lizenz für die Herstellung von Abspielgeräten nach dem Verfahren des Columbia Broadcasting Systems (CBS). Überdies schloß Bosch, mit 25 % an der Wiesbadener ‚Videothek Programm GmbH' beteiligt, mit dem Stuttgarter Schulbuchverlag Klett eine ‚System-Gemeinschaft', um ‚eine moderne technische Entwicklung für neue Methoden der Pädagogik nutzbar zu machen' " [35]).

Eine Verbindung von Springer und Bertelsmann hinüber zu Philips und Siemens war ebenfalls im Gespräch, und zwar auf dem Umweg über die Atelier-Gesellschaft „Studio Hamburg", an der sich beide Konzerne beteiligen wollten. „Studio Hamburg" hängt mit der Fernsehproduktionsgesellschaft „Polyphon" zusammen, die ihrerseits zur Hälfte der „Deutschen Grammophon GmbH" gehört, einer gemeinsamen Tochter von Philips und Siemens.

Wenn die Kassette das Geschäft wird, das Fachleute für die zweite Hälfte der 70er Jahre prophezeien, dann hat wiederum Bertelsmann die Nase vorn, und dies aufgrund seiner Kundenkartei, worin die Adressen der potentiellen Abnehmer bereits elektronisch gespeichert sind. Die „Lesering"-Illustrierte schafft mit der Auflage von 4 Millionen die Möglichkeit, ohne zusätzliche Kosten schlagkräftig Abonnentenwerbung zu betreiben. Der Bertelsmann-Konzern verfügt als einziger über den entsprechenden Vertriebsapparat, „der teurer ist als Herstellung und Verwaltung und für den Erfolg eines Produkts entscheidender ist als Qualität und Preis" [36]). Derzeit ist jedoch noch kein lohnender Absatzmarkt für allgemeine Kassettenprogramme vorhanden. Man wendet sich zunächst einzelnen Zielgruppen zu: sowohl Springer als auch Bertelsmann konzentrieren sich auf die ideale Zielgruppe Ärzte [37]). Springer vertreibt über seine konzerneigene

[34]) „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 108.
[35]) Ebd.
[36]) Ebd., S. 110.
[37]) Ideal deshalb, weil Ärzte nicht nur über das notwendige Geld zur Anschaffung der zunächst noch teuren Kassetten-Abspielgeräte verfügen (ca. 2000,— DM), sondern sich aufgrund ihres hohen Sozialprestiges und ihres kontaktreichen Berufes besonders zur Propagierung des neuen Mediums eignen.

mediocolloc GmbH ein Programm für Ärzte, die Ufa-Werbefilm von Bertelsmann bereitet gleichfalls ein Kassettenprogramm für Ärzte vor, das der Fortbildung wie auch der Unterhaltung (der Patienten) dienen soll [38]).

Die Videophon GmbH arbeitet mit der SDS (Schöningh, Diesterweg, Schroedel)-Verlagsunion zusammen. Alle drei Verlage sind vorwiegend im Bereich der Schulbuchproduktion tätig. Zu Bertelsmann gehört weiterhin das Institut für Lernsysteme GmbH, das ebenfalls Bildungs-Kassetten herstellen will. Im internationalen Rahmen ist Bertelsmann an der International Publisher's Audiovisual Association (IPA) zusammen mit fünf weiteren Großverlagen beteiligt. Ziel dieser Vereinigung ist die Organisation eines internationalen gemeinsamen Produktions- und Vertriebsnetzes für TV-Kassetten [39]).

In Deutschland gibt es eine erste Verlagsgesellschaft für den Medienverbund, die TR (Television-Radio)-Verlagsunion GmbH, an der Bertelsmann neben 20 anderen Verlagen beteiligt ist. Ihr gehören auch öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaften an: der Bayrische Rundfunk und der Südwestfunk. Weiterhin sind dieser Gesellschaft angeschlossen „über 100 ‚Recorder-Stationen', Buchhandlungen, in denen vorerst Sprachkassetten angeboten werden, später dann Videokassetten (Bildungs- und Unterhaltungsprogramme) zu kaufen und zu mieten sein werden" [40]).

Die Bedeutung der TV-Kassette ist in den Fernsehanstalten lange Zeit nicht wahrgenommen worden. Erst in letzter Zeit kommt man zu einer realistischen Einschätzung des neuen Mediums: „Die Herausforderung ist — ob partielle Konkurrenz, ob mögliche Kooperation — für das Fernsehen öffentlich-rechtlicher Natur letztlich total" [41]). Dem Fernsehen wird auf lange Sicht nichts anderes übrigbleiben, als eigene Kassetten zu produzieren, zum Teil in Zusammenarbeit mit den Konzernen [42]).

Auch die Filmbranche steht vor dem Problem der TV-Kassetten, das eine zweite große Krise hervorrufen könnte, und führende Gesellschaften — etwa Metro Goldwyn Mayer, 20th Century Fox und Columbia — suchen der kommenden Krise durch aktive Teilnahme am Kassettengeschäft zu entgehen [43]).

Es bleibt festzustellen, daß langfristig sowohl das Fernsehen als auch der Film ihre „Monopole der audiovisuellen Versorgung der Bevölkerung" [44]) verlieren werden und daß gleichzeitig die Konzerne — mit Bertelsmann an der Spitze — durch den Besitz des neuen Mediums ihre wirtschaftliche und damit politische Macht entscheidend vergrößern werden [45]).

III

Im April 1970 erwarb der Bertelsmann-Konzern einen 50 %-Kommanditanteil an der Deutschen Buchgemeinschaft (etwa 500 000 Mitglieder) für einen Preis von

38) Vgl. Ludwig Metzger, Ein neues Medium — im Griff der Konzerne. Zum Stand des Kassettenfernsehens. In: Massenkommunikationsforschung 1, a. a. O., S. 179—186, bes. S. 180 f.
39) Bertels-Mann Köhnlechner sagt hierzu: „Wir können doch solche Zusammenschlüsse nicht mehr nach den engstirnigen nationalen Kategorien der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts beurteilen" („Spiegel"-Interview, in: „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 109).
40) L. Metzger, a. a. O., S. 181.
41) Fernsehen in den 70er Jahren. „Schriftenreihe des ZDF", Heft 9, S. 7.
42) Vgl. hierzu L. Metzger, a. a. O., S. 182 ff., und Alexander Kluge/Eberhard Schmitt, Der Mediendschungel. In: Juso 1/2, 1971.
43) Man plant dort, sowohl alte Archivfilme als auch neue Informations- und Unterhaltungsprogramme als Kassetten zu vertreiben.
44) L. Metzger, a. a. O., S. 185.
45) Jedoch ist dieser Prozeß nicht unabänderlich, die Allmacht der Monopole und die Verlagerung der Entscheidungs- und Machtpositionen auf immer weniger Personen ist keineswegs eine zwangsläufige Entwicklung dieser Gesellschaft. Vgl. unten Kap. IV.

etwa 20 Mio DM [46]), was die unumstrittene Führungsposition der Gütersloher auf dem Sektor der Buchgemeinschaften noch weiter festigte [47]).

Das Jahr 1971 brachte einen erneuten „Neuordnungsprozeß": der Bertelsmann-Konzern wurde am 1. Juli in eine AG umgewandelt. Der Jahresumsatz 1971 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um weitere 6,3 % auf 757 Mio. DM. Diese für Bertelsmann vergleichsweise geringe Steigerungsrate ist die Folge des Verkaufs der Anteile an der Constantin Film GmbH. Ebenso wurde 1971 die UFA-Theater AG abgestoßen, nachdem ein Umsatzrückgang um 7,6 % auf 22,7 Mio. DM eingetreten war [48]).

Legt man zur Berechnung der Konzernexpansion das am 30. Juni 1972 abgelaufene erste Geschäftsjahr der Bertelsmann AG zugrunde, so ergeben sich folgende Zahlen [48a])

Der Gesamtumsatz überschritt erstmals die 800-Millionen-Grenze (801,7 Mio. DM), was gegenüber dem Vergleichszeitraum 1970/1971 eine Steigerung von 9 % ausmacht. Den Hauptanteil daran hatten die Buch- und Schallplattengemeinschaften (432,3 Mio. DM), den kleinsten Anteil hatten die Verlage (85,5 Mio. DM). Damit liegt die durchschnittliche Wachstumsrate nach konzerneigener Auskunft seit 1962 bei 16,2 %, eine sogenannte „kontinuierliche Expansion".

Es ist kennzeichnend für eine Konzernpolitik wie die Bertelsmanns, daß weniger rentable Bereiche, auch ganze Produktionszweige sofort abgestoßen werden, wenn keine Profite mehr zu erwarten sind.

Buchmarkt, eine Fachzeitschrift für den Buchhandel, schätzt die Lage folgendermaßen ein: „Nach einer Phase größerer Investitionen in den Jahren 1969/1970 war das Jahr 1971 [für den Bertelsmann-Konzern] gekennzeichnet durch die Konsolidierung in den angestammten Bereichen der Buch- und Schallplattenproduktion" [49]).

Jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese relativ ruhige Phase bald von einer neuen expansiven Phase abgelöst wird, denn die durch den Abstoß unrentabler Produktionsbereiche hereingekommenen Gelder können nicht ausschließlich in die verbliebenen Unternehmensbereiche investiert werden. Um eine Vorstellung von der augenblicklichen Größe des Bertelsmann-Konzerns zu vermitteln, sei hier abschließend der letzte Stand der Bertelsmann-Erwerbungen und -Beteiligungen wiedergegeben, wie er sich zu Mitte des Jahres 1972 darstellt [50]). Man wird die Größe des Bertelsmann-Imperiums vor dem Hintergrund des folgenden Satzes aus der Grundsatzordnung für das Haus Bertelsmann sehen müssen, der erst dann seinen richtigen Sinn erhält: „Das Privateigentum am Kapital ist in unserer Wirtschaftsordnung das beste uns bekannte Ordnungselement" (125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 6).

---

46) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 18/1970, S. 241. Es hatte sich gezeigt, daß im Bereich der Buchklubs die Expansionsmöglichkeiten weitgehend erschöpft waren. Die Durchschnittskosten für die Anwerbung neuer Mitglieder stiegen in nicht mehr rentable Höhen. Was Bertelsmann aber kaufen kann, braucht nicht mehr geworben zu werden. „Und bei Buchgemeinschaften sind die Mitglieder das Wichtigste — nicht die Bücher —, sie wird man schon dazu bringen, daß sie das kaufen, was der Konzern produziert" (H. Brüdigam, Verlagskonzentration, a. a. O., S. 1335).

47) Der Bertelsmann-Lesering hatte 1970 über 3,5 Millionen Mitglieder. Als nächstgroße Buchgemeinschaft folgt der Deutsche Bücherbund (1,2 Millionen Mitglieder), der sich im Besitz der Holtzbrinck-Gruppe befindet. Bertelsmann und Holtzbrinck haben gemeinsam 80 % der deutschen Buchgemeinschaften unter Kontrolle. Vgl. hierzu auch: Buchgemeinschaften in Deutschland. Berichte des Instituts für Buchmarktforschung. Bd. 37/38/39. Hamburg 1967. (Der Verlag für Buchmarktforschung ist im Besitz des Bertelsmann-Konzerns.) Zur Holtzbrinck-Gruppe siehe insbesondere: H. Brüdigam, Verlagskonzentration, a. a. O.; „Der Spiegel", Nr. 18/1970, S. 241 und Nr. 12/1968, S. 174 sowie Massenkommunikationsforschung 1, a. a. O., S. 91.

48) Angaben nach „Buchmarkt", Nr. 2/1972, S. 107.

48a) Angaben nach „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" — Frankfurter Ausgabe — Nr. 69, v. 29. 8. 1972, S. 2027.

49) Ebd.

50) Angaben nach: Helmut H. Diederichs, Medienkonzentration in der BRD. Konzept und empirischer Überblick. In: Massenkommunikationsforschung 1, a. a. O., S. 73—92, bes. S. 87 ff., „Buchmarkt", Nr. 2/1972, S. 107 f., und „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" — Frankfurter Ausgabe — Nr. 69, v. 29. 8. 1972, S. 2027.

Struktur und Verflechtung der Bertelsmann AG, Gütersloh

Aktionäre: 20 % Reinhard Mohn GmbH (Reinhard Mohn und Johannes Mohn GmbH), 80 % Johannes Mohn GmbH (Johannes Mohn).

Umsatz: 1969 630 Mio. DM — 1970 712 Mio. DM — 1971 757 Mio. DM — 1. Juli 1971—30. Juni 1972 801,7 Mio. DM.

Beschäftigte: ca. 13 000.

Verflechtung: 25%-Beteiligung an Druck- und Verlagshaus Gruner & Jahr [50a]) — 30%-Beteiligung an Verlag Th. Gabler, Wiesbaden — 50%-Beteiligung an Fachmedia-Verlag — 50%-Beteiligung an Buchgemeinschaft Donauland, Wien — 50%-Beteiligung an Deutsche Buchgemeinschaft — 40%-Beteiligung an Videophon GmbH & Co. KG — Beteiligung an TR-Verlagsunion, München — Beteiligung an IPA (Int. Publisher's Adiovis. Ass.).

Verlage: C. Bertelsmann Verlag — Bertelsmann Jugendbuchverlag — Bertelsmann Ratgeberverlag — Bertelsmann Sachbuchverlag — Bertelsmann Kunstverlag — Bertelsmann Fachverlag — Heinrich Vogel Verlag, München — Bertelsmann Schulbuchverlag — Bertelsmann Universitätsverlag — Kartographisches Institut Bertelsmann — Landkartenverlag Schaffmann & Kluge, Berlin — Reise- und Verkehrsverlag, Stuttgart — Institut für Informations- und Lernsysteme, Darmstadt — Verlag für Buchmarktforschung, Hamburg — Verlag Buch und Wissen — Centralbuchversand — Verlag Kremayr und Scheriau, Wien — Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn.

Buch- und Schallplattenklubs: Bertelsmann Reinhard Mohn ohG — P. P. Kelen Verlagsges. mbH — Europäischer Buch- und Phonoklub — Europäische Bildungsgemeinschaft — Christlicher Bildungskreis — Europaring der Buch- und Schallplattenfreunde, Bern — Circulo de Lectores, Barcelona — Circulo Internacional, Barcelona — Europaklub voor boeken en grammofoonplaten, Niederlande — France Loisir, Frankreich.

Schallplattenproduktion: Ariola-Eurodisc GmbH (Tochtergesellschaften in Benelux und Spanien) — Melodia Musikverlag — Ufa-Musikverlage — Sonopress.

Filmbranche: Universum-Film GmbH mit Ufa-Fernsehproduktionen — Ufa-Werbefilm — Ufa-International.

Druckereien: Mohndruck, Gütersloh — Printer, Barcelona — Druckerei Wiener Verlag — Instituto Italiano d'Arti Grafiche S.p.A., Bergamo.

Dienstleistungen: Kommissionshaus Buch & Ton — Vereinigte Verlagsauslieferung GmbH — Verlagsgemeinschaft Rheda — Marketing-Service — Industrie-Service — Adressen-Zentrale.

Sonstige Beteiligungen: Utag-Trocknungsanlage — Interlogic-Gesellschaft für Computer- und Programmservice mbH & Co. KG — Papierfabrik Cartiere del Grada, Riva (Italien).

Als eine der neuesten Aktivitäten des Bertelsmann-Konzerns ist ein Großlexikon zu erwähnen, das Ende Mai 1972 vorgestellt wurde: Es soll neben 25 Textbänden erstmals auch einen audiovisuellen Teil enthalten.

50a) Ab 1. 1. 1973 ist die Verflechtung zwischen der Bertelsmann AG und der Gruner & Jahr AG & Co. KG mittels Anteilstausch noch intensiver geworden: Dr. Gerd Bucerius übertrug seinen 35%-Anteil am Kommanditkapital von Gruner & Jahr der Bertelsmann AG und erhielt dafür 11,5 % des Bertelsmann-Aktienkapitals. Weitere 9,9 % des Kommanditkapitals sowie 9,9 % der Aktien wird Bertelsmann von John Jahr sen. nach einer mit ihm getroffenen Vereinbarung am 1. 1. 1975 erhalten, so daß die Bertelsmann AG zu diesem Zeitpunkt 69,9 % des Kommanditkapitals von Gruner & Jahr besitzen wird. Die Unternehmensleitung der Bertelsmann AG in einer Stellungnahme zu den Veränderungen der Beteiligungsverhältnisse: „Mit der Übernahme der Majorität bei Gruner & Jahr werden dem Hause Bertelsmann zunehmender Einfluß, aber auch vermehrte Verantwortung zuwachsen" („Buchmarkt", Nr. 12/1972, S. 55). Die Frage sei hier gestellt, wie lange man noch diesen ständigen „Verantwortungszuwachs" hinnehmen kann.

Damit versucht Bertelsmann, noch einen Anteil am bereits aufgeteilten Markt für lukrative, repräsentative Lexika zu erhalten. Neben der „Brockhaus-Enzyklopädie" (20 Bde.) und „Meyers Enzyklopädischem Lexikon" (25 Bde.) wird es als drittes und noch größeres deutschsprachiges Lexikon nun die Bertelsmann-„Lexikothek" geben, die bereits innerhalb von 4 Jahren vollständig vorliegen soll und dem Bezieher neben dem Erwerb von zusätzlichen Bild- und Tonelementen auch eine Teilnahme an einen „Auskunftsdienst" ermöglicht, und dies lebenslang. Subskriptionspreis der 25 Bde. (ohne den audiovisuellen Teil): 2516 DM [50b]).

IV

Die alljährlich vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Frankfurt herausgegebenen Statistiken [51]) machen deutlich, daß immer weniger Verlage immer mehr Bücher herausgeben, wobei zu beobachten ist, daß von dieser Konzentrationsentwicklung vor allem die mittleren Verlage betroffen sind [52]). Diese Erscheinung, die von monopolistischen Tendenzen in fast allen Massen- und Unterhaltungsmedien begleitet wird, ist nichts anderes als eine späte Reaktion des Buchsektors gegenüber allgemeinen Wirtschaftstrends, die sich erklären aus den objektiven Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung. Auf dem Verlags- und Buchhandelssektor wird diese Entwicklung besonders spürbare Auswirkungen von entscheidendem Ausmaß nach sich ziehen: Zum einen Strukturveränderungen im Bereich der Distribution, also des Sortimentsbuchhandels, soweit dessen Funktionen nicht bereits von Buchgemeinschaften übernommen wurden. Es wird zu einer Veränderung „überalteter und überholter Vertriebswege" [53]) kommen. Zum anderen Veränderungen im Bereich der Produktion von Literatur selbst, was u. a. durch die Einführung neuer Informationsträger geschieht.

Diese grundsätzlichen Veränderungen ökonomischer Art können erklärt werden aufgrund der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Gesetze: „Das Prinzip dieser Produktion heißt Profitmaximierung — der daraus resultierende Zwang, dem diese Form von Produktion unterliegt, heißt Akkumulation von Kapital, aus dessen Verwertung der Profit entspringt" [54]). Fortlaufende Akkumulation des Kapitals, also dessen Konzentration, wird über den Mechanismus der Zentralisation abgewickelt, „das Zusammenfassen zuvor selbständig arbeitender Produktionseinheiten unter eine ökonomische Entscheidungsagentur" [55]). Das heißt: Bildung von Konzernen, Trusts und Fusionen, die „bewußt auf den Zweck abgestellt sind, die Profite mittels Marktkontrollen monopolistischen Charakters zu erhöhen" [56]). Diese allgemeinen Charakteristika treffen insbesondere auf den Bertelsmann- und verwandte Konzerne zu, wobei gerade hier der Trend zum Monopol sehr deutlich wird [57]).

Im Bereich der unmittelbaren Buchproduktion werden am Beispiel Bertelsmann die Tendenzen deutlich: Die Generalisierung des Prinzips der „standardisierten Maße und des Gesetzes von den sinkenden Grenzkosten der Großproduktion [. . .] in allen Bereichen des Informations- und Unterhaltungswesens schafft jene

50b) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 24/1972, S. 130 f.
51) Buch und Buchhandel in Zahlen, Frankfurt.
52) So hat auch Bertelsmann mehrere mittlere und kleine Verlage in der BRD und in Österreich aufgekauft.
53) Joachim Mansch, Der Untergang des klassischen Sortiments-Buchhandels. In: „Frankfurter Rundschau", Nr. 222 v. 25. 9. 1969.
54) Horst Holzer, Massenkommunikation und Demokratie. Politökonomische Aspekte. In: Massenkommunikationsforschung 1, a. a. O., S. 113—128, hier S. 114 f.
55) Ebd.
56) Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung Köln 1959, S. 207.
57) Diese Monopolbildung ist doppelt gefährlich: neben die ökonomische Konzentration und deren Konsequenzen (etwa auf die Preisbildung) tritt hier noch der politisch relevante Trend zum Informationsmonopol.

Gefahren, die der Meinungsfreiheit von der Gewerbefreiheit drohen" [58]). Anzeichen sind die begonnene Standardisierung der Bücherformate [59]) und der von der Technik erzwungene Verzicht auf Vielfalt: „Die beiden Offset-Rotationsmaschinen, zu denen Bertelsmann in Kürze zehn weitere hinzukaufen will, [...] können erst bei Mindestauflagen von 50 000 bis — je nach Format — 500 000 Exemplaren rentabel arbeiten" [60]).

Dieser Zwang zur Rentabilität oder zu stetiger Akkumulation von Kapital, der seinen Ausdruck findet in jährlich steigenden Umsatzzahlen und dem Kapitalverwertungsinteresse entspringt, ein solcher Zwang, der sich praktisch darstellt als Literaturproduktion unter dem Druck der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaft, wird vor allem in den Großverlagen seine Auswirkungen auf den Inhalt der so produzierten Bücher haben. In allen Sparten der „Kulturindustrie" [61]) werden Produkte „planvoll hergestellt, die auf den Konsum durch Massen zugeschnitten sind und in weitem Maß diesen Konsum von sich aus bestimmen. [...] Kulturindustrie ist willentliche Integration ihrer Abnehmer von oben" [62]).

Das heißt: es wird gesellschaftliche Kontrolle und Herrschaft ausgeübt, und zwar in einer sehr sublimen Form; die Konsumenten sind nicht das „Primäre, sondern ein Sekundäres; Anhängsel der Maschine. Der Kunde ist nicht, wie die Kulturindustrie glauben machen möchte, König, nicht ihr Subjekt, sondern ihr Objekt" [63]). Der enge Zusammenhang von ökonomischer Konzentration und geistiger Manipulierung ist natürlich nicht zufällig, sondern die Ausübung von ideologischer Herrschaft ist im Interesse des Monopolkapitals entscheidend: „So ist in der BRD ein dichtes Netz der ideologischen Massenbeeinflussung, ein Apparat zur geistigen Manipulierung errichtet worden, der auf alle Lebensbereiche einwirkt. Er erfaßt die Vorschulerziehung und Schulbildung, die Ausbildung an Universitäten und Hochschulen, erstreckt sich über Fernsehen [!...], Presse, Rundfunk, Film, Verlagswesen, Schallplattenindustrie [...]" [64]).

Angesichts dieser sich abzeichnenden Entwicklung kann natürlich nicht eine resignierende Zustimmung nach der Art Adornos die Konsequenz sein; Adorno hält „kaum ein Ausweichen" [65]) gegenüber den allgewaltigen Mächten der Kulturindustrie für möglich [66]). Gerade wenn „die fortschreitende Kapitalkonzentra-

58) „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 110.

59) Für 60 % der täglich bei Bertelsmann produzierten Bücher werden nur noch zwei Formate benötigt, wobei der Trend zum Einheitsformat sich ankündigt: Bertelsmanns neunstöckiger Büchersilo, der mit acht Millionen Büchern Fassungsvermögen „die kulturelle Fracht für ganze Landstriche" („Der Spiegel" Nr. 11/1970, S. 111) in sich birgt, ist auf Norm-Maße eingerichtet.

60) „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 111.

61) Dieser Begriff wurde zuerst von Horkheimer und Adorno in Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947, verwendet.

62) Theodor W. Adorno, Résumé über Kulturindustrie. In: Massenkommunikationsforschung 1, a. a. O., S. 347—354, hier S. 347. H. Brüdigam formuliert diesen Tatbestand so: „Denn zwar ist im Kapitalismus auch das Buch eine Ware, doch zugleich eine Ware besondere Art" (a. a. O., S. 1337). Die Konsequenz heißt: „Die Diktatur des Profits ist gezwungen, die Rezeption von [...] Erkenntnissen der Konsumtion von Waren anzugleichen, um sicherzugehen, daß Erkenntnisse und Informationen nicht Sand im Getriebe endloser Warenproduktion und Warenvernichtung werden" (Klaus Kreimeier: Grundsätzliche Überlegungen zu einer materialistischen Theorie der Massenmedien. In: „Massenkommunikationsforschung" 1, a. a. O., S. 409—422, hier S. 422).

63) Vgl. unten Fußnote 64; Prototyp für den manipulierten Konsumenten ist das Buchgemeinschafts-Mitglied. Im Gegensatz etwa zu Springer vermeiden die Bertels-Männer vorsichtigerweise Äußerungen in der Öffentlichkeit, die unmittelbaren Aufschluß über den politischen Standort geben könnten. Um so erfreuter ist man dann über jeden Hinweis. In der Bertelsmann-Werbeschrift „125 Jahre Bertelsmann" heißt es über die Funktion des Bertelsmann-Leserings: „Der Lesering ist [...] zu einer Buchgemeinschaft der Familie geworden. Auch dieser Faktor kann nicht hoch genug eingeschätzt werden in einer Zeit, die dazu neigt, alle Bindungen, auch die der Familie, in Frage zu stellen" (a. a. O., S. 32). Und dieses traute kleinbürgerliche Weltbild, das sich die Familie abends bei einem guten Buch (?) am Kamin versammelt vorstellt, wird nächstens auch als TV-Kassette lieferbar sein!

64) Der Imperialismus der BRD. Hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Frankfurt 1971, S. 520. Dieses Buch bietet auf der Grundlage der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine gründliche Analyse unseres derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und behandelt hierin auch besonders die Konzentrationserscheinungen im Bereich der Massenmedien. — Die Relevanz der Kontrolle des Ausbildungssektors im Interesse der herrschenden Ideologie wird durch die besonderen Aktivitäten des Bertelsmann-Konzernes im Bereich der Schulbuch- und Lehrmittelproduktion deutlich.

65) Th. Adorno, a. a. O., S. 353.

66) Vgl. zur Kritik an Adornos Kulturpessimismus Klaus Kreimeier, a. a. O., S. 409.

tion zu einem umfassenden Meinungsmonopol im Sinne der herrschenden imperialistischen Kultur und Ideologie geführt hat" [67]), dann gilt es um so mehr, die Grenzen der Manipulierung aufzuzeigen, die darin bestehen, daß es objektiv unmöglich ist, „eine Ideologie oder Weltanschauung zu entwickeln, die [...] Gesamtinteressen der antagonistischen Klassen und Schichten reflektieren könnte" [68]). Aktuell gilt es, gesetzliche Maßnahmen einzuleiten, die eine wirksame Kontrolle der privatwirtschaftlichen Meinungsmonopole ermöglichen. Wenn nicht Wirklichkeit werden soll, was Adorno am Schluß seines Aufsatzes so beschreibt: „Der Gesamteffekt der Kulturindustrie ist der einer Anti-Aufklärung, in ihr wird [...] Aufklärung, nämlich die fortschreitende technische Naturbeherrschung, zum Massenbetrug, zum Mittel der Fesselung des Bewußtseins, [das] die Bildung autonomer, selbständiger, bewußt urteilender und sich entscheidender Individuen verhindert" [69]), dann muß bald gehandelt werden. Wenn nicht das verlorengehen soll, was Günter Gaus als „Anspruch der Öffentlichkeit auf ihren Freiheitsraum (anstelle der Freiheiten der Konzern-Bauherren)" [70]) bezeichnet, dann müssen als erste Schritte eine effektvolle Fusions-Kontrolle und ein scharfes Kartellrecht eingeführt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine qualitative Veränderung im Bereich der Massenmedien ist die „Herstellung einer politischen Öffentlichkeit. [...] Ein Ansatz für die Politisierung der Öffentlichkeit könnte die umfassende Mitbestimmung [...] sein" [71]), wobei der Zusammenhang zwischen Politisierung der Bevölkerung und Demokratisierung der Massenmedien, zwischen Mitbestimmungspolitik und Aufklärungsarbeit deutlich gemacht werden muß. „Für Bonn muß das sichtbar werdende Konzept der Gütersloher genügen, endlich die Formeln für die Bändigung der totalen Informationsindustrie von morgen zu entwickeln. Und Bändigung heißt hier, nichts dem sogenannten ‚freien Spiel der Kräfte' zu überlassen, sondern bewußt, absichtsvoll und bis zur äußersten Konsequenz des politisch Realisierbaren öffentliche Kontrollen und Bremsen einzubauen. Dabei tut Eile not" [72]).

Andernfalls dürfte bald offenbar werden — auch für hartnäckige Verteidiger dieses Systems —, daß die „freie Marktwirtschaft" eine Fiktion ist bzw. schon immer war [73]).

Demokratisierung ist gerade im Verlagswesen möglich und nötig, darf sich aber keineswegs auf die inneren Strukturen des Unternehmens beschränken. Vielmehr muß sie „— des besonderen Charakters der Ware Buch eingedenk — vor allem ihren Ausdruck im Verlagsprogramm, in der Buchproduktion finden. Das bedeutet gleichzeitig, daß eine solche Demokratisierung nur dann dauerhaft sein kann, wenn sie letztlich auf die Änderung der gesamten gesellschaftlichen Struktur gerichtet ist" [74]).

---

67) Der Imperialismus in der BRD, a. a. O., S. 524.
68) Ebd., S. 534; vgl. dort die Ausführungen zur inneren Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Ideologie.
69) Th. Adorno, a. a. O., S. 354.
70) Günter Gaus, Bonn und Bertelsmann, a. a. O., S. 100.
71) Horst Holzer und Joseph Schmid, Alternativen. In: „Massenkommunikationsforschung" 1, a. a. O., S. 129—135, hier S. 129.
72) Günter Gaus, Bonn und Bertelsmann, a. a. O., S. 100.
73) Es ist jene Marktwirtschaft, von der Axel C. Springer einmal sagte: „Nur Verbrecher, Narren oder Utopisten können bereit sein, sie gegen bewiesenermaßen schlechtere, unfähigere Systeme auszutauschen" (zit. nach „Der Spiegel", Nr. 11/1970, S. 111). Die Frage ist nur, für wen andere Systeme schlechter sind. Vgl. in diesem Zusammenhang Anm. 24 (S. 60). Immerhin findet sich sogar in der am 1. 9. 1960 vom Bertelsmann-Konzernherrn Reinhard Mohn unterzeichneten Grundsatzordnung für das Haus Bertelsmann der bemerkenswerte Satz: „Leistungsgrundsatz und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit verbieten einen überhöhten Gewinn" (125 Jahre Bertelsmann, a. a. O., S. 6).
74) Heinz Brüdigam, Verlagskonzentration, a. a. O., S. 1342.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, veröffentlicht am 3. Dezember 1972 in Brüssel

(Wortlaut)

Das Internationale Komitee, das vom Forum der Repräsentanten der öffentlichen Meinung für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit im Juni 1972 gebildet wurde, hat vom 1. bis 3. Dezember 1972 in Brüssel getagt. Zweiundzwanzig Komitees und nationale Gruppen waren vertreten. Persönlichkeiten, die nicht diesen Komitees und Gruppen angehören, sowie internationale Organisationen haben zur Arbeit des Komitees beigetragen.

Mit Genugtuung stellen die Teilnehmer fest, daß der internationale Entspannungsprozeß in Europa nach dem Brüsseler Forum fortgeführt worden ist. Die Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der BRD und Polen, die jetzt in Kraft getreten sind, der kürzlich zwischen der BRD und der DDR paraphierte Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen und die grundsätzliche Zustimmung zur Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO haben die Entspannung begünstigt.

Die Teilnehmer begrüßen den Beginn der multilateralen Gespräche am 22. November 1972 in Helsinki zur Einberufung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie stellen fest, daß dank der parallelen Bemühungen der Regierungen und der Öffentlichkeit mit der Suche nach Lösungen für Grundfragen der europäischen Politik begonnen werden konnte. Sie wünschen, daß die Konferenz selbst ohne Verzug einberufen wird und im ersten Halbjahr 1973 stattfindet. Das Komitee ist der Meinung, daß die europäischen Regierungen alles einsetzen sollten, damit die gegenwärtig vorbereitete Staatenkonferenz zur Verwirklichung der vom Forum angenommenen Grundprinzipien führt: Verzicht auf Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt; Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung aller Staaten; Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder des Kontinents; Achtung des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker; friedliche Koexistenz und gute Nachbarschaft zwischen den Staaten. Wesentlich ist, daß die Anwendung dieser Prinzipien zur Errichtung eines Systems gegenseitiger politischer Verpflichtungen führt, das die Sicherheit garantiert und die maximale Entfaltung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten ermöglicht.

Wir stehen an der Schwelle eines Prozesses, dessen Verwirklichung große Anstrengungen erfordert. Wahrhafte Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind noch keineswegs garantiert. Diese Entwicklung wird nicht nur auf Schwierigkeiten stoßen, die sich aus der Neuheit des Unterfangens und aus der Kompliziertheit bestimmter Probleme ergeben, sondern auch auf die Opposition derjenigen, die den eingeschlagenen Kurs verzögern oder blockieren wollen.

Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit für permanente Anstrengungen der öffentlichen Meinung Europas, um die begonnene Entwicklung zu unterstützen und zu beschleunigen, um Hindernisse überwinden zu helfen. Zu diesem Zweck hat das Internationale Komitee ein Aktionsprogramm ausgearbeitet.

Es plant gleichfalls, eine Reihe von Empfehlungen und Vorschlägen auszuarbeiten, die den Regierungen für die Staatenkonferenz übermittelt werden sollen. Dies erfolgt auf der Grundlage der bereits von der UNO empfohlenen und vom Brüsseler Forum bestätigten Prinzipien: Die Anstrengungen der öffentlichen Meinung und die Aktionen der Regierungen auf der Suche nach den besten Möglichkeiten zur Lösung der Fragen einer friedlichen Zukunft unseres Kontinents dürfen nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern müssen sich gegenseitig ergänzen. So kann jeder in seiner Sphäre der Kompetenz und der Verantwortung am besten zur Schaffung eines neuen Klimas und zur Verbesserung der Situation in Europa beitragen.

Das Komitee bekräftigt seinen Willen zur breiten Zusammenarbeit mit allen für Sicherheit und Kooperation eintretenden Kräften. Es ist jederzeit bereit, sich zu erweitern und in jeder Etappe seiner Aktivität Hilfe, Zusammenarbeit und Unterstützung der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte Europas zu akzeptieren. Es beabsichtigt, die Repräsentanten der öffentlichen Meinung Europas im weitesten Sinne dieses Begriffes zusammenzuführen.

Zur Fortsetzung der Arbeit beschließt das Komitee die Bildung von drei Kommissionen: Politische Kommission, Kommission zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, Kommission für kulturelle Zusammenarbeit.

Diese Kommissionen werden sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die von allen nationalen Komitees, die dazu bereit sind, delegiert werden. Die Kommissionen können sich außerdem die Mitarbeit verschiedener Persönlichkeiten sichern, die nach ihrer Eignung und ihrer Repräsentativität ausgewählt werden. Das Internationale Komitee beschließt auch die Bildung von zwei spezialisierten Gruppen, eine von Gewerkschaftern, die andere von Kirchenvertretern und Repräsentanten konfessioneller Organisationen zusammengesetzt.

Die nächste Sitzung des Internationalen Komitees wird während des Frühjahrs 1973 stattfinden.

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der BRD im Jahre 1972*)

Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg (23. April 1972)

Wahlberechtigte:	5 998 727	
Wahlbeteiligung:	4 798 775	= 80,0 %
Ungültig:	48 138	= 1,0 %
Gültig:	4 750 637	
Zahl der Abgeordneten:	120	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	2 513 808	52,9	65
SPD	1 784 416	37,6	45
FDP/DVP	424 685	8,9	10
DFU	587	0,0	—
DKP	21 973	0,5	—
G	172	0,0	—
Einzelbewerber	4 996	0,1	—

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

*) Die Wahlergebnisse aus dem Jahr 1971 vgl. „Blätter", Heft 1/1972, S. 111 f.

Wahl zum 7. Deutschen Bundestag (19. November 1972)

Sitzverteilung im Bundestag

Zahl der Abgeordneten: 496 + 22 Vertreter aus Berlin (West) [1]

	Direktmandate	Landesliste	Insgesamt	Berlin (West)
SPD	152	78	230	12
CDU/CSU [2]	96	129	225	9
FDP	—	41	41	1

Gesamtergebnis

Wahlberechtigte: 41 446 302
Wahlbeteiligung: 37 761 589 = 91,1 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	457 810	1,2	301 839	0,8
Gültig	37 303 779		37 459 750	
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8
CDU	13 304 813	35,7	13 190 837	35,2
CSU	3 620 625	9,7	3 615 183	9,7
FDP	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4
DKP	146 258	0,4	113 891	0,3
EFP	7 581	0,0	24 057	0,1
FSU	1 864	0,0	3 166	0,0
NPD	194 389	0,5	207 465	0,6
Unabhängige	9 497	0,0	—	—

Schleswig-Holstein — Wahlkreis 1 bis 11

Wahlberechtigte: 1 839 177
Wahlbeteiligung: 1 665 020 = 90,5 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	18 468	1,1	10 864	0,7
Gültig	1 646 552		1 654 156	
SPD	858 081	52,1	804 446	48,6
CDU	705 966	42,9	695 140	42,0
FDP	69 583	4,2	141 497	8,6
DKP	3 931	0,2	3 528	0,2
EFP	816	0,0	1 010	0,1
FSU	364	0,0	—	—
NPD	7 811	0,5	8 535	0,5

[1] Die Vertreter aus Berlin (West) werden vom Abgeordnetenhaus bestimmt und sind nicht voll stimmberechtigt.
[2] Davon CSU: 31 + 17 = 48.

Hamburg — Wahlkreis 12 bis 19

Wahlberechtigte: 1 348 617
Wahlbeteiligung: 1 242 832 = 92,2 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	7 753	0,6	5 767	0,5
Gültig	1 235 079		1 237 065	
SPD	742 999	60,2	673 517	54,4
CDU	411 876	33,3	411 974	33,3
FDP	65 752	5,3	138 607	11,2
DKP	8 650	0,7	6 944	0,6
EFP	1 099	0,1	910	0,1
FSU	209	0,0	480	0,0
NPD	4 494	0,4	4 633	0,4

Niedersachsen — Wahlkreis 20 bis 49

Wahlberechtigte: 5 126 515
Wahlbeteiligung: 4 684 898 = 91,4 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	46 809	1,0	32 424	0,7
Gültig	4 638 089		4 652 474	
SPD	2 389 346	51,5	2 235 911	48,1
CDU	2 007 358	43,3	1 988 720	42,7
FDP	207 187	4,5	393 282	8,5
DKP	11 689	0,3	9 467	0,2
EFP	358	0,0	2 187	0,0
FSU	83	0,0	—	—
NPD	22 068	0,5	22 907	0,5

Bremen — Wahlkreis 50 bis 52

Wahlberechtigte: 540 928
Wahlbeteiligung: 492 431 = 91,0 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	4 861	1,0	3 546	0,7
Gültig	487 570		488 885	
SPD	301 190	61,8	284 028	58,1
CDU	145 418	29,8	144 471	29,6
FDP	34 786	7,1	54 428	11,1
DKP	3 863	0,8	3 335	0,7
EFP	—	—	318	0,1
FSU	—	—	—	—
NPD	2 313	0,5	2 305	0,5

Nordrhein-Westfalen — Wahlkreis 53 bis 125

Wahlberechtigte: 11 992 806
Wahlbeteiligung: 11 005 807 = 91,8 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	128 101	1,2	71 169	0,6
Gültig	10 877 706		10 934 638	
SPD	5 743 844	52,8	5 509 886	50,4
CDU	4 517 830	41,5	4 484 657	41,0
FDP	530 974	4,9	856 963	7,8
DKP	49 611	0,5	37 600	0,3
EFP	1 750	0,0	5 218	0,0
FSU	510	0,0	2 686	0,0
NPD	33 187	0,3	37 628	0,3

Hessen — Wahlkreis 126 bis 147

Wahlberechtigte: 3 841 104
Wahlbeteiligung: 3 522 483 = 91,7 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	36 907	1,0	23 647	0,7
Gültig	3 485 576		3 498 836	
SPD	1 856 417	53,3	1 697 322	48,5
CDU	1 411 018	40,5	1 409 771	40,3
FDP	183 553	5,3	355 558	10,2
DKP	16 925	0,5	13 214	0,4
EFP	334	0,0	3 204	0,1
FSU	—	—	—	—
NPD	17 329	0,5	19 767	0,6

Rheinland-Pfalz — Wahlkreis 148 bis 163

Wahlberechtigte: 2 623 690
Wahlbeteiligung: 2 404 007 = 91,6 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	33 295	1,4	26 146	1,1
Gültig	2 370 712		2 377 861	
SPD	1 128 019	47,6	1 067 953	44,9
CDU	1 105 288	46,6	1 090 339	45,9
FDP	113 062	4,8	193 499	8,1
DKP	9 227	0,4	7 749	0,3
EFP	—	—	—	—
FSU	—	—	—	—
NPD	14 816	0,6	18 321	0,8
Unabhängige	300	0,0	—	—

Baden-Württemberg — Wahlkreis 164 bis 199

Wahlberechtigte: 5 960 714
Wahlbeteiligung: 5 376 985 = 90,2 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	70 981	1,3	54 852	1,0
Gültig	5 306 004		5 322 133	
SPD	2 268 696	42,8	2 069 169	38,9
CDU	2 679 772	50,5	2 648 810	49,8
FDP	296 286	5,6	544 832	10,2
DKP	16 807	0,3	13 289	0,2
EFP	603	0,0	5 453	0,1
FSU	278	0,0	—	—
NPD	36 134	0,7	40 580	0,8
Unabhängige	7 428	0,1	—	—

Bayern — Wahlkreis 200 bis 243

Wahlberechtigte: 7 375 146
Wahlbeteiligung: 6 626 216 = 89,8 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	97 596	1,5	62 426	0,9
Gültig	6 528 620		6 563 790	
SPD	2 572 250	39,4	2 483 136	37,8
CSU	3 620 625	55,5	3 615 183	55,1
FDP	260 019	4,0	399 554	6,1
DKP	19 890	0,3	13 607	0,2
EFP	2 621	0,0	5 170	0,1
FSU	420	0,0	—	—
NPD	51 026	0,8	47 140	0,7
Unabhängige	1 769	0,0	—	—

Saarland — Wahlkreis 244 bis 248

Wahlberechtigte: 797 605
Wahlbeteiligung: 740 910 = 92,9 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	13 039	1,8	10 998	1,5
Gültig	727 871		729 912	
SPD	367 397	50,5	349 801	47,9
CDU	320 287	44,0	316 955	43,4
FDP	29 311	4,0	51 762	7,1
DKP	5 665	0,8	5 158	0,7
EFP	—	—	587	0,1
FSU	—	—	—	—
NPD	5 211	0,7	5 649	0,8

Zusammengestellt nach: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie A / Reihe 8 / Heft 5

CDU = Christlich-Demokratische Union / CSU = Christlich-Soziale Union / DFU = Deutsche Friedens-Union / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / EFP = Europäische Föderalistische Partei / FDP = Freie Demokratische Partei / FDP/DVP = Freie Demokratische Partei (Deutsche Volkspartei); Landesverband Baden-Württemberg / FSU = Freisoziale Union / G = Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Siebzehnter Jahrgang

Jahresregister 1972

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, Wolfgang, u. a.: Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" sowie zur Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972	2	124
— Freies Spiel der Phantasie des Kalten Krieges? (Rezension)	4	430
Albers, Detlev: Die Jungsozialisten nach dem Kongreß von Oberhausen	3	235
Albrecht, Matthias, und *Kaiser, Hans-Rainer,* Zur bildungspolitischen Situation in der BRD	12	1297
Albrecht, Richard: Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen (Rezension)	10	1120
Azzola, Axel: Die „freiheitliche demokratische Grundordnung" und ihre Verteidigung	8	802
Bamberg, Hans-Dieter: Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel, Teil I	4	384
Teil II	6	616
— Katalog der Schreckparolen und Verleumdungen. Zum Bundestagswahlkampf 1972 der CDU/CSU und ihrer Verbündeten	10	1023
Benseler, Frank: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	247
Bethge, Horst: Militarisierungstendenzen im Bildungswesen	2	192
Boris, Dieter, und *Frambes-Alzérreca, Aline:* Der Andenpakt. Ein Bündnis gegen Unterentwicklung und Vorherrschaft ausländischen Kapitals	11	1172
Bosch, Manfred: Gefahren der Datenbank-Netze (Rezension)	9	1002
Bothe, Klaus: Kriegstheorien deutscher Sozialisten (Rezension)	8	890
Bredow, Wilfried v.: Pugwash-Konferenz für europäische Kooperation	5	454
— Zur gesamteuropäischen Kooperation	6	578
— Bericht von der 22. Pugwash-Konferenz in Oxford	10	1021
— Entwurf für eine Friedenspolitik (Rezension)	11	1223
— BRD und Verfügungsgewalt über Kernwaffen (Rezension)	12	1339
Bredthauer, Karl D.: Verträge und Entspannung in Gefahr	3	228
— Nixon in Moskau	6	564
— Der 19. November 1972	10	1020
— Saigons „Operation Phoenix" gegen den Frieden	11	1136
Breuer, Wilhelm M.: Hintergründe der Geldentwertung in der BRD (Rezension)	11	1225

	Heft	Seite
Burger, Hans-Georg: Die jüdisch-arabischen Beziehungen vor 1948 (Rezension)	9	992
— Sozialgeschichte des Nahost-Konflikts (Rezension)	10	1115
Clemenz, Manfred: Aspekte der politischen Ökonomie der USA und Lateinamerikas	7	701
Däubler, Wolfgang: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	130
Denninger, Erhard: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	225
Deppe, Frank: Arbeiterbewegung in Westeuropa (Rezension)	5	520
Deppe, Hans-Ulrich: Strukturwandel der ärztlichen Praxis. Ein Beitrag zur Soziologie medizinischer Institutionen	3	324
Devillers, Philippe: Frankreich und Europpa. Aktuelle politische Probleme der europäischen Sicherheit	1	44
Diner, Dan: Zionismus und Arbeiterbewegung in Israel (Rezension)	12	1342
Eisner, Erich: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.:*	3	260
Elliesen, Klaus: Zur Lage in Tunesien	1	10
— Zur Situation in Algerien	4	349
Frambes-Alzérreca, Aline, vgl. *Boris, Dieter*	11	1172
Fuchs, Karl Heinz; Hiedl, Peter, und *Streubel, Christel:* Zur neueren Entwicklung in Argentinien	10	1064
Fülberth, Georg: Ein Appell an die demokratische Intelligenz	5	455
Gericke, Fritz E.: Die Fronde zum Sturz der Regierung Brandt/Scheel	3	231
Giesenfeld, Günter: Warenästhetik (Rezension)	5	526
Goldschmidt, Werner: Das gemeinsame Programm der französischen Linken	8	792
Gollwitzer, Helmut: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	263
Goralczyk, Dietmar: Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. Ein Beitrag zur Analyse der EWG	12	1268
Gwischiani, Dshermen: Umrisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa	6	585
Häußermann, Hartmut: Ursachen und Funktion der kommunalen Finanznot	9	960
Hall, Martin: Nixon verwickelt sich in Widersprüche	2	207
— Zur inneren Situation der USA im Wahljahr	4	410
— Bericht aus den USA	6	565
— McGovern, Wallace und die amerikanische Opposition	7	694
— Bericht vom Wahlkongreß der Demokratischen Partei der USA	8	884
— Nixons Sintflut über Vietnam	9	908
— Die USA nach den Wahlen	12	1288
Hannover, Heinrich: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	132
Harrer, Jürgen: Internationales Seminar in Neu-Delhi	6	568
Hartmann, Dieter-Dirk: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.:*	3	265
Herde, Georg: Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände	4	352
Hiedl, Peter, vgl. *Fuchs, Karl Heinz*	10	1064
Hund, Wulf D.; Matull, Ulrich; Ruff, Konrad, und Volkmar, Peter: Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation, Teil I	10	1084
Teil II	11	1195
Ihmels, Karl: NS-„Gesetz" (Rezension)	8	892
Ipsen, Dirk: CDU/CSU und Stabilität	10	1044
Iwanow, Iwan: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit	5	471
Janßen, Volker: Äthiopiens afrikanischer Feudalismus (Rezension)	6	646
Jens, Walter: Plädoyer für einen Pluralismus der Wissenschaft.	7	721
Jentsch, Volker; Kopka, Helmut und *Wülfing, Arnd:* Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft	5	476
Kade, Gerhard: Systemvergleiche in der Umweltdiskussion	8	847
Kaiser, Hans-Rainer, vgl. *Albrecht, Matthias*	12	1297
Kekkonen, Matti: Finnland und die Europäische Sicherheitskonferenz	1	6
Kelber, Richard: Sozialisationsforschung. — Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg (Rezensionen)	9	997
Knorr, Lorenz: Politische Bildung und private Macht (Rezension)	4	432
Kobljakow, Iwan: 50 Jahre Rapallo	5	450
Kopka, Helmut, u. a.: vgl. *Jentsch, Volker*	5	476
Krawtschenko, Wladimir: Sicherheit und Zusammenarbeit im Interesse ganz Europas	4	347
Krims, Adalbert: Ist die europäische Sicherheit links?	10	1048
Krutz, Wolfgang: Die Hilfstruppen des F. J. Strauß. Von der „Deutschen Union" bis zur „Aktion Widerstand"	11	1157

	Heft	Seite
Kühnl, Reinhard: Wissenschaft und Hochschule im demokratischen und sozialen Rechtsstaat	7	727
— Demokratische Traditionen in Deutschland (Rezension)	12	1340
Kümpel, Winfried, u. a. Umfrage zur Hochschulpolitik	7	752
Maiski, Iwan: Lehren der 30er Jahre für die europäische Sicherheit	9	797
Matthiessen, Gunnar: Die Bonner Entscheidung und die Perspektiven Europas	5	448
— Zur Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz. Eine Zwischenbilanz	9	915
— Auftakt zur Europa-Konferenz in Helsinki	12	1248
Matull, Ulrich, vgl. *Hund, Wulf D.*	10	1084
Müller, Friedrich: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.:*	2	134
Neuhöffer, Paul: Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen	6	571
— und *Opitz, Reinhard:* Sozialliberale oder demokratische Politik	12	1255
Niess, Frank: Die Haltlosigkeit der Konvergenztheorie (Rezension)	6	649
Nowikow, Nikolai W.: Probleme der Leitung und Organisation in der bürgerlichen Soziologie	11	1215
Nowotny, Julia: Dokument konservativer Ideologie (Rezension)	1	102
Obermair, Gustav: Umfrage ..., vgl. *Kümpel, Winfried, u. a.*	7	733
Oehlke, Paul: Ernst Benda und der Staat der industriellen Gesellschaft. Zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des neuen Verfassungsgerichtspräsidenten, Teil I	3	315
Teil II	4	417
Opitz, Reinhard: Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs, Teil I	1	13
Teil II	2	166
Teil III	3	294
— (Sozialliberale oder demokratische Politik), vgl. *Neuhöffer, Paul*	12	1255
Ostrowsky, Jürgen: Großbritannien und Zimbabwe (Rhodesien)	5	504
Pfletschinger, Bernhard: Der italienische Neofaschismus	4	366
Pieper, K. Josef: Jugendarbeit als „Jugendpflege" (Rezension)	10	1118
Pinl, Claudia: Produktionsverhältnisse und Emanzipation? (Rezension)	1	101
Preuß, Ulrich K.: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	141
Rasch, Harold: Zur zweiten und dritten Lesung der Ostverträge am 3./4. Mai 1972	4	344
Rendtorff, Rolf: Umfrage ..., vgl. *Kümpel, Winfried, u. a.*	6	634
Ridder, Helmut: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	146
Rieß, Falk: Pädagogische Technologie — Wissenschaft oder Manipulation	8	877
Rilling, Rainer: Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis	4	424
— und *Sychla, Hartmut:* Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, Teil I	6	598
Teil II	8	862
Rinken, Alfred: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	270
Römer, Peter: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	148
Rondi, Hans: Gewaltverzicht und Gleichgewicht	3	238
— Scheitert in Vietnam die Strategie des „lokalen Krieges"?	11	1147
Ronge, Volker: Umwelt und Umweltschutz im Spätkapitalismus	8	831
Rosenau, Burkhard: Historisch-soziologische Analyse als politische Aufklärungsarbeit (Rezension)	6	644
Ruff, Konrad, vgl. *Hund, Wulf D.:*	10	1084
Schiller, Theo: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	274
— Allparteienregierung für die „innere Sicherheit"?	7	676
Schilling, Wilfrid: Italien und die Wahl Leones	1	9
— Die Situation nach den Wahlen in Italien	6	590
— Italien am Jahresende 1972	12	1251
Schmitt, Thomas, vgl. *Schwamborn, Winfried* (Wehrkunde)	8	815
Schmitt-Lermann, Hans E.: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	276
Schneider, Hans-Peter: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	152
Schulten, Hans Walter: Umfrage ..., vgl. *Kümpel, Winfried, u. a.*	7	746

	Heft	Seite
Schuon, Karl Theodor: Wissenschaftlich-technische Revolution im Spätkapitalismus	1	76
Schuster, Martin: Rechtliche Aspekte der Ausweisung von Ausländern aus der BRD	11	1140
Schwamborn, Winfried: Wehrgerechtigkeit als Ideologie	1	91
— Arbeitsdienst oder Friedensdienst	2	122
— Zur Neufassung des Ersatzdienstgesetzes	7	679
— und *Schmitt, Thomas:* Wehrkunde — Militär in den Schulen, Teil I	8	815
Teil II	9	971
— Zu den CDU-Plänen für ein Dienstleistungsgesetz	11	1144
Skowroński, Andrzej: Abrüstungsprobleme in Europa	2	116
Sogomonjan, Grigori: Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren	12	1324
Sonnemann, Ulrich: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	284
Sousa Ferreira, Eduardo de: Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika)	12	1315
***Sprigath, Gabriele:* Zur militärischen und politischen Entwicklung in Indochina**	2	182
— Zur gegenwärtigen Situation in Vietnam	8	853
Staff, Ilse: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	160
Streubel, Christel, vgl. *Fuchs, Karl Heinz*	10	1064
Stuby, Gerhard: Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz?	1	59
— Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	2	162
— Umfrage ..., vgl. *Kümpel, Winfried, u. a.*	7	738
Sychla, Hartmut, u. a.: vgl. *Rilling, Rainer*	6	598
***Tibi, Bassam:* Zur Rolle der Armee in Marokko. Hintergründe der Putschversuche**	9	941
Tunkin, Grigori: Die völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz	10	1057
Veit, Winfried: Zehn Jahre unabhängiges Algerien. Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges	11	1185
Vielau, Axel: Zur politischen Ökonomie der EWG	5	459
Volkmar, Peter, vgl. *Hund, Wulf D.*	10	1084
Wagner, Heinz: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	286
Wahl, E. H.: Glotz-Bewußtsein	1	100
— Dompteusen-Beschimpfung	2	214
— „Akzente anders gesetzt"	5	530
— Spionageschnulze	6	643
— Marginalien zur ZDF-Ideologie, Teil I	11	1231
Teil II	12	1338
Wahsner, Roderich: Stellungnahmen ..., vgl. *Abendroth, Wolfgang, u. a.*	3	290
— **Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG,** Teil I	9	928
Teil II	10	1100
Walichnowski, Tadeusz: Der Warschauer Vertrag und die politische Wirklichkeit der BRD. Politisch-rechtliche Grundlagen und praktische Konsequenzen	7	681
Walter, Oswald J.: Ein Diskussionsbeitrag über die Fünf-Prozent-Klausel	9	914
Wand, Kurt: Schlacht um die Marktwirtschaft?	8	799
Werner, Heinrich: Pfarrer und Kommunisten	11	1203
Wesel, Uwe: Umfrage ..., vgl. *Kümpel, Winfried, u. a.*	6	634
Wilm, Fred: Guttenberg-Fußnoten (Rezension)	11	1227
Wuliger, Michael J.: Finnland und die EWG	9	909
Wülfing, Arnd, u. a.: vgl. *Jentsch, Volker*	5	476

Sachverzeichnis

Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz? (Gerhard Stuby)	1	59
Wehrgerechtigkeit als Ideologie (Winfried Schwamborn)	1	91
Arbeitsdienst oder Friedensdienst (Winfried Schwamborn)	2	122
Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" sowie zur Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972	2	124
Die Jungsozialisten nach dem Kongreß von Oberhausen (Detlev Albers)	3	235
Die Fronde zum Sturz der Regierung Brandt/Scheel (Fritz E. Gericke)	3	231

	Heft	Seite
Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz schlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" sowie zur Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972 (II)	3	246
Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft. Zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des neuen Verfassungsgerichtspräsidenten (Paul Oehlke)	3	315
Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände (Georg Herde)	4	352
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (Hans-Dieter Bamberg)	4	384
Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft (II) (Paul Oehlke)	4	417
Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis (Rainer Rilling)	4	424
Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen (Paul Neuhöffer)	6	571
Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel (Rainer Rilling und Hartmut Sychla)	6	598
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (II) (Hans-Dieter Bamberg)	6	616
Allparteienregierung für die „innere Sicherheit"? (Theo Schiller)	7	676
Zur Neufassung des Ersatzdienstgesetzes (Winfried Schwamborn)	7	679
Der Warschauer Vertrag und die politische Wirklichkeit der BRD. Politisch-rechtliche Grundlagen und praktische Konsequenzen (Tadeusz Walichnowski)	7	681
Redaktioneller Anhang: Übersicht über Patenschaften von Ländern, Kreisen und Kommunen der BRD über landsmannschaftliche Organisationen	7	686
Schlacht um die Marktwirtschaft? (Kurt Wand)	8	799
Die „freiheitliche demokratische Grundordnung" und ihre Verteidigung (Axel Azzola)	8	802
Wehrkunde — Militär in den Schulen (Winfried Schwamborn u. Thomas Schmitt)	8	815
Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel (II) (Rainer Rilling und Hartmut Sychla)	8	862
Ein Diskussionsbeitrag über die Fünf-Prozent-Klausel (Oswald J. Walter)	9	914
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (Roderich Wahsner)	9	928
Ursachen und Funktion der kommunalen Finanznot (Hartmut Häußermann)	9	960
Wehrkunde — Militär in den Schulen (II) (Winfried Schwamborn und Thomas Schmitt)	9	971
Der 19. November 1972 (Karl D. Bredthauer)	10	1020
Katalog der Schreckparolen und Verleumdungen. Zum Bundestagswahlkampf 1972 der CDU/CSU und ihrer Verbündeten (Hans-Dieter Bamberg)	10	1023
CDU/CSU und Stabilität (Dirk Ipsen)	10	1044
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (II) (Roderich Wahsner)	10	1100
Rechtliche Aspekte der Ausweisung von Ausländern aus der BRD (Martin Schuster)	11	1140
Zu den CDU-Plänen für ein Dienstpflichtgesetz (Winfried Schwamborn)	11	1144
Die Hilfstruppen des F. J. Strauß. Von der „Deutschen Union" bis zur „Aktion Widerstand" (Wolfgang Krutz)	11	1157
Pfarrer und Kommunisten (Heinrich Werner)	11	1203
Sozialliberale oder demokratische Politik (Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz)	12	1255

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Verträge und Entspannung in Gefahr (Karl D. Bredthauer)	3	228
Gewaltverzicht und Gleichgewicht (Hans Rondi)	3	238
Zur zweiten und dritten Lesung der Ostverträge am 3./4. Mai 1972 (Harold Rasch)	4	344
Die Bonner Entscheidung und die Perspektiven Europas (Gunnar Matthiessen)	5	448
50 Jahre Rapallo (Iwan Kobljakow)	5	450
Zur politischen Ökonomie der EWG (Axel Vielau)	5	459
Zur gesamteuropäischen Kooperation (Wilfried v. Bredow)	6	578
Der Warschauer Vertrag und die politische Wirklichkeit der BRD. Politisch-rechtliche Grundlagen und praktische Konsequenzen (Tadeusz Walichnowski)	7	681
Redaktioneller Anhang: Übersicht über Patenschaften von Ländern, Kreisen und Kommunen der BRD über landsmannschaftliche Organisationen	7	686
Zur Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz. Eine Zwischenbilanz (Gunnar Matthiessen)	9	915

	Heft	Seite
Ist die europäische Sicherheit links? (Adalbert Krims)	10	1048
Rechtliche Aspekte der Ausweisung von Ausländern aus der BRD (Martin Schuster)	11	1140
Auftakt zur Europa-Konferenz in Helsinki (Gunnar Matthiessen)	12	1248
Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. Ein Beitrag zur Analyse der EWG (Dietmar Goralczyk)	12	1268

Politik anderer Länder

Finnland und die Europäische Sicherheitskonferenz (Matti Kekkonen)	1	6
Italien nach der Wahl Leones (Wilfrid Schilling)	1	9
Zur Lage in Tunesien (Klaus Elliesen)	1	10
Frankreich und Europa. Aktuelle politische Probleme der europäischen Sicherheit (Philippe Devillers)	1	44
Zur militärischen und politischen Entwicklung in Indochina (Gabriele Sprigath)	2	182
Nixon verwickelt sich in Widersprüche (Martin Hall)	2	207
Zur Situation in Algerien (Klaus Elliesen)	4	349
Zur inneren Situation der USA im Wahljahr (Martin Hall)	4	410
Großbritannien und Zimbabwe (Rhodesien) (Jürgen Ostrowsky)	5	504
Nixon in Moskau (Karl D. Bredthauer)	6	564
Bericht aus den USA (Martin Hall)	6	565
Die Situation nach den Wahlen in Italien (Wilfrid Schilling)	6	590
McGovern, Wallace und die amerikanische Opposition (Martin Hall)	7	694
Aspekte der politischen Ökonomie der USA und Lateinamerikas (Manfred Clemenz)	7	701
Das gemeinsame Programm der französischen Linken (Werner Goldschmidt)	8	792
Zur gegenwärtigen Situation in Vietnam (Gabriele Sprigath)	8	853
Bericht vom Wahlkongreß der Demokratischen Partei der USA (Martin Hall)	8	884
Nixons Sintflut über Vietnam (Martin Hall)	9	908
Finnland und die EWG (Michael J. Wuliger)	9	909
Zur Rolle der Armee in Marokko. Hintergründe der Putschversuche (Bassam Tibi)	9	941
Zur neueren Entwicklung in Argentinien (Karl Heinz Fuchs, Peter Hiedl und Christel Streubel)	10	1064
Saigons „Operation Phoenix" gegen den Frieden (Karl D. Bredthauer)	11	1136
Scheitert in Vietnam die Strategie des „lokalen Krieges"? (Hans Rondi)	11	1147
Italien am Jahresende 1972 (Wilfrid Schilling)	12	1251
Die USA nach den Wahlen (Martin Hall)	12	1288
Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika) (Eduardo de Sousa Ferreira)	12	1315

Internationale Politik

Finnland und die Europäische Sicherheitskonferenz (Matti Kekkonen)	1	6
Frankreich und Europa. Aktuelle politische Probleme der europäischen Sicherheit (Philippe Devillers)	1	44
Abrüstungsprobleme in Europa (Andrzej Skowroński)	2	116
Sicherheit und Zusammenarbeit im Interesse ganz Europas (Wladimir Krawtschenko)	4	347
Pugwash-Konferenz für europäische Kooperation (Wilfried v. Bredow)	5	454
Zur politischen Ökonomie der EWG (Axel Vielau)	5	459
Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Iwan Iwanow)	5	471
Nixon in Moskau (Karl D. Bredthauer)	6	564
Internationales Seminar in Neu-Delhi (Jürgen Harrer)	6	568
Zur gesamteuropäischen Kooperation (Wilfried v. Bredow)	6	578
Umrisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa (Dshermen Gwischiani)	6	585
Aspekte der politischen Ökonomie der USA und Lateinamerikas (Manfred Clemenz)	7	701
Lehren der 30er Jahre für die europäische Sicherheit (Iwan Maiski)	8	797
Nixons Sintflut über Vietnam (Martin Hall)	9	908
Finnland und die EWG (Michael J. Wuliger)	9	909
Bericht von der 22. Pugwash-Konferenz in Oxford (Wilfried v. Bredow)	10	1021
Ist die europäische Sicherheit links? (Adalbert Krims)	10	1048
Die völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Grigori Tunkin)	10	1057

	Heft	Seite
Der Andenpakt. Ein Bündnis gegen Unterentwicklung und Vorherrschaft ausländischen Kapitals (Dieter Boris und Aline Frambes-Alzérreca)	11	1172
Auftakt zur Europa-Konferenz in Helsinki (Gunnar Matthiessen)	12	1248
Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. Ein Beitrag zur Analyse der EWG (Dietmar Goralczyk)	12	1268

Geschichte und Zeitgeschichte

Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (Reinhard Opitz)	1	13
Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz? (Gerhard Stuby)	1	59
Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (II) (Reinhard Opitz)	2	166
Zur militärischen und politischen Entwicklung in Indochina (Gabriele Sprigath)	2	182
Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (III) (Reinhard Opitz)	3	294
Der italienische Neofaschismus (Bernhard Pfletschinger)	4	366
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (Hans-Dieter Bamberg)	4	384
50 Jahre Rapallo (Iwan Kobljakow)	5	450
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (II) (Hans-Dieter Bamberg)	6	616
Der Warschauer Vertrag und die politische Wirklichkeit der BRD. Politisch-rechtliche Grundlagen und praktische Konsequenzen (Tadeusz Walichnowski)	7	681
Redaktioneller Anhang: Übersicht über Patenschaften von Ländern, Kreisen und Kommunen der BRD über landsmannschaftliche Organisationen	7	686
Lehren der 30er Jahre für die europäische Sicherheit (Iwan Maiski)	8	797
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (Roderich Wahsner)	9	928
Zur Rolle der Armee in Marokko. Hintergründe der Putschversuche (Bassam Tibi)	9	941
Zur neueren Entwicklung in Argentinien (Karl Heinz Fuchs, Peter Hiedl und Christel Streubel)	10	1064
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (II) (Roderich Wahsner)	10	1100
Die Hilfstruppen des F. J. Strauß. Von der „Deutschen Union" bis zur „Aktion Widerstand" (Wolfgang Krutz)	11	1157
Zehn Jahre unabhängiges Algerien. Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (Winfried Veit)	11	1185
Pfarrer und Kommunisten (Heinrich Werner)	11	1203

Bildungs- und Kulturpolitik

Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz? (Gerhard Stuby)	1	59
Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" sowie zur Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972	2	124
Militarisierungstendenzen im Bildungswesen (Horst Bethge)	2	192
Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" sowie zur Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972 (II)	3	246
Ein Appell an die demokratische Intelligenz (Georg Fülberth)	5	455
Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft (Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfing)	5	476
Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen (Paul Neuhöffer)	6	571
Umfrage zur Hochschulpolitik (I). (Beiträge von Rolf Rendtorff und Uwe Wesel)	6	634
Plädoyer für einen Pluralismus der Wissenschaft (Walter Jens)	7	721
Wissenschaft und Hochschule im demokratischen und sozialen Rechtsstaat (Reinhard Kühnl)	7	727
Umfrage zur Hochschulpolitik (II). (Beiträge von Gustav Obermair, Gerhard Stuby, Hans Walter Schulten und Winfried Kümpel)	7	733
Wehrkunde — Militär in den Schulen (Winfried Schwamborn u. Thomas Schmitt)	8	815
Pädagogische Technologie — Wissenschaft oder Manipulation (Falk Rieß)	8	877
Wehrkunde — Militär in den Schulen (II) (Winfried Schwamborn und Thomas Schmitt)	9	971

	Heft	Seite
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	10	1084
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (II) (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	11	1195
Pfarrer und Kommunisten (Heinrich Werner)	11	1203
Zur bildungspolitischen Situation in der BRD (Matthias Albrecht und Hans-Rainer Kaiser)	12	1297

Gesellschaftspolitik

Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (Reinhard Opitz)	1	13
Wissenschaftlich-technische Revolution im Spätkapitalismus) (Karl Theodor Schuon)	1	76
Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (II) (Reinhard Opitz)	2	166
Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs (III) (Reinhard Opitz)	3	294
Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft. Zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des neuen Verfassungsgerichtspräsidenten (Paul Oehlke)	3	315
Strukturwandel der ärztlichen Praxis. Ein Beitrag zur Soziologie medizinischer Institutionen (Hans-Ulrich Deppe)	3	324
Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft (II) (Paul Oehlke)	4	417
Das gemeinsame Programm der französischen Linken (Werner Goldschmidt)	8	792
Die „freiheitliche demokratische Grundordnung" und ihre Verteidigung (Axel Azzola)	8	802
Umwelt und Umweltschutz im Spätkapitalismus (Volker Ronge)	8	831
Systemvergleiche in der Umwelt-Diskussion (Gerhard Kade)	8	847
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (Roderich Wahsner)	9	928
Ursachen und Funktion der kommunalen Finanznot (Hartmut Häußermann)	9	960
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	10	1084
Verfassungswandel im Interesse des Kapitals. Am Beispiel der Artikel 12 und 12 a GG (II) (Roderich Wahsner)	10	1100
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (II) (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	11	1195
Sozialliberale oder demokratische Politik (Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz)	12	1255

Wirtschaft

Der italienische Neofaschismus (Bernhard Pfletschinger)	4	366
Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis (Rainer Rilling)	4	424
Pugwash-Konferenz für europäische Kooperation (Wilfried v. Bredow)	5	454
Zur politischen Ökonomie der EWG (Axel Vielau)	5	459
Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Iwan Iwanow)	5	471
Zur gesamteuropäischen Kooperation (Wilfried v. Bredow)	6	578
Umrisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa (Dshermen Gwischiani)	6	585
Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel (Rainer Rilling und Hartmut Sychla)	6	598
Aspekte der politischen Ökonomie der USA und Lateinamerikas (Manfred Clemenz)	7	701
Schlacht um die Marktwirtschaft? (Kurt Wand)	8	799
Umwelt und Umweltschutz im Spätkapitalismus (Volker Ronge)	8	831
Systemvergleiche in der Umwelt-Diskussion (Gerhard Kade)	8	847
Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel (II) (Rainer Rilling und Hartmut Sychla)	8	862
CDU/CSU und Stabilität (Dirk Ipsen)	10	1044
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	10	1084

	Heft	Seite
Der Andenpakt. Ein Bündnis gegen Unterentwicklung und Vorherrschaft ausländischen Kapitals (Dieter Boris und Aline Frambes-Alzérreca)	11	1172
Zehn Jahre unabhängiges Algerien. Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (Winfried Veit)	11	1185
Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (II) (Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar)	11	1195
Sozialliberale oder demokratische Politik (Paul Neuhöffer und Reinhard Opitz)	12	1255
Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Integration kapitalistischer Staaten. Ein Beitrag zur Analyse der EWG (Dietmar Goralczyk)	12	1268
Internationales Kapital in Namibia (Südwestafrika) (Eduardo de Sousa Ferreira)	12	1315

Aus ausländischen Zeitschriften

Probleme der Leitung und Organisation in der bürgerlichen Soziologie (Nikolai W. Nowikow)	11	1215
Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren (Grigori Sogomonjan)	12	1324

Chronik

Chronik des Monats Dezember 1971	1	1
Chronik des Monats Januar 1972	2	113
Chronik des Monats Februar 1972	3	225
Chronik des Monats März 1972	4	341
Chronik des Monats April 1972	5	445
Chronik des Monats Mai 1972	6	561
Chronik des Monats Juni 1972	7	673
Chronik des Monats Juli 1972	8	789
Chronik des Monats August 1972	9	905
Chronik des Monats September 1972	10	1017
Chronik des Monats Oktober 1972	11	1133
Chronik des Monats November 1972	12	1245

Fernsehspalte

Glotz-Bewußtsein (E. H. Wahl)	1	100
Dompteusen-Beschimpfung (E. H. Wahl)	2	216
„Akzente anders gesetzt" (E. H. Wahl)	5	530
Spionageschnulze (E. H. Wahl)	11	1231
Marginalien zur ZDF-Ideologie (E. H. Wahl)	11	1231
Marginalien zur ZDF-Ideologie (II) (E. H. Wahl)	12	1338

Besprochene Bücher

Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa (Frank Deppe)	5	520
Alois Andiel, Politische Bildung und private Macht (Lorenz Knorr)	4	432
Gerhard Bessau/Eberhard Dähnle/Harl Heinz Heinemann/Heinz Jung, Inflation heute (Wilhelm M. Breuer)	11	1225
Hermann Giesecke, Die Jugendarbeit (K. Josef Pieper)	10	1118
Wilfried Gottschalch/Marina Neumann-Schönwetter/Gunter Soukup, Sozialisationsforschung. — Hedwig Ortmann, Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg (Richard Kelber)	9	997
Walter Grab, Eroberung oder Befreiung? — Walter Grab / Uwe Friesel, Noch ist Deutschland nicht verloren (Reinhard Kühnl)	12	1340
Wilhelm G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik (Wolfgang Abendroth)	4	430
Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Fußnoten (Fred Wilm)	11	1227
Wolfgang Fritz Haug, Kritik der Warenästhetik (Günter Giesenfeld)	5	526
Robert L. Hess, Ethiopia (Volker Janßen)	6	646
Gerd E. Hoffmann, Computer-Steckbrief (Manfred Bosch)	9	1002
Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel (Hans-Georg Burger)	10	1115
Dietrich Kirschenmann, „Gesetz" im Staatsrecht und in der Staatsrechtslehre der NS (Karl Ihmels)	8	892
Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft (Burkhard Rosenau)	6	644

	Heft	Seite
Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung (Wilfried v. Bredow)	12	1339
Herbert Meißner, Konvergenztheorie und Realität (Frank Niess)	6	649
Jutta Menschik, Gleichberechtigung oder Emanzipation? (Claudia Pinl)	1	101
Peretz Merchav, Die israelische Linke (Dan Diner)	12	1342
Walter Möller / Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa (Wilfried v. Bredow)	11	1223
Ernst Nolte, Universitätsinstitut oder Parteihochschule? (Julia Nowotny)	1	102
Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen (Richard Albrecht)	10	1120
Wolfram Wette, Kriegstheorien deutscher Sozialisten (Klaus Bothe)	8	890

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

1/103, 2/214, 3/338, 4/434, 5/528, 6/651, 7/757, 8/893, 9/1006, 10/1125, 11/1229, 12/1345.

Dokumente zum Zeitgeschehen

	Heft	Seite
Kommuniqué der Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 30. November und 1. Dezember 1971 (Wortlaut)	1	105
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 9. und 10. Dezember 1971 in Brüssel (Wortlaut)	1	106
Die Landtagswahlen in der Bundesrepublik und in Westberlin im Jahre 1971	1	111
Prager Deklaration über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 26. Januar 1972 (Wortlaut)	2	217
Erklärung des Brüsseler Konsultativtreffens vom 11. bis 13. Januar 1972 (Wortlaut)	2	221
Offener Brief an Willy Brandt: Soldaten fordern Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau	2	222
Aufforderung zum Dialog, veröffentlicht vom Sekretariat zur Vorbereitung des Forums Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vom 2. bis 5. Juni 1972 in Brüssel (Wortlaut)	4	435
Erklärung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (Wortlaut)	4	441
Gründungsmitteilung der „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland" (Wortlaut)	4	444
Gutachten von Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus (Wortlaut)	5	531
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen (Wortlaut)	5	553
Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Irak vom 9. April 1972 (Wortlaut)	5	556
Öffentlicher Appell an die Bundesregierung für die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) (Wortlaut)	5	559
Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA vom 29. Mai 1972 (Wortlaut)	6	653
Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der ABM-Systeme vom 26. Mai 1972 (Wortlaut)	6	655
Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung von Offensivwaffen vom 26. Mai 1972 (Wortlaut)	6	658
Protokoll zum Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA vom 26. Mai 1972 (Wortlaut)	6	661
Entschließung von Bundestag und Bundesrat anläßlich der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (Gemeinsame Erklärung) (Wortlaut)	6	662
Erklärung des Forums der Öffentlichkeit für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel vom 2. bis 5. Juni 1972 (Wortlaut)	6	664
Entwurf der Innenministerkonferenz für eine „Treueerklärung" aller Bewerber für den öffentlichen Dienst vom 28. April 1972 (Wortlaut)	6	667
Erklärung des Vorstandes der Vereinigung Demokratischer Juristen zur Fortdauer der Behinderungen im öffentlichen Dienst vom 31. Mai 1972 (Wortlaut)	6	670
Erklärung von Prof. D. Helmut Gollwitzer vom 29. Mai 1972 zu den Bombenanschlägen in der BRD (Wortlaut)	6	671

	Heft	Seite
Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 sowie damit im Zusammenhang stehende weitere Erklärungen und Dokumente (Wortlaut)	7	759
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971 (Wortlaut)	7	769
Vereinbarung zwischen dem Senat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 20. Dezember 1971 (Wortlaut)	7	778
Vereinbarung zwischen dem Senat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch vom 20. Dezember 1971 (Wortlaut)	7	782
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 30. und 31. Mai in Bonn (Wortlaut)	7	784
Politische Erklärung der Mitgliederversammlung des „Bundes Demokratischer Wissenschaftler" am 2. Juli 1972 in Marburg (Wortlaut)	7	787
Resolution der Mitgliederversammlung des „Bundes Demokratischer Wissenschaftler" am 2. Juli 1972 in Marburg zu Versuchen der Diskriminierung kritischer Intellektueller (Wortlaut)	7	787
Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 28. Juni 1972 (Wortlaut)	8	895
Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 26. Juni 1972 (Auszüge)	8	898
Resolution und Grundsätze der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen vom 5.—16. Juni 1972 in Stockholm (Wortlaut)	9	1007
Aufruf zum Kongreß „Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" am 12.—14. Januar 1973 (Wortlaut)	10	1128
Militärs in der Industrie (Bekanntgewordene Fälle)	10	1131

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Meine neue Anschrift lautet ab .....

Name ..... Vorname .....

Ort ( ) ..... Straße .....

.....
(Unterschrift)

	Heft	Seite
Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 26. Juni 1972 (Auszüge II)	9	1011
Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom 26. Oktober 1972 über das mit den Vereinigten Staaten ausgehandelte Neunpunkteabkommen und über die Vereinbarungen bezüglich seiner Inkraftsetzung (Wortlaut)	11	1232
Gutachtliche Stellungnahme der Professoren Dr. jur. Wolfgang Abendroth und Dr. jur. Gerhard Stuby zum Rechtsstreit zwischen SPD und SHB über die Führung des Namens „sozialdemokratisch" (Wortlaut)	11	1237
Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler zur Entlassung von Prof. Joseph Beuys durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Wortlaut)	11	1243
Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, paraphiert am 8. November 1972	12	1346
Dokumente und Erläuterungen, die mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR in Zusammenhang stehen . .	12	1347
Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, veröffentlicht am 9. November 1972	12	1360

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

DEPPE, Prof. Dr. Frank, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KOSTKO, Juri,* geb. 1922, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Autor einer Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen zu den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit. *** *IPSEN, Dirk,* geboren 1939 in Königsberg, Studium der Volkswirtschaft in München und Berlin, ist zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Darmstadt tätig. *** *ALBRECHT, Prof. Dr. Ulrich,* geb. 1941 in Leipzig, Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich 15 (ehem. Otto-Suhr-Institut) der FU Berlin. Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Waffen für die Dritte Welt (zusammen mit Birgit A. Sommer), Reinbek 1972. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAUSTEIN, Hans,* geb. 1947 in Zwickau, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg. *** *DANIELS, Ulrich,* geb. 1947 in Düsseldorf, nach dem Abitur Buchhändlerlehre, seit 1970 Studium der Germanistik, Geschichte und Publizistik an der FU Berlin. Mitarbeiter an der Historisch-kritischen Heine-Ausgabe, deren erster Band im Herbst 1972 erschienen ist. *** *KRAUSE-VILMAR, Dietfrid,* geb. 1939 in Marburg, studierte Politik, Geschichte und Erziehungswissenschaften in Frankfurt und Marburg, derzeit wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft, in Marburg. *** *SCHMITT, Hanno,* geb. 1942 in Marburg, studierte Germanistik, Politik und Erziehungswissenschaft in Marburg und München, danach Referendar und Lehrer an Gymnasien und Berufsschulen, derzeit Studienrat im Hochschuldienst am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft, in Marburg. *** *MELNIKOW, Anatoli,* geb. 1930, Professor der Geschichtswissenschaften in Leningrad. *** *ZONOW, Sergej* (Pseudonym für Borko, Juri), geb. 1931, Kandidat der Geschichtswissenschaften, arbeitet am Institut für wissenschaftliche Information der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leiter der Abteilung für Gesellschaftswissenschaft. *** *GÖBEL, Michael,* geb. 1949 in Plittershagen (Siegerland), Studium der Rechtswissenschaft in Gießen, derzeit Gerichtsreferendar in Bremen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein „Appell an die Frauen in der Bundesrepublik" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Gedanken zur politischen Arbeit in der Schule

Von Dietfrid Krause-Vilmar und Hanno Schmitt

In den vergangenen Jahren ist vielfach der Eindruck entstanden, daß die politischen Kräfteverhältnisse in den Schulen einer Veränderung traditioneller Lernformen und Lerninhalte sowie einer Aufhebung der klassenbedingten Organisationsstrukturen nicht ungünstig gegenüberstehen: vor allem in sozialdemokratisch regierten Bundesländern gaben sich die Kultusminister gegenüber reformfreudigen Lehrern wohlwollend und aufgeschlossen; die erziehungswissenschaftliche Diskussion hatte hier und dort bereits die realen Schranken für eine Veränderung der Schule hinter sich gelassen und war dazu übergegangen, Einzelprobleme künftiger Schul- und Lernpraxis anzuvisieren; die Studentenbewegung, von der auch einige Schulen erfaßt wurden, hatte antikapitalistische Strategien für den schulischen Bereich entwickelt und sogar zu organisatorischen Vereinigungen (wie z. B. dem „Sozialistischen Lehrerbund") geführt.

Inzwischen wissen wir, daß dieser erste Eindruck sich nicht bestätigt hat und daß bei manchen Lehrern Unsicherheit und Resignation aufgekommen ist. Andererseits herrschen bei vielen Lehrerstudenten aufgrund der im Studium institutionalisierten Absonderung von der Schulpraxis abstrakte und die gegenwärtigen Arbeitsmöglichkeiten überschätzende Vorstellungen.

Angesichts dieser resignativen Tendenzen in der Berufspraxis und gewisser illusionärer Vorstellungen bei in der Ausbildung sich befindenden Lehrerstudenten scheint eine Diskussion über die gegenwärtigen Chancen politischer Arbeit in der Schule dringend geboten. Zu dieser Diskussion möchten die folgenden Überlegungen und Einschätzungen beitragen. Sie versuchen in erster Linie einen lokal beschränkten Erfahrungszusammenhang zu bilanzieren und zu verallgemeinern — um damit kritikfähige Voraussetzungen zu schaffen, von denen aus weitergegangen werden kann und weitergegangen werden muß. Es mag sein, daß diese Bilanz hinsichtlich der Möglichkeiten zu bescheiden ausgefallen ist. Um so besser, wenn die Kritik diese von uns markierten Grenzen der politischen Arbeit in der Schule aufheben kann.

Dabei sehen wir die größte Schwierigkeit in der konkreten Vermittlung der theoretisch richtig erkannten Notwendigkeit der Veränderung der Erziehung von Grund auf und damit auch der institutionalisierten Erziehungsformen (wie sie im historischen Prozeß der absoluten Sonderung etwa des Gymnasiums von der Sphäre der materiellen Produktion ihren Ausdruck gefunden haben) mit dem unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Gymnasien allein möglichen demokratischen Reformkurs. Wenn auch die endgültige Aufhebung kapitalistischer Erziehungsverhältnisse erst mit der Aufhebung der ihnen zugrundeliegenden Bedingung, der kapitalistischen Produktion selbst, möglich wird, so ist doch *eine* der Voraussetzungen für diesen Akt die Bereitschaft und die Fähigkeit derjenigen, die unter diesem gesellschaftlichen System an der freien Entwicklung ihrer Individualität gehindert werden, die Veränderung der Gesellschaft von Grund auf praktisch anzugehen.

Während in der Sphäre der materiellen Produktion die organisierte Arbeiterbewegung in der Herausbildung und Vervollkommnung des Klassenkampfes (von Demonstrationen, spontanen und geregelten Streiks bis zu temporären Fabrikbesetzungen) dieses Problem praktisch angehen konnte und täglich angeht und dabei sicher sein kann, daß der damit eingeschlagene Weg der Selbstbewußtwerdung verlängert bzw. verbreitert werden muß, ist es für die im immateriellen Bereich tätigen Kopfarbeiter ungleich schwieriger, eine an den sozialen Kämpfen der Arbeiterbewegung orientierte Handlungsstrategie zu entwickeln.

Die Geschichte der Lehrerbewegung zeigt deutlich, wie glänzend es dem bürgerlichen Staat (und ganz besonders seiner faschistischen Variante) gelungen ist, die übergroße Majorität der Lehrer als brauchbare Funktionsträger einer systematischen Klassenüberfremdung der Lohnabhängigen einzusetzen. Der privilegierte Beamtenstatus (welcher die Lage des stets unsicher in seinem Arbeitsverhältnis stehenden Lohnarbeiters in Produktion und Zirkulation leicht vergessen lassen kann), die Entfernung des Lehrers von der materiellen Produktion und (heute:) sein relativ zu seinem Status als Lohnabhängigem gutes Einkommen verstärken diese Tendenz.

Im Unterschied zu gewissen Erscheinungen der ersten Phase der revolutionären Nachkriegskrise in der Weimarer Republik [1]) und zu Verhältnissen in politisch anders strukturierten kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart (z. B. Frankreich und Italien [2])) ist die Lage in der BRD dadurch gekennzeichnet, daß weder Arbeitsinteressen wirkungsvoll dem bürgerlichen Ausbildungssektor entgegengehalten [3]) werden (geschweige denn diesen bedrohen), noch die Bündnisfähigkeit der in der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) organisierten Lehrer, für die es inzwischen erste Ansätze [4]) gibt, ernsthaft unter Beweis gestellt worden ist.

Es ist eine Folgeerscheinung dieser Situation, daß sich für fortschrittliche [5]) Lehrer das Problem der konkreten Vermittlung ihrer politischen Arbeit nach zwei Seiten hin stellt: zum einen nach der Seite der analytisch als richtig erkannten Zielvorstellung, über die am Schluß etwas gesagt wird, und zum andern gegenüber seinen Kollegen am Arbeitsplatz Schule.

I

Wenn es auch richtig ist, daß arbeitende Lehrergruppen aus der konkreten Analyse ihrer je spezifischen schulpolitischen und gewerkschaftlichen Bedingungen

---

1) Vgl. Gisela Griep, Gewerkschaftliche Entwicklungstendenzen in der deutschen Lehrerschaft 1920/1921. In: Autorenkollektiv, Beiträge zur Bildungspolitik und Pädagogik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise 1918—1923, Teil 2 (Monumenta Paedagogica, Band V), Berlin 1968, S. 244—281.

2) Vgl. z. B. Il Manifesto, Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik (Internationale Marxistische Diskussion 25). Berlin 1972. Auch das gemeinsame Regierungsprogramm der PCF und der PS vom 27. Juni 1972 fordert die „Umgestaltung des ganzen Schulsystems" sowie „soziale Maßnahmen großen Umfanges . . ., die in erster Linie den Arbeiterfamilien und den Familien mit geringem Einkommen zugute kommen sollen."

3) Besonders augenfällig zeigt sich dieser Sachverhalt im berufsbildenden Schulwesen. Vgl. Martin Baethge, Ausbildung und Herrschaft — Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik. Frankfurt 1970. — Auch die Forderung nach einem Berufsgrundbildungsjahr ist nicht nur angesichts der Tatsache, daß führende Industrievertreter ihrer Realisierung (wenn auch in modifizierter Form) nunmehr zustimmen, sondern auch aufgrund der ihr innewohnenden Halbheit als ambivalent einzuschätzen. Vgl. dazu Helmut H. Krüger, Das Berufsgrundbildungsjahr führt in den Beruf. Bilanz der Reform der beruflichen Bildung durch die sozialliberale Koalition. In: „Frankfurter Rundschau" v. 25. 9. 1972, S. 10.

4) Vgl. Erich Frister, Gewerkschaft und Wissenschaft. In: „Blätter", 3/71, S. 288—294. In diese Richtung weisen auch die Sonderseiten des GEW-Organs auf Bundesebene „Erziehung und Wissenschaft" der Hefte 8—11 (1972).

5) Die Unterscheidung zwischen fortschrittlichen und reformwilligen bzw. gesellschaftskritischen Lehrern ist vom Sprachgebrauch her sicher anfechtbar, ihr liegt aber eine reale, politische Differenz zugrunde. Unter fortschrittlich verstehen wir den Versuch, das eigene Handeln in Schule und Unterricht im Zusammenhang mit der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft und den daraus resultierenden Klassenauseinandersetzungen zu sehen und an den Interessen der lohnabhängig Arbeitenden zu orientieren.

ihre Schritte sich selbst erarbeiten und erkämpfen müssen und daß es wahrscheinlich für politische Verallgemeinerungen noch zu früh ist, so ist es doch möglich, einige Erfahrungen, von denen angenommen wird, daß sie allgemein gelten, zur Diskussion zu stellen.

Bei der Frage nach den Möglichkeiten politischer Praxis von Lehrern unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz Schule muß zunächst von der Tatsache ausgegangen werden, daß in aller Regel fortschrittliche Lehrer sich in einer klaren Minderheitenposition gegenüber einem weithin konservativen, an der Veränderung der Schule wenig interessierten Kollegium befinden.

Die Außenseiterposition bringt es mit sich, daß jegliche Aktivität, die auf Veränderung des Status quo abzielt, vor folgendem Dilemma steht: einerseits muß es gelingen, Schritt für Schritt aus der Isolation einer kleinen, bestenfalls geduldeten Gruppe zu einer im Kollegium anerkannten und daher politisch wirkungsvollen Stellung zu kommen; andererseits wird das unvermeidbare Hervortreten schulpolitischer Gegensätze zwischen der Mehrheit der konservativen Kollegen und der fortschrittlichen Minderheit meist deren Isolation verschärfen. Es gilt dabei, sowohl die Anpassung wie die Isolation als zwei Extreme einer unpolitischen Haltung zu vermeiden. Einmal befinden sich die wenigen fortschrittlichen Individuen, je stärker ihre Isolation und damit die Polarisierung des Kollegiums vorangeschritten ist, mehr und mehr in der Gefahr, ihre richtigen inhaltlichen Vorstellungen — etwa in einer Konferenz — der Majorität des Kollegiums nicht mehr vermitteln zu können [6]). Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, daß sie, durch solche Vereinzelungserfahrungen bestärkt, nach einer Anzahl vergeblicher Versuche, durch unreflektierte und unvorbereitete Alleingänge (die bekannten Husarenritte) Veränderungen zu erreichen, gänzlich schweigen in der voreiligen und falschen Annahme, daß „ja doch nichts zu machen ist". Politische Resignation in Form von Anpassung bzw. fruchtlose Donquichotterie sind bis heute leider meist der Schlußstrich unter einige, die eigene Minderheitenposition im Kollegium nur unzureichend reflektierende Veränderungsversuche am Arbeitsplatz Schule [7]).

Eine weitere Frage ist, welche Zugeständnisse an konservative Mentalitäten zur Sicherung und Erweiterung der eigenen Position sinnvoll und vertretbar sind [8]) — wobei derartige Entscheidungen unter fortschrittlichen Lehrern diskutiert und geklärt werden müssen. Klar sollte sein, daß hier nicht der Anbiederung an Mehrheitsmeinungen im Kollegium aus sogenannten „taktischen Gründen" das Wort geredet wird, denn es ist politisch unergiebig, zunächst mit einer „Tarnkappe" herumzulaufen, um dann nach einiger Zeit sein „wahres Gesicht" zu zeigen — ganz abgesehen davon, daß Personalakte und andere noch weniger berechenbare Informationskanäle Vorgesetzte, Kollegium und Schüler in der Regel in aller Ausführlichkeit informieren, besonders im Falle fortschrittlicher Lehrer. Diese falsche Auffassung, man könne oder solle sich für eine Übergangszeit „eingraben", findet sich oft bei Lehrern in Ausbildung und bei Lehrer-

6) Man kennt das betroffene Schweigen in Konferenzen, wenn ein neuer, engagierter Kollege klare Positionen bezieht.

7) *Koch hat die Bedeutung der Lehrerausbildung* für diese Haltung empirisch nachgewiesen: „Das Studium an der Universität bzw. an der Pädagogischen Hochschule bleibt, was wesentliche berufsbezogene Einstellungen der Lehramtskandidaten anbetrifft, weitgehend Episode. Es werden während dieser Zeit keine Einstellungen aufgebaut, die gegenüber den Einflüssen, denen der junge Lehrer bereits unmittelbar zu Beginn seiner Berufspraxis ausgesetzt ist, auch nur einigermaßen resistent wären." Vgl. J.-J. Koch, Lehrer — Studium und Beruf. Einstellungswandel in den beiden Phasen der Ausbildung. Ulm 1972, S. 164.

8) Undiskutiert bleiben an dieser Stelle Fragen wie: Welche Auswirkungen hat ein individuelles Unterlaufen des schulischen Leistungsprinzips durch „*milde*" *Notengebung für den politischen Handlungsspielraum* fortschrittlicher Lehrer? Sind Schüler per se Verbündete fortschrittlicher Lehrer? Welchen politischen Stellenwert hat ein liberal-antiautoritärer Unterrichtsstil in einem durch Klassenschranken bestimmten Schulsystem?

studenten und dient auch nicht selten der Rationalisierung eines bereits anlaufenden Anpassungsprozesses. Politische Enthaltsamkeit ist aber gerade während der berufspraktischen Ausbildung völlig unangebracht, da künftig kaum mehr mit einer breiteren Basis und ansprechbareren Mentalität zu rechnen ist. Darüber hinaus kann gar nicht überschätzt werden, von welcher Wichtigkeit eine politisch aktive Auseinandersetzung mit undemokratischer und unsozialer Realität innerhalb der Ausbildung und Lehrerpraxis für das Lernen politisch richtigen und weiterführenden Verhaltens ist.

Möglichkeiten zur Entfaltung von Aktivitäten sind in Fülle vorhanden. Dabei wird in der Diskussion um eine berufsperspektivische Orientierung des Lehrerstudiums unseres Wissens viel zu wenig auf die Verhältnisse in der zweiten Phase aufmerksam gemacht. Beispielsweise führen seit 1969 sowohl Referendare als auch apl. Lehrer fast aller Bundesländer einen verstärkten Kampf in und außerhalb der GEW für eine Demokratisierung ihrer berufspraktischen Ausbildung [9]), die im Falle der gymnasialen Studienseminare aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammt und z. B. in Hessen auch auf die Grund- und Hauptschullehrerausbildung übertragen wird.

Mit der Übernahme der vollen Unterrichtsbelastung besteht das Problem unter anderem darin, möglichst relevante Fragestellungen in die Diskussion einzuführen und eine fortschrittliche Schulpolitik anzustreben, möglichst ohne dabei den notorisch auftretenden Verketzerungen zum Opfer zu fallen. Das kann konkret z. B. heißen: Gezielte Kooperation mit reformwilligen und pädagogisch aufgeschlossenen Kollegen, z. B. durch den Austausch von Unterrichtsmaterialien oder den gemeinsamen Versuch einer gezielten Förderung von durch das Schulsystem benachteiligten Schülern; Abstimmung von Anträgen in der Konferenz, gemeinsames Vorgehen bei Versetzungskonferenzen, Kompromiß- und Diskussionsbereitschaft.

Wichtig scheint uns in diesem Zusammenhang, daß keineswegs von einer Zweiteilung des Kollegiums in fortschrittliche und konservative Kollegen auszugehen ist. Man muß sich vergegenwärtigen, daß sehr viele Lehrer „ihre Geschichte einer gescheiterten pädagogischen Idee" haben [10]), d. h. ihr angepaßtes Verhalten kann sozialpsychologisch erklärt werden und ist nicht immer identisch mit einer bewußten Ablehnung fortschrittlicher Erziehungsziele. Die Unfähigkeit, gescheiterte persönliche Reformanstrengungen im Zusammenhang von kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu sehen, ist nicht zuletzt durch das Fehlen eines ausreichenden erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiums für Lehrer bedingt. Ansätze zur Zusammenarbeit werden nur dann Aussicht auf Erfolg im Sinne einer Verbreiterung der Basis haben, wenn fortschrittliche Lehrer nicht nur in den Diskussionen radikale Thesen vertreten, sondern in der gesamten Schul- und Unterrichtspraxis ein Minimum an bürgerlicher Solidität sich erhalten. Die Bereitschaft, vertretbare Zusatzfunktionen zu übernehmen, gehört hierzu ebenso wie die notwendige Unangreifbarkeit in disziplinar- und beamtenrechtlichen Fragen. Ein Engagement, das die gesellschaftlichen Bedingungen für Schülerverhalten reflektiert und aufzeigt, muß ebenso selbstverständlich sein wie Hilfestellung und Zusammenarbeit mit Schülergruppen.

[9]) Wichtige Informationen und Analysen über die Konflikte von Referendaren bieten die Beiträge in: „Gesellschaft und Schule", Heft 02 (November 1970). Hrsg. v. GEW-Fachgruppe Gymnasium, und der Beitrag vom GEW-Kollektiv/Marburg, Bildung und Ausbildung. Referendarausbildung und Studienseminar. In: „marburger blätter" 22 (1972), Heft 1.

[10]) Vgl. diejenige des Lehrers Lampe, in: Peter Schneider, Bericht über eine Berliner Volksschule. In: „Kursbuch" 24, Juni 1971, Seite 66.

Eine zentrale Stellung nimmt der eigene Unterricht ein [11]). Politische Praxis am Arbeitsplatz Schule wird nur dann perspektivisch Erfolgsaussichten haben, wenn sie durch einen politisch bewußten und soweit wie möglich erziehungswissenschaftlich und fachwissenschaftlich fundierten Unterricht, der die soziale Lage und Bedürfnisse der Schüler zu berücksichtigen hat, begleitet wird [12]).

Trotz aller Bemühungen zur Zusammenarbeit mit Kollegen und trotz reflektierten unprovokativen Verhaltens am Arbeitsplatz wird es immer wieder, gerade nach den Januarbeschlüssen der Ministerpräsidenten [13]), zu Konflikten mit Dienststellen, Kollegen und einzelnen Eltern kommen. Teilweise werden diese Konflikte gezielt von außen, etwa durch Leserbriefe rechts stehender Lokalpolitiker in der örtlichen Presse, in die Schule hineingetragen [14]). Eine Reaktion darauf ist in derartigen Fällen besonders schwierig, da die wirklichen politischen Motive ungenannt bleiben und Leserbriefdiskussionen durch lokale Zeitungsredaktionen leicht manipulierbar sind.

Erste Erfahrungen mit diesen Praktiken zeigen, daß eine Stützung angegriffener Lehrer durch Gegenaktivitäten auf den unterschiedlichsten Ebenen (Leserbriefe von anerkannten Persönlichkeiten, sofortige Einberufung der Elternversammlung und Zurückweisung der Angriffe, Anforderung von wissenschaftlichen Gutachten, Unterstützung durch reformwillige gesellschaftliche Organisationen wie z. B. Gewerkschaften) eher Erfolgsaussichten hat, wenn beispielsweise der angegriffene Unterrichtsinhalt sowohl durch den Lehrplan als auch erziehungs- und fachwissenschaftlich legitimiert werden kann.

Die beste und effektivste Absicherung in Konfliktfällen ist jedoch meist die Unterstützung durch das Kollegium, insbesondere aber durch den Personalrat der Schule. Eine Funktionsbestimmung der Personalräte ergibt notwendig, daß kritische Lehrer keinesfalls auf Aktivitäten innerhalb des Personalvertretungsgesetzes verzichten dürfen, wenn ihre gesamten schulreformerischen Ziele nicht durch den erstbesten Angriff rechter Diffamierung eliminiert werden sollen.

Aus dem bisher Gesagten neigen wir zu der Annahme, daß — von insularen Ausnahmefällen abgesehen — politische Praxis von Lehrern an ihrem Arbeitsplatz Schule über eine radikale Wahrnehmung der in den meisten Reformprojekten liegenden Chancen gegenwärtig nicht hinausgehen wird. Die aktive Wahrnehmung der Reformen im Schulbereich ermöglicht es überhaupt erst, in das Schul-

---

11) Auf die inzwischen relativ zahlreich vorliegenden antikapitalistischen Unterrichtsmodelle (eine umfängliche, wenn auch nicht ganz vollständige Zusammenstellung findet sich im „Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes", Ausgabe 11 [September 1972]) kann hier nicht eingegangen werden. Ein Problem besteht darin, daß für die hierbei verwandten antikapitalistischen Lerninhalte die formalen Lernstrukturen des Unterrichts überwunden werden müssen.

12) Auf die von Helmut Frohn, Kooperation mit Eltern: Chance für einen demokratischen Unterricht. In: „betrifft: erziehung" 4 (1971) S. 36—39 entwickelten Vorstellungen sei ausdrücklich verwiesen. Sie haben in unserem Zusammenhang eine besondere Bedeutung und können akzeptiert werden, wenn sie nicht als Anleitung zum Einzelkampf, sondern im Zusammenhang kollektiver politischer Praxis verstanden werden. Seine Einschätzung der Elternarbeit wird allerdings durch die Tatsache relativiert, daß gerade mittelständische Eltern mit konservativen Anschauungen (Ärzte, Rechtsanwälte, Studienräte u. ä.) zu Elternvertretern gewählt werden und damit durchaus zu einflußreichen Gegnern demokratischer Unterrichtsinhalte werden können.

13) Vgl.: Stellungnahmen von Juristen zu den von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst". In: „Blätter", 2/72 und 3/72. Eine wenn auch keineswegs vollständige Sammlung von Fällen befindet sich in: Autorenkollektiv: Arbeitsgemeinschaft Lehrerkonflikte Göttingen, Sozialistischer Lehrerbund Frankfurt, Sozialistisches Büro Offenbach: Materialien zum Berufsverbot, Reihe Roter Pauker. Offenbach 1972.

14) Eine Variante dieses Konflikttyps dokumentiert: Autorenkollektiv: Projektgruppe „Sprache und Konflikt" (Kommission zur Reform der Hessischen Bildungspläne) — GEW Fachgruppe — Gymnasium, Hessen — Informationszentrum Schule (IZS), Marburg — Verband Hessischer Studienreferendare (VHS): Der emanzipierte Konflikt betritt Studienseminar und Schule in Marburg/Lahn, in: „Gesellschaft und Schule", Heft 2, 1971, Seite 59—63.
Difamierungen und Verketzerungen fortschrittlicher Lehrer sind übrigens keine Neuerscheinung in Deutschland. So dokumentieren schon Zeitschriften wie „Die Neue Erziehung" (Organ des Bundes Entschiedener Schulreformer) und der „Sozialistische Erzieher" (Zeitschrift der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands) ab 1919 bzw. 1920 die Drangsalierung von Lehrern wegen ihrer politischen Gesinnung.

system die Artikulation von Interessen der Lohnabhängigen eingehen zu lassen, während ihre Realisierung in diesem Rahmen nicht erwartet werden kann. Der dann notwendig einsetzende Prozeß des Scheiterns dieser aktiven Reformansätze kann dazu verhelfen, daß einigen Beteiligten die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft und der Klassencharakter der Schule sichtbar werden. Zudem ist diese „Reformarbeit" in der jeweiligen Einzelschule notwendig, wenn die ideologische Ausrichtung von Schülern im Sinne der herrschenden Klasse überhaupt einmal durchbrochen werden soll. Auch müssen erfolgreiche Aktivitäten in den bildungspolitischen Topgremien unwirksam bleiben, wenn das Problem der Umsetzung demokratischer Reformansätze in der Schule nicht gelöst wird: dies ist aber unter den bestehenden Bedingungen u. a. erst nach konsequenter Aufklärungsarbeit fortschrittlicher Lehrer mit dem Ziel der Verbreiterung der eigenen Basis möglich.

So schwer diese Einsicht auch sein mag, erst nach kontinuierlicher, längerfristiger Reformarbeit im oben beschriebenen Sinn werden Worte wie „Schulkampf" wieder inhaltlich zu füllen sein. Diese Einschätzung ergibt sich primär aus dem noch unzureichenden Entwicklungsgrad der sozialen Kämpfe in der BRD, andererseits aber auch aus der Situation, in der sich fortschrittliche Lehrer noch an vielen Schulen befinden; die zahlenmäßige Schwäche dieser Gruppen läßt es — schon aus Gründen der Arbeitsüberlastung — gerade erst zu, politische Aufklärungsarbeit im eigenen Unterricht zu praktizieren.

Gerade die Begrenztheit und Widersprüchlichkeit politisch-praktischer Arbeit in der Schule macht die Notwendigkeit einer Organisierung fortschrittlicher Lehrer deutlich. So haben sich denn auch an einigen Orten Lehrergruppen auf informeller Basis gebildet, deren inhaltliche Arbeitsschwerpunkte (wie z. B.: Erarbeitung von Unterrichtsmodellen, lokale Schulpolitik, Vorbereitung, Koordination und Kontrolle innergewerkschaftlicher Arbeit) weitgehend von einer Abstimmung der Interessen der Gruppenmitglieder bestimmt sind. Generell haben regionale Gruppenbildungen den Vorzug, daß eine partielle Kompensation der Isolation am Arbeitsplatz mit allen verheerenden Folgen für die Lehrerindividuen eine Rückenstärkung in kleineren und größeren Schulkonflikten und gesellschaftskritische, auf Schule bezogene Arbeitsansätze in demokratischen und kollektiven Arbeitsformen angestrebt werden können.

Selbst wenn diese lokalen Lehrergruppen sich einmal beträchtlich vermehrt haben werden und dann regionale Organisationen notwendig werden sollten, wird dadurch die Arbeit in der Lehrergewerkschaft (GEW) nicht zu ersetzen sein. Zu dieser Auffassung haben sich inzwischen — wenn auch, mangels näherer Kenntnis der Gewerkschaft selbst z. T. mit großen Illusionen [15]) — viele Lehrer durchgerungen.

II

Die Frage, *wie* fortschrittliche Lehrer im Rahmen der GEW arbeiten können, läßt sich wegen der noch nicht koordinierten Erfahrungen nur sehr vorläufig beantworten. Auch ist daran zu erinnern, daß jede Lehrergruppe aus der Analyse der konkreten gewerkschaftspolitischen Situation ihres Orts-/Kreis-, Bezirks- und Landesverbandes ihre Strategie sich selbst erarbeiten muß. Denn sowohl Fragen des politischen Managements (z. B. Kandidatur für Vorstandsämter, Re-

[15]) Auch der SLB (Frankfurt) bekennt sich inzwischen zur gewerkschaftlichen Arbeit. Unsere Ausführungen sollen unter anderem eine Antwort auf die Diskussions-Vorlage des SLB zur Plenumssitzung am 30. 1. 1972 in Frankfurt „Zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern" sein.

solutionen, Kooperation einzelner Fachgruppen u. ä.) wie Fragen genuin politischen Inhalts (Konflikt- oder Konfliktvermeidungsstrategie, Rechtsschutz für bedrohte Kollegen, Teilnahme an politischen Aktionen wie z. B. an der Demonstration anläßlich des Evers-Rücktritts in Berlin) werden je nach der Zusammensetzung des Kreisverbandes und dessen Stellung innerhalb des Landesverbandes (Mehrheitsverhältnisse, Kampfbereitschaft, gewerkschaftliches Bewußtsein) vermutlich anders zu beantworten sein. Dennoch gibt es zumindest drei Probleme, die für die allermeisten der Kreisverbände noch auf der Tagesordnung stehen.

Erstens herrschen fast überall noch bestimmte Mentalitäten vor, die von gewerkschaftlichem Bewußtsein und Solidaritätserfahrungen überhaupt noch nicht deutlich genug geprägt sind. Dies ist nur zu verständlich, wenn man sich vor Augen führt, daß in Deutschland die gewerkschaftliche Organisation der Lehrer sich erst spät hat durchsetzen können. Die Diskussion darüber setzte erst nach 1918 ein und führte dazu, daß der „Deutsche Lehrerverein" (DLV) sich dahingehend erklärte, er sei „zugleich die Berufsgewerkschaft der in ihm angeschlossenen Mitglieder". Diese in den Weimarer Jahren ziemlich unverbindlich gebliebene Erklärung [16]) war erst durch den massiven Druck der Mitglieder und wegen der drohenden Konkurrenzorganisation der sozialistischen „Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands" (FLGD) [17]) zustandegekommen. Die Tatsache, daß der DLV im Sommer 1933 der politischen Bewegung innerhalb der Mitgliederschaft folgend sich selbst auflöste und daß er nahezu geschlossen als Sektion Volksschule des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes" übernommen werden konnte, macht deutlich, daß im DLV alles andere als gewerkschaftliches Bewußtsein in den Weimarer Jahren sich durchgesetzt hat. Paul Oestreich sprach von der „Schande, wie die Lehrerschaft aus ihrer liberal-demokratischen Jahrhunderttradition sich hinüberschwang in den Uniformendrill der Hitlerzeit, mit dem einzigen Ehrgeiz, möglichst viel Gauleiter und Gruppenführer zu stellen" [18]).

Mag dieses Urteil auch sehr scharf erscheinen, wie für fast alle größeren gesellschaftlichen Organisationen gilt auch für den 1949 zur GEW umgewandelten DLV, daß ein radikaldemokratisches wie auch ein gewerkschaftliches Bewußtsein innerhalb der Mitglieder Ziel und Aufgabe [19]), nicht aber bereits Wirklichkeit war. So konnten noch im Jahre 1966 auf dem Vertretertag in Hamburg die Arbeitgebervertreter Rehwinkel und Schleyer als Festredner auftreten — ein in der Gewerkschaftsgeschichte vermutlich einmaliges Ereignis!

Wenngleich sich in der GEW auf Bundesebene nach dem Vertretertag in Nürnberg 1968 eine neue Wende abzeichnet, die in Kiel 1971 nicht zuletzt in der

---

16) Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der DLV etwa in „Rechtsschutz"-fragen seine Mitglieder wirkungsvoll vertreten hat. Damit erfüllte er die Pflicht einer intakten Berufsorganisation. Daß er selbst dies nicht immer mit dem von Mitgliederseite als notwendig empfundenen Nachdruck tat, belegt die aus dem Verband aus diesem Grunde ausgeschiedene starke Gruppe des Preußischen Junglehrervereins, der sich selbständig zur Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer erklärte. Vgl. G. Griep, Der Einfluß der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung auf die Lehrerschaft und ihre Organisationen (Monumenta Paedagogica, Band V), Berlin 1968, S. 254—258.

17) Daß mit der schlichten Mitteilung, hier habe es sich um „kaum mehr als eine Sekte" gehandelt (H. Michaels, Lehrer auf politischem Parkett. In: „Die Zeit" Nr. 37 vom 15. 9. 1972), wenig ausgesagt ist, versteht sich. Die FLGD antwortete diesem schon damals erhobenen Einwand folgendermaßen: „Der FLGD erscheint gegenüber dem allen (i. e. DLV, AGSL, ADGB, AFA) zahlenmäßig als belangloser Splitter. Splitter jedoch nur, gesehen von der Lehrerschaft aus. Wäre dies unsere einzige Beziehung, wir wären längst überwunden und ausgeschwärt. Aber vom Proletariat aus gesehen sind wir — Keil! Darum, und nur darum erzwingt unser Häuflein Beachtung der großen Verbände. Der Hohn gegen die kleine Zahl erstirbt, wo diese Zahl Exponent ist." — Fritz Ausländer, Zur Braunschweiger Tagung. In: „Sozialistischer Erzieher" 2 (1921), S. 538.

18) P. Oestreich, Aus dem Leben eines politischen Pädagogen. Berlin und Leipzig 21947, S. 84.

19) In einem Artikel aus dem Jahre 1949 „Wir und der 1. Mai" in der ADLZ heißt es abschließend: „Es wäre schön, wenn wir als gewerkschaftlich organisierte Lehrer an diesem 1. Mai uns freudig in die Züge der werktätigen Demonstranten eingliedern könnten, auf daß das Bündnis zwischen Lehrer und Volk fest und unzerreißbar werde."

Wiederwahl Erich Fristers ihre Bestätigung durch die Delegierten fand, wird dennoch auf lokaler und regionaler Ebene die Auseinandersetzung mit vorgewerkschaftlichen Mentalitäten keinem Mitglied der GEW erspart bleiben.

Zweitens ist die gegenwärtige Situation innerhalb der GEW dadurch gekennzeichnet, daß im Gegensatz zu inzwischen fast allen Industriegewerkschaften, die auf der mittleren Ebene ihre fortgeschrittensten Kader haben, der Hauptvorstand entschieden gewerkschaftliche und demokratische Politik betreibt, während innerhalb einzelner GEW-Landesverbände traditionell ständische Interessenvertretung noch im Vordergrund steht. Vielmehr kommt es darauf an, für eine progressive Politik des Hauptvorstandes in den Kreis- und Landesverbänden aus einer mehr passiven Mehrheit eine aktive Basis zu schaffen. Dies wird zum einen durch das Verbreiten der bildungspolitischen Vorstellungen des Gesamtverbandes wie durch eine systematisch betriebene gewerkschaftsspezifische Tagesarbeit zu leisten sein. Darüber hinaus bedarf es der Überwindung eines pseudogewerkschaftlichen Verständnisses, das in der Gewerkschaft einen bloßen Berufsverein sieht, der angesichts der erfolgreichen Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen deren Kampf*form* bzw. Organisations*form* für beschränkte berufsständische Forderungen übernehmen will. „Wollen wir etwas erreichen . . ., wollen wir nicht als lächerlich kleine Grüppchen zwischen den Riesenverbänden der Arbeiter, Beamten, Hausbesitzer und Produzenten zermahlen werden, so müssen wir zu einer einzigen Gewerkschaft zusammengeschweißt werden und bleiben", führte ein Münchener Lehrer im Jahre 1919 aus [20]).

Drittens kann die Überwindung dieses auch heute noch auftretenden Mißverständnisses, dem nicht selten ein Statusdenken, das die eigene Person weit über dem Niveau des Arbeiters und des kleinen Angestellten einordnet, entspricht, nur durch eine Öffnung der GEW nach der Seite der anderen, vor allem der Industriegewerkschaften hin, erreicht werden [21]). Dieses ist das substantielle Problem, und hier liegen ebenfalls wenig koordinierte Erfahrungen vor. Bedeutsam aber ist, daß die gewerkschaftliche Organisation von Lehrern prinzipiell die Möglichkeit eröffnet, einen Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Konzeptionen der anderen Einzelgewerkschaften im DGB und dadurch mit den kulturpolitischen Interessen der Arbeiterklasse herzustellen [22]). Sicher wird man sich vor übertriebenen Hoffnungen in dieser Richtung hüten müssen. Aber die Chance ist garantiert, aus berufsständisch und zumeist antisozialistisch orientierten Lehrerindividuen der Vergangenheit Gruppen und Kreisverbände zu schaffen, die ihre Aktionen und Zielvorstellungen an den Interessen der lohnabhängig arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft orientieren und zu solidarischem Handeln sich erziehen werden. Eine derart enge Zusammenarbeit zwischen GEW — Einzelgewerkschaften — DGB, wie sie vom GEW-Hauptvorstand bereits angestrebt wird, ermöglicht dann auch prinzipiell die aktive Unterstützung in schulpolitischen Auseinandersetzungen stehender GEW-Gruppen bzw. Orts- und Kreisverbände, und vielleicht auch einmal der übergeordneten Organisationseinheit, von seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

20) „Der Föhn", 1. Jg. (1919), Heft 13, S. 9.

21) Konkrete Schritte in dieser Richtung lassen sich für die BRD solange noch nicht angeben bzw. tragen voluntaristischen Charakter, als von seiten der Arbeiterbewegung noch keine klaren Interessen für den Ausbildungsbereich angemeldet sind.

22) Diesen Zusammenhang zuerst erkannt zu haben, ist das Verdienst der „Freien Lehrergewerkschaft", die mehrere Jahre lang versuchte, Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu finden. Als Hauptgegner erwiesen sich der sozialdemokratisch geführte ADGB und der AFA (Allgemeiner freier Angestelltenbund) selbst. Anläßlich eines Lehrerstreiks formulierte die FLGD folgende Grundkonzeption: „Wenn sich aber das Gros der Lehrerschaft entschlösse, sich auf dem Boden der Freien Gewerkschaften zu organisieren, Schulter an Schulter mit ihnen den Kampf gegen die Feinde des Proletariats zu führen, und wenn es dann um eine Lebensnotwendigkeit der neuen Schule und ihrer Lehrer ginge, dann müßte der Teufel darin sitzen, wenn ein Schulstreik keinen Erfolg haben sollte, zumal wenn dann die anderen freien Gewerkschaften die Sache der Lehrer zu der ihrigen machten." Vgl.: Die Schule kein lebenswichtiger Betrieb? In: „Sozialistischer Erzieher" 2 (1921), S. 210.

III

Wenn abschließend noch Zielvorstellungen gestreift werden sollen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir meinten, hier irgendeinen neuen Gedanken einzubringen; vielmehr wollen wir an zum Teil sehr alte Gedanken erinnern, die noch immer ihrer Verwirklichung ungeduldig entgegensehen. Es war kein Zufall, daß während der Studentenbewegung, die in vielen ihrer Hauptzüge anti-historischen Charakter trug, an diejenigen erinnert wurde, die viele Jahre früher vor Problemen standen, die der Erscheinungsform unterschiedlich, ihrem Wesen aber unverändert geblieben sind und solange unverändert bleiben werden, bis das Grundverhältnis dieser Gesellschaft aufgehoben ist. Die schnell gefertigten reprints der Schriften von E. Hoernle, O. Rühle, S. Bernfeld, F. Kanitz u. a. sozialistischen Theoretikern der Weimarer Republik sollten aber nicht nur rückerinnern; im bestehenden Sumpf der bloßen *Reform* des Schulwesens, die obendrein noch nicht einmal von den sozialdemokratischen Initiatoren ernsthaft angegangen wurde, stellten sie die Waffen der Kritik dar, einer Kritik, die zunächst vielfach abstrakt blieb, da die konkrete Schulerfahrung bei den Studenten fehlte. Heute aber können uns diese historischen Erfahrungen auch konkret nützlich sein und davor bewahren, bei der vielfach geübten Praxis der Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner (Reform, Chancengleichheit, Emanzipation — Spielplätze, Kindergarten, Vorschule, integrierte Gesamtschule für alle), deren Notwendigkeit für kurzfristig anzustrebende Reformziele gar nicht bestritten werden soll und kann, in diesem Reformansatz stecken zu bleiben und uns dort auch theoretisch einzurichten. Die präsente Vorstellung von klaren Zielen wird dazu befähigen, notwendige bzw. vorwärtsweisende Reformen aktiv mitzugehen und dabei doch nicht das langfristig anzustrebende Ziel aus den Augen zu verlieren. Der manchmal anzutreffende Verzicht auf die Formulierung längerfristig anzustrebender klarer Ziele erschwert es, durch die Kritik an den verbündeten Reformern die eigene politische Basis zu erweitern, und zwingt dadurch zu einer ganz und gar vermeidbaren Defensivposition. Denn bei der Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner handelt es sich immer um vorläufigen Waffenstillstand, um „dilatorische Formelkompromisse" [23]), die allein in der Erweiterung der politischen Basis aufgehoben bzw. neuformuliert werden können.

Eine genaue Bestimmung des langfristigen Zieles einer (hier verkürzt so genannten) *demokratischen Schule* ist heute als konkrete Utopie möglich; sie hat nichts Illusionäres an sich. Falsch wäre es nur, wenn man ihre Realisierung im Rahmen der gegenwärtig bestehenden, vom Kapitalverhältnis geprägten Klassengesellschaft erwarten würde: in diesem Rahmen ist eine demokratische Schule, d. h. eine solche, die von der Mehrheit der lohnabhängig Arbeitenden in ihrem Interesse eingerichtet und kontrolliert wird, nicht möglich.

Nutzt man die historischen Erfahrungen, welche die organisierte Arbeiterbewegung und besonders ihre führenden pädagogischen Theoretiker [24]) wie Fritz Ausländer, Petr Pawel Blonski, Edwin Hoernle, Nadeschda Krupskaja, Otto Rühle und Clara Zetkin — um wirklich nur die allerwichtigsten zu nennen — in der Auseinandersetzung mit dem heute noch prinzipiell unverändert bestehenden kapitalistischen Schulsystem gewonnen haben, und berücksichtigt man die Erfahrungen kommunistischer Schultheorie und Schulpraxis in den sozialistischen

[23]) W. Abendroth verwendet diesen Begriff zur historisch-materialen Analyse des Grundgesetzes. Vgl. „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im GG der BRD." In: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. 1967, S. 109—138.

[24]) Biographien und wichtigste Publikationen der genannten Theoretiker, in: Erziehung und Klassenkampf (Anleitung für eine revolutionäre Erziehung, hrsg. vom Zentralrat der sozialistischen Kinderläden West-Berlin Nr. 3), Berlin 1969.

Gesellschaften, dann läßt sich die demokratische Schule begrifflich nach folgenden Seiten hin — wenn auch verkürzt — bestimmen:

1) Die demokratische Schule ist durch einen Unterricht gekennzeichnet, der den fortgeschrittensten Stand der Wissenschaft (insbesondere der Sozialwissenschaft, der technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen) im Interesse der realen Produzenten der Gesellschaft anwendet (demokratische Kontrolle im weitesten Sinne).

2) Die demokratische Schule ermöglicht und fördert kollektive Lernprozesse, praktiziert freie und gleichberechtigte Kommunikation aller Mitglieder untereinander und sichert die demokratische Kontrolle des Lernens (interne demokratische Kontrolle).

3) Die Verbindung von Lernen und Arbeiten, von Unterricht und materieller Produktion führt zur polytechnischen Ausbildung für alle und überwindet die Sonderung des bürgerlichen Ausbildungssektors.

Der Kampf für eine hier nur in groben Zügen charakterisierte Schule kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von den Beteiligten bereits heute, mitten in der bestehenden Schulmisere der kapitalistischen Gesellschaft, aufgenommen wird. Dabei ist an die allmählich einsetzende Selbsttätigkeit der betroffenen Mitglieder der Organisation Schule, zunächst also der Schüler, der Lehrer und der Eltern, die auf wichtige Erfahrungen der Studentenbewegung [25]) zurückgreifen können, anzuknüpfen — zumal die von ihr aufgegriffenen Widersprüche in Schule und Hochschule unverändert geblieben sind.

Aus ausländischen Zeitschriften

Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus

Von Anatoli Melnikow und Sergej Zonow

Den nachstehenden Beitrag entnahmen wir der sowjetischen Zeitschrift „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" („Weltwirtschaft und internationale Beziehungen"), Heft 1/1971 und 2/1971. D. Red.

„Das Wichtigste in der Marxschen Lehre", unterstrich W. I. Lenin, „ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft" [1]). Die objektiven Existenzbedingungen des Proletariats haben es in die Rolle der Klasse versetzt, die neue, dem neuen Charakter der Produktivkräfte entsprechende Produktionsverhältnisse vertritt.

25) Die westdeutsche Studentenbewegung harrt noch immer der kritischen Aufarbeitung und wissenschaftlichen Analyse. Dazu sind heftige Invektiven gegen ihren kleinbürgerlichen Charakter allerdings am allerwenigsten geeignet.

1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 576.

Der Akkumulationsprozeß des Kapitals vergrößert unweigerlich die Reihen des Proletariats, fördert seine Konzentration und schafft die objektiven Voraussetzungen für die Stärkung der revolutionären Rolle, die Einheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse. Das Proletariat, dem das Privateigentum an Produktionsmitteln vorenthalten wird, ist unmittelbar an der Schaffung kollektiver Formen ihrer Beherrschung und Leitung, d. h. an der Bildung gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln interessiert, das die einzige Eigentumsform darstellt, die dem modernen Stand der Produktivkräfte entspricht. Lenin schrieb, daß das Proletariat deshalb imstande ist, die ihm zufallende gigantische Aufgabe zu erfüllen, weil es die stärkste und fortgeschrittenste Klasse ist und weil es in den entwickelten Ländern auch die Mehrheit der Bevölkerung bildet [2]).

Sich von der Knechtschaft des Kapitals befreiend, befreit die Arbeiterklasse alle werktätigen Menschen von der Ausbeutung, da es das Privateigentum an Produktionsmitteln in allen seinen heutigen Formen liquidiert und damit die soziale Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen vernichtet.

Das Proletariat hat seine großen revolutionären Möglichkeiten in vielen Klassenschlachten unter Beweis gestellt. Der Sieg des russischen Proletariats im Oktober des Jahres 1917 verkündete den Beginn des Zeitalters des Untergangs des Kapitalismus und der siegreichen Entwicklung des Sozialismus. Das Weltsystem des Sozialismus ist das Werk der Arbeiterklasse. In den Hochburgen des Kapitalismus ist auch heute, so wird im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien festgestellt, „die Arbeiterklasse ... die Haupttriebkraft des revolutionären Kampfes ..." [3]).

Die Monopolbourgeoisie fürchtet die Kraft und das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse. Gerade deshalb lassen ihre Ideologen nicht von den Versuchen ab, die marxistisch-leninistische Lehre von der historischen Rolle des Proletariats zu widerlegen. Mit diesem Ziel bemühen sie sich, auf ihre Weise neue Erscheinungen und Prozesse zu interpretieren, die für den modernen Kapitalismus charakteristisch sind.

Eine der wichtigsten Richtungen der ideologischen Attacken des Kapitalismus auf den Marxismus-Leninismus ist die Theorie der „Entproletarisierung". Diese Theorie besitzt einige Aspekte: einen ökonomischen — der behauptet, daß die Weiterentwicklung der Produktion und besonders der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einer ständigen Verringerung und in der Perspektive zum Verschwinden der Arbeiterklasse führen würde, die mit den mit physischer Arbeit beschäftigten Arbeitern gleichgesetzt wird; einen sozialökonomischen — der in der Feststellung besteht, daß die Arbeiterklasse aufgehört hätte, Proletariat im ursprünglichen Sinne dieses Wortes, d. h. „besitzlos" zu sein; einen sozialen — der besagt, daß das Proletariat keine einheitliche Klasse als Klasse der Lohnarbeiter mehr wäre, da letztere ein verschiedenartiges und vielgestaltiges Konglomerat vielzähliger „Schichten" darstellen würde; einen politisch-ideologischen — der erklärt, daß das Proletariat „verbürgerlicht" wäre, die existierende Gesellschaftsordnung „anerkannt" und seine revolutionäre Haltung verloren hätte.

An diese Theorien, besonders an die These, daß das Proletariat seine revolutionäre Haltung verloren hätte, lehnen sich verschiedene Konzeptionen an, die behaupten, daß die Rolle der führenden Kraft der Gesellschaft von der Arbeiterklasse auf andere Schichten der Bevölkerung übergegangen wäre: Auf die

[2]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 411.
[3]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 28.

Technokraten, die Intelligenz, die Jugend oder eine „rechtlose" Minderheit. Diese Theorien werden nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von einigen linksradikalen Ideologen entwickelt.

Die Entlarvung dieser Konzeptionen und die wahrhaft wissenschaftliche Erklärung der sich wirklich in der kapitalistischen Gesellschaft vollziehenden Prozesse — das ist eine erstrangige Aufgabe der Marxisten.

Die unaufhaltsame Proletarisierung der Bevölkerung

Das wichtigste Merkmal, das die realen Tendenzen der Entwicklung der Klassenstruktur charakterisiert, ist die Veränderung der Relation zwischen den mit Lohnarbeit Beschäftigten und den Besitzenden. Alle auf der Grundlage offizieller statistischer Angaben angestellten Berechnungen zeigen das ständige Anwachsen des Anteils der mit Lohnarbeit Beschäftigten. Insgesamt betrug in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Jahre 1900 ihr Anteil 53,3 % der arbeitenden Bevölkerung, 1920 — 60,6 %, 1940 — 65,9 %, 1950 — 68,7 %, 1960 — 74,4 % und 1969 (nach annähernden Berechnungen) — 79,5 % [4]). Somit sind gegenwärtig fast 80 % der arbeitenden Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern mit Lohnarbeit Beschäftigte. In einzelnen Ländern ist ihr Anteil noch größer.

Untersucht man die wichtigsten kapitalistischen Länder, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1

Der Anteil der in der Lohnarbeit Beschäftigten an der arbeitenden Bevölkerung (in %)

	1900	*1940*	*1969*
England	*85,6*	*89,1*	*93,5*
USA	*60,9*	*77,5*	*91,6*
BRD •	*62,0*	*68,3*	*82,6*
Frankreich	*47,7*	*59,7*	*76,8*
Italien	*37,7*	*51,9*	*67,5*
Japan	*24,4*	*46,0*	*62,6*

• *Für die Jahre 1900 und 1940 in den heutigen Grenzen der BRD*

Quelle: „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskva 1970, Nr. 7, S. 154.

Diese Angaben bestätigen die wichtigste Gesetzmäßigkeit: Die Entwicklung des Kapitalismus führt zu einem ständigen Anwachsen der Zahl der in der Lohnarbeit Beschäftigten und zu einer Verringerung des Anteils der Besitzenden. Im III. Band des „Kapitals" schrieb Karl Marx, „... daß es die beständige Tendenz und das Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise ist, die Produktionsmittel mehr und mehr in große Gruppen zu konzentrieren, also die Arbeit in Lohnarbeit und die Produktionsmittel in Kapital zu verwandeln" [5]). Diese bestimmende Tendenz zur Proletarisierung der Bevölkerung ist in vollem Umfang in allen Ländern des Kapitalismus wirksam.

[4]) „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskau, 1970, Nr. 7, S. 154. Zu den entwickelten kapitalistischen Ländern werden hier gezählt: die USA, Kanada, die Staaten Westeuropas (ohne Türkei), Japan, Australien, Neuseeland und Südafrikanische Republik.
[5]) Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 892.

Natürlich können die bürgerlichen Ökonomen und Soziologen die Tatsache des Anwachsens der Zahl und der Vergrößerung des Anteils der in der Lohnarbeit Beschäftigten nicht leugnen.

Ihre Bemühungen haben eine andere Zielrichtung: zu beweisen, daß dieser Prozeß nicht gleichbedeutend mit der Proletarisierung der Bevölkerung ist und demnach nicht zur Polarisierung der Klassenkräfte und zur Vertiefung des Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital führt.

Die tatsächliche Evolution der Sozialstruktur der bürgerlichen Gesellschaft interpretieren diese Ideologen im Interesse ihrer Klasse. Sie stellen die Behauptung auf, daß sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution die soziale Differenzierung angeblich verringert. P. B. Horton und Ch. L. Hunt schreiben in dem in den USA verbreiteten Lehrbuch „Soziologie": „Die jüngsten technologischen und ökonomischen Veränderungen wie auch die neuen Erscheinungen in der Regierungspolitik verringern die Unterschiede zwischen den Klassen und vergrößern das relative Ausmaß der mittleren Klassen" [6]).

Professor Ingalls erklärt, „daß eine Verringerung der Kluft zu verzeichnen ist, die den Gipfel von der Basis" der Klassenpyramide trennt. Daraus folgt die Schlußfolgerung, daß „die Form der stratifizierten Hierarchie aufhört pyramidenförmig zu sein und sich einer fünfeckigen oder sogar einer rhombenförmigen annähert" [7]), daß der Anteil der „niederen" und der „höheren" Klassen abnimmt und der überwiegende Teil der Bevölkerung von der „Mittel"klasse erfaßt wird. Auf diese Weise „verschwindet" das Proletariat.

Eines der Hauptargumente zugunsten der Theorie der „Entproletarisierung" besteht darin, sich darauf zu berufen, daß in dem Maße, wie sich das technische Niveau erhöht, die „blauen Kragen", die mit den Arbeitern gleichgesetzt werden, von den „weißen Kragen" ersetzt werden, unter denen wissenschaftliche und ingenieurtechnische Mitarbeiter, das administrativ-leitende Personal, Büroangestellte usw. verstanden werden.

Diese Auffassung wird von den bürgerlichen Theoretikern schon seit zwei Jahrzehnten entwickelt. Heute ist sie zum Bestandteil der Theorie der „neuen Industriegesellschaft" und der „nachindustriellen Gesellschaft" geworden, die von solchen führenden bürgerlichen Wissenschaftlern wie J. Galbraith und D. Bell entwickelt wird [8]).

Die offizielle Statistik zeigt tatsächlich, daß der Anteil der „weißen Kragen" ständig wächst und der der „blauen Kragen" zurückgeht. Nur geht es darum, was man unter den einen oder den anderen versteht.

Beim Entwickeln ihrer Schemata ignorieren die bürgerlichen Ideologen das Hauptkriterium der Klassenzugehörigkeit — das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Deshalb werden zu den „blauen" und „weißen Kragen" sowohl die Eigentümer (einschließlich der großen) als auch die in der Lohnarbeit Beschäftigten gerechnet. Das betrifft besonders die Kategorie der „Angestellten mit weißen Kragen". Die Zusammensetzung dieser Gruppe ist in höchstem Maße heterogen. Die amerikanische Statistik bezieht in sie beispielsweise die verschiedenartigsten und sogar sozial gegensätzlichen Kategorien von Personen

6) P. B. Horton, Ch. L. Hunt. Sociology. New York 1964, S. 289.
7) Vgl. „Class, Status and Power". New York 1966, S. 649.
8) Vgl. J. Galbraith, Novoe industrialnoe obščestvo. Moskau 1969, S. 284, 286—287 (J. K. Galbraith, Die neue Industriegegesellschaft); D. Bell, The Post-Industrial Society: Technocracy and Politics. Paper, Varna, September 1970.

ein: größte Monopoleigentümer und Angestellte des Handels, höchste Manager und niedrigste Büroangestellte, Besitzer von „Betrieben" der geistigen Arbeit und gewöhnliche Spezialisten im Lohnverhältnis. Sie alle gehören zu verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten.

Die Versuche bürgerlicher Theoretiker zu beweisen, daß das Verhältnis zu den Produktionsmitteln aufgehört hat, das wichtigste Kriterium bei der Analyse der sozialen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, sind heute ebenso unbegründet wie in der Vergangenheit. Bei aller Vielfalt und Kompliziertheit der existierenden Verhältnisse — ökonomischer, beruflicher, politischer, ideologischer und anderer Art — wird das Fundament der sozialen Struktur der Gesellschaft von den Produktionsverhältnissen gebildet, d. h. von den Verhältnissen, die aus dem Charakter des Eigentums an Produktionsinstrumenten und -mitteln resultieren. Sie bedingen die Verteilung des vordem wie auch des neugeschaffenen gesellschaftlichen Reichtums. Von ihnen werden im wesentlichen das Ausmaß und die Formen der erhaltenen Einkünfte bestimmt. Sie bestimmen das Verhältnis der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen zur politischen Macht. Ihr überwiegender Einfluß wirkt sich auf die Lebensweise, auf die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Fortentwicklung, den Zugang zu Bildung, Kultur usw. aus. Kurz gesagt, allen Formen der sozialen Ungleichheit, an denen die moderne bürgerliche Gesellschaft so reich ist, liegt das kapitalistische Eigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln zugrunde, die sich immer stärker in den Händen der Monopole konzentrieren.

Bei dem Versuch, den anhaltenden Prozeß der Proletarisierung der Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten zu leugnen, beruft sich die bürgerliche Massenpropaganda gewöhnlich darauf, daß im Westen viele Arbeiter eigene Pkw, Kleinaktien usw. besitzen, und stellt sie als Besitzer dar, die sich im Prinzip von kapitalistischen Besitzern nicht unterscheiden. Das Eigentum an Gebrauchsgegenständen (einschließlich auch an langlebigen) wie auch der Besitz einiger Aktien ist jedoch dem Eigentum an den hauptsächlichen Produktionsmitteln nicht gleichzusetzen. Ein Pkw oder kleines Haus in der Hand des Arbeiters befreit ihn nicht von der täglichen Notwendigkeit, seine Arbeitskraft zu verkaufen, da die wichtigste und für die Mehrheit der Arbeiter alleinige Existenzquelle nach wie vor in den Einkünften aus der Lohnarbeit besteht.

Auch alle daraus resultierenden Folgen bleiben in Kraft: die Ausbeutung der Arbeiterklasse, d. h. die Aneignung des von ihr geschaffenen Mehrwerts durch die Kapitalisten (gleichgültig, ob es sich um individuelle Unternehmer oder Großaktionäre handelt); der Unterschied in der Form und im Umfang der Einkünfte, die die Lohnarbeiter und die kapitalistischen Eigentümer erhalten; der der bürgerlichen Gesellschaft immanent innewohnende Mechanismus zur Verteilung der Einkünfte — der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital.

Gewöhnlich „widerlegt" oder verschweigt die für den Massenverbraucher bestimmte bürgerliche Propaganda einfach den Konzentrationsprozeß des Eigentums in den Händen der Monopole wie auch die Vertiefung der Ungleichheit in bezug auf das Eigentum. Die Tatsachen bleiben aber Tatsachen. Das trifft beispielsweise auch dafür zu, daß 46,6 % der Zunahme des nationalen Reichtums für die Jahre 1948—1966 in der BRD die Unternehmer und 33,5 % der Staat erhielten, während der Anteil der Arbeiter und Angestellten nur 17,4 % betrug (die übrigen 2,5 % entfielen auf die Rentner) [9]. Hinter diesen Zahlen stehen derart

[9] Vgl. Bruno Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds. Beiträge zur Frage der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer. WWI-Studie Nr. 1, Köln 1968.

scharfe Kontraste, daß es unmöglich ist, sie zu ignorieren. Auf jeden Fall müssen diese Fakten und Kontraste von den Vertretern jener Richtung der bürgerlichen Politökonomie anerkannt werden, die eine kritische Beurteilung der Wirklichkeit mit der Suche nach neuen Varianten zur „Gesundung" der kapitalistischen Gesellschaft verbinden. „Die unbefriedigende Verteilung des Eigentums", so schreibt die westdeutsche Ökonomin E. Liefmann-Keil, ruft in der Regel auch eine „unbefriedigende Verteilung der Einkünfte hervor" [10]).

Gewöhnlich legen die bürgerlichen Autoren im Anschluß an eine solche Anerkennung der Tatsachen ihre Varianten der Politik des sozialen Manövrierens dar, wobei sie einige Reformen einbeziehen, die die Ungleichheit in Fragen des Eigentums abschwächen, das Nationaleinkommen etwas umverteilen sollen usw. Von Zeit zu Zeit erscheinen inmitten des Stromes an Literatur, der Illusionen hinsichtlich der Realisierbarkeit sozialer Gleichheit im Kapitalismus verbreitet, auch Werke von verblüffender Offenheit. „Es ist grundlos, sich über die in der Bundesrepublik durchgeführte Eigentumspolitik aufzuregen", schreibt der anonyme Verfasser des Buches „Bleiben wir reich?", das in der BRD Aufsehen erregte. „Wenn man jetzt mitunter auf Gewerkschaftskonferenzen das verstaubte Schreckgespenst der berüchtigten ‚Allmacht der Kapitalisten' hervorzerrt, so ist das reine Demagogie. Für die Bundesrepublik gab es keinen anderen Weg: Sie mußte die einseitige Konzentration des Eigentums stimulieren, um die Ökonomik in Bewegung zu bringen" [11]).

Mit diesen Worten ist das wahre Verhältnis des Kapitals zur Frage des Eigentums, zu den Projekten seiner „Streuung" formuliert worden. Und zugleich zeugen sie von der rein ideologischen, propagandistischen Funktion der Theorie der „Entproletarisierung".

Somit stellen weder Veränderungen im Charakter der Lohnarbeit noch in den Alltagsbedingungen und in der Lebensweise der in der Lohnarbeit Beschäftigten in irgendeiner Weise die prinzipielle These in Zweifel, daß die Zunahme der Lohnarbeit die weitere Proletarisierung der Bevölkerung, die Erweiterung der Sphäre der kapitalistischen Ausbeutung bedeutet und die Polarisierung der Klassenkräfte und den Klassenantagonismus in der bürgerlichen Gesellschaft verstärkt.

Zum gegenwärtigen Begriff „Proletariat"

In der Mitte und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten sich neue Faktoren heraus, deren Wirkung zu wesentlichen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse der Länder des entwickelten Kapitalismus führte. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die strukturellen Wandlungen in der Ökonomie, das Wachstum der Arbeitsproduktivität in den Zweigen der materiellen Produktion und die ungestüme Entwicklung der nichtproduktiven Sphäre als auch das beschleunigte Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus — diese und andere Prozesse riefen gewaltige Veränderungen in den traditionellen Reihen des Proletariats hervor, in ihrer berufsmäßigen Struktur und ihrer Qualifikation, ihrer Zahl und anteilmäßigen Zusammensetzung. Gleichzeitig bildeten sich neue Abteilungen der Armee der Lohnarbeiter heraus, während andere, die in der Vergangenheit nur eine geringe Zahl ausmachten, sich stürmisch entwickelten. Es entstand das Problem der Bestimmung ihrer Klassenzugehörigkeit und der Präzisierung der allgemei-

10) E. Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin 1961, S. 24.
11) Merkator, „Bleiben wir reich?", Wien-Basel 1963, S. 29.

nen Grenzen des gegenwärtigen Proletariats. Die moderne kapitalistische Gesellschaft hat eine sehr komplizierte soziale Struktur, die außerdem noch schnellen Veränderungen unterworfen ist. Das ist der Grund, weshalb die Frage nach den jetzigen Grenzen des Proletariats zu einem Diskussionsgegenstand unter den Marxisten geworden ist.

Während sich die Marxisten darüber einig sind, daß die Entwicklung des Kapitalismus mit der Proletarisierung breiter Schichten des ingenieurtechnischen Personals, der Angestellten und der Vertreter der geistigen Arbeit überhaupt einhergeht, gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Frage, ob die Hauptmasse dieser Kategorien der Werktätigen unmittelbar in den Bestand der Arbeiterklasse eingeht oder nicht. Ohne auf den Inhalt der sich vollziehenden Diskussionen einzugehen, sei festgestellt, daß die Mehrheit der Marxisten nicht die „enge", sondern die „weite" Auslegung des Begriffs „Proletariat" vertritt.

In den Werken der Begründer des Marxismus-Leninismus ist nicht nur die theoretische Grundlage für die Untersuchung der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft enthalten (auf diese Grundlage stützen sich alle marxistischen Wissenschaftler), sondern auch eine Reihe konkreter Charakteristiken der Zusammensetzung des Proletariats im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Karl Marx und Friedrich Engels bezogen beispielsweise die Werktätigen im Handel, die außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion tätig waren, darin ein. Karl Marx bezeichnete die lohnempfangenden Angestellten im Handel als „kommerzielle (merkantile Lohnarbeiter)" [12]) und verwies darauf, daß sie sich im Prinzip nicht von den Vertretern anderer Abteilungen der Arbeiterklasse unterscheiden. Friedrich Engels gebrauchte den Begriff „kommerzielles Proletariat" [13]).

Die methodologische Bedeutung dieser Einschätzung der Klassenzugehörigkeit der Werktätigen im Handel ist in der Gegenwart besonders groß, da in den Ländern des entwickelten Kapitalismus die Zahl und der Anteil solcher Abteilungen der Lohnarbeiter stark anwachsen, wie z. B. das ingenieurtechnische und das Verwaltungspersonal in der Industrie, die Büroangestellten, die Werktätigen der Dienstleistungssphäre usw. 1968 betrug das ingenieurtechnische und das Verwaltungspersonal in den USA 20,8 % und in Westeuropa 15,1 % aller Lohnarbeitskräfte [14]). Der Anteil der Arbeiter und Angestellten im Handel und in der Dienstleistungssphäre betrug im gleichen Jahr 53,2 % der Lohnarbeitskräfte in den USA und 37,5 % in Westeuropa [15]).

die Mehrheit der Marxisten ist der Auffassung, daß es allen Grund dafür gibt, sich bei der Analyse der Klassensituation der Hauptmasse dieser Kategorien der Werktätigen vom Herangehen von Marx und Engels an die Einschätzung der Klassenzugehörigkeit der Werktätigen des Handels leiten zu lassen. Dabei wird berücksichtigt, daß sich in der sozialökonomischen Lage und im Charakter der Arbeit der genannten Kategorien von Werktätigen wesentliche Veränderungen vollzogen haben.

Die Analyse der gegenwärtigen Lage der Angestellten, das heißt jener, die als lohnempfangende „weiße Kragen" bezeichnet werden, zeigt, daß sie sich klassenmäßig voneinander unterscheiden, daß aber ihre Mehrheit — die untere Gruppe der Angestellten — über alle Merkmale der Zugehörigkeit zum Proletariat verfügt.

12) K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 25, S. 300, 303—305, 311 u. a.
13) Ebd., S. 312.
14) „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskau 1969, Nr. 10, S. 151.
15) „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskau 1969, Nr. 10, S. 152.

Sie alle verfügen nicht nur formal, sondern auch grundsätzlich gesehen über kein Eigentum an Produktionsmitteln. Ihre einzige Existenzquelle ist ihr Arbeitslohn, wobei dieser sich bei der Mehrzahl der Kategorien der unteren Gruppe von Angestellten auf dem Niveau des Lohnes von halbqualifizierten Arbeitern in der Industrie und sogar darunter befindet. Alle Vertreter der unteren Gruppe von Angestellten erfüllen untergeordnete, hauptsächlich ausführende Funktionen, unabhängig davon, ob sie in der Sphäre der materiellen Produktion oder in der Dienstleistungssphäre beschäftigt sind. Sie alle sind der Ausbeutung unterworfen. Ihre Arbeit besteht wie die Arbeit der anderen Proletarier aus der notwendigen Arbeit und der Mehrarbeit. Ohne Aneignung der nichtbezahlten Arbeit der Büroangestellten wäre die Produktion und die Realisierung des Mehrwertes durch die Kapitalisten unmöglich. Schließlich vollzog sich infolge der Industrialisierung und Maschinisierung der Dienstleistungssphäre, des Handels und der Büroarbeit sowie auch im Ergebnis der Prozesse der Konzentration und Zentralisierung der Handels- und Dienstleistungsfirmen eine bedeutende Annäherung des Charakters und der Organisationsformen der Arbeit der unteren Kategorien von Angestellten und der Produktionsarbeiter in der Industrie [16]).

Gleichwohl wäre es ungerechtfertigt, wollte man das Proletariat mit allen Lohnarbeitern gleichsetzen. Hierbei geht es darum, daß die äußere Form der Lohnarbeit nicht in allen Fällen das wirkliche Verhältnis des einen oder anderen zu den Produktionsmitteln zum Vorschein bringt. Die Epoche des Imperialismus und besonders die Entwicklung des Kapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren gestalteten die Klassenverhältnisse komplizierter. Im 19. Jahrhundert war der Hauptklassenantagonismus klar sichtbar: der Ausbeuter war der Kapitalist, der Privatbesitzer von Produktionsmitteln; der Ausgebeutete war der Lohnarbeiter, der keine Produktionsmittel besaß. Heute ist der Ausbeuter unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vielgesichtig: das ist vor allem die Monopolgesellschaft, mit deren Hilfe die nichtbezahlte Arbeit der Arbeiter nicht von einem, sondern von einer Gruppe von Kapitalisten angeeignet wird; das ist der bürgerliche Staat, der nicht nur als Herrschaftsapparat in Erscheinung tritt, sondern auch als kollektiver Ausbeuter der Werktätigen durch die Monopolbourgeoisie; das sind schließlich einzelne große und mittlere Unternehmer.

Die Entwicklung der korporativen Form des kapitalistischen Eigentums verursachte die Entstehung einer zahlenmäßig progressierenden Schicht von Managern, während das Hinüberwachsen des Imperialismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Aufblähung der Schicht hoher Staatsbeamter beitrug. Obwohl formell sowohl die einen als auch die anderen als Lohnempfänger gelten und von der bürgerlichen Statistik in die Kategorie der Angestellten eingestuft werden, stellen sie dem Wesen ihrer Klassenlage nach besondere Zwischenschichten der Groß- und sogar der Monopolbourgeoisie dar. Außerdem dürfte es kaum richtig sein, jetzt schon alle Gruppen der im Lohnverhältnis stehenden Intelligenz und die mittlere Gruppe der Angestellten zum Proletariat rechnen zu wollen, obwohl sie ebenfalls der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen sind. Karl Marx betrachtete die Ingenieure als Bestandteil der „Gesamtarbeitskraft". Gleichzeitig identifizierte er jedoch diesen Begriff nicht mit dem Proletariat. Der Begriff „Gesamtheit aller Arbeiter" ist weiter als der Begriff „Arbeiterklasse". Nicht zufällig spricht Karl Marx selbst vom „eigentlichen"

16) Siehe ausführlich zur Veränderung des Charakters und der sozialökonomischen Lage der Büroangestellten und der Werktätigen in der Dienstleistungssphäre in: „Meždunarodnoe revoljucionnoe dviženie rabočego klassa", Moskau 1965, S. 133—153; „Sovremennyj rabočij klass kapitalističeskich stran (Izmenija v strukture)", Moskau 1965, S. 29—56.

Arbeiter im Unterschied zum Ingenieur und Direktor, die zwar auch dem Kapitalisten als Produktionsarbeiter dienen, jedoch keine „eigentlichen Handarbeiter" [17]) sind.

Ohne Zweifel vollzogen sich in der Lage der Intelligenz, insbesondere des ingenieurtechnischen Personals, bedeutende Veränderungen. Aber auch heute unterscheidet sich die im Lohnverhältnis stehende Intelligenz von der Arbeiterklasse durch eine ganze Reihe wichtiger Merkmale der Klassenzugehörigkeit. So ist eines der Kriterien der Klassenzugehörigkeit, das von W. I. Lenin zur Definition der Klasse [18]) eingeführt wurde, jene funktionelle Rolle, die eine bestimmte Gruppe von Menschen bei der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit spielt. Innerhalb des „Gesamtarbeiters" erfüllen seine verschiedenen Elemente unterschiedliche Funktionen. Ungeachtet der Annäherung des ingenieurtechnischen Personals an die unmittelbare Einwirkung auf den Arbeitsgegenstand erfüllt es trotzdem eine andere Rolle bei der Organisation der Arbeit im Vergleich zu den „eigentlichen" Arbeitern. Die Arbeiter erfüllen rein ausführende Funktionen, während das ingenieurtechnische Personal in der Regel in bestimmten Grenzen die administrative Leitung ausübt. In der hierarchischen Pyramide der Arbeit nimmt es eine mittlere und höhere Stellung ein und ist durch seine funktionelle Rolle sowie durch den Umfang seines Einkommens und durch einige andere Merkmale von der breiten Basis der Pyramide, die aus der Masse der Arbeiter besteht, getrennt. Die Rolle bei der Organisation der Arbeit ist ein weniger wichtiger Faktor der Klassenzugehörigkeit als das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Aber bei einem gleichen Verhältnis zu den Produktionsmitteln — deren sind sowohl die Arbeiter als auch die Mehrheit der im Lohnverhältnis stehenden Spezialisten und Angestellten beraubt — müssen die unterschiedlichen Funktionen berücksichtigt werden, die von der einen oder anderen sozialen Gruppe im Arbeitsprozeß erfüllt werden. Im gegebenen Falle tritt die unterschiedliche Rolle bei der Organisation der Arbeit als Faktor auf, der eine Unterscheidung des Proletariats von den anderen Gruppen der ebenfalls vom Kapital ausgebeuteten Lohnarbeiter ermöglicht. Daher darf dieses Merkmal bei der Charakterisierung des gegenwärtigen Begriffs „Proletariat" nicht ignoriert werden.

Somit ist das gegenwärtige Proletariat eine Klasse von Lohnarbeitern, die der Produktionsmittel beraubt ist und daher durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen ist und rein ausführende Funktionen in den Sphären der Produktion, der Zirkulation, der Büroarbeit und der Dienstleistungen inne hat.

Wie groß ist nun der Anteil des Proletariats an der gegenwärtigen Armee der Lohnarbeiter? Unter Abrechnung jener Kategorien von Lohnarbeitern, die nicht unmittelbar dem Proletariat angehören, bewegt sich sein Anteil in den verschiedenen Ländern des entwickelten Kapitalismus in den Grenzen von 70—90 % der Armee der Lohnarbeiter [19]). Das bedeutet, daß sich keine progressierende Ver-

17) Siehe: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Erster Teil, S. 127.
18) Siehe: W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 410.
19) Die Unterschiede im Anteil der Arbeiterklasse an der Armee der Lohnarbeiter und an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung in den einzelnen Ländern erklären sich einerseits aus den Besonderheiten der Struktur der nationalen Ökonomie und durch das ungleiche Entwicklungsniveau der kapitalistischen Verhältnisse und andererseits aus einigen Unterschieden im Herangehen der Marxisten der verschiedenen Länder an die Bestimmung der konkreten Grenzen des Proletariats. So betrug die Arbeiterklasse nach Berechnungen sowjetischer Wissenschaftler zu Beginn der sechziger Jahre in den USA 84 % der Lohnarbeiter und 67 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, in England entsprechend 91 % und 82 %, in Frankreich 76 % und 54 % (vgl.: „Sovremennyj rabočij klass kapitalističeskich stran" ... a. a. O., S. 113, 165, 246, 261). In Norwegen und Finnland entspricht der Anteil der Arbeiterklasse an der erwerbstätigen Bevölkerung nach Berechnungen der Marxisten dieser Länder entsprechend 79 % und 60 % (vgl.: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 7/1966, S. 545). Die westdeutschen Marxisten beziehen in die Arbeiterklasse fast alle Lohnarbeiter ein, die 1966 80,8 % der erwerbstätigen Bevölkerung betrugen (vgl.: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 8/1969, S. 1081).

ringerung der Arbeiterklasse, sondern das Wachstum ihrer Zahl und die Erweiterung ihrer Zusammensetzung auf Kosten der „weißen Kragen" vollzieht, die von den bürgerlichen Ideologen als „neue Klasse" dargestellt werden. Gegenwärtig umfaßt das Proletariat die überwiegende Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung der Länder des entwickelten Kapitalismus.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Veränderungen in der Struktur des Proletariats

Die sich vollziehenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Proletariats haben ihre sozialen und politischen Konsequenzen. Sie bestehen mit einem Wort in der Erhöhung seiner gesellschaftlichen Rolle, in seiner verstärkten Einwirkung auf alle Seiten des Lebens der kapitalistischen Gesellschaft. Das wird besonders deutlich bei einer detaillierten Betrachtung der Veränderungen in der horizontalen (zweigmäßigen) und der vertikalen (berufs- und qualifikationsmäßigen) Struktur der Arbeiterklasse.

Tabelle 2

Die Zahl der Produktionsarbeiter in den USA
(außer landwirtschaftlichem Proletariat und Arbeitern des staatlichen Sektors)

Unterteilung d. Arbeiterklasse n. Industriezweigen	*1947*		*1967*		*Veränderungen 1947—1967*	
	in Tausend	*in % zu allen Beschäftigten*	*in Tausend*	*in % zu allen Beschäftigten*	*in Tausend*	*in %*
I. Arbeiter in der Schwerindustrie,	*8 157*	*14,3*	*9 131*	*12,3*	*+ 974*	*+11,9*
darunter in der extraktiven,	*871*		*470*		*— 401*	*—46,0*
in der verarbeitenden	*7 286*		*8 661*		*+1375*	*+18,8*
II. Arbeiter in der Leicht- u. Lebensmittelindustrie	*5 667*	*9,9*	*5 504*	*7,4*	*— 163*	*— 2,9*
III. Bauarbeiter	*1 759*	*3,0*	*2 759*	*3,7*	*+1000*	*+56,8*
IV. Arbeiter des Transportwesens u. d. kommunalen Dienstleistungen	*3 749*	*6,5*	*3 709*	*5,0*	*— 40*	*— 1,0*
Insgesamt	*19 332*	*33,7*	*21 103*	*28,4*	*+1771*	*+ 9,1*

Berechnet nach: „Manpower Report of the President", April 1967, S. 201, 250; 1968, S. 272; „Statistical Abstract of the United States", 1965, S. 223; 1968, S. 221—223; „Economic Report of the President", 1965, S. 220; „Monthly Labor Review", June 1968, S. 90, 95, 97—99.

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den in den verschiedenen Produktionszweigen tätigen Gruppen des Proletariats hat sich wesentlich verändert. Wir weisen dies am Beispiel der USA nach, und zwar deshalb, weil sich die in dem führenden imperialistischen Land vollziehenden Prozesse in gewissem Maße —

wenn auch mit ihren Besonderheiten — auch in anderen Ländern des entwickelten Kapitalismus wiederholen.

Aus der Tabelle 2 ist ersichtlich, daß im Verlaufe der 20 Nachkriegsjahre die Zahl der in der Industrie, im Bau- und im Transportwesen der USA tätigen Arbeiter um fast 1,8 Mill. oder 9,1 % gestiegen ist. Entgegen den Behauptungen des Theoretikers der „Entproletarisierung" verringert sich somit — absolut gesehen — das in der materiellen Produktion beschäftigte Proletariat keinesfalls, sondern nimmt zahlenmäßig zu.

Den überwiegenden Teil der in der Sphäre der materiellen Produktion tätigen Arbeiter bildet das Fabrik-Proletariat. Die Zahl der Arbeiter der verarbeitenden Industrie der Abteilungen I und II ist um 1,2 Mill. Menschen gestiegen. Diese Zunahme hat sich voll und ganz auf Kosten der Zweige der Abteilung I vollzogen. Aber auch hier war sie nicht gleichmäßig. In einer Reihe von Zweigen, z. B. in der Schwarzmetallurgie oder in der holzverarbeitenden Industrie, war ein absoluter Rückgang der Zahl der Beschäftigten zu verzeichnen. Andererseits erhöhte sich sprunghaft die Zahl der Beschäftigten in der Elektroindustrie (hier stieg die Zahl der Produktionsarbeiter fast um 60 %), im Geräte- und Apparatebau, in der Chemie- und in der Gummiindustrie. Um 30,5 % hat sich die Zahl der Produktionsarbeiter im Transportmaschinenbau (besonders in der Flugzeug- und Raketenindustrie) vergrößert. Insgesamt ist die Zahl der Arbeiter besonders schnell in den neuen, mit der Sicherung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verbundenen Zweigen gewachsen.

Die Zahl der amerikanischen Arbeiter in den Zweigen der Abteilung II hat sich nicht nur relativ (von 9,9 % der Beschäftigten im Jahre 1947 bis auf 7,4 % im Jahre 1967), sondern auch absolut — fast um 3 % — verringert.

Indessen ist die Zahl der in der Papier- und in der polygraphischen Industrie Beschäftigten bedeutend angestiegen, und in der Textil- und Konfektionsindustrie ist eine neue Produktion — die Herstellung von Stoffen und Erzeugnissen aus synthetischen Fasern — entstanden.

Das Anwachsen der Zahl der Bauarbeiter (um 56,8 %) ist in bedeutendem Maße mit der Entstehung neuer Produktionszweige und -formen, mit der beschleunigten Erneuerung des Grundkapitals verbunden, was ebenfalls durch die wissenschaftlich-technische Revolution bedingt ist. Bei Erhaltung einer stabilen Zahl von Arbeitern im Transportwesen und in den kommunalen Dienstleistungen ist der Beschäftigungsstand bei der Eisenbahn bedeutend zurückgegangen. Stark angestiegen ist jedoch die Zahl der Lkw-Fahrer und der im Nachrichtenwesen Beschäftigten.

Ein besonders starker Rückgang des Beschäftigungsstandes (um mehr als das Doppelte) hat sich in der rohstoffgewinnenden Industrie vollzogen. Das ist mit der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden, die es gestattet, systematisch den Anteil der Arbeitskraft zu verringern, der im Anfangsstadium der gesellschaftlichen Produktion — in der Rohstoffgewinnung — tätig ist.

Der gleiche Prozeß liegt der Verringerung der Anzahl des landwirtschaftlichen Proletariats zugrunde. Im Jahre 1910 gab es in den USA 3,4 Mill. Landarbeiter, im Jahre 1968 nur 1,0 Mill.[20]).

[20]) „Historical Statistics of the United States. Colonial Times to 1957", Washington 1960, S. 280; „Statistical Abstract of the United States", 1968, S. 235.

Insgesamt gesehen widerspiegeln die Veränderungen in der Zusammensetzung des Proletariats der Produktionssphäre die Wandlungen in der Struktur der gesellschaftlichen Produktion selbst. Die Realisierung der heutigen hervorragenden Errungenschaften von Wissenschaft und Technik ist ohne das werktätige Schaffen der Arbeiterklasse unmöglich. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution verringert seine Rolle im Leben der Gesellschaft daher nicht, sondern läßt sie anwachsen.

Ohne die Mehrheit der Bevölkerung zu bilden, stellt das Industrieproletariat eine Millionenmasse von Menschen dar (in den USA etwa 25 Mill. Menschen). Dank der hohen Konzentration, der entscheidenden Rolle im Reproduktionsprozeß sowie anderer objektiver Bedingungen seines Wirkens war und bleibt es der wichtigste Teil, der Kern des heutigen Proletariats. Zugleich beginnt der Anteil dieser Abteilung der Arbeiterklasse an der Gesamtzahl der Bevölkerung zurückzugehen (in den USA von 33,7 % aller Beschäftigten im Jahre 1947 auf 28,4 % im Jahre 1967). Zur gleichen Zeit wachsen die Zahl und der Anteil des Proletariats der nichtproduktiven Sphäre. Dieser Prozeß spiegelt die weitere Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Umwandlung der Dienstleistungssphäre in den größten Sektor der gesellschaftlichen Reproduktion wider. Die Gesamtzahl der mit Lohnarbeit im Handel und in der Dienstleistungssphäre beschäftigten Werktätigen stieg in den entwickelten kapitalistischen Ländern von 23 Mill. Menschen im Jahre 1900 auf 109,3 Mill. im Jahre 1969, d. h. um das 4,7fache. Dabei vergrößerte sie sich in den USA um das 8fache, in Japan um das 6fache und in der BRD um das 4,4fache [21]).

Es ist klar, daß dies weder eine „Entproletarisierung" noch eine Verringerung der ökonomischen Rolle des Proletariats bedeutet. Es verändert sich lediglich die Relation zwischen seinen verschiedenen Abteilungen, worin sich die Veränderungen in der Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion widerspiegeln. Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Arbeiterklasse ist besonders deutlich bei der Analyse der Veränderungen in seiner vertikalen Struktur. Von der Tendenz dieser Veränderungen zeugen Wandlungen in der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse in der Sphäre der materiellen Produktion in den USA. Bis zu Beginn der 50er Jahre war ihr dynamischer Teil die Schicht der Arbeiter mittlerer Qualifikation. Ihr Anteil nahm von 35,6 % im Jahre 1900 auf 52,1 % im Jahre 1950 zu [22]).

Das Anwachsen der Zahl und des Anteils der Arbeiter mittlerer Qualifikation war von der schnellen Entwicklung der Massenproduktion, der weiten Verbreitung des Systems der Fließbandarbeit und der Schaffung vielzähliger spezialisierter und Großbetriebe bedingt. In den 50er und 60er Jahren ist in den USA bereits eine andere Tendenz wirksam — die Tendenz eines gewissen Rückgangs des Anteils der Arbeiter mittlerer Qualifikation. Bis zum Jahre 1969 hat sich ihr Anteil bis auf 50,7 % verringert, und laut einer Prognose des Ministeriums für Arbeit der USA wird er 1975 bis auf 49,5 % zurückgehen. Diese Tendenz ist eine der Erscheinungsformen des Wirkens der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die Entwicklung der Automatisierung der Produktion (ungeachtet ihres teilweisen Ausmaßes), die Einführung programmgesteuerter Drehbänke und elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen haben eine verstärkte Nachfrage nach

21) „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskau 1970, Nr. 7, S. 152.
22) Hier und des weiteren berechnet nach: „Historical Statistics of the United States. Colonial Times to 1957", S. 74; „Statistical Abstract of the United States", 1968, S. 225; „Manpower Report of the President, April 1968, S. 232; „Monthly Labor Review", July 1969, S. 99.

hochqualifizierten Arbeitern hervorgerufen, die fähig sind, komplizierte Technik zu bedienen und insbesondere sie zu montieren, einzurichten und zu reparieren. Das hat zu einem beschleunigten Anwachsen des Anteils qualifizierter Arbeitskräfte geführt. Vergrößerte er sich im Zeitraum von 1900—1950 von 29,8 % auf 32,8 % (d. h. um 3 %), so erreichte der Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte im Jahre 1969 36,5 % (was eine weitere Zunahme von 3,7 % bedeutet). Es wird damit gerechnet, daß er bis zum Jahre 1975 auf 38,4 % ansteigt.

Was die unqualifizierten Arbeiter betrifft, so nimmt ihr Anteil im Verlauf des gesamten 20. Jahrhunderts ab. Im Jahre 1900 betrug er 34,6 % der Produktionsarbeiter, 1950 15,1 % und Anfang 1969 12,8 %. Dabei vollzog sich ein absoluter Rückgang der Anzahl der unqualifizierten Arbeitskräfte von 5,3 Mill. Menschen im Jahre 1930 bis auf 3,6 Mill. Anfang 1969 (ebensoviel waren es im Jahre 1900). Es wird angenommen, daß sich ihr Anteil im Jahre 1975 bis auf 12,1 % verringert haben wird. Es handelt sich jedoch nicht nur um die Veränderung des Verhältnisses der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiter mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. Unter der Einwirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution ändert sich der Inhalt der qualifizierten Arbeit, ist eine Qualifikation neuen Typs entstanden.

Der frühere hochqualifizierte Arbeiter war ein engprofilierter Spezialist, der seine „Fertigkeit" im Ergebnis langer empirischer Ausbildung in der Produktion erworben hat. Heute bilden sich Arbeitskräfte von neuer Qualität heraus. Aus dem unmittelbaren Teilnehmer der Produktionsprozesse wird der Arbeiter sozusagen zum Aufseher über die Maschinen. Die Bedeutung der physischen Anstrengungen, der Geschicklichkeit, der Kunst der manuellen Arbeit sinkt. Viele Berufe, die diese Eigenschaften verlangen, sterben ab oder rücken in den Hintergrund. Neue Berufe entstehen und werden immer wichtiger, die an den Arbeiter andere Anforderungen stellen, wie zum Beispiel die Fähigkeit, Informationen aufzunehmen und zu interpretieren, rasches Orientierungsvermögen, geistiges Potential, das Vermögen, selbständig zu entscheiden und bewußt zu handeln. Die kostspieligen und komplizierten Ausrüstungen erlegen dem Arbeiter eine große Verantwortung auf und verlangen fundierte technische Kenntnisse. Bei der Ausbildung solcher Arbeitskräfte spielen die Allgemeinbildung und Fachausbildung eine besondere Rolle. Sie werden zu einer unbedingten Voraussetzung und zu einem äußerst wichtigen Merkmal hoher Qualifikation.

Die neuen technischen Produktionsbedingungen, die die Erhöhung der Qualifikation und des Bildungsniveaus der Arbeiter verlangen, sind eine der Hauptursachen für die allgemeine Intellektualisierung der Arbeiterklasse. In derselben Richtung wirkt auch ein anderer wesentlicher Faktor — die Erweiterung der Reihen der Arbeiterklasse aus den proletarischen Schichten der Angestellten, eines Teils der Intelligenz, das heißt der Kategorien von Lohnarbeitern, die sich mit geistiger Arbeit befassen.

Die Erhöhung des intellektuellen Niveaus des Proletariats hat wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Klassenkampfes. Insgesamt schafft sie einen immer günstigeren Boden dafür, daß die breiten Schichten der Werktätigen die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats erkennen und die Ideologie des wissenschaftlichen Kommunismus in ihren Reihen Verbreitung findet. Sie fördert die Herausbildung einer „Arbeiterintelligenz" (ein Ausdruck W. I. Lenins), die die Ideen des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung aktiv verbreitet.

Gleichzeitig eröffnet dieser Prozeß der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder die Perspektive der raschen Aneignung der Erfahrungen der politischen und wirtschaftlichen Leitung der Gesellschaft nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, wenn vor den Werktätigen die praktische Aufgabe des Aufbaus des Kommunismus steht.

(Schluß folgt)

Bücher

Zum Problem der innerparteilichen Demokratie

Hans See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie. Mit einem Nachwort von Wolfgang Abendroth. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1972, 186 S., 3,80 DM.

Angesichts der Fülle von Literatur zum Problem der innerparteilichen Demokratie weckt die Ankündigung einer neuen Untersuchung über dieses Thema skeptisches Interesse, war sich doch die politische Wissenschaft in seltener Übereinstimmungsbreite von Abendroth bis von der Heydte darin einig, daß das politische Geschehen in den Parteien ein gewaltiges Demokratiedefizit aufweise — ein Befund, der zuletzt durch die gründlichen Arbeiten von Ute Müller (1967), Zeuner (1969) und Kaack (1971) überzeugend belegt wurde. See will denn auch kein neues Material vorlegen, sondern sich auf die Auswertung der bisherigen Arbeiten beschränken. Dabei läßt er es aber nicht mit einem Referat der in diesen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse bewenden — allein diese Zusammenfassung macht das Buch zu einem vorzüglichen Überblick —, sondern gewinnt dem Problem neue, bisher — mit Ausnahme von Abendroth (1964) — allenthalben vernachlässigte Dimensionen ab.

Die in den bisherigen Arbeiten zu beobachtende Tendenz, das Defizit an innerparteilicher Demokratie resignierend als weitgehend unabänderlich hinzunehmen, führt See darauf zurück, daß die Autoren die Einbeziehung der sich aus der antagonistischen Gesellschaftsstruktur ergebenden Probleme in ihre Analyse versäumen. Indem sie die kapitalistische Eigentumsordnung als vorgegeben betrachten, verstellen sie sich den Blick für die demokratiehemmenden Faktoren in unserer Gesellschaft. Eine kritische Untersuchung muß deshalb von der objektiven Funktion der Parteien in diesem Gesellschaftssystem ausgehen. See sieht sie in der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung und nennt die Parteien, die ihre Anhänger an dieses System binden, Integrationsparteien (S. 12) — freilich ohne seine These dem unbefangenen Leser gegenüber näher zu begründen. Auf diesem Hintergrund will der Verfasser dann den Zusammenhang zwischen innerparteilicher Demokratie und kapitalistischem System aufzeigen.

Die objektive Funktion der Parteien konfrontiert See zunächst mit der den Parteien von der Verfassung zugedachten Rolle. Er zeichnet die Diskussion über die repräsentativen und plebiszitären Komponenten im Grundgesetz nach, die sich an der Gegenüberstellung von Art. 21 und 38 GG entzündet hat, und folgt dann der Liebholz-

schen These von der Unvereinbarkeit beider. Die theoretische Konstruktion einer realiter unmöglichen Mischform beider Strömungen ist für See der untaugliche Versuch, den Gegensatz zwischen Demokratie und Klassengesellschaft aufzuheben (S. 28).

Ausgehend vom Demokratiegebot in Art. 21 I 3 GG wird dann die Organisation der Parteien auf ihre demokratische Struktur hin untersucht. Dabei bereichert See die Diskussion über die Zulässigkeit von Parteiausschlüssen um eine originelle, verfassungsrechtlich aber kaum überzeugende Auffassung, indem er zwischen dem Ausschluß von „Rechten" und „Linken" differenziert: Den Ausschluß von Flügeln, die „mehr Demokratie" wollen (z. B. Jusos), hält er für antidemokratisch und daher unvereinbar mit Art. 21, während ihm der Ausschluß von Gruppen, die sich gegen die demokratische Zielsetzung der Parteimehrheit richten (z. B. FDP-Rechte), durch das GG gerechtfertigt erscheint (S. 43).

Von der formalen Betrachtung geht See dann zur Untersuchung innerparteilicher Wirklichkeit über. Da das Verhalten in der Partei von dem sonst üblichen nicht zu trennen ist, bezieht der Autor nun die demokratiebehindernden Faktoren der Gesellschaftsordnung mit ein; ihre Einflüsse zeigt See am Beispiel der Beziehungen Partei—Wähler und Partei—Mitglieder auf.

In den Beziehungen Partei—Wähler spiegeln sich für See die kapitalistischen Marktverhältnisse wider. Den zumeist entpolitisierten Wählern — oder besser: Konsumenten — stehen zwei „monopolistische Parteikonzerne" gegenüber, die, weil sie nur eine unwesentlich verschiedene Programmatik feilbieten, mit materiellen und psychologischen Werbetricks um den größeren Marktanteil kämpfen. „Indem die Parteien um die Wählerstimmen mit den Mitteln der Marktforschung und Verkaufswerbung ringen, die sich im Konkurrenzkampf der Industriekonzerne herausgebildet haben, unterliegen sie genau jenen ökonomischen und psychologischen Gesetzmäßigkeiten, die der eingeschränkte Markt des staatlich gelenkten Kapitalismus verlangt" (S. 56). Ein solchermaßen bestimmtes Bewußtsein von Wählern und Parteien ist nicht mehr fähig, über die Grenzen und die Veränderbarkeit der ihm zugrundeliegenden Strukturen zu reflektieren.

Der vom Marketing bestimmten Taktik der Parteien widerspricht die politische Einflußnahme der Mitglieder, insbesondere wenn sie auf Veränderung des bestehenden Systems hinzielt. Die Schwierigkeit, in dieser Richtung in einer Partei zu wirken, ergibt sich aber vor allem aus der Mitgliederstruktur selbst: Arbeiter sind in den Parteien eindeutig unterrepräsentiert, während Beamte und Gewerbetreibende überproportional vertreten sind; eine Erklärung dafür ist, daß die Mitgliedschaft jenen für ihre Situation am Arbeitsplatz, ihrem zentralen Lebensbereich, keinen Vorteil bringt, während sie für den beruflichen Aufstieg dieser von eminenter Bedeutung ist. Aber auch die Einflußnahme beider Gruppen unterscheidet sich, da die Letztgenannten durch bessere Ausbildung, mehr Einkommen, Freizeit und Unabhängigkeit zugleich bessere Voraussetzungen für die Übernahme von Funktionen haben. Schließlich ist der Sozialisationsfaktor Arbeitsplatz von Bedeutung: Das hierarchische System prägt das Verhalten beider, die einen verhalten sich passiv, die anderen sind gewohnt zu bestimmen. Bei höheren Angestellten z. B. kommt noch hinzu, daß sie ihre berufliche Legitimation in Frage stellen müßten, würden sie die Interessen der Mitglieder aus der Arbeiterschaft unterstützen; in ihrem eigenen Interesse müssen sie daher alle übergreifenden Veränderungsversuche, die sich in der Partei entwickeln, abblocken.

Ebenso wie im staatlichen Bereich verhindert also auch in der Partei die Klassenspaltung die Verwirklichung der Demokratie. Als Beleg für seine These führt See die Wandlung der SPD von der Arbeiter- zur „Volkspartei" und die gleichzeitige Behinderung innerparteilicher Demokratie in dieser Partei in den 50er Jahren an. Ohne die Richtigkeit der Ansicht Sees in Frage stellen zu wollen, sei die Anmerkung erlaubt, daß hier die lange Geschichte des innerparteilichen Demokratiedefizits in der SPD schon vor ihrer Öffnung nach rechts vernachlässigt wird. Die These vom „autoritären Bewußtsein als solidarischer Kraft, als Element des Klassenkampfs" (S. 65) reicht zur Begründung der früheren Situation wohl nicht aus. Eine Untersuchung über innerparteiliche Demokratie in der SPD vor 1933 und 1914 wäre hier aufschlußreich.

Eine Erörterung der Stellung der Abgeordneten im Gefüge innerparteilicher Demokratie schließt sich an. Interessant ist die

Beobachtung Sees, daß Abgeordnete widerstreitendem Druck von Parteibasis — die das Direktmandat vergibt — und Parteispitze — die den Listenplatz sichert — dadurch zu entgehen versuchen, daß sie beide Einflüsse durch Übernahme eines Parteimandats auf mittlerer Ebene in ihrer Person zu neutralisieren trachten (S. 84). See untersucht dann die Außensteuerung der Parteien durch demokratisch nicht hinreichend legitimierte Verbände, die sich nicht nur durch persönliche Verflechtungen und finanzielle Unterstützung beherrschenden Einfluß auf die Parteien verschaffen, die über eine schmale Mitgliederbasis verfügen, sondern es darüber hinaus durch ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auch in der Hand haben, eine ihnen nicht genehme Politik durch eine gewollte Wirtschaftskrise zu Fall zu bringen.

Im Schlußteil des Buches gibt See einen Überblick über die Entwicklung der CDU seit dem Ende der Ära Adenauer — wobei er weitgehend Czichon folgt — und die der SPD seit der Großen Koalition. Er untersucht dann die Chancen, die die Parteien — in Frage kommt hier nur die SPD — für eine systemverändernde Politik bieten. Da die SPD, gerade wenn sie die Funktion einer systemstabilisierenden Integrationspartei erfüllen soll, Rücksicht auf ihre traditions- und klassenbewußten Anhänger nehmen und daher eine sozialistische Fraktion in ihren Reihen dulden muß (S. 123), bietet sich die Chance, daß diese Fraktion zur Mehrheitsfraktion wird. Dann „könnte diese Partei ... die Mehrheit der Wähler davon überzeugen, daß eine Systemtransformation der kapitalistischen Überflußgesellschaft ... völlig neue Chancen zur Entfaltung der Produktivkräfte und der Persönlichkeit eröffnet, dann wäre langfristig der Widerstand der privaten Produktionsmittelbesitzer gegen die Demokratisierung der Gesellschaft zu brechen" (S. 133). See verkennt die Schwierigkeiten einer solchen Politik als „Balance-Akt ... zwischen den Abgründen der totalen Anpassung an den Parteikurs und der totalen Ausschaltung aus der Partei" (S. 128) nicht, aber er sieht zu ihr keine Alternative.

Von dieser Position her wird deutlich, welche Bedeutung der innerparteilichen Demokratie für den Autor zukommt: Ihre Verwirklichung ist nicht nur Teil einer Politik zur Demokratisierung aller Lebensbereiche, sondern auch die Voraussetzung dafür.

Die Ursachen der mangelhaften Verwirklichung von Demokratie in unserer Gesellschaft sind nicht erst durch diese Untersuchung bekanntgeworden; sie in einem Teilbereich aufgezeigt zu haben, in dem sie die Politikwissenschaft zuvor weitgehend ignoriert hat, ist das Verdienst dieser Arbeit. Zugleich könnte durch dieses Taschenbuch die Notwendigkeit der Veränderung des dieser Gesellschaftsordnung zugrunde liegenden Wirtschaftssystems einem weiten Kreis von Lesern veranschaulicht werden, der diese Erkenntnis bisher noch nicht gewonnen hat. Michael Göbel

Kurzrezensionen

Ralph Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Analyse des westlichen Machtsystems. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1972, 376 S., 22,— DM.

Miliband, Professor der London School of Economics and Political Science, unternimmt in diesem 1969 in englischer Sprache erschienenen Buch den Versuch, eine marxistische Analyse von Struktur und Funktion des Staates in den kapitalistischen Industriegesellschaften der Gegenwart zu entwickeln. Ausgehend von der ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverteilung zeigt er, auf welchen Wegen und mit welchen Instrumenten es gelingt, die Interessen einer Minderheit durchzusetzen. Die Rolle von politischen Eliten, Beamtenschaft, Militär und Rechtsprechung wird dabei ebenso untersucht wie die der Massenmedien und Bildungsinstitutionen, die der sozialdemokratischen Parteien und Regierungen und die der rechtsstaatlich-demokratischen Verfassungsnormen. Ausführlich setzt sich der Verfasser mit den verschiedenen Varianten der Pluralismustheorie auseinander, die in der westlichen Sozialwissenschaft dominiert. Nur am Rande behandelt wird die Frage, welche Möglichkeiten der Systemveränderung es gibt; sie wird vom Autor eher pessimistisch beurteilt.

Besonders hervorzuheben ist, daß Miliband an die herrschenden Bewußtseinsformen anknüpft und diese schrittweise zu verändern trachtet. Dem entspricht eine relativ leicht verständliche Sprache, der auch

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Innenpolitik der BRD

Uwe Thaysen, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems, eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag, Westdeutscher Verlag, Opladen 1972, 320 S., 32,— DM.

Thomas Blanke, Funktionswandel des Streiks im Spätkapitalismus. Am Beispiel des Lehrlingsstreiks, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1972, Nr. 6509, 217 S., 4,80 SM.

Klaus Puzicha, Insa Fooken, Herbert Feser, Soldat und Politik, Mönch Verlag, Bonn 1972, Studienreihe Politik und Strategie 4, 112 S., 6,80 DM.

Politik anderer Länder

Kurt Sontheimer, Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1972, 260 S., 17,80 DM.

Pavlos Bakojannis, Militärherrschaft in Griechenland, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972, 218 S., 19,80 DM.

Internationale Politik

Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, Edition Suhrkamp 593, 221 S., 4,— DM. Mit Beiträgen von: M. Barratt Brown, L. Turgeon, E. Senghaas-Knobloch, G. Brandt, K. Steinhaus, E. Mandel.

Dieter Senghaas, Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den symbolischen Gebrauch von Politik, Kohlhammer Verlag, Stuttgart usw. 1972, Urban-Taschenbücher, Reihe 80, 160 S., 8,80 DM.

F.-K. Schramm, W.-G. Riggert, A. Friedel (Hrsg.), Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954—1972, Metzner Verlag, Frankfurt 1972, 1000 S., 88,— DM.

W. N. Jegorow, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Staatsverlag der DDR, Berlin 1972, 308 S., 9,80 DM. (Übersetzung aus dem Russischen.)

Soziologie

Ansgar Weymann, Gesellschaftswissenschaften und Marxismus. Zur methodologischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR, Bertelsmann-Universitätsverlag, Düsseldorf 1972, Studien zur Sozialwissenschaft 2, 170 S., 22,— DM. Diese wie eine Reihe anderer westdeutscher Neuerscheinungen dokumentiert das wachsende Interesse an dem Stand und den Methoden der Gesellschaftswissenschaften in der DDR und in anderen sozialistischen Gesellschaften. Der hier gebotene Überblick umfaßt auch die Sprachphilosophie und Linguistik. Eine informative, nicht immer adäquate Darstellung.

Bruce L. R. Smith, The RAND-Corporation. Wissenschaftliche Politik-Beratung in den USA, Bertelsmann-Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 197 S., 44,— DM. Mit Enthusiasmus, aber auch vielen Informationen geschriebene Apologie der Denkfabrik der US-Luftwaffe. Die Originalausgabe erschien 1966; trotzdem gibt die Lektüre auch heute noch Aufschlüsse über die Art und Weise, wie die Militär-Administration in den USA die Wissenschaft in ihren Dienst stellt.

Kultur und Bildung

Marion Kroner, Film — Spiegel der Gesellschaft? Inhaltsanalyse des jungen deutschen Films von 1962 bis 1969, Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1973, 188 S., 22,— DM.

Gerhard Schusser, Lehrererwartungen, W. Goldmann Verlag, München 1972, Das Wissenschaftliche Taschenbuch Ge 16, 189 S., 24,— DM.

Fernseh-Spalte

KINDERLUST

Uberlegungen zum Thema „Fernsehen für Kinder" führen unweigerlich in ein Labyrinth von didaktischen, moralischen, gesellschaftlichen Zusammenhängen. Denn Fernsehen ist weder für Kinder noch Erwachsene eine abgrenzbare Sache. Aber dieser wichtigste aller Aspekte eines kaum zu übersehenden Problemkomplexes wird in der gesamten Publizistik, die sich damit befaßt, schlicht ignoriert. Ausnahmen bilden lediglich einige von Fachleuten für Fachleute geschriebene Bücher, die nicht in die Öffentlichkeit wirken. Und auch sie konzentrieren sich meist auf „empirische" Resultate, vereinfacht gesagt also auf statistische Ergebnisse. Die zahlreichen themenbezogenen Zeitschriften- und Zeitungsartikel beziehen sich entweder auf punktuelle Mißstände oder (und diese überwiegen stark) propagieren eine „vernünftige Dosierung", ganz im Sinne von Tante Klärchen, die netterweise rauchende Colts und Mörderspiele für die „Kinderchen" schädlich findet, umso kritikloser indessen die „herzerwärmenden" Familiengeschichten empfiehlt — wenn's hoch kommt, vielleicht noch die nach bewährter Kulturfilmmethode gebastelten stereotypen Serien von der Sorte „Daktari", „Flipper", „Lassies Abenteuer", „Indian River", „Peter ist der Boß" undsoweiter. Nichts gegen schöne Naturaufnahmen, tierfreundliche Tendenzen und Begebenheiten aus der „fröhlichen" Kinderwelt, aber genau und erst recht in größeren Zusammenhängen betrachtet, sieht man sich zur Anwendung ganz anderer Maßstäbe genötigt. Tante Klärchens gute Ratschläge sind nämlich illusionär. Die meisten Kinder sehen undosiert und lassen sich schon gar nicht auf die Kategorien einer heilen (Tier- und Spiel-)Welt festlegen. Die „Shiloh Ranch" und andere bleihaltige Produktionen sind ihnen genauso vertraut wie Werbespots, Kinofilme, Shows, die „Drehscheibe" (das übelste aller Unterhaltungsmagazine) und sonstige Sendungen des sogenannten Familien- und des regulären Programms. Das bedeutet: alle diese Eindrücke und Einflüsse werden im Bezugssystem der kindlichen Erfahrungs- und Phantasiewelt, das ja noch nicht rational bewältigt sein kann, in relevante Zusammenhänge gebracht. Und dieses Bezugssystem schließt natürlich den real erlebten Alltag ein, also die Verhaltensweisen der Eltern dem Kind gegenüber, das Schulverhältnis, die ganzen reproduzierten Normen und Ideologien der Erwachsenenwelt, die sich dann auch wieder — beispielsweise — in der repressiven Kleinbürgermoral der Familienserien optisch widerspiegeln. Selbst die geliebten Tierfiguren demonstrieren diese Tendenzen, sind sie doch mit einem „menschlichen" Verstand ausgestattet, der genau dem Minimal-Niveau entspricht, das dem angepaßten Idealbürger der leistungsorientierten Wohlstandsgesellschaft zusteht. Leistung wäre zu begrüßen, würde sie sich nach den Leitbildern sozialer Solidarität und gesellschaftlicher Humanität richten. In den Filmen der genannten Kategorien aber wird entweder der Blick auf gesellschaftliche Realitäten verstellt, oder sie sind auf infame Verzerrungen der wahren Situation (z. B. die letztlich gegen alle Konflikte gewappnete Spießerfamilie als „Zelle" des wohlgeordneten Obrigkeitsstaates) abgestimmt. Die Antithese ist einzig die Gewalt.

Die Fixierung des Kindes auf selbstmörderische Vertrauensseligkeit einerseits, schäbigste Hinterlist und Gewalttätigkeit als Mittel zur Durchsetzung persönlicher (wohlgemerkt nicht gesellschaftlich relevanter) Interessen andererseits setzt sich in perfiden Zeichentrickfilmen vom Schlage „Schweinchen Dick" fort. Hierzu Günter Herburger im „Spiegel" (29. Mai 1972): Diese „fette, selbstzufriedene Trickfilmsau" kennt „nur Schadenfreude . . ., Scheinheiligkeit und triefende Gemütlichkeit auf Kosten anderer. Die in der Serie auftretenden Zeichenfiguren können sich nur behaupten, wenn sie grob sind und tückisch. Wer tritt, sticht, kratzt, schlägt und lügt, kommt durch, die nicht so Schnellen und Schlauen gehen unter." Wenn das kein Abbild der amoralischen Lebenspraxis ist, dann allerdings können wir unsere Auffassungen von Anstand, Verantwortungsbewußtsein und Menschenwürde als Trödelkram auf dem Flohmarkt verhökern.

E. H. Wahl

Autoren dieses Heftes

DEPPE, Prof. Dr. Frank, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KOSTKO, Juri,* geb. 1922, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Autor einer Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen zu den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit. *** *IPSEN, Dirk,* geboren 1939 in Königsberg, Studium der Volkswirtschaft in München und Berlin, ist zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Darmstadt tätig. *** *ALBRECHT, Prof. Dr. Ulrich,* geb. 1941 in Leipzig, Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich 15 (ehem. Otto-Suhr-Institut) der FU Berlin. Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Waffen für die Dritte Welt (zusammen mit Birgit A. Sommer), Reinbek 1972. *** *BORIS, Elisabeth,* geb. 1947, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAUSTEIN, Hans,* geb. 1947 in Zwickau, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg. *** *DANIELS, Ulrich,* geb. 1947 in Düsseldorf, nach dem Abitur Buchhändlerlehre, seit 1970 Studium der Germanistik, Geschichte und Publizistik an der FU Berlin. Mitarbeiter an der Historisch-kritischen Heine-Ausgabe, deren erster Band im Herbst 1972 erschienen ist. *** *KRAUSE-VILMAR, Dietfrid,* geb. 1939 in Marburg, studierte Politik, Geschichte und Erziehungswissenschaften in Frankfurt und Marburg, derzeit wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft, in Marburg. *** *SCHMITT, Hanno,* geb. 1942 in Marburg, studierte Germanistik, Politik und Erziehungswissenschaft in Marburg und München, danach Referendar und Lehrer an Gymnasien und Berufsschulen, derzeit Studienrat im Hochschuldienst am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Studiengangseinheit Erziehungswissenschaft, in Marburg. *** *MELNIKOW, Anatoli,* geb. 1930, Professor der Geschichtswissenschaften in Leningrad. *** *ZONOW, Sergej* (Pseudonym für Borko, Juri), geb. 1931, Kandidat der Geschichtswissenschaften, arbeitet am Institut für wissenschaftliche Information der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leiter der Abteilung für Gesellschaftswissenschaft. *** *GÖBEL, Michael,* geb. 1949 in Plittershagen (Siegerland), Studium der Rechtswissenschaft in Gießen, derzeit Gerichtsreferendar in Bremen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein „Appell an die Frauen in der Bundesrepublik" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.